

EUROBAROMETER 70

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Befragung: Oktober - November 2008

Veröffentlichung: Juni 2010

Diese Umfrage wurde von der Generaldirektion Kommunikation in Auftrag gegeben und koordiniert.

http://ec.europa.eu/public_opinion/index_de.htm

Dieses Dokument gibt nicht die Meinung der Europäischen Kommission wieder.
Die darin enthaltenen Interpretationen oder Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	5
I. LEBEN IN DER EUROPÄISCHEN UNION	9
1. PERSÖNLICHE ASPEKTE.....	11
1.1. DIE DERZEITIGE PERSÖNLICHE SITUATION DER EUROPÄISCHEN BÜRGER	11
1.2 BEURTEILUNG DER AKTUELLEN SITUATION	15
1.2.1 Finanzielle und berufliche Situation	15
1.2.2. Fokus auf die Kaufkraft in der Europäischen Union	20
1.3. ERWARTUNGEN AN DIE ZUKUNFT	26
1.3.1. Die persönliche Zukunft	26
1.3.2. Die finanzielle Situation.....	30
1.3.3. Die berufliche Situation	34
1.4. SORGEN DER EUROPÄISCHEN BÜRGER	37
2. SOZIALE UND GESELLSCHAFTLICHE ASPEKTE	46
2.1. DIE GEGEND, IN DER DIE EUROPÄISCHEN BÜRGER LEBEN	46
2.2. DIE LEBENSHALTUNGSKOSTEN	49
2.2.1. Die Situation der Lebenshaltungskosten im eigenen Land, verglichen mit dem europäischen Durchschnitt.....	52
2.3. ERSCHWINGLICHER WOHNRAUM	54
2.4. ERSCHWINGLICHE ENERGIEKOSTEN.....	56
2.4.1. Die Situation der Energiekosten im eigenen Land, verglichen mit dem europäischen Durchschnitt.....	59
2.5. SOZIALE LEISTUNGEN	60
2.5.1. Das Gesundheitswesen	60
2.5.2. Die Rentenversorgung	62
2.5.3. Die Arbeitslosenunterstützung.....	66
2.5.4. Das Funktionieren der öffentlichen Verwaltung	70
2.6. DIE ART UND WEISE DER AUSEINANDERSETZUNG MIT SOZIALER BENACHTEILIGUNG UND ARMUT	72
2.7. DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN MENSCHEN MIT UNTERSCHIEDLICHEM KULTURELLEN ODER RELIGIÖSEN HINTERGRUND ODER VERSCHIEDENER NATIONALITÄTEN	75
2.8. DIE SITUATION DER LEBENSQUALITÄT IM EIGENEN LAND, VERGLICHEN MIT DEM EUROPÄISCHEN DURCHSCHNITT	78
2.9. DIE SITUATION DER UMWELT	81
2.9.1. Die gegenwärtige Situation.....	81
2.9.2. Die nationale Situation der Umwelt, verglichen mit jener des europäischen Durchschnitts	84
2.9.3. Die Erwartungen an die Zukunft	86

3. WIRTSCHAFTLICHE ASPEKTE.....	88
3.1. DIE BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE	88
3.1.1. Die Lage der nationalen und europäischen Wirtschaft und die Lage der Weltwirtschaft	88
3.1.2. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt	95
3.2. ERWARTUNGEN AN DIE ZUKUNFT	99
3.2.1. Die Lage der nationalen und europäischen Wirtschaft und der Weltwirtschaft	99
3.2.2. Die Lage auf dem nationalen Arbeitsmarkt in den kommenden 12 Monaten	102
4. POLITISCHE ASPEKTE.....	107
4.1. WIE NEHMEN DIE BÜRGER DIE RICHTUNG WAHR, IN DIE SICH DIE EUROPÄISCHE UNION ENTWICKELT?	107
4.2. DIE ALLGEMEINE WAHRNEHMUNG DER RICHTUNG, IN DIE SICH DIE DINGE AUF NATIONALER EBENE ENTWICKELN	112
4.3. DAS VERTRAUEN IN DIE NATIONALEN INSTITUTIONEN.....	117
SCHLUSSFOLGERUNG	125
 II. DIE EUROPÄISCHE UNION UND IHRE BÜRGER	 128
EINLEITUNG	129
1. VERBUNDENHEIT MIT DER EUROPÄISCHEN UNION.....	132
1.1. DIE BEDEUTUNG DER EUROPÄISCHEN UNION	132
1.2. DIE MITGLIEDSCHAFT IN DER EUROPÄISCHEN UNION	138
1.3. VORTEILE DER MITGLIEDSCHAFT IN DER EUROPÄISCHEN UNION.....	142
1.3.1. Vorteile der Mitgliedschaft in der Europäischen Union	142
1.3.2. Wirtschaftliche Stabilität im Zusammenhang mit der Zugehörigkeit zur Europäischen Union und zur Euro-Zone.....	146
2. DEMOKRATIE IN DER EUROPÄISCHEN UNION	149
2.1. DIE VERTRETUNG DER BÜRGER IN DER UNION	149
2.1.1. Die Mitsprache des Einzelnen auf nationaler Ebene und in der Europäischen Union; die Mitsprache der Mitgliedstaaten in der Union	150
2.1.2. Die Sensibilität der nationalen Regierungen und der Union gegenüber den Belangen der Bürger auf nationaler Ebene; die Sensibilität der nationalen Regierungen gegenüber den Belangen der europäischen Bürger.....	154
2.1.3. Die Berücksichtigung der Länderinteressen innerhalb der Union und der Einfluss der Union auf die Mitgliedstaaten	156
3. DIE MEINUNG ÜBER DIE GESCHWINDIGKEIT DES AUFBAUS EUROPAS	161

4. EUROPÄISCHE INSTITUTIONEN.....	167
4.1. DER BEKANNTHEITSGRAD DER EUROPÄISCHEN INSTITUTIONEN	167
4.2. VERTRAUEN IN DIE EUROPÄISCHEN INSTITUTIONEN.....	173
4.3. VERTRAUEN IN DIE EUROPÄISCHE UNION	178
4.4. DAS BILD DER EUROPÄISCHEN UNION	182
5. FUNKTIONSWEISE DER EUROPÄISCHEN UNION.....	186
5.1. KENNTNISSE ÜBER DIE FUNKTIONSWEISE DER EUROPÄISCHEN UNION	186
5.2. OBJEKTIVE KENNTNIS DER EUROPÄISCHEN UNION	188
5.3. DIE PRÄSIDENTSCHAFT IM RAT DER EUROPÄISCHEN UNION	193
SCHLUSSFOLGERUNGEN	200
 III. DIE EUROPÄISCHE UNION HEUTE UND IN DER ZUKUNFT	202
EINLEITUNG	203
1. DIE KOMPETENZEN DER UNION.....	204
1.1. DIE BEWERTUNG DER ANZAHL DER BEREICHE DER BESCHLUSSFASSUNG DURCH DIE EUROPÄISCHE UNION	205
1.2. DIE BEWERTUNG DER BESTEN ENTSCHEIDUNGSEBENE	209
2. KENNTNISSE ÜBER DEN HAUSHALT DER EUROPÄISCHEN UNION.....	220
2.1. OBJEKTIVE KENNTNISSE ÜBER DEN EU-HAUSHALT	220
2.2. DER EU-HAUSHALT: WAHRGENOMMENE AUSGABEN UND GEWÜNSCHTE AUSGABEN ..	223
3. UNTERSTÜTZUNG DER EUROPÄISCHEN POLITIK	235
3.1. DIE EINHEITSWÄHRUNG	235
3.2. DIE GEMEINSAME AUßENPOLITIK.....	239
3.3. DIE GEMEINSAME SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK	241
4. BEWERTUNG DER ERWEITERUNG	243
4.1. BILANZ DER ERWEITERUNG	243
4.2. NEUE KÜNFTIGE ERWEITERUNGEN.....	245
5. DIE PRIORITÄTEN DER EUROPÄISCHEN UNION	248
6. DIE BÜRGER, DIE EUROPÄISCHE UNION UND DIE GLOBALISIERUNG	255
7. DIE ZUKUNFT DER EUROPÄER	267
SCHLUSSFOLGERUNG	271

IV. DIE NEUEN THEMEN	273
EINLEITUNG	274
1. DER FALL DES EISERNEN VORHANGS	275
2. DIE EUROPÄISCHEN BÜRGER UND DER KONFLIKT IN GEORGIEN	282
SCHLUSSFOLGERUNGEN	294
TECHNISCHEN SPEZIFIKATIONEN	

EINLEITUNG

Der vorliegende Standard-Eurobarometer wurde zwischen dem 6. Oktober und dem 6. November 2008 in 31 Ländern oder Gebieten durchgeführt: den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, den drei Bewerberländern (Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und die Türkei) und der türkisch-zyprischen Gemeinschaft, im nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil.

In den letzten beiden Umfragen des Standard-Eurobarometers hat sich die öffentliche europäische Meinung sehr stark gewandelt, wobei es vor allem die Wirtschaftskrise war, die Wahrnehmung und Meinung der europäischen Bürger im Herbst 2008 hauptsächlich beeinflusst hat.

Während man im Frühjahr 2007 (EB67) von einem „wirtschaftlichen Wohlfühlfaktor“ sprach, um den erheblichen Einfluss der überaus positiven kurzfristigen Wirtschaftsprognosen auf die öffentliche Meinung der europäischen Bürger darzustellen, hatte sich dieser im Frühjahr 2008 ins Gegenteil verkehrt, so dass nun von einem „wirtschaftlichen Schlechtfühlfaktor“ die Rede war.

In wirtschaftlicher Hinsicht sahen sich im Jahr 2009 einige europäische Länder mit einer Rezession und rückläufigen Zahlen des BIP konfrontiert. Der Arbeitsmarkt, der als weiterer Indikator gilt, hat ein schwieriges letztes Trimester des Jahres 2008 hinnehmen müssen. Auch die Prognosen für das gerade begonnene Jahr bleiben ausgesprochen negativ: es wird grundsätzlich damit gerechnet, dass die Arbeitslosenrate in der Union bis zum Jahr 2010 ansteigen wird.¹

Diese Veränderungen beeinflussen das Vertrauen der europäischen Bürger, sowohl in Bezug auf ihr allgemeines Wohlbefinden, als auch auf ihre Einstellungen gegenüber dem öffentlichen Leben. Dieser erste Teil des Standard Eurobarometers EB70 definiert den Kontext, in dem die öffentliche Meinung in Bezug auf die Europäische Union interpretiert werden muss und befasst sich mit dem Leben in der Europäischen Union, wie es von den Bürgern wahrgenommen wird, sei es im Hinblick auf die persönlichen, wirtschaftlichen, sozialen oder politischen Aspekte; er ermöglicht einen Blick auf die Erwartungen der europäischen Bürger an die Zukunft und ihre größten Sorgen.

¹<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/67&format=HTML&aged=0&language=FR&guiLanguage=en>

Wir untersuchen außerdem, welche Wahrnehmungen bei den Bürgern vorherrschen und wohin sich die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten entwickeln. Schließlich befasst sich dieser erste Teil noch mit dem Vertrauen der Bürger der 27 Mitgliedstaaten in ihre politischen und rechtlichen Institutionen.

Dieser erste Teil des Eurobarometers wurde von der Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission in Auftrag gegeben und von TNS Opinion & Social durchgeführt. Dabei wurde die Methodik der Generaldirektion Kommunikation (Referat "Forschung und politische Analyse") für die Standard-Eurobarometer-Umfragen angewandt.²

Die allgemeine und die soziodemografische Analyse beziehen sich auf den Durchschnitt aus den Ergebnissen der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Dieser Mittelwert wird nach der jeweiligen Bevölkerung der einzelnen Mitgliedstaaten gewichtet.

In diesem Bericht untersuchen wir die Ergebnisse und Entwicklungen auf zwei Ebenen: zum einen auf der Ebene des Durchschnitts der 27 Mitgliedstaaten (EU27) und zum anderen auf der Ebene des nationalen Durchschnitts. Die Durchschnittszahlen der Vorjahre gelten immer für alle Länder, die zum Zeitpunkt der jeweiligen Erhebung Mitglied der EU waren. Ein kurzer Kommentar befasst sich mit den unterschiedlichen Antworten zu bestimmten soziodemografischen Angaben der Befragten (Geschlecht, Alter, usw.), und setzt sich mit gewissen anderen Indikatoren auseinander, wie dem Bild, das die Befragten von der EU haben, dem Vertrauen, das sie in die EU27 setzen, ihren Kenntnissen von der EU oder auch ihrer politischen Einstellung.

Wir erinnern daran, dass es drei Arten von Berichten für den Eurobarometer gibt. Der Bericht, der mit „Erste Ergebnisse“ bezeichnet ist, behandelt die Tendenzindikatoren und eine Auswahl neuer Themen, um einen schnellen und operationellen Überblick über die öffentliche europäische Meinung zu den entscheidenden Fragen zu bieten.

² Diesem Bericht ist ein technischer Hinweis zur Durchführung der Interviews durch die Institute des TNS Opinion & Social-Netzwerks beigefügt. Darin werden auch die angewandte Interviewmethode und die Konfidenzintervalle im Einzelnen beschrieben.

Zweitens gibt es den vollständigen Bericht (der aus mehreren Teilen besteht), der die Antworten auf die in der Eurobarometer-Umfrage gestellten Fragen gründlich analysiert. Für diese Umfrage wurde der vorliegende Bericht in 4 unterschiedliche Berichte unterteilt: in die drei „Standardberichte“ - wie den hier vorliegenden Bericht, der sich mit dem Leben in der Europäischen Union befasst -, die die chronologischen Indikatoren des Eurobarometers untersuchen, sowie einen Bericht, der auf aktuelle Themen eingeht.

Schließlich gibt es die nationalen Berichte, die in der oder den jeweiligen Landessprachen verfasst werden. Diese Berichte bemühen sich vor allem um einen Vergleich zwischen den nationalen Ergebnissen und dem in der Europäischen Union ermittelten Durchschnitt. Auf der Website „Öffentliche Meinung“ der Europäischen Kommission werden die unterschiedlichen Berichte veröffentlicht.

Die Website "Öffentliche Meinung" der Europäischen Kommission kann unter der folgenden Adresse besucht werden:

http://ec.europa.eu/public_opinion/index_de.htm

Wir möchten an dieser Stelle allen Befragten in ganz Europa danken, die sich die Zeit genommen haben, an dieser Umfrage teilzunehmen. Ohne ihre aktive Mitarbeit wäre diese Untersuchung nicht möglich gewesen.

Anmerkung

Der vorliegende Standard Eurobarometer wurde zwischen dem 6. Oktober und dem 6. November 2008 durchgeführt. Die Länder sind in diesem Bericht mit ihren amtlichen Abkürzungen wiedergegeben.

ABKÜRZUNGEN

EU27	Europäische Union - 27 Mitgliedstaaten
WN/KA	Weiß nicht / Keine Angabe
BE	Belgien
BG	Bulgarien
CZ	Tschechische Republik
DK	Dänemark
<i>D-E</i>	<i>Ostdeutschland</i>
DE	Deutschland
<i>D-W</i>	<i>Westdeutschland</i>
EE	Estland
EL	Griechenland
ES	Spanien
FR	Frankreich
IE	Irland
IT	Italien
CY	Republik Zypern*
CY (tcc)	Nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrollierter Landesteil
LT	Litauen
LV	Lettland
LU	Luxemburg
HU	Ungarn
MT	Malta
NL	Niederlande
AT	Österreich
PL	Polen
PT	Portugal
RO	Rumänien
SI	Slowenien
SK	Slowakei
FI	Finnland
SE	Schweden
UK	Vereinigtes Königreich
HR	Kroatien
TR	Türkei
MK**	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien

*Zypern als Ganzes ist einer der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Für den Teil des Landes, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird, ist der "gemeinschaftliche Besitzstand" ("*acquis communautaire*") aufgehoben. Aus praktischen Gründen wurden nur die im von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil geführten Interviews in der Kategorie "CY" ausgewiesen und in den EU-Durchschnitt einbezogen. Die im nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil geführten Interviews wurden unter der Kategorie "CY(tcc)" ausgewiesen [tcc: *Turkish Cypriot Community*, dt. türkisch-zyprische Gemeinschaft].

** Bezeichnung, die in keiner Weise die endgültige Nomenklatur für dieses Land vorwegnehmen soll, die in den derzeit bei den Vereinten Nationen stattfindenden Verhandlungen beschlossen wird.

I. LEBEN IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Dieser Teil des Berichts beschreibt den Kontext, in dem die öffentliche Meinung über die Europäische Union gesehen werden muss. Im Folgenden werden die Ergebnisse untersucht, die wir auf die Fragen zu folgenden Themen erhalten haben:

1) Persönliche Aspekte: Wie zufrieden sind die europäischen Bürger mit ihrem eigenen Leben, mit ihrer finanziellen und beruflichen Situation, welche Erwartungen haben sie an ihr Leben im Allgemeinen, an ihre finanzielle und berufliche Situation und an die Zukunft, und was sind ihre größten Probleme?

2) Soziale und gesellschaftliche Aspekte: Wie stellt sich die soziale Realität der Bürger der Europäischen Union dar, wenn sie anhand bestimmter, mit der Lebensqualität verbundener Aspekte untersucht wird: dem Wohnort, den Lebenshaltungskosten, dem erschwinglichen oder nicht erschwinglichen Niveau der Wohnungs- und Energiekosten; welche Ansichten haben die europäischen Bürger in Bezug auf bestimmte Sozialleistungen, wie beurteilen sie das Zusammenleben mit Menschen, die einen anderen kulturellen oder religiösen Hintergrund haben, und wie denken sie über Armut? Zum Schluss wird sich dieses Kapitel mit der Frage des Umweltschutzes auseinandersetzen.

3) Wirtschaftliche Aspekte: Wie schätzen die europäischen Bürger die nationale, europäische und weltweite Lage der Wirtschaft ein, wie beurteilen sie die Arbeitsmarktsituation auf nationaler Ebene und welche Erwartungen haben sie in diesen Bereichen an die Zukunft?

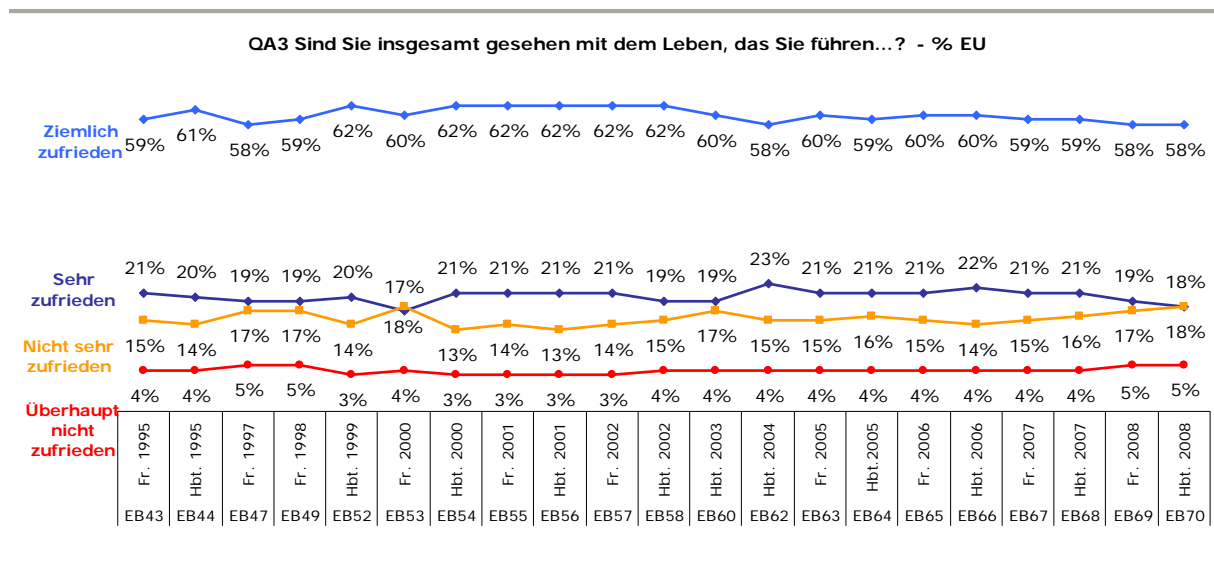
4) Politische Aspekte: Wie wird die Richtung beurteilt, in die sich die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten entwickeln und wie groß ist das Vertrauen in die nationalen Institutionen?

1. PERSÖNLICHE ASPEKTE

1.1. Die derzeitige persönliche Situation der europäischen Bürger

- Die große Mehrheit der europäischen Bürger erklärt, mit dem von ihnen geführten Leben zufrieden zu sein -

Die große Mehrheit der Bürger der Europäischen Union erklärt, mit dem von ihnen geführten Leben zufrieden zu sein (76%)³. Zu diesem Indikator wird allerdings ein schon im Frühjahr 2008 gemessener Rückgang (-1) festgestellt. Nahezu einer von vier (23%) Befragten erklärt, nicht zufrieden zu sein. Dies stellt den höchsten seit zehn Jahren gemessenen Anteil dar.






Die Zufriedenheitswerte sind abhängig von den soziodemografischen Kriterien der befragten Personen. So erklären die jüngsten europäischen Bürger am häufigsten, dass sie mit dem von ihnen geführten Leben zufrieden sind (85 % der 15-24-Jährigen im Vergleich zu 73% der Befragten, die 55 Jahre und älter sind).

Die Wahrscheinlichkeit, dass die Befragten mit dem von ihnen geführten Leben zufrieden sind, steigt dafür auch mit dem Ausbildungsniveau: 84% der befragten Personen, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus fortgeführt haben, sind mit ihrem Leben zufrieden, im Vergleich zu 67% derjenigen, die die Schule vor dem 16. Geburtstag verlassen haben.

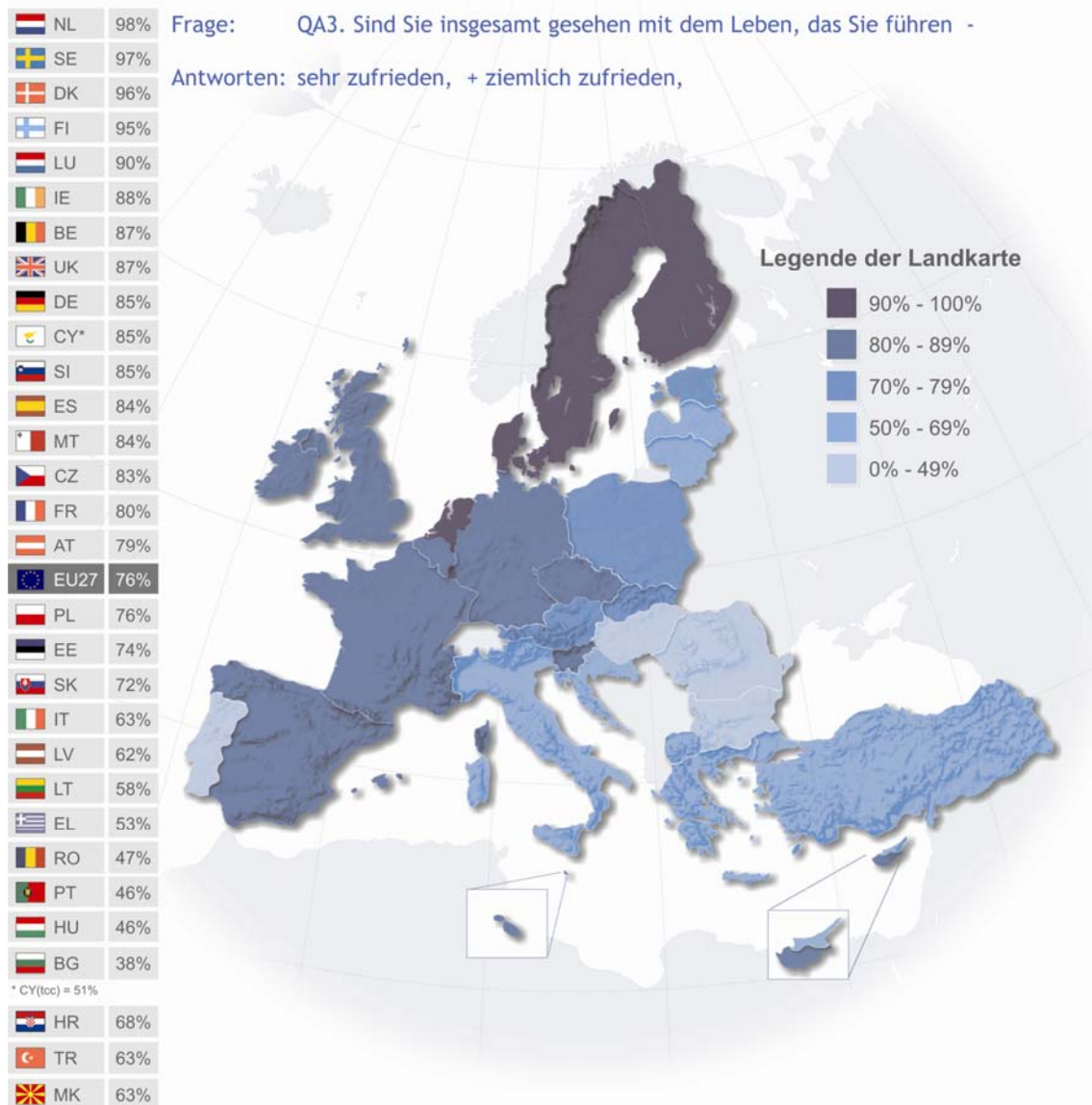
³ QA3 Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, das Sie führen sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden, überhaupt nicht zufrieden?

Es ist verständlich, dass der Lebensstandard ein bestimmender Faktor dafür ist, wie zufrieden die Menschen mit dem von ihnen geführten Leben sind: nahezu 9 von 10 Führungskräften (88%) erklären, mit ihrem Leben zufrieden zu sein, während dies für 75% der Arbeiter, 81% der Angestellten und nur für wenig mehr als die Hälfte (55%) der Arbeitslosen gilt.

QA3 Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, das Sie führen... ?

	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	nicht sehr zufrieden	überhaupt nicht zufrieden
EU27	18%	58%	18%	5%
Alter				
 15-24	24%	61%	12%	3%
25-39	17%	60%	18%	4%
40-54	16%	59%	19%	5%
55 +	18%	55%	20%	7%
Ausbildung (Ende der)				
 15-	14%	53%	24%	8%
16-19	15%	60%	19%	5%
20+	24%	60%	13%	3%
Studiert noch	28%	60%	10%	2%
Berufliche Tätigkeit				
 Selbständig	18%	61%	17%	4%
Leitende(r) Angestellte(r)	24%	64%	10%	2%
Andere(r) Angestellte(r)	18%	63%	15%	3%
Sonstige Arbeiter	15%	60%	19%	5%
Hausfrauen / Hausmänner	19%	56%	19%	5%
Arbeitslos	8%	47%	34%	11%
Rentner / Pensionäre	17%	55%	20%	8%
Studenten	28%	60%	10%	2%

Die Zufriedenheit der Befragten mit ihrem Leben unterscheidet sich auch deutlich von einem Land zum anderen. So zeigt sich, dass Lebensbedingungen aufgrund von konkreten geographischen Unterschieden unterschiedlich wahrgenommen werden. Annähernd alle Befragten in den Niederlanden (98%) und den nördlichen Mitgliedstaaten (97% der Schweden, 96% der Dänen und 95% der Finnen) geben zur Antwort, dass sie mit dem Leben, das sie führen, zufrieden sind. Dies gilt auch für 90% der Luxemburger. Im Gegensatz hierzu überwiegt in den beiden neuen Mitgliedstaaten sowie in Portugal und Ungarn die Unzufriedenheit: Nahezu 60% der Bulgaren sowie etwas mehr als einer von zwei Bürgern in Ungarn, Portugal (jeweils 54% in beiden Ländern) und Rumänien (51%) erklären, mit dem von ihnen geführten Leben nicht zufrieden zu sein.



Die Bürger aus den Bewerberländern erklären mehrheitlich, mit dem Leben, das sie führen, zufrieden zu sein: dies gilt für 68% der Kroaten und jeweils 63% der Bewohner der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und der Türkei.









Die Zufriedenheit der Befragten mit dem Leben, das sie führen, hat sich in einigen Mitgliedstaaten zum Teil recht unterschiedlich entwickelt. So ist in der Umfrage 70 der Indikator für Griechenland deutlich zurückgegangen. In diesem Land ist der Anteil der Befragten, die mit dem von ihnen geführten Leben zufrieden sind, um 12 Prozentpunkte im Vergleich zum letzten Frühjahr gesunken. Auch in Rumänien und Portugal ging dieser Wert um 6 Punkte und auf Zypern und in Luxemburg um 5 Punkte zurück.

Andererseits können wir in einigen Ländern zu derselben Frage eine Vergrößerung des Anteils derjenigen Befragten feststellen, die mit dem von ihnen geführten Leben zufrieden sind; Dies jedoch in einem geringeren Umfang als bei den Rückgängen. In der Türkei erreicht dieser Wert 4 Prozentpunkte (wobei sich der Anteil an zufriedenen Befragten im Vergleich zu dem deutlichen, in der letzten Umfrage festgestellten Rückgang wieder etwas erholt hat), in der Slowakei und in Deutschland 3 Prozentpunkte, in Schweden, in den Niederlanden und in Frankreich 2 Prozentpunkte.

Die untenstehende Tabelle verdeutlicht die Entwicklung, die der Zufriedenheitswert genommen hat, d.h. die Differenz zwischen dem Gesamtanteil der Befragten, die zufrieden sind und dem Gesamtanteil der Befragten, die unzufrieden sind. In der konkreten Umsetzung bestätigen diese Zahlen die Verschlechterung, die für diesen Indikator in den letzten 6 Monaten ermittelt wurde.

QA3 Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, das Sie führen...?

Entwicklung des Zufriedenheitsindex*

		EB69	EB70	Diff.
	EU27	+55	+53	-2
	TR	+21	+30	+9
	DE	+64	+70	+6
	SK	+38	+44	+6
		⋮	⋮	⋮
	CY	+80	+70	-10
	RO	+6	-4	-10
	PT	+4	-8	-12
	EL	+30	+6	-24

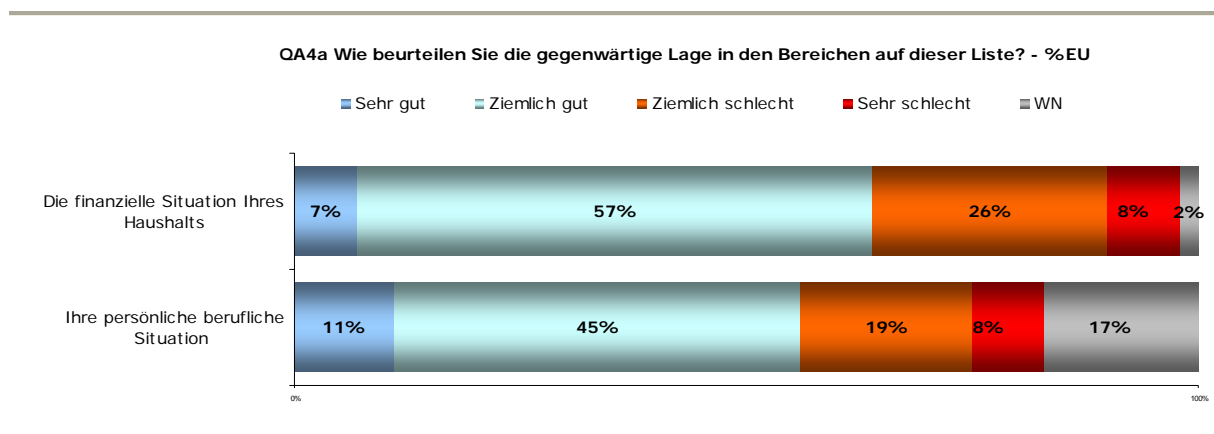
*Differenz zwischen gesamt „zufrieden“ und gesamt „nicht zufrieden“.

1.2 Beurteilung der aktuellen Situation

1.2.1 Finanzielle und berufliche Situation

- Die Einstellung der europäischen Bürger bei der Bewertung ihrer persönlichen wirtschaftlichen Situation bleibt positiv -

Die europäischen Bürger bleiben trotz eines außergewöhnlich schwierigen weltweiten wirtschaftlichen Umfeldes verhältnismäßig positiv eingestellt, wenn es darum geht, ihre **persönliche wirtschaftliche Situation**⁴ einzuschätzen: von 64% der Befragten wird die finanzielle Situation ihres Haushalts positiv beurteilt und 56% erklären, dass ihre berufliche Situation gut sei.



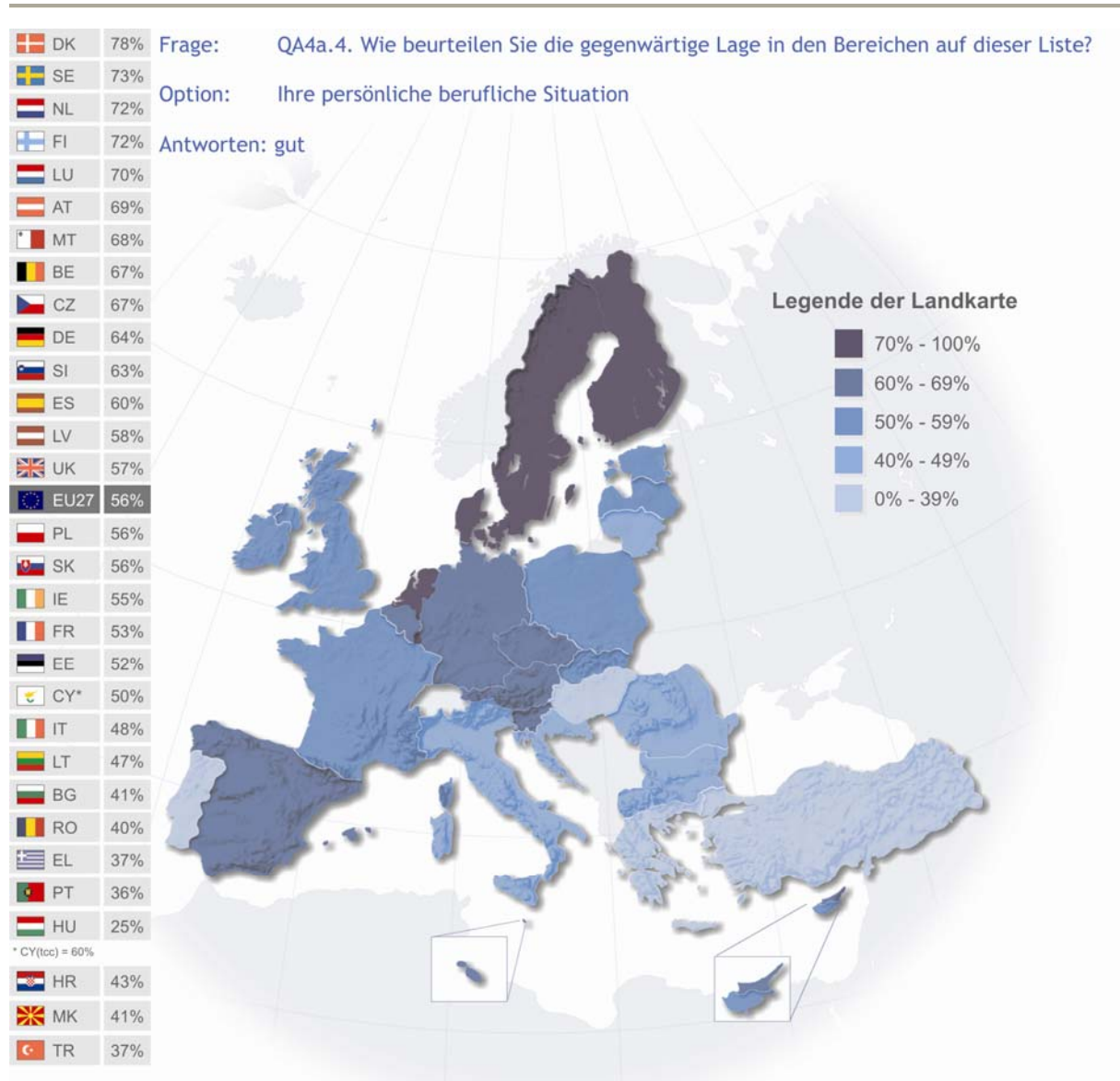
In den Niederlanden und den nördlichen Mitgliedstaaten kann eine außergewöhnlich positive Bewertung der finanziellen Situation der Haushalte festgestellt werden. In diesen Ländern wird sie von nahezu 9 von 10 Befragten günstig beurteilt: dies gilt für 92% der Niederländer, 91% der Schweden, 89% der Finnen und 86% der Dänen. Allerdings zeigen die Länderergebnisse, dass sich bei der Wahrnehmung der Lebensbedingungen erneut große geografische Unterschiede ergeben. Die diesbezüglich am wenigsten positiven Meinungen werden in den Staaten Süd- und Osteuropas beobachtet. Insbesondere in Ungarn wird die Situation als schwierig empfunden. Hier beurteilen nahezu drei Viertel der Bevölkerung die finanzielle Situation ihres Haushaltes als schlecht (73%). Diese Meinung wird von 68% der Portugiesen, 62% der Bulgaren und von geringfügig mehr als der Hälfte der Befragten in Griechenland und Rumänien (54% bzw. 53% der Befragten) geteilt.

⁴ QA4 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?: Ihre persönliche berufliche Situation; die finanzielle Situation Ihres Haushalts

In Bezug auf die Bewerberländer ist festzustellen, dass in der Türkei die negative Beurteilung der finanziellen Situation des eigenen Haushalts überwiegt (53%), während in Kroatien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien die Einschätzungen klar geteilt sind.

Im Zusammenhang mit den charakteristischen soziodemografischen Kriterien der befragten Personen können wir bei dieser Frage einige Differenzen feststellen. Männer (67%), die jüngsten Befragten (67%) und die Befragten mit der besten Ausbildung (76%) lassen eine deutlich positivere Beurteilung ihrer persönlichen wirtschaftlichen Situation erkennen.

Auch bei der Bewertung der **persönlichen beruflichen Situation** kann dieselbe geografische Kluft (nördliche Länder / süd- und osteuropäische Länder) festgestellt werden. So können wir auffällig hohe Zufriedenheitswerte in Dänemark (78%), Schweden (73%), Finnland (72%) und den Niederlanden (72%) beobachten. Die Bürger des Südens und Ostens der Europäischen Union zeigen auch hier die am wenigsten positive Einstellung. Der Anteil der Befragten, die ihre berufliche Situation negativ beurteilen, erweist sich vor allem in Ungarn als ausgesprochen groß (54%) und bleibt auch in Bulgarien (47%), Portugal (45%), Italien (42%) und in Griechenland (40%) sehr hoch.



In den Bewerberländern wird die berufliche Situation negativ beurteilt. Dies gilt insbesondere für die Türkei, in der sie von geringfügig mehr als einem von zwei Bürgern (51%) als schlecht eingestuft wird.





Eine Analyse, die die soziodemografischen Kenndaten berücksichtigt, zeigt zwischen den einzelnen Gruppen einige Unterschiede auf. Im Allgemeinen liegt der Zufriedenheitswert der Männer (61%), der Befragten zwischen 25 und 39 Jahren (66%) und der Befragten mit der besten Ausbildung (70%) deutlich über dem europäischen Durchschnitt (56%).

Wenn wir ausschließlich die Antworten derjenigen Befragten analysieren, die derzeit arbeiten⁵, kann festgestellt werden, dass die Unterschiede in den Zufriedenheitswerten, die sich bei den beiden Geschlechtern und in Bezug auf das Alter der Befragten ergeben, gegenstandslos sind (der von arbeitenden Männern und Frauen angegebene Zufriedenheitswert ist fast identisch). Andererseits bleiben die Unterschiede in Bezug auf das „Bildungsniveau“ bestehen: Es ergeben sich Unterschiede von nahezu 20 Prozentpunkten zwischen den „Erwerbstätigen“, die mindestens bis zum Alter von 20 Jahren in Ausbildung waren und sich selbst als „zufrieden“ (81%) einstufen und denjenigen, die ihre Ausbildung vor dem 16. Geburtstag abgeschlossen haben (62%).

Auch wenn die Zufriedenheitswerte in allen beruflichen Kategorien sehr hoch bleiben, spiegeln sich die unterschiedlichen Ergebnisse, die wir unter den arbeitenden Befragten in Bezug auf ihr Ausbildungsniveau ermittelt haben, insbesondere in den Antworten der Führungskräfte wider, die die eigene berufliche Situation am positivsten beurteilen (fast 9 von 10 Befragten erklären ihre berufliche Situation sei „gut“).

⁵ Die Befragten, die arbeiten sind: Selbstständige, Führungskräfte, sonstige Angestellte oder Arbeiter.

QA4a.4 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste? Ihre persönliche berufliche Situation

		Sehr gut	Ziemlich gut	Ziemlich schlecht	Sehr schlecht
	EU27	11%	45%	19%	8%
	Geschlecht				
	Männlich	13%	48%	18%	7%
	Weiblich	10%	42%	19%	8%
	Alter				
	15-24	11%	44%	17%	6%
	25-39	13%	53%	22%	8%
	40-54	12%	52%	23%	8%
	55 +	10%	33%	15%	7%
	Ausbildung (Ende der)				
	15-	7%	35%	22%	12%
	16-19	11%	46%	21%	8%
	20+	18%	52%	15%	4%
	Studiert noch	9%	41%	12%	4%
	Ausbildung (Ende der) / Arbeitsantwortende				
	15-	9%	53%	26%	9%
	16-19	13%	58%	21%	5%
	20+	20%	61%	14%	3%
	Berufliche Tätigkeit				
	Selbständig	12%	57%	24%	5%
	Leitende(r) Angestellte(r)	25%	60%	11%	2%
	Andere(r) Angestellte(r)	13%	61%	19%	5%
	Sonstige Arbeiter	12%	57%	23%	6%
	Hausfrauen / Hausmänner	5%	37%	25%	11%
	Arbeitslos	2%	19%	39%	31%
	Rentner / Pensionäre	9%	27%	13%	8%
	Studenten	9%	41%	12%	4%

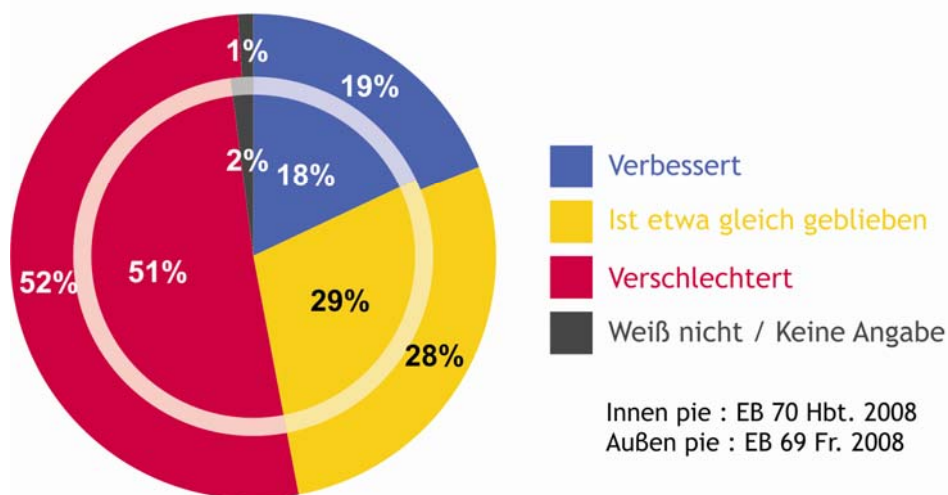
1.2.2. Fokus auf die Kaufkraft in der Europäischen Union

Wir haben die Vorgehensweise aus der letzten Umfrage wiederholt, zwei spezifische Fragen zur Kaufkraft zu stellen, um so ein deutlicheres Bild zu erhalten, wie sich die Stimmung der europäischen Bürger im Kontext der Wirtschaftskrise darstellt. Mit diesem auf konkrete wirtschaftliche Aspekte gerichteten Fokus können wir besser nachvollziehen, mit welchen Schwierigkeiten die Bürger der 27 Mitgliedstaaten in ihrem täglichen Leben konfrontiert sind.

- Es herrscht das Gefühl vor, die Kaufkraft habe sich verschlechtert -

In der ersten Frage wurden die Befragten gebeten, die aktuelle Situation ihrer Kaufkraft mit der vor 5 Jahren zu vergleichen⁶. Die Ergebnisse zeigen, dass die Mehrheit der europäischen Bürger der Ansicht ist, dass sich ihre Kaufkraft in den letzten 5 Jahren verschlechtert habe (51%), nahezu 3 von 10 Bürgern (29%) erklären, sie sei gleich geblieben und weniger als 2 von 10 (18%) sind davon überzeugt, sie habe sich gebessert. Die Antworten geben ein nahezu identisches Bild der allgemeinen Situation

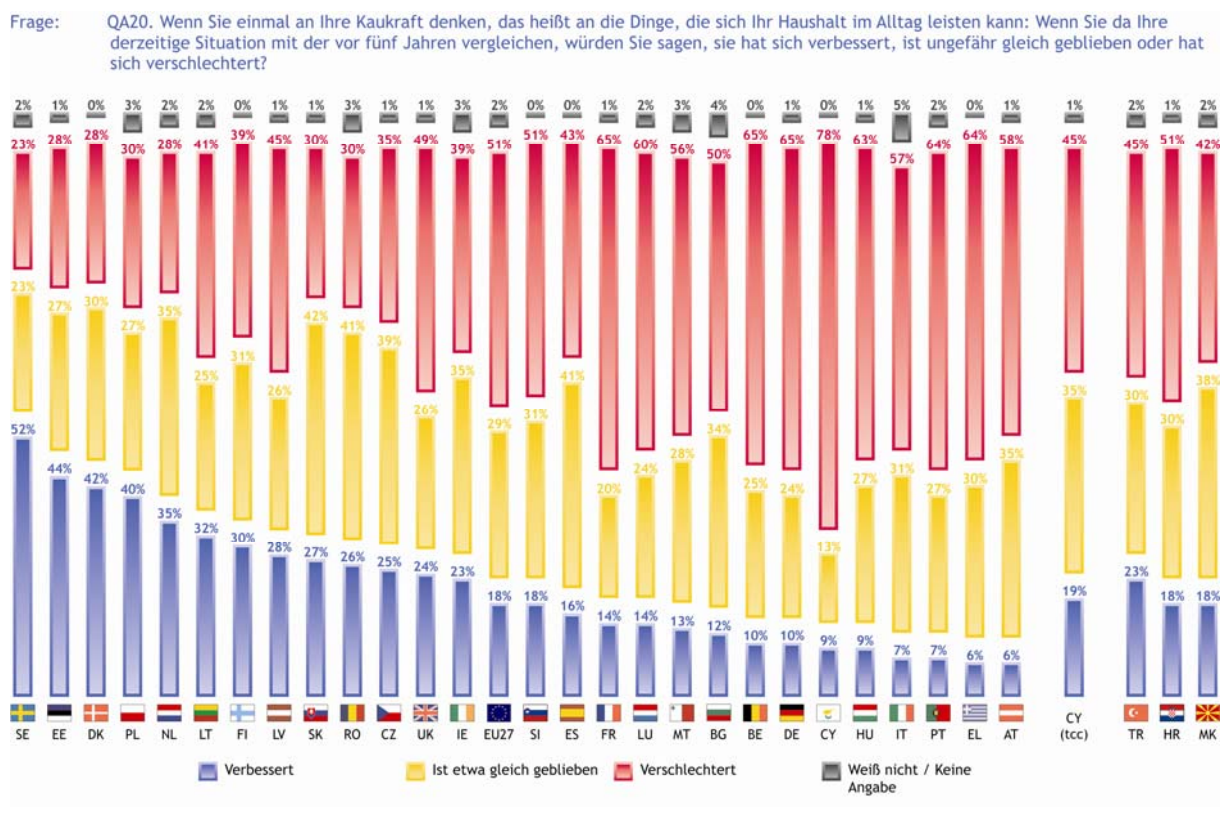
Frage: QA20. Wenn Sie einmal an Ihre Kaufkraft denken, das heißt an die Dinge, die sich Ihr Haushalt im Alltag leisten kann: Wenn Sie da Ihre derzeitige Situation mit der vor fünf Jahren vergleichen, würden Sie sagen, sie hat sich verbessert, ist ungefähr gleich geblieben oder hat sich verschlechtert?



QA20 Wenn Sie einmal an Ihre Kaufkraft denken, das heißt an die Dinge, die sich Ihr Haushalt im Alltag leisten kann: Wenn Sie da Ihre derzeitige Situation mit der vor fünf Jahren vergleichen, würden Sie sagen, sie hat sich verbessert, ist ungefähr gleich geblieben oder hat sich verschlechtert?


Die Länderanalyse hingegen zeigt ein Bild, das sich in den letzten 6 Monaten leicht verändert hat. Im letzten Frühjahr erklärte eine absolute Mehrheit der Befragten in drei Mitgliedstaaten, dass sich ihre Kaufkraft in den letzten 5 Jahren verbessert habe (und zwar in Schweden, Dänemark und Estland). Heutzutage beschränkt sich eine solche, von der Mehrheit getragene Einschätzung der Entwicklung auf ein einziges Land, und zwar auf Schweden (52%). Allerdings schätzt auch in Estland (44%), Dänemark (42%), Polen (40%) und den Niederlanden (35%) eine relative Mehrheit der befragten Bevölkerung die Lage so ein, dass sie sich verbessert hat.

Das bedeutet, dass in 19 von 27 Ländern der Europäischen Union die Bilanz für eine Mehrheit negativ ausfällt: insbesondere auf Zypern äußert sich das Gefühl einer Verschlechterung in außergewöhnlich starkem Maße (78%); in Deutschland (65%), Belgien (65%), Frankreich (65%), Griechenland (64%), Portugal (64%), Ungarn (63%) und in Luxemburg (60%) beträgt der Wert 60% oder darüber.



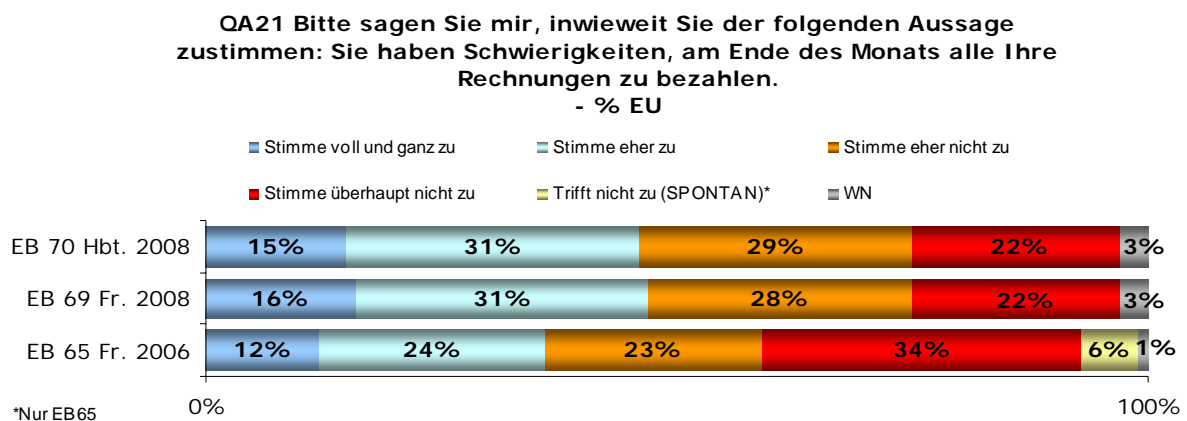
Die in den Bewerberländern ermittelten Antworten stimmen weitgehend mit jenen des europäischen Durchschnitts überein. Die Mehrheit der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (42%), in der Türkei (45%) und in Kroatien (51%) ist der Ansicht, dass die Kaufkraft in den letzten 5 Jahren nachgelassen hat.

QA20 Wenn Sie einmal an Ihre Kaufkraft denken, das heißt an die Dinge, die sich Ihr Haushalt im Alltag leisten kann: Wenn Sie da Ihre derzeitige Situation mit der vor fünf Jahren vergleichen, würden Sie sagen, sie hat sich verbessert, ist ungefähr gleich geblieben oder hat sich verschlechtert?

	Verbessert	Ist etwa gleich geblieben	Verschlechtert	WN	
EU27	18%	29%	51%	2%	
Berufliche Tätigkeit					
	Selbständig	20%	32%	46%	2%
	Leitende(r) Angestellte(r)	34%	29%	36%	1%
	Andere(r) Angestellte(r)	24%	29%	45%	2%
	Sonstige Arbeiter	21%	26%	52%	1%
	Hausfrauen / Hausmänner	11%	31%	56%	2%
	Arbeitslos	12%	20%	66%	2%
	Rentner / Pensionäre	8%	30%	61%	1%
	Studenten	28%	34%	33%	5%
	Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen				
Stimme zu	12%	24%	63%	1%	
Stimme nicht zu	25%	33%	41%	1%	
Zufriedenheit mit Lebensführung					
Zufrieden	22%	31%	45%	2%	
Nicht zufrieden	7%	22%	69%	2%	

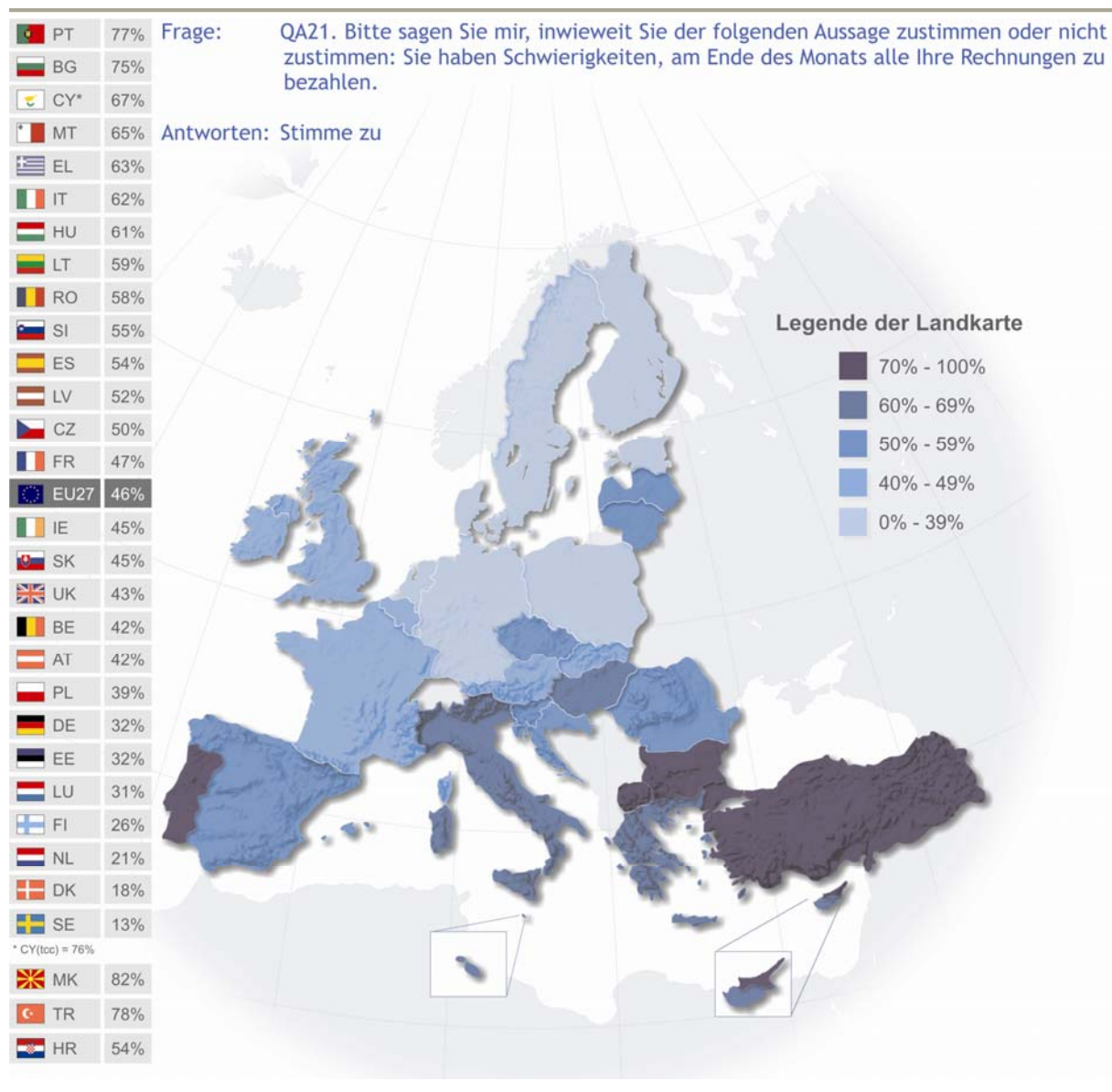
In allen sozioprofessionellen Kategorien sind die Befragten, die in den letzten 5 Jahren von einer Verschlechterung ihrer Kaufkraft ausgehen, eindeutig zahlreicher als jene, die den gegenteiligen Eindruck haben. In besonderem Maße gilt diese Feststellung für jene Kategorien, die möglicherweise unter der aktuellen Situation besonders zu leiden haben, wie z.B. Arbeitslose (66%) und Menschen im Ruhestand (61%). Schließlich können wir feststellen, dass sogar die europäischen Bürger, die am Ende des Monats keine Probleme mit der Bezahlung ihrer Rechnungen haben (auf diese Frage wird im Detail auf der folgenden Seite eingegangen) und jene, die derzeit mit dem Leben, das sie führen, zufrieden sind, mehrheitlich angeben, dass sich ihre Kaufkraft in den letzten 5 Jahren verringert habe (41% bzw. 45%).

Weiter haben wir die europäischen Bürger gebeten, Auskunft darüber zu geben, inwieweit sie mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben: 46% der Befragten erklären, am Ende des Monats Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen zu haben, eine knappe Mehrheit (51%) dagegen sagt aus, dass dies nicht zutrifft. Im Vergleich zur letzten Umfrage hat sich die Situation nur geringfügig verändert. Tatsächlich ist festzustellen, dass – während der Indikator zwischen Frühjahr 2006 (EB65) und Frühjahr 2008 (EB69) deutlich angestiegen ist (die Anzahl der Personen, die angeben, am Ende des Monats Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen zu haben, stieg zwischen diesen beiden Eurobarometer-Umfragen um 11 Prozent⁷) - wir jetzt einen leichten Rückgang (-1 Punkt) derjenigen Befragten verzeichnen, die angeben, dieser Aussage „voll und ganz zuzustimmen“. Dementsprechend verzeichnen wir einen Anstieg des Anteils der Befragten, die erklären, dieser Aussage „eher nicht zuzustimmen“.



⁷ QA21 Bitte sagen Sie mir, inwieweit Sie der folgenden Aussage zustimmen oder nicht zustimmen: Sie haben Schwierigkeiten, am Ende des Monats alle Ihre Rechnungen zu bezahlen.

Auch hier zeigt die Karte mit den einzelnen Länderergebnissen sehr deutliche Unterschiede zwischen den nördlichen Ländern und den Ländern Süd- und Osteuropas.



In 13 Mitgliedstaaten erklärt eine Mehrheit der Befragten, dass sie mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben: In Portugal (77%), Bulgarien (75%) und auf Zypern (67%) kann der höchste Anteil der Befragten festgestellt werden, die angeben, am Ende des Monats Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen zu haben. Demgegenüber erklären weniger als 3 von 10 Befragten in Finnland (26%), in den Niederlanden (21%), in Dänemark (18%) und in Schweden (13%) mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Diese unterschiedlichen Werte zeigen die großen Unterschiede, die im Bereich des Lebensstandards innerhalb der Europäischen Union anzutreffen sind. Auf der einen Seite die Länder des Nordens und Westens der Union, deren Haushalte anscheinend in vergleichsweise geringerem Maße unter den Konsequenzen der Wirtschaftskrise leiden und andererseits die Staaten des Südens und Ostens der Union, deren Haushalte wohl mit größeren finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

In den drei Bewerberländern gibt ebenfalls eine Mehrheit der Befragten an, diese Schwierigkeiten zu kennen. In der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (82%) und in der Türkei (78%) erklären annähernd 8 von 10 Bürgern, dass sie sich in einer ähnlich schwierigen Situation befinden. Auch wenn dieser Anteil in Kroatien immer noch die Mehrheit ausmacht, geht er doch auf 54% zurück.

Erhebliche Unterschiede ergeben sich aus dem soziodemografischen Profil der Befragten: sowohl das Alter bei Beendigung der Ausbildung als auch der Beruf - oftmals sehr stark miteinander verknüpft und deutlicher Indikator für den Lebensstandard der Befragten – stellen besonders deutlich unterscheidende Merkmale dar. So haben Befragte, die ihre Ausbildung mit 15 Jahren oder vorher beendet haben (51%), und nachvollziehbarerweise die Arbeitslosen (71%) größere Schwierigkeiten, am Ende des Monats ihre Rechnungen zu bezahlen als Befragte, die am längsten in Ausbildung waren (35%) oder als Führungskräfte tätig sind (31%).

1.3. Erwartungen an die Zukunft

1.3.1. Die persönliche Zukunft

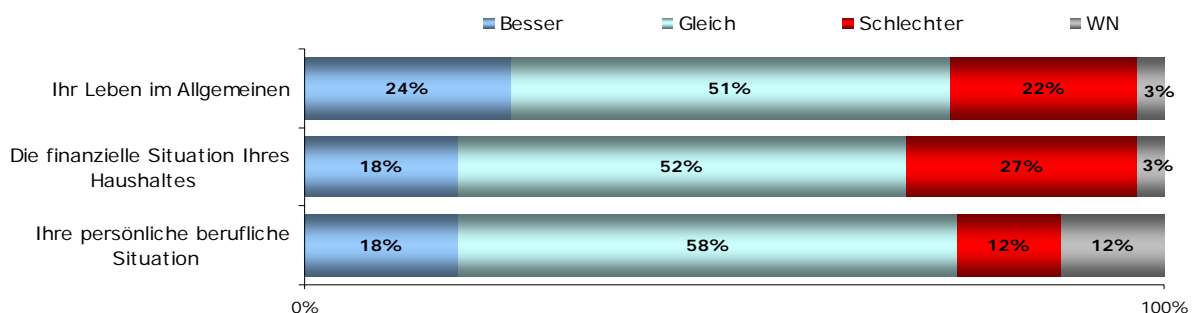
In regelmäßigen Abständen werden die europäischen Bürger gebeten, sich zu ihren kurzfristigen Erwartungen an die persönliche Situation zu äußern: es geht hierbei einerseits um die Erwartungen an ihr Leben im Allgemeinen, andererseits aber auch an die finanzielle Situation ihres Haushaltes sowie an ihre berufliche Situation.

- Pessimistische Einstellungen im Hinblick auf die persönliche Zukunft werden häufiger -

Die Ergebnisse zeigen, dass die Erwartungen in den drei Bereichen des persönlichen Lebens gesunken sind. In Bezug auf die zukünftige finanzielle und berufliche Situation der befragten Personen, kann diese Verschlechterung eindeutig pessimistisch genannt werden.

Weniger als ein Viertel der europäischen Bürger erklärt, Vertrauen in die persönliche Zukunft zu haben, auch wenn sie mehrheitlich mit dem Leben, das sie führen, zufrieden sind: nur 24% erwarten eine Verbesserung innerhalb der nächsten 12 Monate. Allerdings ist die Hälfte der Befragten (51%) der Ansicht, dass das kommende Jahr keine Veränderung mit sich bringen wird und 22% schließlich sind davon überzeugt, dass ihr Leben schlechter wird.⁸

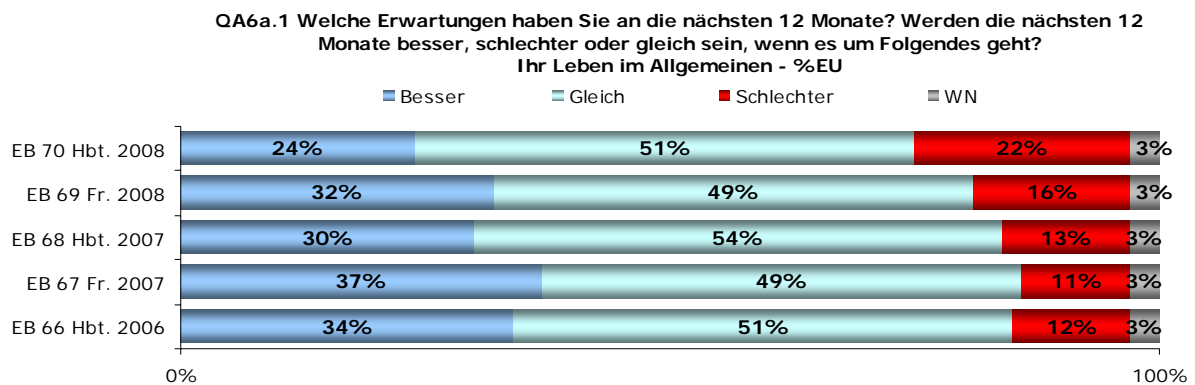
QA6a Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht? - %EU



⁸QA6 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?

1. Ihr Leben im Allgemeinen; 4. Die finanzielle Situation Ihres Haushaltes ; 7. Ihre persönliche berufliche Situation;

Wenn es um das Leben im Allgemeinen geht, hat die pessimistische Einstellung zur nahen Zukunft im Vergleich zum Frühjahrsbericht 2008 zugenommen (+6 Punkte). Parallel hierzu gehen die Werte für die optimistische Einstellung um 8 Punkte zurück, während der Anteil der europäischen Bürger, die der Meinung sind, ihr Leben würde im Laufe des Jahres 2009 gleich bleiben, um 2 Prozentpunkte zunimmt.






Bei dieser Frage können wir hinsichtlich der soziodemografischen Kenndaten der befragten Personen Unterschiede feststellen. Die jüngsten und am besten ausgebildeten Befragten zeigen wiederum das größte Vertrauen: 45% der 15-24-Jährigen sind der Meinung, dass sich ihr Leben in den nächsten 12 Monaten verbessern wird, während nur 10% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber mit einer kurzfristigen Verbesserung ihrer Situation rechnen.

Ebenso zeigen 28% der Befragten, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren und darüber fortgeführt haben, Vertrauen in ihre Zukunft, während nur 13% derjenigen, die die Schule vor dem 16. Geburtstag verlassen haben, diesen Optimismus teilen.

Wir können feststellen, dass das Vertrauensniveau mit der Anzahl der im Haushalt lebenden Personen ansteigt. Grund für dieses Ergebnis ist möglicherweise der Alterseffekt, da die ältesten Befragten am häufigsten alleine leben.

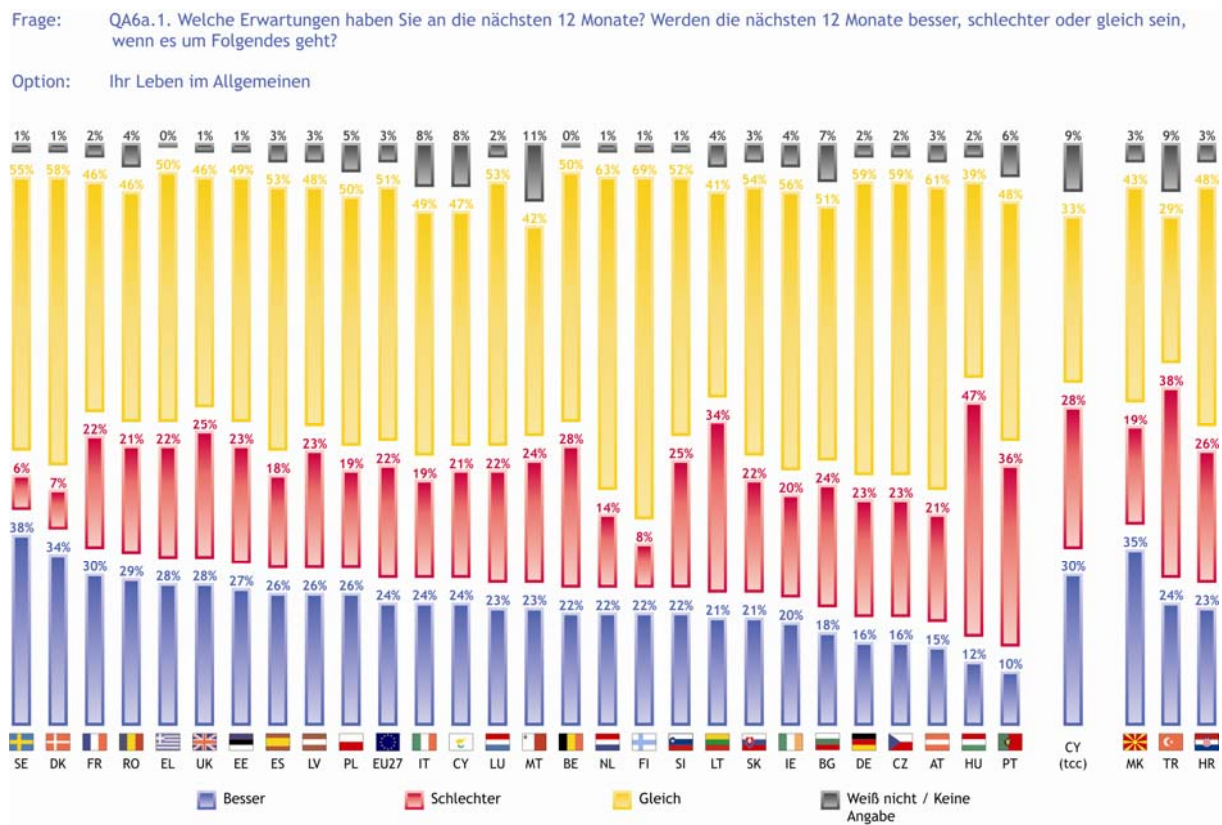
QA6a.1 Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht? - Ihr Leben im Allgemeinen

	Besser	Gleich	Schlechter	WN
EU27	24%	51%	22%	3%
Alter				
 15-24	45%	40%	12%	3%
25-39	34%	45%	18%	3%
40-54	20%	52%	25%	3%
55 +	10%	61%	26%	3%
Ausbildung (Ende der)				
 15-	13%	56%	27%	4%
16-19	23%	51%	23%	3%
20+	28%	51%	18%	3%
Studiert noch	43%	44%	10%	3%
Berufliche Tätigkeit				
 Selbständig	27%	50%	20%	3%
Leitende(r) Angestellte(r)	27%	52%	19%	2%
Andere(r) Angestellte(r)	27%	50%	20%	3%
Sonstige Arbeiter	28%	48%	21%	3%
Hausfrauen / Hausmänner	19%	55%	23%	3%
Arbeitslos	31%	38%	26%	5%
Rentner / Pensionäre	9%	60%	27%	4%
Studenten	43%	44%	10%	3%
Haushaltszusammenstellung				
1	18%	54%	24%	4%
2	20%	53%	24%	3%
3	27%	51%	19%	3%
4+	29%	48%	20%	3%

In den jeweiligen Mitgliedstaaten unterscheiden sich die Ergebnisse erheblich. Weniger als vier von 10 Befragten in Schweden (38%) und in Dänemark (36%) sowie 30% in Frankreich erwarten, dass sich ihr Leben im kommenden Jahr verbessern wird. Dieser Optimismus wird in Estland, Spanien, Lettland, Polen, Rumänien und dem Vereinigten Königreich von einem Anteil der Befragten geteilt, der zwischen 25% und 29% liegt.

Die negativen Prognosen übersteigen demgegenüber in 7 Mitgliedstaaten die positiven Erwartungen: dies gilt für Deutschland (23% im Vergleich zu 16%, die eine optimistische Einstellung haben), Bulgarien (24% gegenüber 18%), die tschechische Republik (23% gegenüber 16%) sowie Belgien (28% gegenüber 22%). In Litauen (34%) und in Portugal (36%) macht sich die pessimistische Haltung noch deutlicher bemerkbar. Dort ist mehr als ein Drittel der befragten Personen davon überzeugt, dass das Leben in der nahen Zukunft schlechter werden wird (verglichen mit 21% bzw. 10%, die jeweils die entgegengesetzte Meinung vertreten). In Ungarn schließlich sind die Erwartungen in besonderem Maße pessimistisch: Dort erwartet nahezu einer von zwei Bürgern (47%), dass das Leben in den kommenden 12 Monaten schlechter werden wird, während gleichzeitig nur 12% der Befragten optimistisch eingestellt sind.

Im Hinblick auf die Bewerberländer ist zu beobachten, dass die Mehrheit der Kroaten (48%) und 4 von 10 Befragten aus der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (43%) keine Veränderung erwarten und nur 29% der befragten Türken diese Meinung teilen. Letztere legen einen ganz besonders starken Pessimismus an den Tag, wenn es um ihr persönliches Leben in den nächsten 12 Monaten geht: 38% von ihnen erwarten eine Verschlechterung im Vergleich zu 19% der Befragten aus der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und 26% der Kroaten.



Wenn wir die Entwicklung der Ergebnisse analysieren, können wir feststellen, dass optimistische Einstellungen in ganz Europa rückläufig sind. Sie werden von deutlich negativeren Perspektiven abgelöst. Auch die nördlichen Mitgliedstaaten – deren Bürger sonst vergleichsweise zufriedener und traditionell optimistischer sind als der Durchschnitt – werden von dieser Tendenz nicht verschont. So verliert der positive Prognosewert in Dänemark 9, in Finnland 11 und in Schweden sogar 12 Prozentpunkte im Vergleich zur Umfrage im Frühjahr 2008 (EB69).

Insgesamt betrifft das Ansteigen der negativen Prognosewerte 24 von 27 Mitgliedstaaten. In Belgien, Irland, Litauen und dem Vereinigten Königreich (+13 Punkte) sowie in Slowenien (+12), auf Zypern, in Luxemburg und auf Malta (jeweils +11 in diesen 3 Ländern) ist der Umstand, dass sich die Erwartungen verschlechtert haben, besonders spürbar. Festzustellen ist, dass dieser Wert in Bulgarien (24%) und in Portugal (36%) gleich geblieben und in Italien (19%, -2 Punkte) gesunken ist.

Im Hinblick auf die Bewerberländer nehmen die negativen Erwartungen in Kroatien zu (+6 Punkte), sie sinken geringfügig in der Türkei (-5) und verzeichnen keine Veränderung in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien.

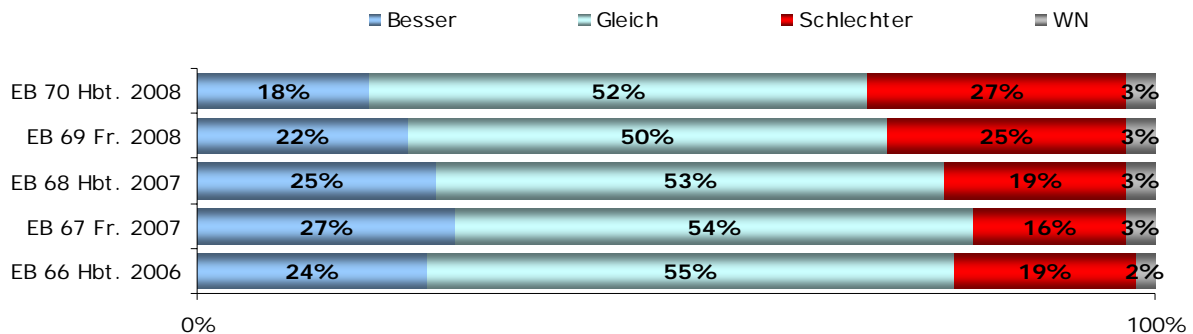
1.3.2. Die finanzielle Situation

Weniger als ein Fünftel der europäischen Bürger ist der Ansicht, dass sich die finanzielle Situation ihres Haushalts innerhalb des kommenden Jahres verbessern wird (18%), während geringfügig mehr als die Hälfte der Befragten mit keiner Veränderung rechnet (52%). Schließlich sind die Befragten, die eine Verschlechterung ihrer finanziellen Situation erwarten (27%), zahlreicher als jene, die eine positive Entwicklung in Betracht ziehen. Diese Verschiebung wurde zum ersten Mal in der Umfrage im Frühjahr 2008 festgestellt.

Wenn wir diese Ergebnisse mit jenen der vorherigen Umfrage vergleichen, wird ein weiteres Mal deutlich, dass sich die Perspektiven verschlechtern: die positiven Vertrauenswerte setzen ihren Abwärtstrend fort und verlieren 4 Punkte, während die Anzahl der Befragten um 2 Punkte zunimmt, die der Ansicht sind, ihre finanzielle Situation verschlechtere sich in den kommenden 12 Monaten. Dasselbe gilt für den Anteil der Befragten, die davon überzeugt sind, dass ihre Situation gleich bleiben wird (52% im Vergleich zu 50% im Frühjahr 2008).




QA6a.3 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?

Die finanzielle Situation Ihres Haushaltes - % EU



Die jüngsten Befragten zeigen wiederum deutlich mehr Vertrauen in die Zukunft als die ältesten: 31% der 15-24-Jährigen und 28% der 25-34-Jährigen erwarten in naher Zukunft eine Verbesserung der finanziellen Situation ihres Haushaltes, im Vergleich zu 17% der 40-54-Jährigen und 7% der Befragten, die 55 Jahre und älter sind. Darüber hinaus sind die Befragten, die ihre Ausbildung mit 19 Jahren und danach fortgesetzt haben, deutlich optimistischer als jene, die die Schule schon früh verlassen haben (22% gegenüber 10%). Je nach Berufstätigkeit finden wir wenig Unterschiede was den Anteil an Optimisten bei den einzelnen Kategorien angeht. Es kann allerdings beobachtet werden, dass die Arbeiter (27%) und vor allem die Arbeitslosen (34%) deutlich besorgter sind als die Führungskräfte (23%), wenn es darum geht, die Entwicklung der finanziellen Situation ihres Haushaltes in den kommenden 12 Monaten zu beurteilen.

QA6a.3 Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht? - Die finanzielle Situation Ihres Haushaltes

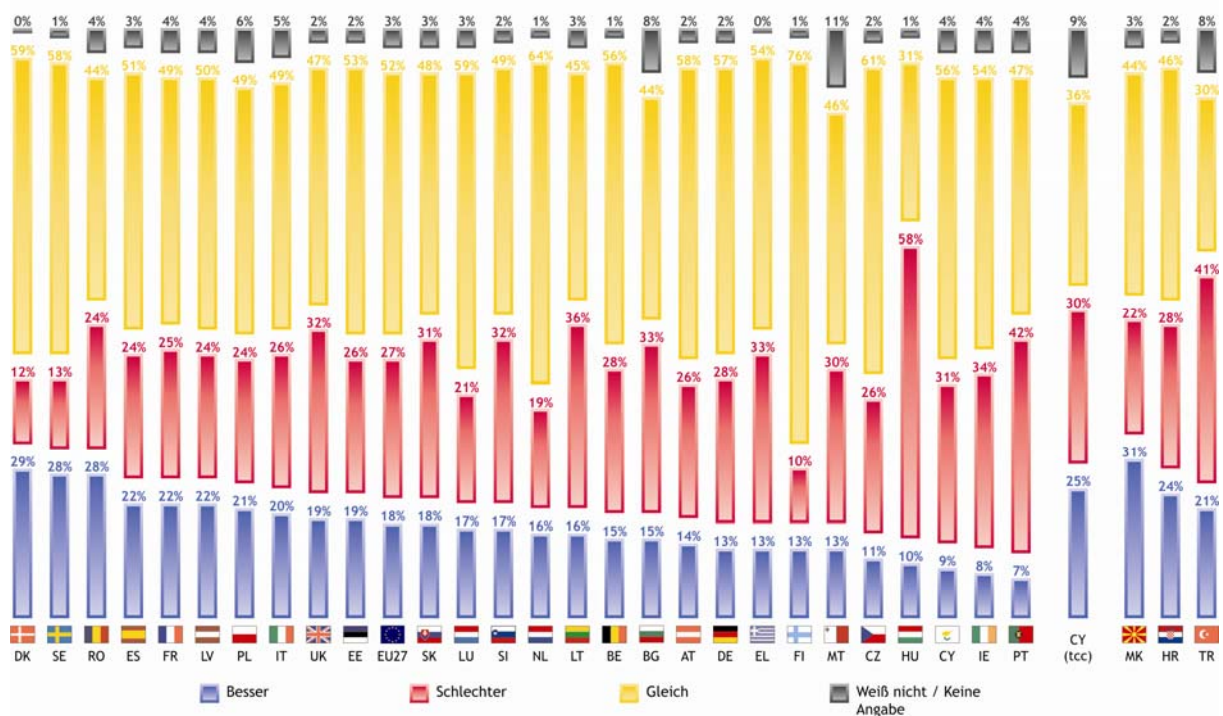
	Besser	Schlechter	Gleich	WN
EU27	18%	27%	52%	3%
Alter				
 15-24	31%	17%	47%	5%
25-39	28%	24%	45%	3%
40-54	17%	30%	50%	3%
55 +	7%	32%	59%	2%
Ausbildung (Ende der)				
 15-	10%	34%	53%	3%
16-19	19%	29%	49%	3%
20+	22%	23%	53%	2%
Studiert noch	27%	15%	52%	6%
Berufliche Tätigkeit				
 Selbständig	22%	26%	50%	2%
Leitende(r) Angestellte(r)	22%	23%	53%	2%
Andere(r) Angestellte(r)	23%	24%	50%	3%
Sonstige Arbeiter	23%	27%	48%	2%
Hausfrauen / Hausmänner	16%	31%	50%	3%
Arbeitslos	23%	34%	37%	6%
Rentner / Pensionäre	6%	33%	59%	2%
Studenten	27%	15%	52%	6%

Auch wenn die Länderanalyse erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten aufzeigt, ermöglicht sie es uns trotz alledem auf einen gemeinsamen Nenner hinzuweisen, und zwar, dass die düsteren Perspektiven derzeit schwer auf der Stimmung lasten: in 23 Mitgliedstaaten fällt die Aufrechnung zwischen günstigen und ungünstigen Prognosen negativ aus. Nur in 4 Ländern übersteigt der Anteil der Optimisten den der Befragten, die eine Verschlechterung der finanziellen Situation ihres Haushaltes vorhersagen: dies gilt für annähernd 3 von 10 Bürgern in Rumänien, in Schweden (jeweils 28%) und in Dänemark (29%). Das ist auch der Fall in Finnland (13%). Halten wir fest, dass sich vor 6 Monaten diese Tendenz noch in 15 der 27 Mitgliedstaaten abzeichnete.

Demgegenüber befinden sich die Vertrauenswerte in Portugal und insbesondere in Ungarn auf ihrem Tiefstand. In diesen Ländern nehmen jeweils 42% und 58% der Befragten eine negative Haltung ein, wenn es darum geht, die Entwicklung der finanziellen Situation ihres Haushaltes zu beurteilen. Auch auf Malta (30%), Zypern und in der Slowakei (jeweils 31%), im Vereinigten Königreich und in Slowenien (jeweils 32%), in Griechenland und Bulgarien (jeweils 33%), in Irland (34%) und in Litauen (36%) sind 3 von 10 Befragten oder mehr der Ansicht, dass die Aussichten für die Zukunft getrübt sind.

Frage: QA6a.3. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?

Option: Die finanzielle Situation Ihres Haushaltes

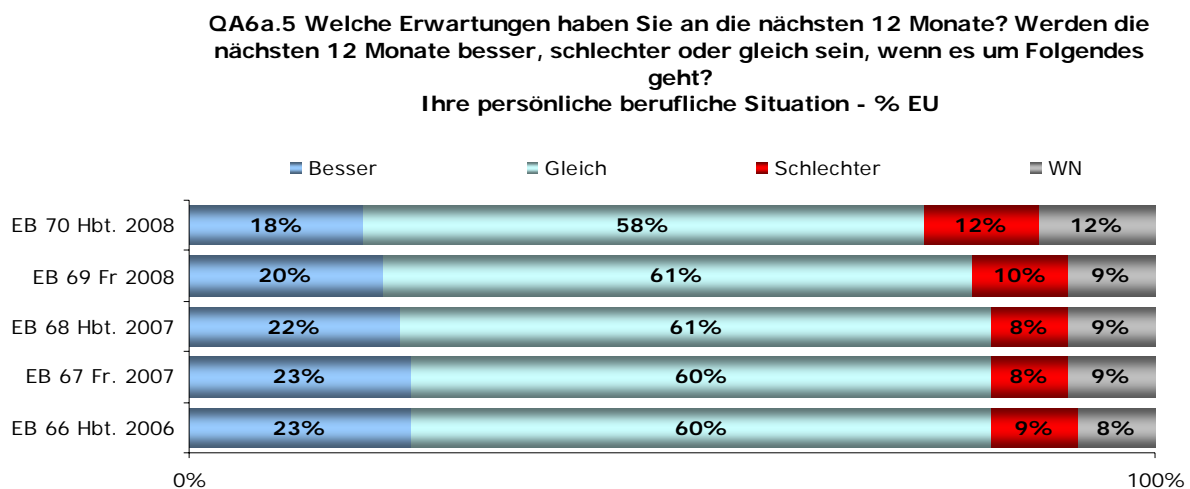


Die Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sind im Vergleich zu den Bürgern der sonstigen Bewerberländer verhältnismäßig optimistisch eingestellt: 31% von ihnen sind der Ansicht, dass sich die finanzielle Situation ihres Haushaltes in den nächsten 12 Monaten verbessern wird, während dies für 24% der Kroaten und 21% der türkischen Befragten gilt. Bei den Letzteren allerdings herrscht eine besonders pessimistische Einstellung in Bezug auf die Entwicklung der persönlichen Finanzen vor: 41% von ihnen erwarten eine Verschlechterung. Die Kroaten ihrerseits erwarten zu 46% keine Veränderung.

1.3.3. Die berufliche Situation

Annähernd 6 von 10 europäischen Bürgern sind der Meinung, dass sich ihre berufliche Situation in den nächsten 12 Monaten nicht ändern wird (58%), ungefähr ein Fünftel ist davon überzeugt, dass sie sich verbessern wird (18%) und ein geringer Anteil (12%) meint, sie würde sich verschlechtern.




Im Vergleich zu den im Frühjahr erhobenen Zahlen ist der Anteil der Befragten, die davon überzeugt sind, ihre berufliche Situation würde sich verbessern, sowie der Anteil der Befragten, die annehmen, dass sich nichts ändern wird, um 2 bzw. 3 Prozentpunkte rückläufig; demgegenüber nimmt der Anteil der Befragten, die eine Verschlechterung erwarten, um 2 Punkte zu.



Die jüngsten und am besten ausgebildeten Personen erklären nach wie vor am häufigsten, dass sie in Bezug auf ihre berufliche Situation Vertrauen in die Zukunft haben. Ein Drittel der Befragten, die zwischen 15 und 24 Jahren alt sind (36%), zeigt sich optimistisch, während dies nur für 4% derjenigen gilt, die 55 Jahre und älter sind.

In der Analyse, die die beruflichen Kategorien berücksichtigt, wird deutlich, dass nahezu 3 von 10 Arbeitslosen (28%) sowie mehr als ein Fünftel der Führungskräfte (24%), der Angestellten und Selbstständigen (jeweils 23%) und der Arbeiter (21%) gegenüber ihrer beruflichen Situation eine einigermaßen optimistische Haltung einnehmen.

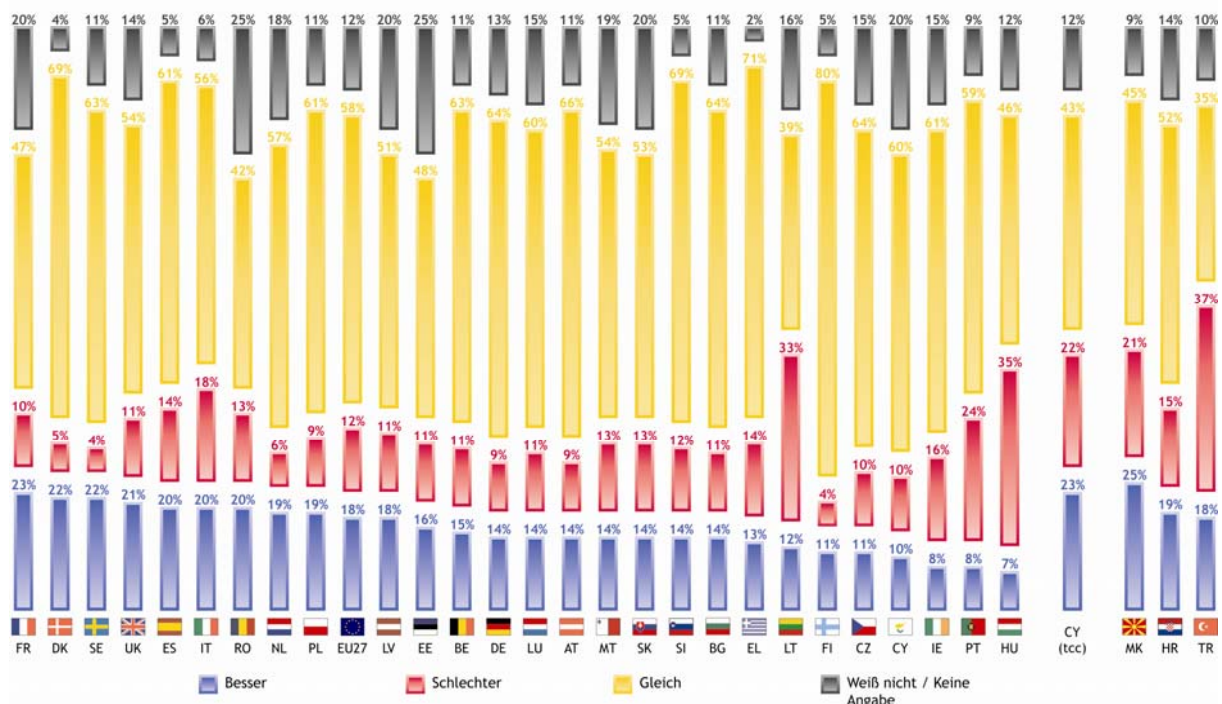
**QA6a.5 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?
Ihre persönliche berufliche Situation**

	Besser	Schlechter	Gleich	WN
EU27	18%	12%	58%	12%
Alter				
 15-24	36%	9%	42%	13%
25-39	27%	14%	54%	5%
40-54	16%	17%	62%	5%
55 +	4%	9%	64%	23%
Ausbildung (Ende der)				
 15-	7%	14%	62%	17%
16-19	17%	14%	58%	11%
20+	23%	10%	58%	9%
Studiert noch	33%	6%	44%	17%
Berufliche Tätigkeit				
 Selbständig	23%	16%	58%	3%
Leitende(r) Angestellte(r)	24%	12%	61%	3%
Andere(r) Angestellte(r)	23%	13%	60%	4%
Sonstige Arbeiter	21%	16%	59%	4%
Hausfrauen / Hausmänner	12%	12%	64%	12%
Arbeitslos	28%	23%	36%	13%
Rentner / Pensionäre	3%	8%	62%	27%
Studenten	33%	6%	44%	17%

Die Vertrauenswerte, die sich auf die berufliche Zukunft beziehen, sind niedriger als vor 6 Monaten und im besten Falle werden sie von gerade einmal einem Fünftel oder wenig mehr der Bevölkerung geteilt: dies gilt für Frankreich (23%), Dänemark (22%), Schweden (22%), das Vereinigte Königreich (21%) sowie Rumänien, Italien und Spanien (jeweils 20%). Portugal und - in einem noch deutlicheren Maße - Litauen und Ungarn heben sich von den anderen Ländern durch den hohen Anteil der Befragten ab, die ihren Pessimismus zum Ausdruck bringen: das sind jeweils 24%, 33% und 35% der befragten Personen, oder auch 12, bzw. 21 und 23 Prozentpunkte mehr als im Durchschnitt der Europäischen Union.

Frage: QA6a.5. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?

Option: Ihre persönliche berufliche Situation



Was die Bewerberländer angeht, so erwartet die Mehrheit der Befragten in Kroatien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (52% bzw. 45%) innerhalb der nächsten 12 Monate keinerlei Veränderung. Nur ein Anteil von wenig mehr als einem Drittel der Türken (35%) ist ähnlicher Meinung, während ein vergleichbar großer Anteil (37%) mit einer Verschlechterung der beruflichen Situation rechnet, d.h. die Mehrheit der Befragten nimmt eine pessimistische Haltung ein.

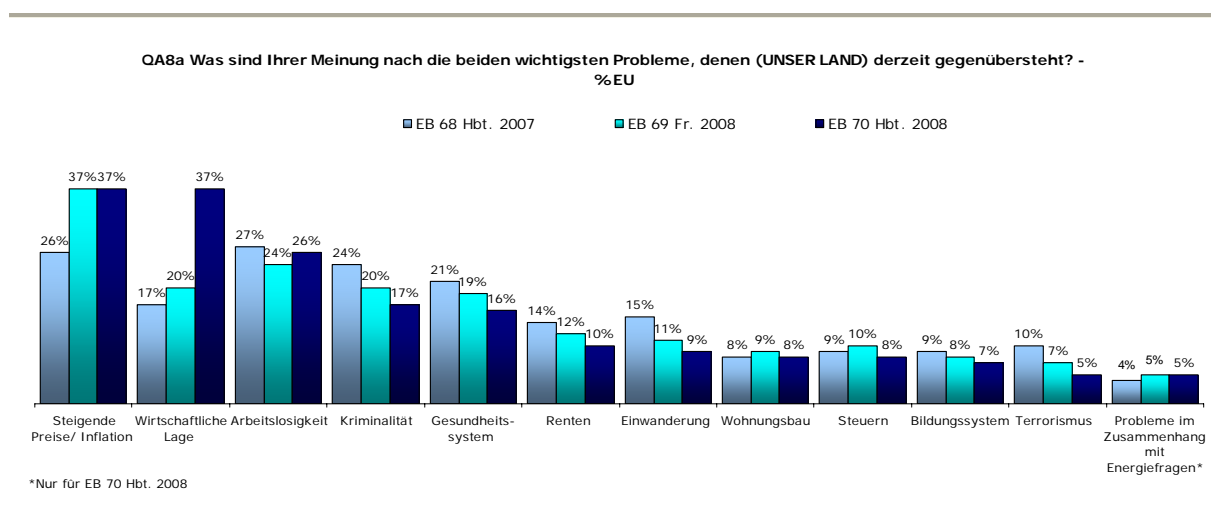
Abschließend **können wir von einem „wirtschaftlichen Schlechtfühlfaktor“ sprechen, der mittlerweile auf die Bereiche des persönlichen Lebens der Bürger übergreifen hat, wobei dies allerdings nicht für alle Länder gilt.**

Wenn wir über das Leben im Allgemeinen sprechen, so ist die Haltung der Bürger heutzutage in der gesamten Europäischen Union negativer als vor 6 Monaten.

1.4. Sorgen der europäischen Bürger

- Inflation und wirtschaftliche Lage lösen die Arbeitslosigkeit auf Platz 1 der Sorgen der europäischen Bürger in den jeweiligen Ländern ab -

Der „wirtschaftliche Schlechtfühlfaktor“, von dem wir bisher gesprochen haben, macht sich auch im Bereich der Sorgen und Probleme der europäischen Bürger deutlich bemerkbar: **Im Herbst 2008 sind die steigenden Preise/Inflation und die wirtschaftliche Lage die zwei am häufigsten genannten nationalen Problembereiche⁹.**



In den letzten Monaten hat die schlechte wirtschaftliche Stimmung erheblichen Einfluss auf die Meinungsentwicklung genommen. Zur Inflation, die im Frühjahr 2008 Platz 1 der Liste der wichtigsten Probleme besetzte, kommt im Herbst 2008 die wirtschaftliche Lage hinzu (jeweils 37%). Diese beiden Themen sind derzeit die dringendsten Probleme der europäischen Bürger und verdrängen die Befürchtungen bezüglich der Arbeitslosigkeit und der Kriminalität, wobei dieses letztere Thema mittlerweile seltener genannt wird. **Wenn wir die Ergebnisse untersuchen, wie sie sich vor 6 Monaten dargestellt haben, dann ist der Anteil der Befragten, der die wirtschaftliche Lage nennt, um 17 Punkte angestiegen ist und der Anteil, der die Inflation wählt, im Herbst 2008 auf demselben Niveau geblieben. Dieser Anteil war zwischen Herbst 2007 und Frühjahr 2008 um 11 Prozentpunkte angestiegen.**

⁹ QA8a Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht?

In 14 Mitgliedstaaten wird **Inflation** als wichtigstes nationales Problem genannt. Mehr als die Hälfte der Bürger in Österreich (61%), in Lettland (59%), in Slowenien (57%), in Bulgarien und in Litauen (jeweils 56%) nennen dieses Thema. In den Niederlanden (18%), in Dänemark (12%) und in Schweden (8%) hingegen wird sie von weniger als einem Fünftel der befragten Bürger als Antwort gegeben.

Seit Frühjahr 2008 hat sich das Maß verändert, in dem die **Inflation** als eines der beiden bedeutendsten Probleme angesehen wird: Zypern (+18 Punkte) ist das einzige Land, in dem der Anteil der Befragten, die erklären, **Inflation/Steigende Preise** sei ein wichtiges Problem auf nationaler Ebene, um mehr als 10 Punkte angestiegen ist. Demgegenüber kann in Slowenien (-14), in Lettland (-12) und in Frankreich (-10) ein Rückgang um mindestens 10 Punkte beobachtet werden.

Die **wirtschaftliche Lage** wird in 9 Mitgliedstaaten als wichtigstes nationales Problem genannt. Hierin nehmen die Niederlande den ersten Platz der Liste ein (64%), in einigem Abstand gefolgt von Griechenland (51%) und Estland (50%), während Malta (18%) und Finnland (16%) die Schlusslichter bilden.

Seit Frühjahr 2008 kann in 19 der 27 Mitgliedstaaten eine Zunahme von zumindest 10 Prozentpunkten des Anteils der Befragten festgestellt werden, die der Ansicht sind, dass die **wirtschaftliche Lage** ein wichtiges Problem auf nationaler Ebene sei. Die deutlichsten Zuwächse gab es in den Niederlanden (+42 Punkte), darauf folgen Dänemark (+32) und Schweden (+30).

Im Vergleich zum europäischen Durchschnitt können wir erhebliche Unterschiede bei den nationalen Prioritäten der drei Bewerberländer erkennen. Für die Kroaten ist die **Kriminalität** das Thema, das an erster Stelle steht. Sie wird von 62% der Befragten genannt. Der **Terrorismus**¹⁰ ist die größte nationale Sorge in der Türkei (und wird von nahezu 7 von 10 Bürgern gewählt), während in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien die **Arbeitslosigkeit** (60%) den ersten Rang auf der Problemliste einnimmt.

Inflation, wirtschaftliche Lage und – in geringerem Umfang - **Arbeitslosigkeit**: Indem die europäischen Bürger dieses Thementrio an die Spitze der von ihnen gewählten Probleme setzen, machen sie deutlich, dass die Wirtschaft der Angelpunkt ist, um den sich ihre Sorgen drehen. Zwischen den Ländern können allerdings erhebliche Unterschiede festgestellt werden.

¹⁰ Um die gesamten Länderergebnisse einzusehen, siehe die Tabellen im Anhang des Berichts

QA8a Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht? (MAX. 2 NENNUNGEN)

	Steigende Preise / Inflation	Wirtschaftliche Lage	Arbeitslosigkeit	Kriminalität	Gesundheitssystem	Renten	Einwanderung	Wohnungsbau	Steuern	Bildungssystem	Probleme im Zusammenhang mit Energiefragen	Terrorismus
EU27	37%	37%	26%	17%	16%	10%	9%	8%	8%	7%	5%	5%
BE	43%	45%	19%	12%	3%	13%	12%	9%	12%	3%	12%	2%
BG	56%	29%	17%	30%	17%	15%	1%	1%	4%	6%	7%	1%
CZ	44%	25%	17%	26%	28%	18%	5%	7%	5%	4%	6%	2%
DK	12%	38%	6%	33%	36%	3%	17%	3%	4%	12%	6%	11%
DE	42%	34%	24%	11%	21%	12%	5%	1%	9%	17%	9%	3%
EE	45%	50%	20%	22%	13%	8%	1%	2%	9%	5%	7%	1%
EL	40%	51%	35%	19%	10%	9%	5%	1%	9%	9%	1%	1%
ES	28%	44%	45%	8%	3%	3%	13%	19%	3%	3%	0%	14%
FR	41%	38%	35%	14%	8%	14%	7%	15%	5%	6%	3%	3%
IE	28%	39%	34%	22%	38%	3%	4%	6%	6%	7%	2%	1%
IT	44%	39%	27%	15%	6%	6%	11%	2%	16%	5%	3%	3%
CY	46%	30%	7%	25%	8%	6%	11%	17%	6%	3%	3%	1%
LV	59%	45%	26%	17%	12%	16%	1%	3%	6%	5%	4%	0%
LT	56%	34%	14%	20%	14%	8%	3%	7%	12%	7%	15%	1%
LU	49%	30%	20%	11%	6%	5%	8%	27%	4%	19%	4%	3%
HU	42%	45%	40%	11%	19%	11%	1%	2%	9%	3%	9%	0%
MT	41%	18%	14%	8%	4%	3%	48%	6%	8%	2%	28%	1%
NL	18%	64%	4%	26%	25%	5%	11%	6%	2%	13%	5%	6%
AT	61%	30%	21%	8%	13%	11%	12%	2%	9%	8%	5%	4%
PL	36%	24%	21%	11%	43%	16%	3%	7%	5%	4%	5%	1%
PT	44%	35%	43%	16%	11%	10%	2%	4%	10%	4%	1%	2%
RO	48%	35%	11%	17%	19%	13%	5%	11%	9%	7%	4%	3%
SI	57%	29%	16%	10%	12%	22%	3%	10%	9%	4%	3%	1%
SK	46%	29%	26%	17%	26%	15%	1%	10%	4%	5%	6%	2%
FI	36%	16%	21%	14%	39%	12%	4%	5%	9%	7%	16%	1%
SE	8%	43%	38%	16%	25%	6%	8%	2%	5%	18%	8%	1%
UK	21%	34%	16%	34%	10%	7%	23%	14%	7%	4%	8%	9%
HR	33%	35%	33%	62%	5%	15%	0%	2%	2%	2%	1%	3%
TR	16%	32%	51%	5%	4%	1%	1%	0%	2%	5%	1%	68%
MK	31%	41%	60%	26%	3%	3%	3%	3%	5%	2%	5%	2%
Höchster Prozentsatz per Land							Höchster Prozentsatz per Nennung					
<i>Niedrigster Prozentsatz per Land</i>							Niedrigster Prozentsatz per Nennung					

Die Länderergebnisse sind fett gedruckt, die niedrigsten Ergebnisse je Land kursiv gedruckt, die höchsten Ergebnisse je Thema grau umrandet und die niedrigsten Ergebnisse je Thema schwarz umrandet

Die **Arbeitslosigkeit**, die im europäischen Durchschnitt den dritten Platz belegt (26%), ist das am meisten verbreitete Problem in Spanien (45%) und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (60%); in Portugal (43%), Schweden (38%) und in der Türkei (51%) stellt es das am zweithäufigsten genannte Thema dar. Darüber hinaus wurde in Irland (+19), Schweden und in Spanien (jeweils +18 Punkte in diesen beiden Ländern) und in Lettland (+11) ein Anstieg von mindestens 10 Prozentpunkten verzeichnet. Demgegenüber kann in Deutschland im Vergleich zur vorherigen Umfrage ein Rückgang von 11 Prozentpunkten für diese Antwort beobachtet werden.

In Polen (43%) und in Finnland (39%) ist das **Gesundheitssystem** das größte, in Irland (38%), Dänemark (36%) und der tschechischen Republik (28%) das zweitgrößte Problem. Auf europäischer Ebene belegt dieses Problem mit 16% der Nennungen den fünften Rang.

Schließlich sollten einige Besonderheiten etwas näher betrachtet werden. Die Gefahr, die aus dem **Terrorismus** erwächst, wird heutzutage besonders in der Türkei wahrgenommen (68%, +24 Punkte), in Spanien, hingegen, ist dieses Gefühl weitestgehend verschwunden (14%, -17 Punkte). Die **Einwanderung** stellt auf Malta das wichtigste Problem dar (48%) und das drittwichtigste im Vereinigten Königreich (23%). In diesem letzteren Land teilt sich das Thema **Kriminalität** mit der wirtschaftlichen Lage (jeweils 34%) den Spitzenplatz auf der Liste. Auch in Kroatien (62%) steht das Thema Kriminalität an erster Stelle und wird in Bulgarien (30%) und den Niederlanden (26%) am zweithäufigsten genannt.




Die übrigen untersuchten Bereiche kommen auf europäischer Ebene auf weniger als 10% der Antworten (10% im Falle der Renten). Wir sollten allerdings noch darauf hinweisen, dass der **Wohnungsbau, der im Durchschnitt 9% der Nennungen erhält**, in Luxemburg von nahezu 3 von 10 Bürgern sowie von 2 von 10 Spaniern genannt wird.

Schließlich nennen 19% der Schweden den **Umweltschutz** als eines der wichtigsten Probleme, mit denen sich ihr Land auseinandersetzen muss, während dies für 4% des europäischen Durchschnitts gilt. Im Vergleich zu 5% der Befragten im europäischen Durchschnitt nennen 28% der Malteser **Probleme im Zusammenhang mit Energiefragen**.

Hinsichtlich bestimmter soziodemografischer Kriterien können wir Unterschiede feststellen. So nennt ein Drittel der jüngsten befragten Personen die **Arbeitslosigkeit** als eine der zwei wichtigsten Herausforderungen, mit denen ihr Land konfrontiert ist (32% der 15-24-Jährigen, im Vergleich zu 26% der 25-39-Jährigen), während ein Fünftel der ältesten Befragten die **Kriminalität** angibt (21% der Personen, die 55 Jahre und älter sind im Vergleich zu 16% der 15-24-Jährigen, bzw. 13% der 25-39-Jährigen). Aus gegebenem Anlass machen sich 44% der Arbeitslosen besonders über die **Arbeitslosigkeit** Sorgen (diese belegt in dieser Kategorie den ersten Platz, mit klarem Abstand vor der **Inflation**, die hier mit 36 % der Nennungen auf dem zweiten Platz liegt und im Vergleich zur letzten Umfrage um 2 Punkte angestiegen ist). Demgegenüber wird dieses Thema von 29% der Arbeiter, 25% der Angestellten und 20% der Führungskräfte gewählt.

Auch wenn wir weiterhin bestimmte Tendenzen vorfinden, so ist doch festzustellen, dass die Unterschiede im ideologischen Bereich geringer werden: das wird etwa bei Problemen der Sicherheit oder der Einwanderung oder bei sozialen Themen, wie der Arbeitslosigkeit oder der Bildung deutlich. Sympathisanten der politischen Linken und Rechten stimmen bei der Beurteilung der Wirtschaftslage und der Inflation zunehmend überein.

QA8a Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht? (MAX. 2 NENNUNGEN)

	Steigende Preise / Inflation	Wirtschaftliche Lage	Arbeitslosigkeit
EU27	37%	37%	26%
Alter			
 15-24	35%	35%	32%
25-39	39%	40%	26%
40-54	38%	40%	27%
55 +	35%	32%	23%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	40%	30%	29%
16-19	40%	37%	26%
20+	31%	42%	22%
Studiert noch	34%	38%	28%
Berufliche Tätigkeit			
 Selbständig	38%	45%	20%
Leitende(r) Angestellte(r)	29%	43%	20%
Andere(r) Angestellte(r)	38%	44%	25%
Sonstige Arbeiter	41%	36%	29%
Hausfrauen / Hausmänner	40%	35%	25%
Arbeitslos	36%	35%	44%
Rentner / Pensionäre	36%	30%	23%
Studenten	34%	38%	28%

- Die Inflation und die wirtschaftliche Lage sind die zwei Themen, von denen sich die europäischen Bürger derzeit am meisten persönlich betroffen sehen -

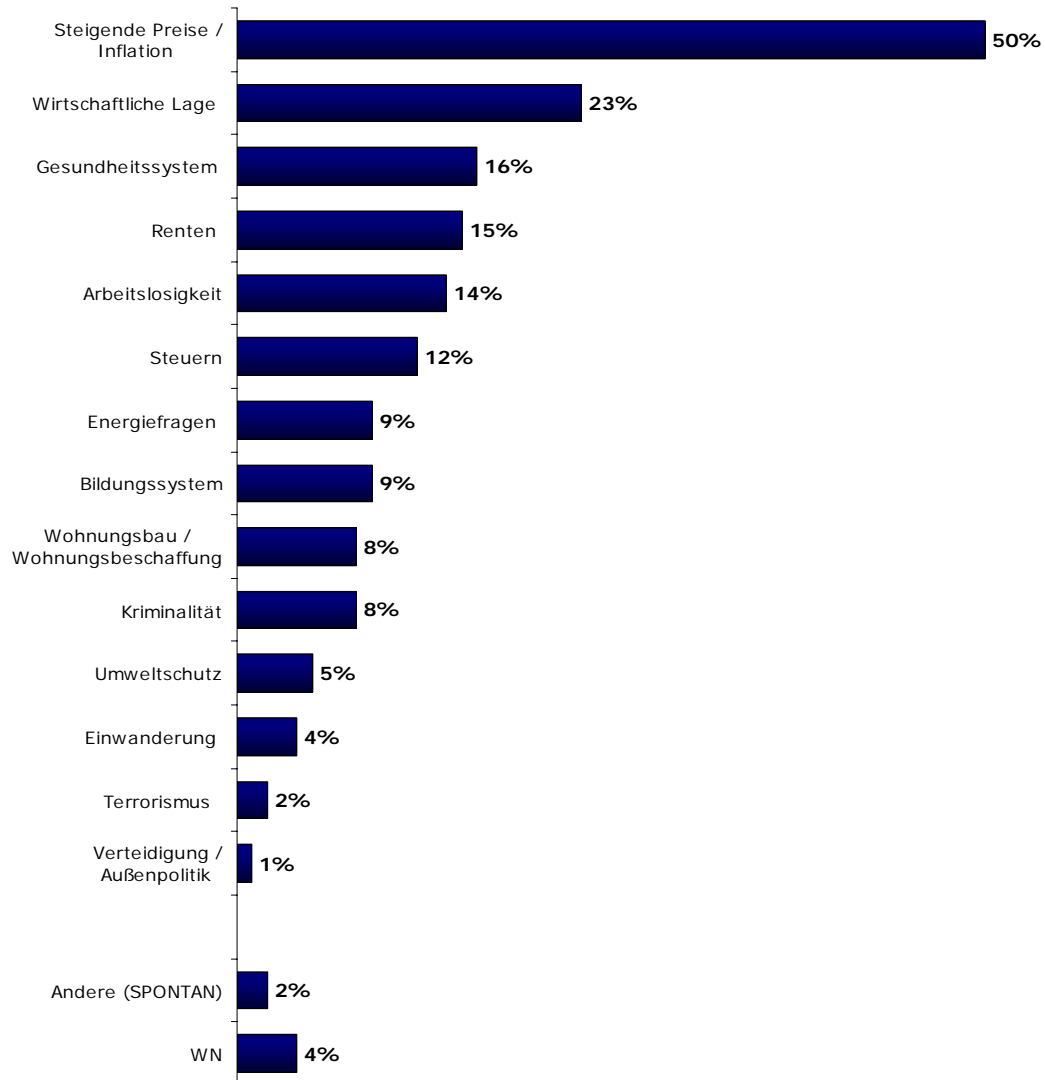
Zum ersten Mal wurden die Befragten im Anschluss gebeten, die zwei wichtigsten Probleme zu benennen, von denen sie derzeit persönlich am meisten betroffen sind¹¹. Der Einfluss der Wirtschaftskrise wird auch in der Hierarchie der persönlich wahrgenommenen Probleme deutlich sichtbar: Steigende Preise/Inflation steht als Thema ganz oben auf der Liste (50%), in deutlichem Abstand gefolgt von Befürchtungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage (23%).

Nach diesen beiden Themen folgen die Probleme, die auf nationaler Ebene den jeweils zweiten Platz einnehmen:

- ◆ **Das Gesundheitssystem** in der tschechischen Republik (18%), in Deutschland (20%), in der Slowakei (22%), in Polen und Schweden (jeweils 28%) und in Finnland (29%);
- ◆ **Die Renten** in Bulgarien, Ungarn, Österreich und Slowenien. In Österreich (18%) und in Ungarn (22%) wird dieses Thema genauso oft genannt wie die wirtschaftliche Lage;
- ◆ 28% der niederländischen Befragten machen sich Sorgen um das **Bildungssystem**; dieses Thema wird genauso häufig angegeben wie die wirtschaftliche Lage und die Inflation ;
- ◆ Das zweithäufigste auf Malta genannte persönliche Thema schließlich sind die Probleme im Zusammenhang mit Energiefragen (31 %).

¹¹ QA8b Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen?

QA8b Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen? (MAX. 2 NENNUNGEN) - % EU



Der Vergleich zwischen nationalen und persönlichen Problemen bestätigt die Bedeutung, die den wirtschaftlichen Faktoren in den Antworten der befragten Personen eingeräumt wird. Die **Inflation** wird häufiger als persönliches (50%), denn als nationales (37%) Problem genannt: Sie wird von den Befragten bei weitem als wichtigstes Thema empfunden, mit dem sie persönlich konfrontiert sind, da es direkte Auswirkungen auf das tägliche Leben hat. Die **wirtschaftliche Lage** ihrerseits kommt in der Aufstellung der persönlichen Probleme der europäischen Bürger an zweiter Stelle, sie wird aber vor allem als Problem gesehen, das auf Länderebene und nicht persönlich geregelt werden muss (37%, im Vergleich zu 23%).

Gleichermaßen wird die **Arbeitslosigkeit** eher als nationales (26%), denn als persönliches (14%) Problem gesehen. Andererseits werden im Gegensatz hierzu mehrere „soziale und gesellschaftliche Bereiche“ etwas häufiger als persönliches Problem eingeschätzt: **Renten** (15% gegenüber 10%), **Steuern** (12% gegenüber 8%), **Bildungssystem** (9% gegenüber 7%) und **Probleme im Zusammenhang mit Energiefragen** (9% gegenüber 5%). Diese Themen berühren unmittelbar die Lebensbedingungen und, darüber hinaus, die finanzielle Situation der Befragten.

In Bezug auf die Bewerberländer stellt das Thema **Inflation/steigende Preise** das größte Problem in Kroatien und in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien dar. Die **wirtschaftliche Lage** wird in Schweden (32%) und in der Türkei (48%) auf den ersten Platz der Probleme gewählt und nimmt in 19 Mitgliedstaaten sowie in Kroatien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien den zweiten Platz ein. Die Niederlande sind das einzige Land, in dem die Bürger bezüglich des wichtigsten Problems in erster Linie an das **Gesundheitssystem** (32%) denken.

QA8b Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen? (MAX. 2 NENNUNGEN) - % EU

	Steigende Preise / Inflation	Wirtschaftliche Lage	Gesundheitssystem	Renten	Arbeitslosigkeit	Steuern	Energiefragen	Bildungssystem	Wohnungsbau / Wohnungsbeschaffung	Kriminalität	Umweltschutz
EU27	50%	23%	16%	15%	14%	12%	9%	9%	8%	8%	5%
BE	56%	24%	6%	12%	10%	15%	18%	5%	8%	11%	7%
BG	66%	20%	19%	22%	12%	7%	7%	8%	5%	10%	2%
CZ	56%	14%	18%	16%	5%	9%	13%	6%	12%	5%	6%
DK	32%	22%	20%	9%	7%	11%	5%	9%	11%	16%	10%
DE	58%	16%	20%	17%	11%	14%	17%	12%	7%	3%	3%
EE	55%	27%	18%	15%	12%	18%	4%	9%	6%	7%	2%
EL	59%	43%	14%	15%	14%	10%	2%	13%	1%	8%	7%
ES	44%	34%	7%	8%	18%	8%	0%	6%	15%	5%	3%
FR	58%	18%	11%	17%	15%	14%	8%	8%	14%	7%	9%
IE	48%	28%	31%	8%	20%	11%	6%	11%	7%	13%	3%
IT	47%	32%	7%	8%	18%	21%	4%	6%	3%	11%	2%
CY	56%	29%	10%	11%	7%	7%	6%	8%	15%	6%	7%
LV	70%	30%	15%	13%	17%	7%	4%	10%	9%	3%	2%
LT	71%	20%	19%	11%	11%	16%	8%	8%	10%	6%	1%
LU	54%	21%	8%	7%	11%	7%	6%	18%	20%	15%	6%
HU	62%	22%	15%	22%	19%	9%	16%	7%	9%	3%	1%
MT	53%	12%	6%	11%	11%	10%	31%	4%	6%	3%	8%
NL	28%	28%	32%	11%	4%	10%	7%	28%	7%	10%	7%
AT	67%	18%	14%	18%	11%	11%	9%	9%	5%	7%	6%
PL	43%	11%	28%	20%	14%	7%	3%	9%	8%	3%	2%
PT	55%	31%	9%	16%	22%	13%	1%	4%	6%	8%	1%
RO	54%	28%	20%	16%	8%	14%	3%	10%	12%	6%	5%
SI	57%	13%	12%	21%	11%	10%	5%	11%	9%	2%	6%
SK	52%	22%	22%	14%	8%	5%	15%	11%	14%	6%	7%
FI	40%	15%	29%	18%	11%	14%	15%	8%	12%	6%	11%
SE	20%	32%	28%	20%	15%	7%	9%	18%	14%	11%	15%
UK	38%	21%	12%	15%	14%	9%	19%	7%	13%	14%	5%
HR	61%	33%	11%	23%	19%	3%	3%	6%	10%	10%	3%
TR	32%	48%	9%	6%	34%	4%	3%	8%	7%	3%	2%
MK	47%	37%	7%	7%	47%	6%	7%	5%	4%	10%	5%
Höchster Prozentsatz per Land							Höchster Prozentsatz per Nennung				
Niedrigster Prozentsatz per Land							Niedrigster Prozentsatz per Nennung				

Allgemein kann davon ausgegangen werden, dass der „wirtschaftliche Schlechtfühlfaktor“ deutlich spürbar ist und in der Mehrheit der Länder der Europäischen Union die künftige Entwicklung, sei es im persönlichen, finanziellen oder beruflichen Leben der Befragten, im kommenden Jahr beeinflussen wird.

Da die wirtschaftlichen Spannungen weltweit andauern und nicht an Bedeutung verlieren, bestätigt sich darüber hinaus, dass Befürchtungen, die sich auf die Bereiche Kriminalität, Terrorismus, Einwanderung und soziale Themen sowie Gesundheitssystem und Renten beziehen, zugunsten der drei Themen an Bedeutung verlieren, die im engeren Zusammenhang mit der Krise stehen: Dies sind die Preise, der wirtschaftliche Kontext im Allgemeinen und – momentan in geringerem Maße – die Arbeitslosigkeit.

2. SOZIALE UND GESELLSCHAFTLICHE ASPEKTE

Der vorliegende Eurobarometer hat zahlreiche Aspekte mit dem Ziel untersucht, die soziale Realität der Bürger der Europäischen Union besser zu verstehen, die mit der Lebensqualität in der Europäischen Union und den drei Bewerberländern zusammenhängt. In diesem Kapitel werden wir zunächst darauf eingehen, wie die europäischen Bürger im Allgemeinen die Gegend beurteilen, in der sie leben. Danach untersuchen wir, welche Ansichten die Europäer bezüglich der Lebenshaltungskosten haben und beschäftigen uns außerdem näher mit den Kosten für Wohnung und Energie. Als nächstes werden wir mit einer Meinungsanalyse über bestimmte soziale Leistungen fortfahren, um uns schließlich den Urteilen zuzuwenden, die über die Art und Weise bestehen, wie die jeweiligen Länder mit zwei aktuellen Herausforderungen umgehen: Und zwar mit denen der multikulturellen Gesellschaft, d.h. die Koexistenz von Personen unterschiedlicher kultureller oder religiöser Herkunft in unserer Gesellschaft, und mit denen der Armut.

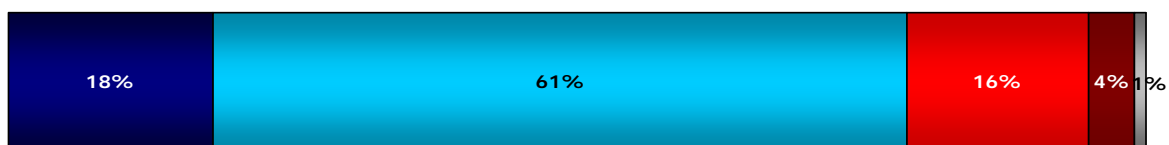
2.1. Die Gegend, in der die europäischen Bürger leben

– 8 von 10 befragten Bürgern äußern sich positiv über die Gegend, in der sie leben –

Von einer sehr großen Mehrheit der europäischen Bürger (79%) wird die Gegend, in der sie lebt, positiv beurteilt¹². Die entgegengesetzte Meinung wird von 20% der Befragten vertreten.

**QA5a.1 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste?
Die Gegend in der Sie leben**

■ Sehr gut ■ Ziemlich gut ■ Ziemlich schlecht ■ Sehr schlecht ■ WN



¹² QA5a.1 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste? Die Gegend in der Sie leben.

Die subjektive Einschätzung des Urbanisierungsgrads ist eine der Variablen, die diese Beurteilung am meisten beeinflusst. So können wir eine Differenz von 10 Punkten zwischen den positiven Meinungen der Bewohner eines Dorfes (84%) und jenen der Bewohner großer Städte (74%) feststellen. Wir können außerdem beobachten, dass eine positive Beurteilung der Gegend, in der man lebt, in direktem Zusammenhang steht mit der – deutlich allgemeiner einzuschätzenden – Zufriedenheit mit dem Leben, das man führt: 85% der Befragten, die mit dem Leben, das sie führen zufrieden sind, beurteilen die Gegend, in der sie leben, positiv. Für die Befragten, die nicht zufrieden sind, sinkt dieser Anteil auf 60%.

QA5a.1 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste?

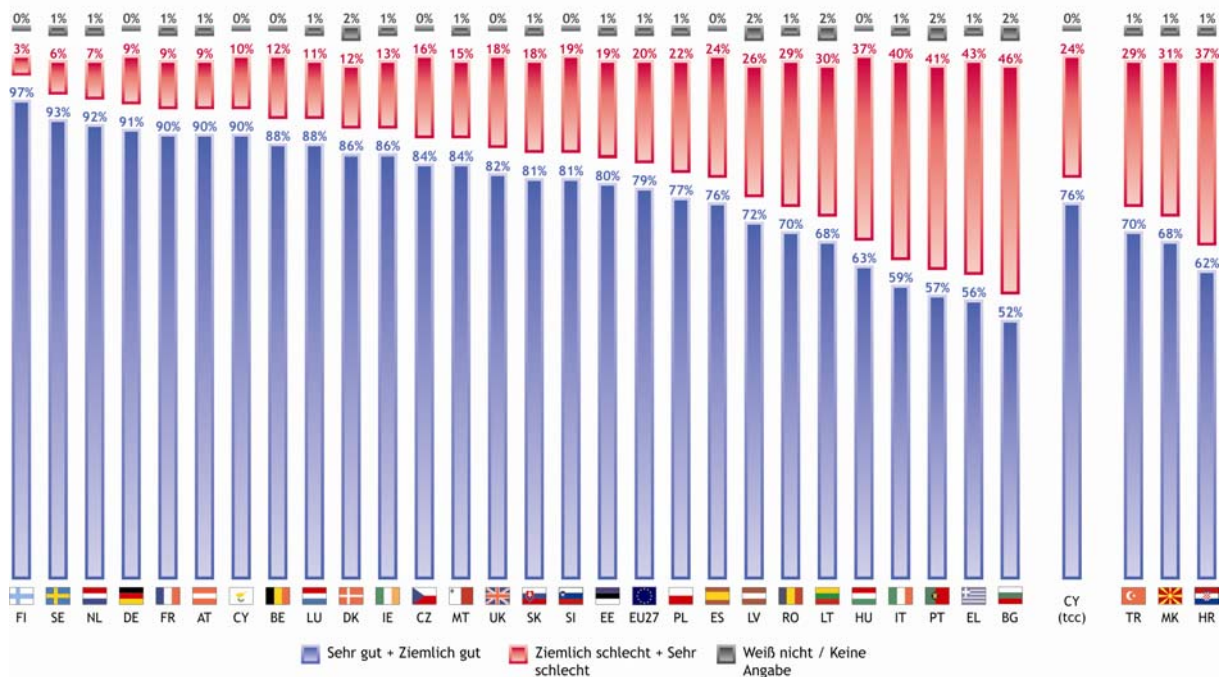
Die Gegend in der Sie leben

	Sehr gut	Ziemlich gut	Ziemlich schlecht	Sehr schlecht	WN
EU27	18%	61%	16%	4%	1%
Verstädterung					
Ländliche Gegend	22%	62%	12%	3%	1%
Kleine und mittelgroße Stadt	16%	62%	17%	4%	1%
Großstadt	15%	59%	20%	5%	1%
Zufriedenheit mit Lebensführung					
Zufrieden	21%	64%	12%	3%	0%
Nicht zufrieden	7%	53%	30%	9%	1%

Nahezu die gesamte Bevölkerung Finnlands (97%), Schwedens (93%), der Niederlande (92%), Deutschlands (91%), Frankreichs, Zyperns und Österreichs (90%) beurteilen die Gegend, in der sie leben, positiv. In Belgien und Luxemburg (jeweils 88%), Irland (86%), Dänemark (86%), der tschechischen Republik (84%), auf Malta (84%), dem Vereinigten Königreich (82%), in der Slowakei und in Slowenien (81%) erreicht dieser Wert 80% oder mehr.

Frage: QA5a.1. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste?

Option: Die Gegend in der Sie leben



Demgegenüber erklärt etwas weniger als die Hälfte der Bulgaren (46%) und vier von 10 oder mehr Befragten in Griechenland (43%), Portugal (41%) und Italien (40%), dass sie die Gegend, in der sie leben, negativ beurteilen.

In den Bewerberländern sind 70% der Türken, 68% der Bürger der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und 62% der Kroaten der Ansicht, dass die Gegend, in der sie leben, Vorteile hat.

2.2. Die Lebenshaltungskosten

- Befürchtungen wegen der Inflation und dem Preisniveau äußern sich durch Unzufriedenheit über die Lebenshaltungskosten -

Wenn sie um eine Beurteilung der Situation der Lebenshaltungskosten in ihrem jeweiligen Heimatland¹³ gebeten werden, zeigen sich nahezu 8 von 10 europäischen Bürgern kritisch und 29% sind der Meinung, dass die Situation „sehr schlecht“ sei.

QA5a.5 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste
Die Lebenshaltungskosten in (UNSER LAND)

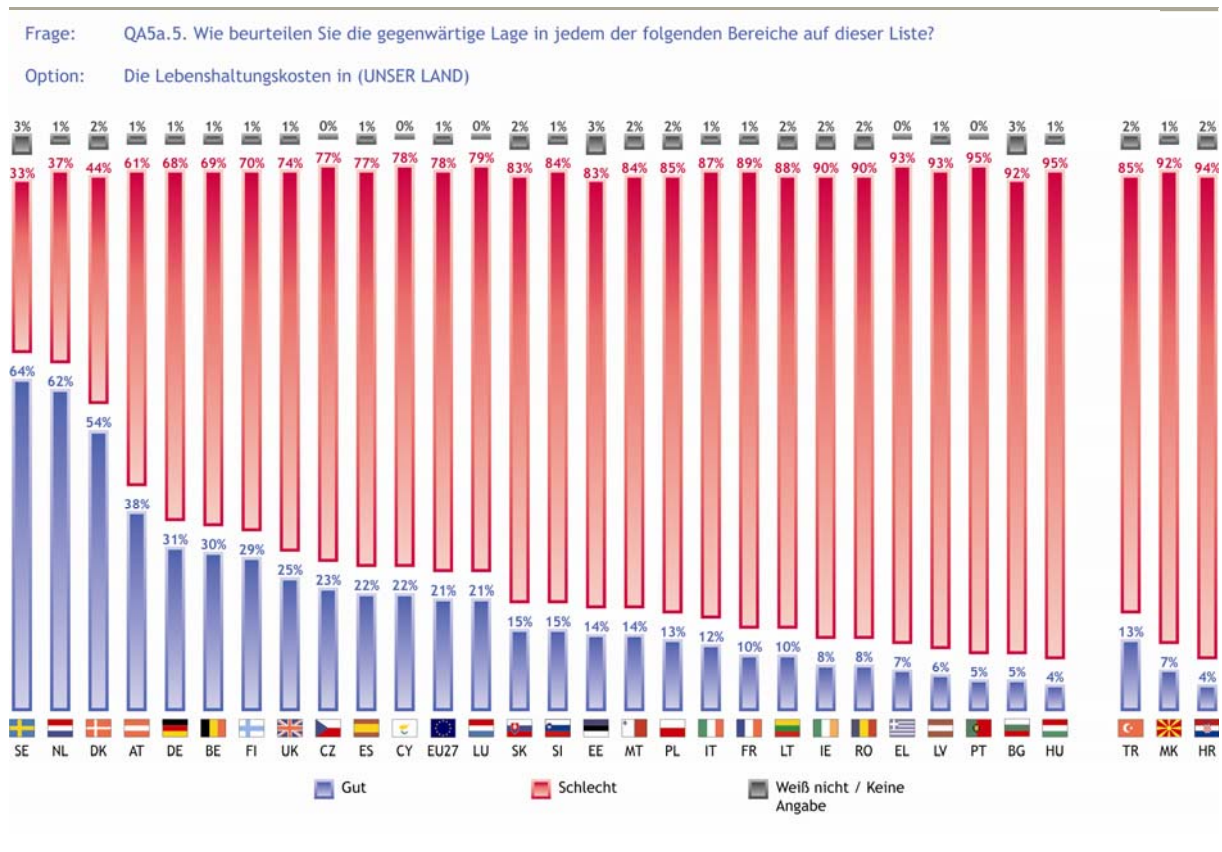
■ Sehr gut ■ Ziemlich gut ■ Ziemlich schlecht ■ Sehr schlecht ■ WN



Nur die Mehrheit der nördlichen Länder entzieht sich wieder einmal diesem allgemein negativen Meinungsklima in Europa: in den Niederlanden (62%) und in Schweden (64%) stellt sich die Situation in der Tat für mehr als 6 von 10 Bürgern positiv dar. Dies gilt ebenfalls für etwas mehr als die Hälfte der Befragten in Dänemark (54%). Im Rest der Europäischen Union können Unterschiede hinsichtlich der Intensität der negativen Einschätzungen festgestellt werden. In Lettland erklären zum Beispiel 60% der Befragten, dass die Situation „sehr schlecht“ sei.

Als nächstes können wir eine Gruppe aus 8 Ländern ausfindig machen, in denen der Anteil der kritischen Meinungen (d.h. derjenigen, die die Situation als „sehr schlecht“ einschätzen) bei 40% oder darüber liegt: dies gilt für Malta (40%), Portugal (44%), Italien (44%), Rumänien (46%), Bulgarien (47%), Irland (48%) und Griechenland (49%).

¹³ QA5a.5 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste? Die Lebenshaltungskosten in (UNSER LAND) .





In einer dritten Gruppe finden wir die Länder, in denen ein Anteil der Bevölkerung, der sich zwischen einem Fünftel und einem Drittel bewegt, die Situation als sehr schlecht beurteilt: dies sind die tschechische Republik (21%), Spanien (23%), Luxemburg (26%), Zypern (26%), Estland (27%), Slowenien (28%), das Vereinigte Königreich (28%), die Slowakei (30%), Litauen (30%), Polen (32%) und Frankreich (32%).

In den drei Bewerberländern beurteilen nahezu 9 von 10 Bürgern die Situation der Lebenshaltungskosten in ihrem Heimatland negativ. So stellen wir fest, dass die Kroaten und die Bürger der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien verhältnismäßig negativ eingestellt sind: Hier schätzen ungefähr 6 von 10 Befragten (59% bzw. 60%) die Situation als „sehr schlecht“ ein. Dies im Vergleich zu 4 von 10 Befragten in der Türkei, die dieselbe Meinung vertreten.

QA5a.5 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste?

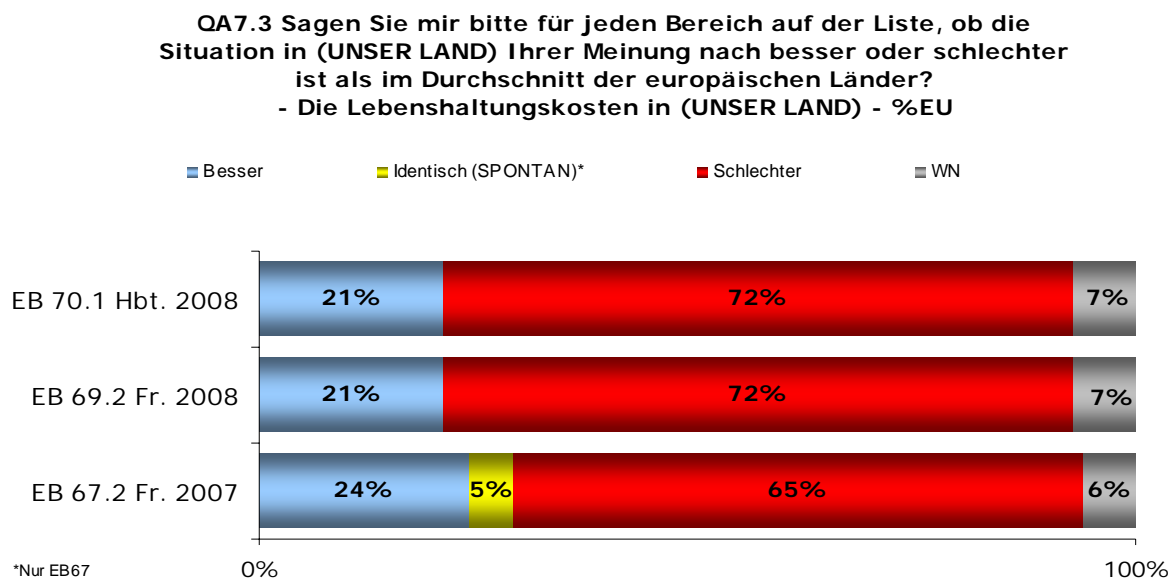
Die Lebenshaltungskosten in (UNSER LAND)

		Gesamt "gut"	Gesamt "schlecht"	WN
	EU27	21%	78%	1%
	Ausbildung (Ende der)			
	15-	16%	83%	1%
	16-19	18%	81%	1%
	20+	28%	71%	1%
	Studiert noch	28%	68%	4%
	Berufliche Tätigkeit			
	Selbständig	23%	76%	1%
	Leitende(r) Angestellte(r)	30%	69%	1%
	Andere(r) Angestellte(r)	22%	78%	0%
	Sonstige Arbeiter	18%	81%	1%
	Hausfrauen / Hausmänner	19%	80%	1%
	Arbeitslos	13%	86%	1%
	Rentner / Pensionäre	21%	78%	1%
	Studenten	28%	68%	4%

Die soziodemografische Analyse zeigt deutliche Unterschiede, die vor allem in Bezug auf das Bildungsniveau und die Berufskriterien der Befragten (wie schon im bisherigen Text erläutert, sind diese beiden Kriterien eng miteinander verknüpft) festgestellt werden. Die Befragten mit der besten Ausbildung (28%) und die Führungskräfte (30%) sind etwas häufiger als der Durchschnitt der europäischen Bürger (21%) der Ansicht, dass die Situation der Lebenshaltungskosten in ihrem Heimatland gut sei. Wir weisen darauf hin, dass sie trotzdem in ihrer Beurteilung insgesamt ausgesprochen negativ bleiben. In nahezu allen Bereichen, die einen Bezug zum täglichen Leben haben und auf die sich diese Frage bezieht, ist die Tendenz zu beobachten, dass besser ausgebildete Befragte und Führungskräfte, die entsprechend von einem besseren Lebensstandard profitieren, die Situation positiver beurteilen.

2.2.1. Die Situation der Lebenshaltungskosten im eigenen Land, verglichen mit dem europäischen Durchschnitt

Eine große Mehrheit der befragten Personen (67%) ist davon überzeugt, dass die Situation der Lebenshaltungskosten im eigenen Land schlechter sei als im europäischen Durchschnitt. Diese Einschätzung erfolgt in einem Kontext, in dem die Inflation gleichermaßen nationale Priorität und wichtigste persönliche Sorge der Bürger geworden ist. Verglichen mit dem Eurobarometer-Bericht des letzten Frühjahrs fallen diese Ergebnisse niedriger aus, da damals der Anteil unzufriedener Bürger noch bei 72% lag. Jetzt ist annähernd eine von 4 befragten Personen gegenteiliger Meinung (26%).¹⁴



Die Luxemburger (55%), Niederländer (50%), Dänen (50%), Österreicher (49%) und die Schweden (46%) sind am häufigsten der Auffassung, dass die Situation der Lebenshaltungskosten in ihrem Land besser sei als im Durchschnitt der europäischen Mitgliedstaaten. Im Vergleich zum Frühjahrs-Bericht 2008 hat sich die Wahrnehmung in diesen Ländern, mit Ausnahme von Luxemburg, verstärkt.

¹⁴ QA7a.3 Sagen Sie mir bitte für jeden Bereich auf der Liste, ob die Situation in (UNSER LAND) Ihrer Meinung nach besser oder schlechter ist als im Durchschnitt der europäischen Länder? Die Lebenshaltungskosten in (UNSER LAND):

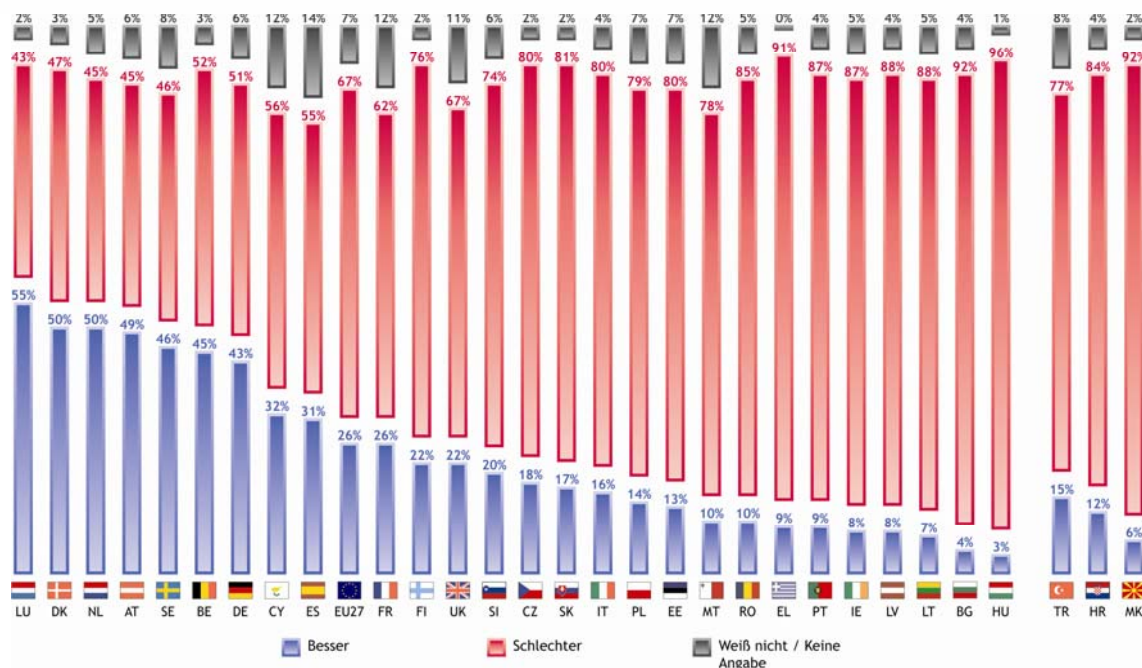
Im Frühjahr 2007 wurde diese Frage noch anders gestellt (EB67), damals hatten die Befragten die Möglichkeit als Antwort „identisch“ anzugeben.

Interessanterweise nennen die Schweden, Niederländer und Dänen – wie schon vorher beobachtet – am seltensten die Inflation als wichtigstes Problem, mit dem ihr Land konfrontiert ist; dies gilt allerdings weder für die Luxemburger (49%) noch für die Österreicher (61%), die dieses Problem häufiger als der europäische Durchschnitt nennen¹⁵: Die Letzteren sind der Ansicht, dass ihr Land unter den steigenden Preisen leidet, bleiben aber im Vergleich mit dem europäischen Durchschnitt mit der Situation in diesem Bereich dennoch zufrieden.

In Ungarn sind die Wahrnehmungen deutlich weniger positiv: Dort erklären nahezu alle befragten Personen (96%), dass die Situation in ihrem Land schlechter sei als im Durchschnitt der Europäischen Union. Diese Ansicht wird ebenfalls von mehr als 9 von 10 Befragten in Bulgarien (92%) und Griechenland (91%) und von mehr als 8 von 10 Befragten in Litauen, Lettland (88%), Irland und Portugal (87%) sowie in Rumänien (85%) geäußert.

Frage: QA7a.3. Sagen Sie mir bitte für jeden Bereich auf der Liste, ob die Situation in (UNSER LAND) Ihrer Meinung nach besser oder schlechter ist als im Durchschnitt der europäischen Länder?

Option: Die Lebenshaltungskosten in (UNSER LAND)



Die soziodemografische Analyse bestätigt die oben beschriebene Tendenz: Die Beurteilung der Situation wird mit steigendem Ausbildungs- und Berufsniveau des Befragten besser.

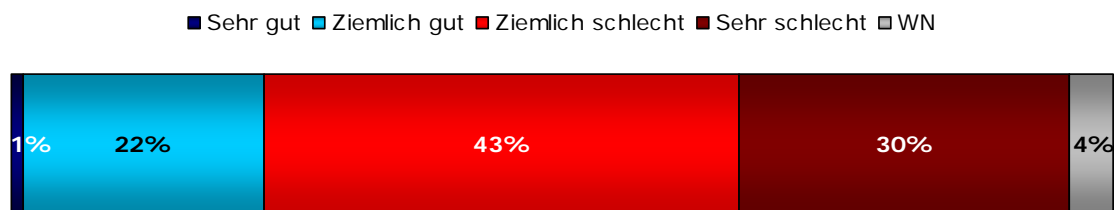
¹⁵ Siehe 1.4 : Die Probleme der europäischen Bürger, Seite 38 dieses Berichts

2.3. Erschwinglicher Wohnraum

- Schlechte Bilanz für die Wohnraumpreise in der Europäischen Union -

Die europäischen Bürger sind mehrheitlich sehr kritisch eingestellt, wenn es um erschwinglichen Wohnraum in ihren jeweiligen Heimatländern geht¹⁶: Insgesamt sind 73% der Befragten der Ansicht, dass die Situation in diesem Bereich schlecht sei, 30% gehen noch weiter und bestätigen, dass sie „sehr schlecht“ sei.

QA5a.9 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste ?
Erschwinglicher Wohnraum in (UNSER LAND)



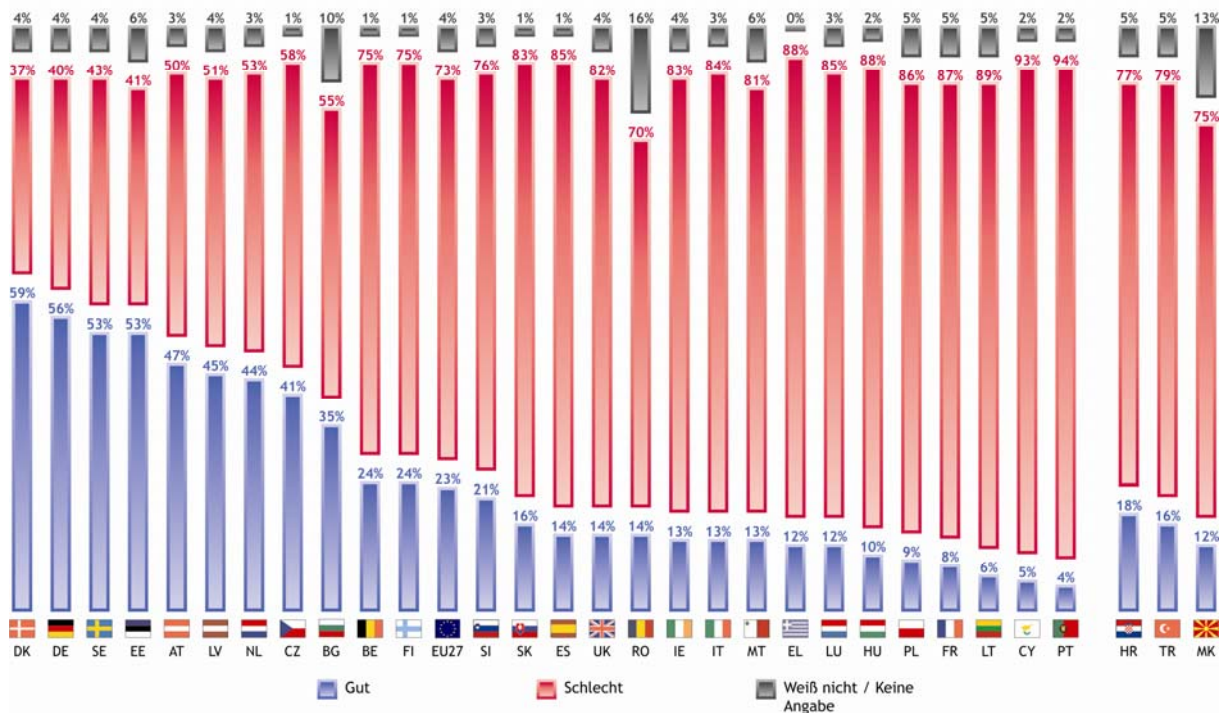
In nur 4 Mitgliedstaaten übersteigen die positiven die kritischen Einschätzungen. Dies ist der Fall in Dänemark (59% im Vergleich zu 37%, die gegenteiliger Meinung sind), in Deutschland (56% im Vergleich zu 40%, die die Situation negativ bewerten), in Estland (53% im Vergleich zu 41%) und in Schweden (53% gegenüber 43%).

Im Rest der Europäischen Union fällt die Bilanz negativ aus; die Bürger gehen hart mit der Situation ins Gericht. So zeigt sich z.B. im Fall von Portugal, Zypern, Litauen, Frankreich und Polen, dass weniger als einer von 10 befragten Bürgern die Situation positiv beurteilt, während 9 von 10 Befragten die entgegengesetzte Meinung vertreten (jeweils 94%, 93%, 89%, 87% bzw. 86%).

¹⁶ QA5a.9 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste?
Erschwinglicher Wohnraum in (UNSER LAND).

Frage: QA5a.9. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste?

Option: Erschwinglicher Wohnraum in (UNSER LAND)



Die Bürger Griechenlands (88%), Ungarns (88%), Spaniens, Luxemburgs (jeweils 85%), Italiens (84%), der Slowakei, Irlands (jeweils 83%), des Vereinigten Königreichs (82%) und Maltas (81%) sind gleichermaßen unzufrieden. Diese Unzufriedenheit herrscht ebenfalls bei 7 von 10 Befragten in Rumänien (70%) und übersteigt dieses Niveau geringfügig in Belgien (75%), Finnland (75%) und Slowenien (76%).

Hinsichtlich erschwinglichen Wohnraums sind 6 von 10 Befragten in der tschechischen Republik (58%) und in Bulgarien (55%) der Ansicht, dass die Situation schlecht sei. Die Österreicher und Niederländer schließlich zeigen sich diesbezüglich geteilter Meinung, mit jeweils 50% und 53%, die sich ablehnend äußern, gegenüber 47% und 44%, die die Situation positiv beurteilen.

In den Bewerberländern werden schließlich Ansichten geäußert, die jenen des europäischen Durchschnitts sehr ähnlich sind: 75% der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, 77% der Kroaten und 79% der Türken beschweren sich über die Kosten für Wohnraum in ihren jeweiligen Heimatländern.

In der soziodemografischen Analyse können keine bedeutenden Unterschiede zwischen den Kategorien festgestellt werden.

2.4. Erschwingliche Energiekosten

Im ersten Semester des Jahres 2008 stieg der Preis für Energie und insbesondere für Öl erheblich an, bevor er am Ende des Jahres wieder zurückging.

Darüber hinaus stellt die Abhängigkeit von Energie innerhalb der Europäischen Union ein großes Problem dar: der durchschnittliche Energieabhängigkeitsgrad beträgt 54% und übersteigt auf Zypern und Malta sowie in Luxemburg und Irland 90%¹⁷.

- Für mehr als zwei Drittel der europäischen Bürger sind die Energiekosten nicht bezahlbar -

Diese Situation, die einerseits strukturell und andererseits konjunkturell bedingt ist, beeinflusst die Antworten der Befragten. Wenn die europäischen Bürger um ein Urteil darüber gebeten werden, ob die Energiekosten in ihrem Heimatland erschwinglich seien¹⁸, beurteilen mehr als zwei Drittel (69%) die Situation als schlecht. Dies im Vergleich zu einem Viertel der Befragten (26%), die entgegengesetzter Ansicht sind.

QA5a.8 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste ?
Bezahlbare Energie in (UNSER LAND)

■ Sehr gut ■ Ziemlich gut ■ Ziemlich schlecht ■ Sehr schlecht ■ WN



¹⁷ Eurostat Pressemitteilung vom 10. Juli 2008

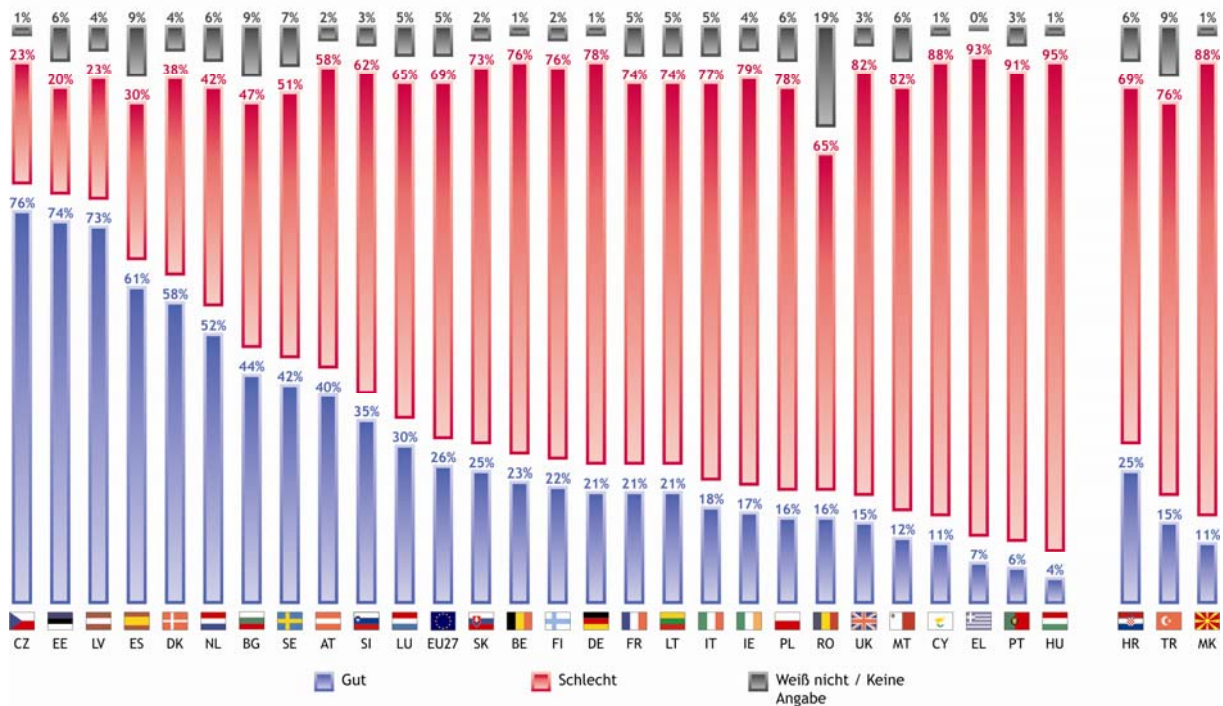
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/pls/portal/docs/PAGE/PGP_PRD_CAT_PREREL/PGE_CAT_PREREL_YEAR_2008/PGE_CAT_PREREL_YEAR_2008_MONTH_07/8-10072008-FR-AP.PDF

¹⁸ QA5a.8 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste? Bezahlbare Energie in (UNSER LAND).

In vier Mitgliedstaaten fällt die Einschätzung über die Energiekosten besonders negativ aus. In Ungarn äußern sich 95% der Befragten negativ, in Griechenland beträgt dieser Wert 93%, in Portugal 91% und auf Zypern 88%. .

Frage: QA5a.8. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste?

Option: Bezahlbare Energie in (UNSER LAND)



Auch in diesem Bereich liegt der Anteil unzufriedener Befragter auf Malta (82%) und im Vereinigten Königreich (82%), in Irland (79%), Deutschland (78%), Polen (78%), Italien (77%), Belgien und Finnland (jeweils 76%) über dem europäischen Durchschnitt.


Die Meinungen der Befragten in Frankreich, Litauen, der Slowakei, Luxemburg, Rumänien und Slowenien entsprechen, mit kleinen Unterschieden, dem europäischen Durchschnitt. Auch wenn die kritischen Stimmen überwiegen, zeigen sich die Österreicher (mit 58% negativer Meinungen im Vergleich zu 40% positiver Ansichten), die Schweden (51% gegenüber 42%) und die Bulgaren (47% gegenüber 44%) trotz alledem recht geteilter Meinung, wenn es darum geht, in ihrem jeweiligen Heimatland den Zugang zu bezahlbarer Energie zu beurteilen.

Demgegenüber fällt die Bilanz in den folgenden Ländern positiv aus: in den Niederlanden (52% im Vergleich zu 42%), in Dänemark (58% gegenüber 38% positiver Äußerungen) und, noch deutlicher, in Spanien (61% gegenüber 30%), Lettland (73% gegenüber 23%), Estland (74% gegenüber 20%) und der tschechischen Republik (76% gegenüber 23%).

Wie dies auch für die Mehrheit der europäischen Mitgliedstaaten gilt, ist die allgemeine Stimmungslage in den Bewerberländern negativ. Wir können allerdings einige Unterschiede feststellen, was das Ausmaß anbelangt: So äußern sich nahezu 9 von 10 Bürgern der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien negativ über die Situation der Energiekosten in ihrem Land (im Vergleich zu einem von 10 Bürgern, die gegenteiliger Meinung sind). Dies gilt für drei Viertel der Befragten in der Türkei (76%) und etwas mehr als zwei Drittel in Kroatien (69%).

QA5a.8 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste?

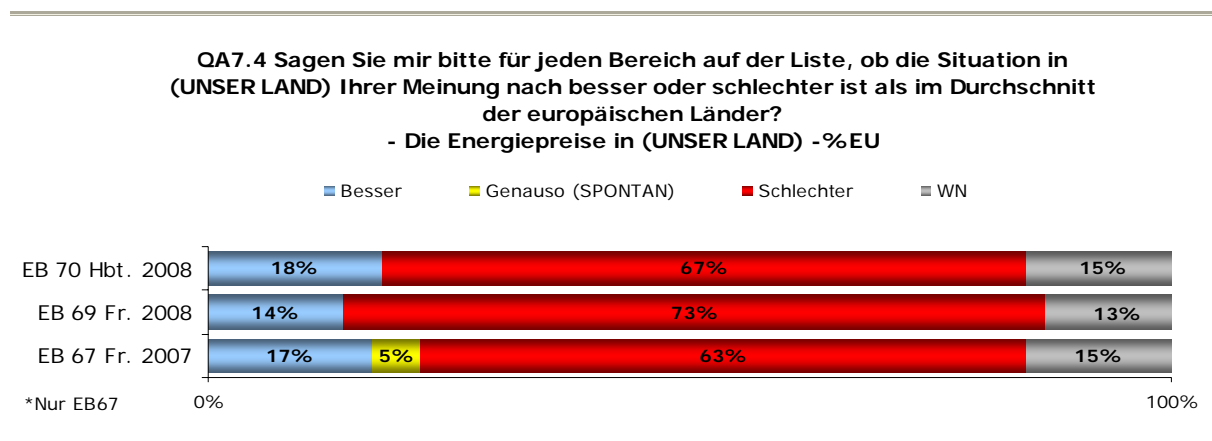
Bezahlbare Energie in (UNSER LAND)

		Gesamt "gut"	Gesamt "schlecht"	WN
	EU27	26%	69%	5%
	Alter			
	15-24	31%	58%	11%
	25-39	28%	69%	3%
	40-54	25%	72%	3%
	55 +	24%	72%	4%

In nahezu allen soziodemografischen Kategorien ist eine deutliche Mehrheit der Befragten unzufrieden, auch wenn dies unter den jüngsten Bürgern weniger stark zum Ausdruck kommt. Der Anteil der Befragten, die mit „Weiß nicht“ antworten, ist in dieser Kategorie etwas höher; möglicherweise liegt dies daran, dass ein großer Anteil dieser Befragten noch keine eigenen Rechnungen bezahlt.

2.4.1. Die Situation der Energiekosten im eigenen Land, verglichen mit dem europäischen Durchschnitt

Zwei Drittel der europäischen Bürger (67%) beurteilen die Situation der Energiepreise im eigenen Land schlechter als im Durchschnitt der Europäischen Union¹⁹. Ein Fünftel (18%) äußert eine gegenteilige Meinung. Das Gefühl, im Vergleich mit den anderen benachteiligt zu sein, verliert seit dem Bericht von vor 6 Monaten an Intensität. Damals wurde dieses Gefühl von nahezu drei Viertel der Befragten geteilt.



Die Luxemburger, die im Vergleich zu den benachbarten Ländern Nutznießer von günstigeren Kraftstoffpreisen sind, erklären als Einzige, dass die Situation der Energiekosten in ihrem Land besser sei als im Durchschnitt der Europäischen Union (53%). Eine relative Mehrheit der Österreicher (46%) vertritt ebenfalls diese Meinung. Dies gilt außerdem für 35% der Schweden und der Slowenen.

Demgegenüber sind die Befragten in Ungarn (91%), Griechenland (90%) sowie in Bulgarien (82%) oder in Portugal (81%) der Ansicht, dass die Situation der Energiepreise in ihrem Land schlechter sei als im europäischen Durchschnitt. Derzeit bewerten einige Bürger die Situation der Energiepreise in ihrem Land im Vergleich zum europäischen Durchschnitt verhältnismäßig weniger kritisch als vor 6 Monaten. Das ist auch bei den Deutschen der Fall: Eine deutliche Mehrheit (69%) ist nach wie vor der Ansicht, dass die Situation der Energiepreise in ihrem Land schlechter sei als im Durchschnitt der Europäischen Union, allerdings betrug der Anteil der Befragten, die diese Meinung teilten, vor 6 Monaten noch 86%.

¹⁹ QA7a.3 Sagen Sie mir bitte für jeden Bereich auf der Liste, ob die Situation in Deutschland Ihrer Meinung nach besser oder schlechter ist als im Durchschnitt der europäischen Länder? Die Energiepreise in (UNSER LAND).

2.5. Soziale Leistungen

– Es herrschen beträchtliche nationale Unterschiede –

Im Kontext der Wirtschaftskrise ist die Wahrnehmung der sozialen Leistungen in den einzelnen Mitgliedstaaten ein bedeutender Faktor, um die Lebensbedingungen der europäischen Bürger einzuschätzen. Aus diesem Grunde haben wir die befragten Bürger gebeten, uns ihre Meinung über bestimmte soziale Leistungen in ihren Heimatländern mitzuteilen.

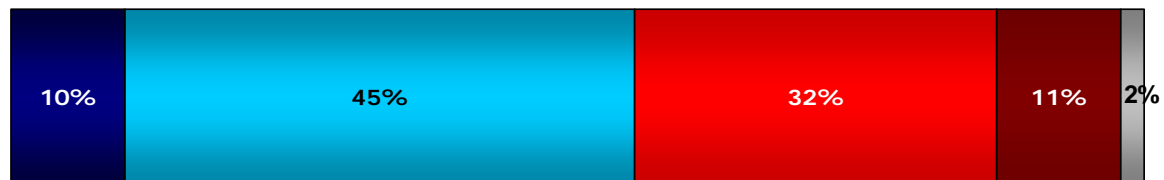
2.5.1. Das Gesundheitswesen

Mehr als die Hälfte der europäischen Bürger (55%) äußert sich positiv über die Dienstleistungen des Gesundheitswesens in ihrem jeweiligen Heimatland. Dies steht im Vergleich zu 43% der Befragten, die hierzu eine negative Meinung ausdrücken. Aus nationaler Sicht ergibt die Aufteilung der Antworten ein sehr heterogenes Bild²⁰.

QA5a.2 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste?

Das Gesundheitswesen in (UNSER LAND)

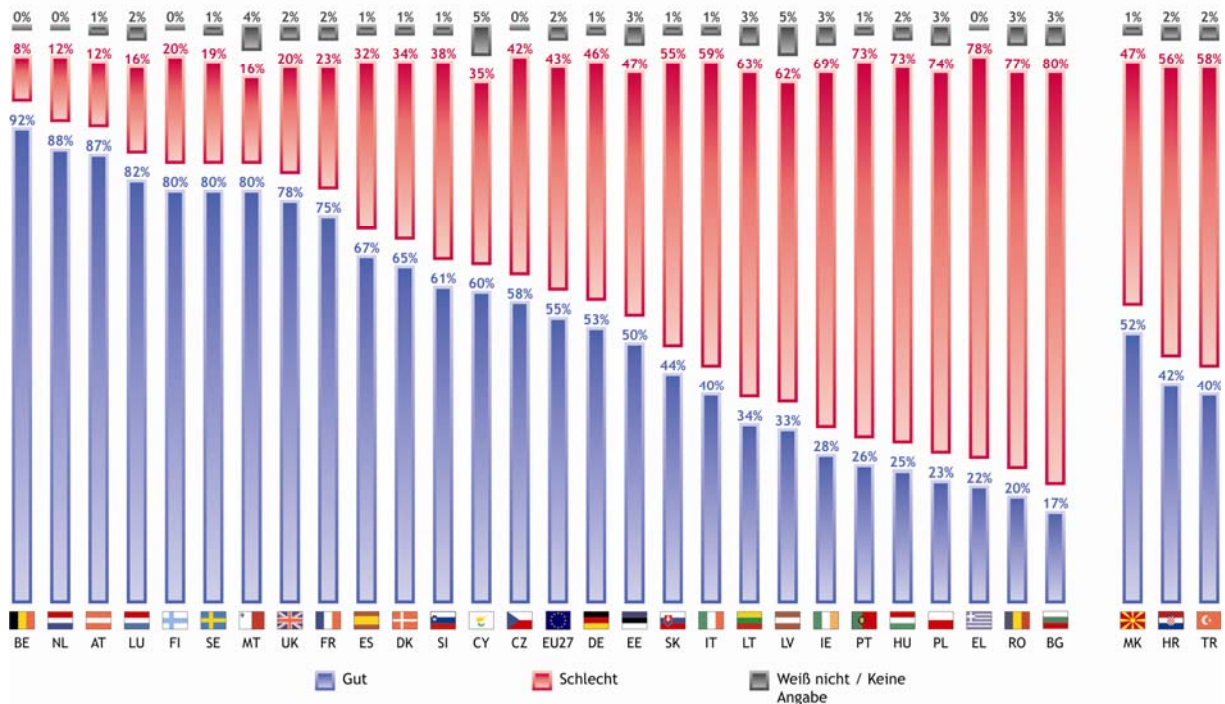
■ Sehr gut ■ Ziemlich gut ■ Ziemlich schlecht ■ Sehr schlecht ■ WN



²⁰ QA5a.2 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste? Das Gesundheitswesen in (UNSER LAND).

Frage: QA5a.2. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste?

Option: Das Gesundheitswesen in (UNSER LAND)



In 16 Mitgliedstaaten der Europäischen Union zeichnet sich eine positive Bilanz der Beurteilung von Dienstleistungen im nationalen Gesundheitswesen ab. Die Belgier (92%), Niederländer (88%) und Österreicher (87%) erweisen sich in diesem Bereich mit annähernd 9 von 10 Befragten, die eine positive Meinung äußern, als die zufriedensten Bürger der Europäischen Union. Diese Überzeugung wird auch von ungefähr 80% der Bevölkerung in Luxemburg (82%), auf Malta (80%), in Finnland (80%), in Schweden (80%) und im Vereinigten Königreich (78%) vertreten. In Frankreich beurteilen drei Viertel der Befragten die Situation positiv; dasselbe gilt ebenfalls für 7 von 10 Bürgern Spaniens (67%) und Dänemarks (65%) und für annähernd drei Fünftel der Bevölkerung Sloweniens (61%), Zyperns (60%) sowie der tschechischen Republik (58%). In Deutschland und Estland sind die Befragten mehr geteilter Meinung. Hier liegen die Anteile positiver (53% und 50%) und negativer Antworten (46% et 47%) nahe beieinander.

In 11 Mitgliedstaaten überwiegen die kritischen Aussagen bezüglich der Dienstleistungen im Gesundheitswesen: Dies gilt insbesondere für die Slowakei (55%), Italien (59%), Lettland (62%) und Litauen (63%). In Irland (69%), Portugal (73%), Ungarn (73%) und Polen (74%) macht der Anteil unzufriedener Bürger annähernd 70% aus. In Rumänien (77%), Griechenland (78%) und Bulgarien (80%) macht sich diese Unzufriedenheit noch stärker bemerkbar.

Zu dieser Frage können wir eine deutliche Kluft zwischen den Ländern, die erst seit 2004 Mitglied der Europäischen Union sind, und den älteren Mitgliedstaaten feststellen. In der Tat sind 63% der Befragten aus den älteren Mitgliedstaaten der Ansicht, dass die Dienstleistungen des Gesundheitswesens gut sind, während dies nur für 28% der Befragten gilt, die aus den neueren Mitgliedstaaten kommen. Diese erheblichen Differenzen lassen darauf schließen, dass es im Gesundheitswesen Europas möglicherweise „zwei Geschwindigkeiten“ gibt.

In Bezug auf die Bewerberländer werden die Dienstleistungen des Gesundheitswesens von einer Mehrheit der Befragten in Kroatien (56%) und der Türkei (58%) als schlecht beurteilt. Die Bewohner der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sind in dieser Hinsicht eher geteilter Meinung und äußern sich zu 52% positiv und zu 47% negativ.

2.5.2. Die Rentenversorgung

Eine große Mehrheit der europäischen Bürger (58%) ist der Ansicht, dass die Situation der Renten in ihrem Land „schlecht“ sei. Ein Drittel (34%) erklärt gegenteiliger Meinung zu sein, während sich 8% hierzu nicht äußern²¹.

QA5a.3 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste ?
Die Rentenversorgung in (UNSER LAND)

■ Sehr gut ■ Ziemlich gut ■ Ziemlich schlecht ■ Sehr schlecht ■ WN

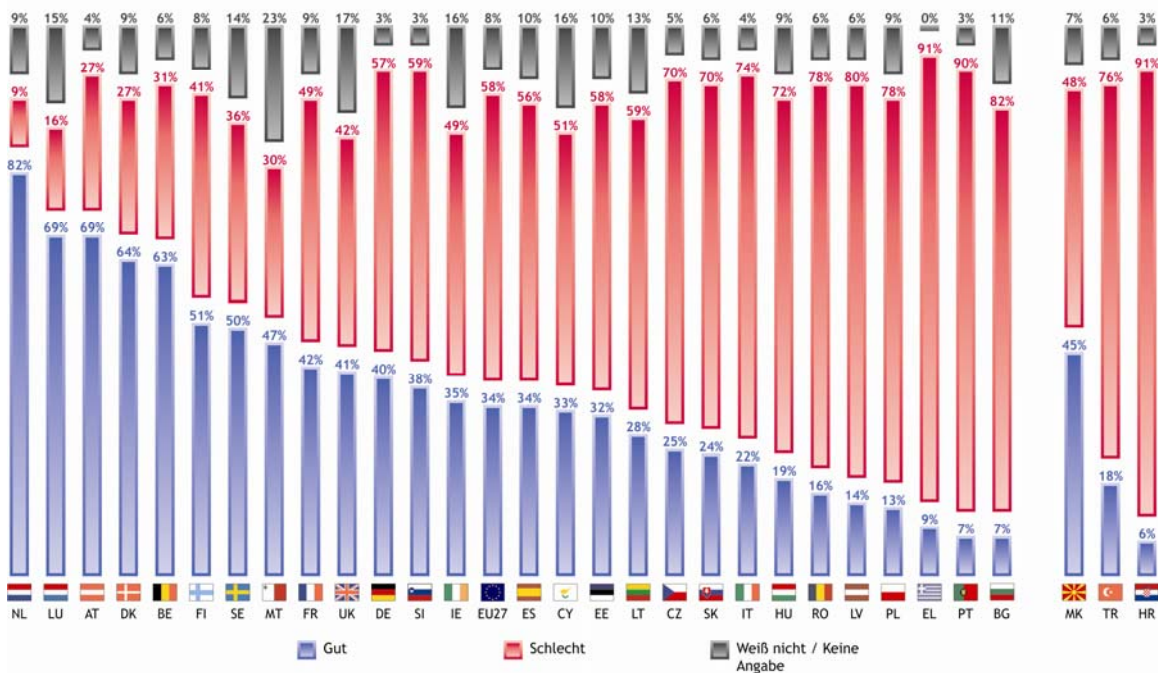


²¹ QA5a.3 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste? Die Rentenversorgung in (UNSER LAND).

In der Länderanalyse zeichnet sich eine kontrastreiche Situation ab, in der ausschließlich die nördlichen Länder der Europäischen Union ein positives Bild abgeben. Die Hälfte der Befragten in Finnland (51%) und in Schweden (50%), annähernd zwei Drittel der Befragten in Belgien (63%), Dänemark (64%), Österreich (69%) und Luxemburg (69%) und mehr als 80% der Befragten in den Niederlanden äußern sich positiv über die Rentenversorgung in ihrem Heimatland. Eine relative Mehrheit der Befragten auf Malta (47%) gibt ebenfalls eine positive Beurteilung ab. Wir müssen aber darauf hinweisen, dass ein hoher Anteil der Malteser, die an der Umfrage teilgenommen haben, nicht in der Lage war, diesbezüglich eine Meinung zu formulieren (23%).

Frage: QA5a.3. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste?

Option: Die Rentenversorgung in (UNSER LAND)



In Frankreich und dem Vereinigten Königreich ist die Bilanz ganz deutlich ausgewogener: hier beurteilen 49% bzw. 42% die Situation als negativ, während ihrerseits 42% bzw. 41% entgegengesetzter Meinung sind.


Im Rest der Europäischen Union zeichnet sich ein Bild mit negativem Saldo ab, auch wenn das Ausmaß unterschiedlich groß ist. Beispielsweise auf Zypern und in Irland äußert sich die Hälfte der Befragten (51% bzw. 49%) kritisch gegenüber der Rentenversorgung, während ein Drittel entgegengesetzter Ansicht ist (33% bzw. 35%). Die europäischen Bürger in Spanien sind geringfügig unzufriedener (56%); dies gilt auch für die Befragten in Deutschland (57%), Estland (58%) Slowenien (59%) und in Litauen (59%). Festzuhalten ist, dass im Gegensatz hierzu 40% der befragten Deutschen und 38% der Slowenen die Frage positiv beurteilen. Dies gilt auch für ein Drittel der Spanier (34%) und der Esten (32%). Am negativsten wird die Situation in der Slowakei, der tschechischen Republik, in Ungarn und Italien bewertet: Hier äußern sich annähernd 7 von 10 Befragten ablehnend, während ein Viertel in der Slowakei und der tschechischen Republik und ein Fünftel der Befragten in Ungarn und Italien ein positives Urteil fällen. In Rumänien und Polen (jeweils 78% in diesen beiden Ländern), in Lettland, Bulgarien (jeweils 80% in beiden Fällen) und insbesondere in Portugal und Griechenland - Länder, in denen 9 von 10 Bürgern unzufrieden sind - wird diese Frage ausgesprochen negativ beurteilt. Anzumerken ist, dass in diesem Bereich die nationale Situation in Griechenland von nahezu der Hälfte der Befragten als „sehr schlecht“ bezeichnet wird.

In Bezug auf die Rentenversorgung können wir wiederum auf eine Kluft zwischen den alten und neuen Mitgliedstaaten hinweisen: 53% der Bürger, die in den Mitgliedstaaten leben, die der Europäischen Union vor 2004 beigetreten sind, vertreten die Meinung, dass die Rentenversorgung in ihrem Land schlecht sei, während dies für 75% der Befragten aus den Ländern gilt, die vor nicht so langer Zeit beigetreten sind. Trotz dieses Unterschieds ist zu beachten, dass die Befragten aus beiden Ländergruppen mehrheitlich darin übereinstimmen, ihre jeweils nationale Rentenversorgung negativ zu beurteilen.

Auch in den Bewerberländern ergeben sich deutliche Unterschiede. So ist die Bilanz in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien eher ausgewogen (48% negative Beurteilungen gegenüber 45% positive Ansichten), in der Türkei hingegen überwiegen bei weitem die negativen Ergebnisse (76%). Dieselbe Situation zeichnet sich besonders deutlich in Kroatien ab: Dort äußern sich 91% der Befragten kritisch gegenüber dem nationalen System der Rentenversorgung.

QA5a.3 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste?

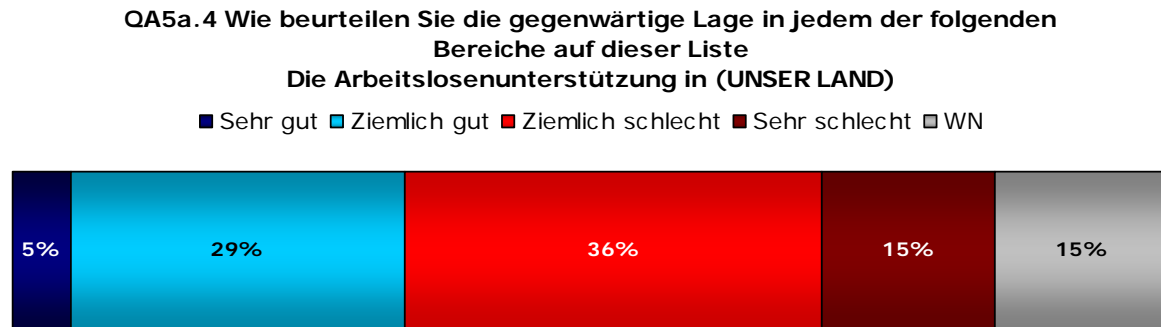
Die Rentenversorgung in (UNSER LAND)

		Gesamt "gut"	Gesamt "schlecht"	WN
	EU27	34%	58%	8%
	Berufliche Tätigkeit			
	Selbständig	30%	64%	6%
	Leitende(r) Angestellte(r)	45%	50%	5%
	Andere(r) Angestellte(r)	35%	59%	6%
	Sonstige Arbeiter	32%	59%	9%
	Hausfrauen / Hausmänner	30%	62%	8%
	Arbeitslos	25%	61%	14%
	Rentner / Pensionäre	38%	60%	2%
	Studenten	30%	47%	23%

Eine Analyse der Berufsvariablen macht erhebliche Unterschiede deutlich: Während 45% der Führungskräfte mit der Rentenversorgung in ihrem Heimatland zufrieden sind, reduziert sich dieser Anteil auf 32% der befragten Arbeiter, auf 30% der befragten Selbstständigen und auf nur 25% der befragten Arbeitslosen. Es muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass die europäischen Bürger, die *a priori* am besten über dieses Thema informiert sind, nämlich die Rentner selber, etwas zahlreicher als der europäische Durchschnitt erklären, mit der in ihren jeweiligen Heimatländern herrschenden Rentenversorgung zufrieden zu sein.

2.5.3. Die Arbeitslosenunterstützung

Mehr als einer von 2 europäischen Bürgern äußert sich ablehnend über die Situation der Arbeitslosenunterstützung im eigenen Land, demgegenüber erklären 34%, dass diese positiv einzuschätzen sei²².

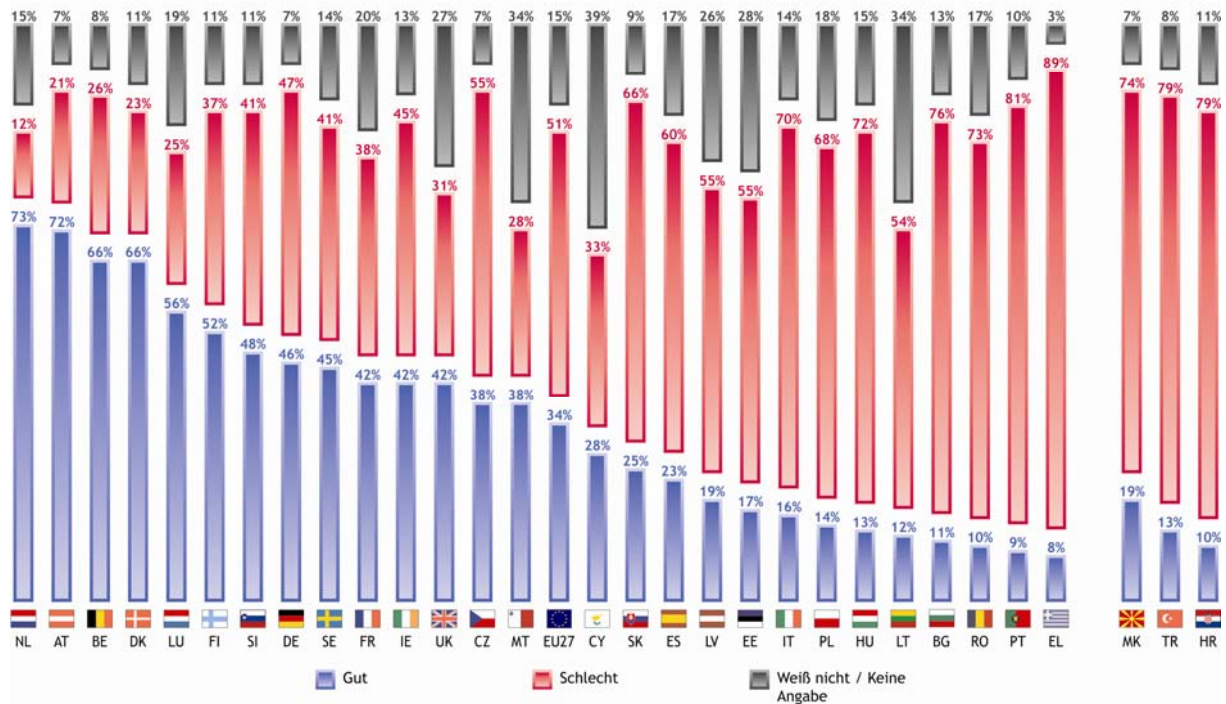


Ein weiteres Mal wird in der Länderanalyse deutlich, dass die Situation von einem Land zum anderen unterschiedlich ist, wobei erneut die nördlichen Mitgliedstaaten Europas im positiven Sinne ein eigenständiges Ganzes innerhalb der Union bilden. So erklären nahezu 7 von 10 Bürgern in den Niederlanden (73%), Österreich (72%), Dänemark (66%) und Belgien (66%), dass die Situation der Arbeitslosenunterstützung auf nationaler Ebene „gut“ sei; diese Meinung wird von mehr als der Hälfte der Befragten in Luxemburg (56%) und in Finnland (52%) geteilt.

²² QA5a.4 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste? Die Arbeitslosenunterstützung in (UNSER LAND).

Frage: QA5a.4. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste?

Option: Die Arbeitslosenunterstützung in (UNSER LAND)



Während sich eine relative Mehrheit in Frankreich (42% gegenüber 38%) und im Vereinigten Königreich (42% gegenüber 31%) vergleichsweise positiv äußert, stellen wir fest, dass in diesen beiden Mitgliedstaaten jeweils ein Fünftel, bzw. mehr als ein Viertel der Bevölkerung, nicht in der Lage ist, auf diese Frage zu antworten. Der Anteil der Befragten, die keine Meinung äußern, liegt auf Malta (34%) und auf Zypern (39%) noch höher: Dort geben nahezu 4 von 10 Bürgern keine Antwort.

In Slowenien (48% positive gegenüber 41% negative Meinungen), Irland (42% gegenüber 45%), Deutschland (46% gegenüber 47%) und selbst in Schweden (45% gegenüber 41%) scheint das Thema von vorneherein Unstimmigkeiten auszulösen.

In 16 Mitgliedstaaten überwiegen die kritischen Stimmen bezüglich der Arbeitslosenunterstützung. In Litauen (54%), Lettland (55%) und Estland (55%) fällt dieser Anteil verhältnismäßig niedriger aus; in diesen Ländern ist der prozentuale Anteil der Befragten, die keine Meinung äußern, sehr erhöht (je 34%, 26% und 28%). Auch wenn die Anzahl unzufriedener Befragter in der tschechischen Republik ähnlich hoch ist (55%), stellen wir hier einen nicht zu vernachlässigenden Anteil positiver Einschätzungen fest (38%). In Spanien (60%), der Slowakei (66%), Polen (68%) und noch mehr in Italien (70%), Ungarn (72%) und Rumänien (73%) werden von einer großen Mehrheit negative Ansichten vertreten.

Im Fall von Bulgarien (76%), Portugal (81%) und Griechenland (89%) kann schließlich von einem ausgesprochen beunruhigenden Grad an Unzufriedenheit gesprochen werden; in diesen Mitgliedstaaten erklären 40% der Befragten, dass die Situation in diesem Bereich „sehr schlecht“ sei.

Auch in den Bewerberländern ist eine sehr große Mehrheit der Befragten mit der Situation unzufrieden. Diese Ansicht wird von 74% der Bewohner der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sowie von 79% der Türken und der Kroaten geteilt.

Auch wenn das Alter der Befragten für die Antworten der europäischen Bürger nahezu keinen Unterschied ausmacht, erweist sich das Ausbildungsniveau wiederum als ausgesprochen entscheidendes Kriterium. Während die Befragten, die die Schule vor dem 16. Geburtstag verlassen haben, besonders kritisch sind (24% erklären, mit der Arbeitslosenunterstützung zufrieden zu sein, 57% beurteilen sie negativ), teilt sich die Gruppe der Befragten mit der besten Ausbildung in diesem Bereich in zwei nahezu exakt gleich große Teile (44% im Vergleich zu 43%).




Nachdem wir festgestellt haben, dass die europäischen Befragten im Ruhestand mit der Rentenversorgung in ihrem Land zufriedener sind als die Befragten im Durchschnitt, erweisen sich – im Gegensatz dazu – die Arbeitslosen gegenüber der Arbeitslosenunterstützung als besonders kritisch: 67% von ihnen sind der Ansicht, dass diese unzureichend sei, gegenüber 40% der Führungskräfte und 51% im Durchschnitt der europäischen Bürger. Schließlich können wir beobachten, dass jene Befragten, deren Meinungsführerindex am niedrigsten ist, besonders harsche Kritik üben²³.

²³ Der Meinungsführerindex in 4 Kategorien (1. ++; 2. +; 3. -; 4. --) wird anhand der zwei folgenden Fragen erstellt: QA1. Würden Sie sagen, dass Sie, wenn Sie mit Freunden zusammen sind, politische Dinge häufig, gelegentlich oder niemals diskutieren?

QA2. Kommt es vor, dass Sie Ihre Freunde, Ihre Arbeitskollegen oder Ihre Bekannten von einer Meinung überzeugen, auf die Sie selbst großen Wert legen? Geschieht dies häufig, von Zeit zu Zeit, selten oder niemals? Wenn ein Befragter also häufig oder von Zeit zu Zeit versucht, seine Gesprächspartner zu überzeugen, oder regelmäßig über Politik diskutiert, gilt er als Meinungsführer der Kategorie 1 (++). Ein Befragter, der hingegen nur selten oder niemals versucht, seine Gesprächspartner zu überzeugen, und niemals über Politik diskutiert, wird nicht als Meinungsführer (Kategorie 4 --) angesehen.

QA5a.4 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste?

Die Arbeitslosenunterstützung in (UNSER LAND)

	Gesamt "gut"	Gesamt "schlecht"	WN
EU27	34%	51%	15%
Alter			
 15-24	32%	49%	19%
25-39	35%	54%	11%
40-54	35%	54%	11%
55 +	31%	48%	21%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	24%	57%	19%
16-19	33%	54%	13%
20+	44%	43%	13%
Studiert noch	33%	46%	21%
Berufliche Tätigkeit			
 Selbständig	35%	53%	12%
Leitende(r) Angestellte(r)	48%	40%	12%
Andere(r) Angestellte(r)	35%	53%	12%
Sonstige Arbeiter	33%	55%	12%
Hausfrauen / Hausmänner	28%	54%	18%
Arbeitslos	25%	67%	8%
Rentner / Pensionäre	30%	48%	22%
Studenten	33%	46%	21%
Meinungsführung			
++	41%	49%	10%
+	38%	49%	13%
-	31%	52%	17%
--	24%	55%	21%

2.5.4. Das Funktionieren der öffentlichen Verwaltung

Die Mehrheit der europäischen Bürger nimmt gegenüber dem Funktionieren der öffentlichen Verwaltung in ihrem Land eine kritische Haltung ein: Mehr als die Hälfte der Befragten (55%) teilt diese Meinung im Vergleich zu 38%, die demgegenüber eine positive Ansicht äußern²⁴.

QA5a.10 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste ?
Das Funktionieren der öffentlichen Verwaltung in (UNSER LAND)

■ Sehr gut ■ Ziemlich gut ■ Ziemlich schlecht ■ Sehr schlecht ■ WN

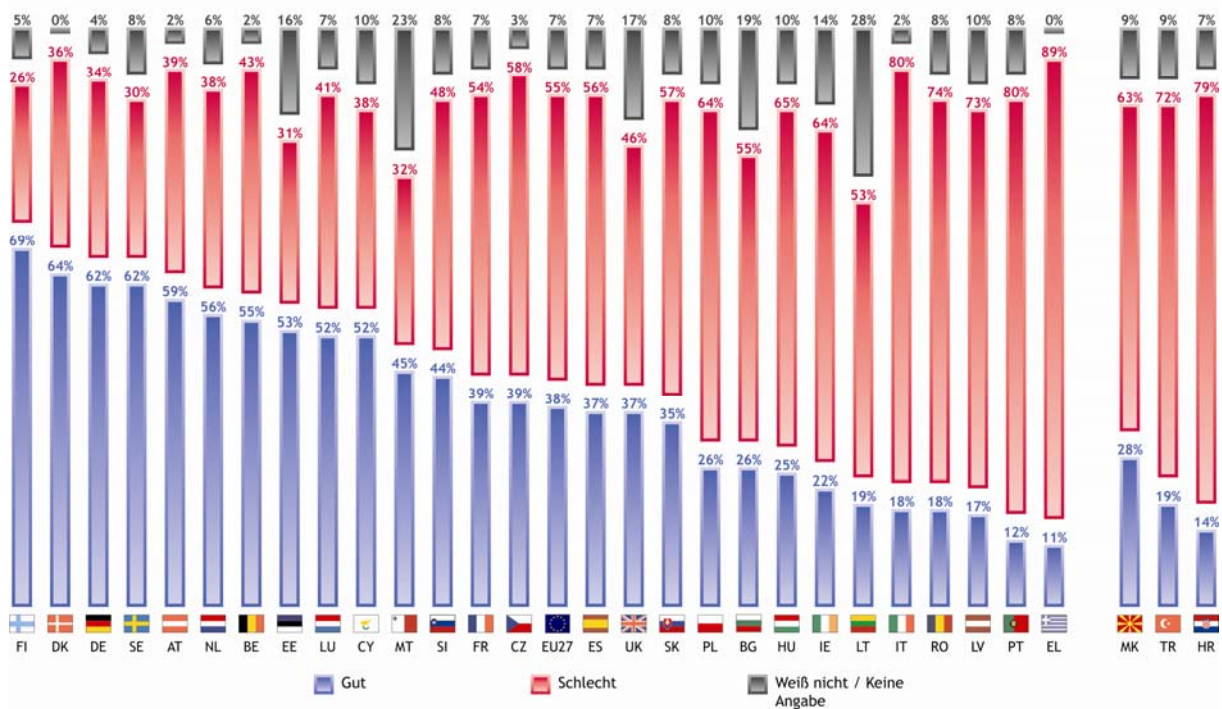


Die Länder, in denen die negativen Einschätzungen bezüglich der öffentlichen Verwaltung von mehr als 50% der Befragten geteilt werden, liegen im Wesentlichen im Süden (Griechenland, Italien, Spanien) oder im Osten (Rumänien, Ungarn, Polen, die tschechische Republik, die Slowakei und Bulgarien) der Europäischen Union. In dieser Gruppe liegt der gewichtige Anteil negativer Meinung zwischen 53% (in Lettland) und 89% (in Griechenland) und zählt mit Irland, Lettland, Litauen und Frankreich insgesamt 14 Mitgliedstaaten.

²⁴ QA5a.10 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste? Das Funktionieren der öffentlichen Verwaltung in (UNSER LAND).

Frage: QA5a.10. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste?

Option: Das Funktionieren der öffentlichen Verwaltung in (UNSER LAND)



Auch wenn sich im Vereinigten Königreich (46% gegenüber 37%) und in Slowenien (48% gegenüber 44%) eine relative Mehrheit negativ äußert, so fällt das Ausmaß der Kritik im Vergleich mit dem Durchschnitt eher gering aus.

Demgegenüber bilden die nördlichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union dieses Mal im Verein mit Zypern und Malta eine Einheit von Bürgern, die mit dem Funktionieren der öffentlichen Verwaltung ausgesprochen zufrieden ist. Der Anteil der Befragten, der zufrieden ist, schwankt allerdings und reicht von 52% auf Zypern bis 69% in Finnland.

Die Befragten in den Bewerberländern zeigen eine ähnliche Haltung wie jene in den südlichen und östlichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union: 63% der Bürger der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien äußern eine negative Meinung, die von 72% der Befragten in der Türkei und 79% der befragten Kroaten geteilt wird.

In der soziodemografischen Analyse wird ein weiteres Mal die schon im bisherigen Text aufgezeigte Tendenz deutlich: Am ehesten zeigen sich die Befragten mit der besten Ausbildung und die Führungskräfte mit dem Funktionieren der öffentlichen Verwaltung zufrieden.

2.6. Die Art und Weise der Auseinandersetzung mit sozialer Benachteiligung und Armut

Nach Auffassung von Experten geht die Wirtschaftskrise so weit, dass sich soziale Benachteiligungen nicht nur in verschiedensten Regionen der Erde, sondern sogar innerhalb der am weitesten entwickelten westlichen Länder weiter verstärken werden. Bereits bisher haben wir feststellen können, dass sich die Wirtschaftskrise mit ihren konkreten Konsequenzen und ihrem Einfluss auf das tägliche Leben deutlich auf die Befindlichkeit der europäischen Bürger auswirkt. In diesem Kontext, den wir mit „erhöhter Sensibilität“ umschreiben möchten, **stellen wir fest, dass die europäischen Bürger die Art und Weise, in der sich die einzelnen Mitgliedstaaten mit Armut und sozialer Benachteiligung auseinandersetzen, außerordentlich ungünstig beurteilen**²⁵: So sind 67% der Befragten der Ansicht, die Situation sei „schlecht“, im Vergleich zu 27%, die die entgegengesetzte Meinung vertreten.

QA5a.7 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste
Die Art und Weise der Auseinandersetzung mit sozialer Benachteiligung und Armut in (UNSER LAND)

■ Sehr gut ■ Ziemlich gut ■ Ziemlich schlecht ■ Sehr schlecht ■ WN

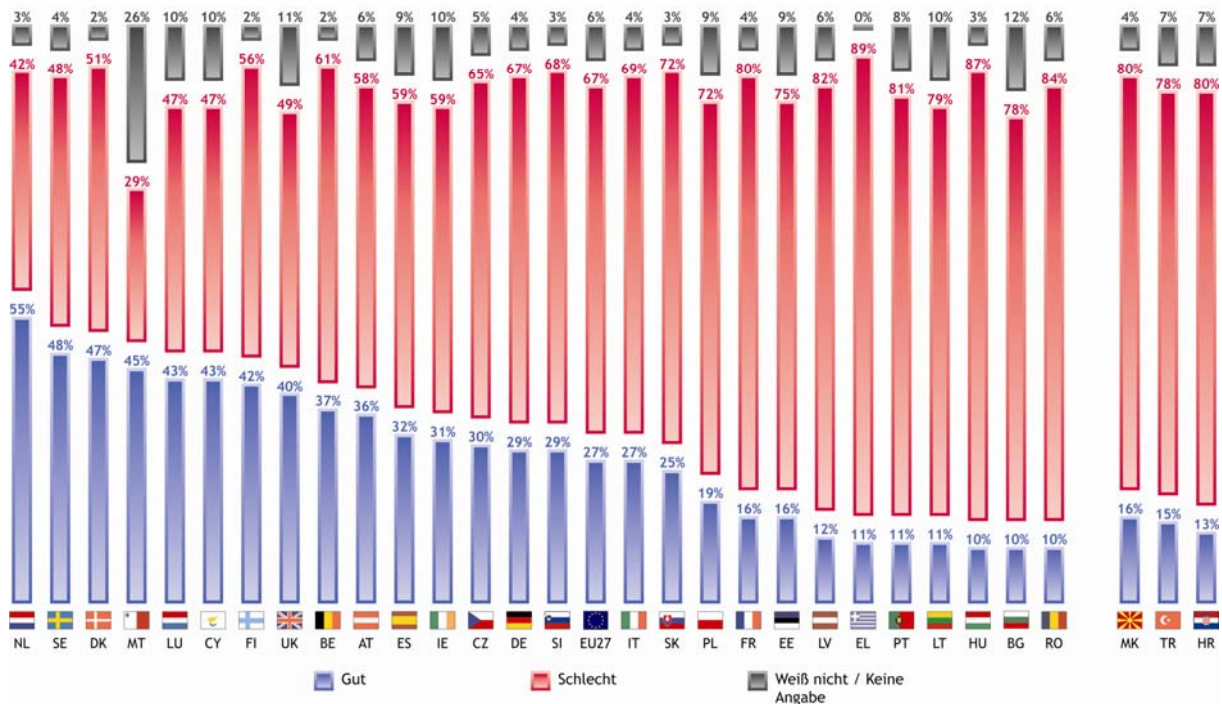


Drei Viertel oder mehr der Befragten in Estland (75%) und 78% in Bulgarien, 79% in Litauen, 80% in Frankreich, 81% in Portugal, 82% in Lettland und 84% in Rumänien teilen diese kritische Einstellung. In Ungarn (87%) und Griechenland (89%) nehmen mittlerweile nahezu 9 von 10 Bürgern diese Haltung ein.

²⁵ QA5a.7 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste? Die Art und Weise der Auseinandersetzung mit sozialer Benachteiligung und Armut in (UNSER LAND).

Frage: QA5a.7. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste?

Option: Die Art und Weise der Auseinandersetzung mit sozialer Benachteiligung und Armut in (UNSER LAND)



In 6 Mitgliedstaaten ähneln die Ergebnisse den Werten, die im europäischen Durchschnitt festgestellt werden: Dies gilt für die tschechische Republik (65% vertreten eine negative Meinung, demgegenüber stehen 30%, die entgegengesetzter Ansicht sind), Deutschland (67% gegenüber 29%), Slowenien (68% gegenüber 29%), Italien (69% gegenüber 27%), die Slowakei (72% gegenüber 25% positiver Bewertungen) und Polen (72% gegenüber 19%).

Auch wenn die Wertung insgesamt negativ ausfällt, kann in einigen Ländern eine den europäischen Durchschnitt geringfügig übersteigende, positive Einschätzung festgestellt werden. Dies gilt für Belgien mit 61% der Befragten, die die Situation ablehnend beurteilen, gegenüber 37%, die positiver Meinung sind, Spanien und Irland mit 59% negativer Einschätzungen gegenüber 32% bzw. 31% mit gegenteiligen Ansichten; Österreich und Finnland mit 58% bzw. 56% der Befragten, die die Situation kritisch sehen, gegenüber 36% bzw. 42%, die eine entgegengesetzte Meinung vertreten.

In Schweden (48% negative Einschätzungen und ein gleich großer Anteil an positiven Antworten), Dänemark (51% gegenüber 47%), auf Zypern und in Luxemburg (47% gegenüber 43%) sowie im Vereinigten Königreich (49% gegenüber 40%) sind die Meinungen ausgewogener verteilt.

Nur in zwei europäischen Mitgliedstaaten kann eine positive Tendenz ermittelt werden. So beurteilen auf Malta 45% der Befragten die Art und Weise positiv, wie in ihrem Land mit sozialer Benachteiligung und Armut umgegangen wird, während 29% entgegengesetzter Meinung sind. Dies gilt ebenfalls für die Niederlande: hier können 55% positive und 42% kritische Meinungen festgestellt werden.

In den drei Bewerberländern wird von nahezu 80% der Befragten eine ausgesprochen negative Bilanz gezogen (je 80% in Kroatien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und 78% in der Türkei).

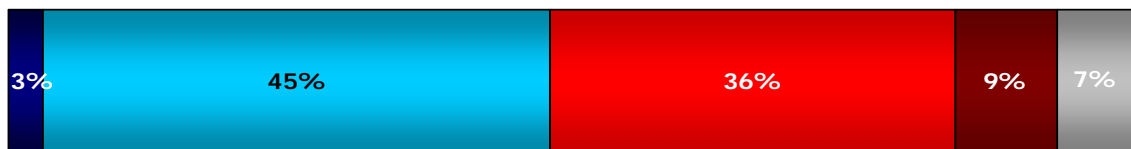
Bezogen auf den Aspekt der sozialen Situation in den Mitgliedstaaten lassen sich hinsichtlich der verschiedenen soziodemografischen Kategorien der Befragten nur sehr geringe Unterschiede feststellen: Auch wenn Führungskräfte (33%) die Situation positiver einschätzen als Arbeitslose (20%), so bleibt die Diagnose letztendlich in allen Befragtenkategorien schlecht.

2.7. Die Beziehungen zwischen Menschen mit unterschiedlichem kulturellen oder religiösen Hintergrund oder verschiedener Nationalitäten

Die europäischen Bürger sind hinsichtlich der Frage, wie die Beziehungen unter Menschen mit unterschiedlichem kulturellen und religiösen Hintergrund in ihrem Land beurteilt werden sollen, geteilter Ansicht²⁶: 48% sind der Meinung, dass die Situation „gut“ sei, während 45% der Befragten die entgegengesetzte Meinung vertreten. Die Niederlande (50% der Befragten erklären, dass die Beziehungen gut seien, gegenüber 49%, die die entgegengesetzte Meinung vertreten) und – in geringerem Maße – die Slowakei (50% gegenüber 46% anders lautender Meinungen), Belgien (52% gegenüber 46%) und Deutschland (51% gegenüber 45%) sind die Mitgliedstaaten, die auf nationaler Ebene am ehesten der Tendenz entsprechen, dass sich die Meinungen in zwei deutlich getrennte Gruppen aufteilen.

QA5a.6 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste
Die Beziehungen zwischen Menschen mit unterschiedlichem kulturellen oder religiösen Hintergrund oder verschiedener Nationalitäten in (UNSER LAND)

■ Sehr gut ■ Ziemlich gut ■ Ziemlich schlecht ■ Sehr schlecht ■ WN

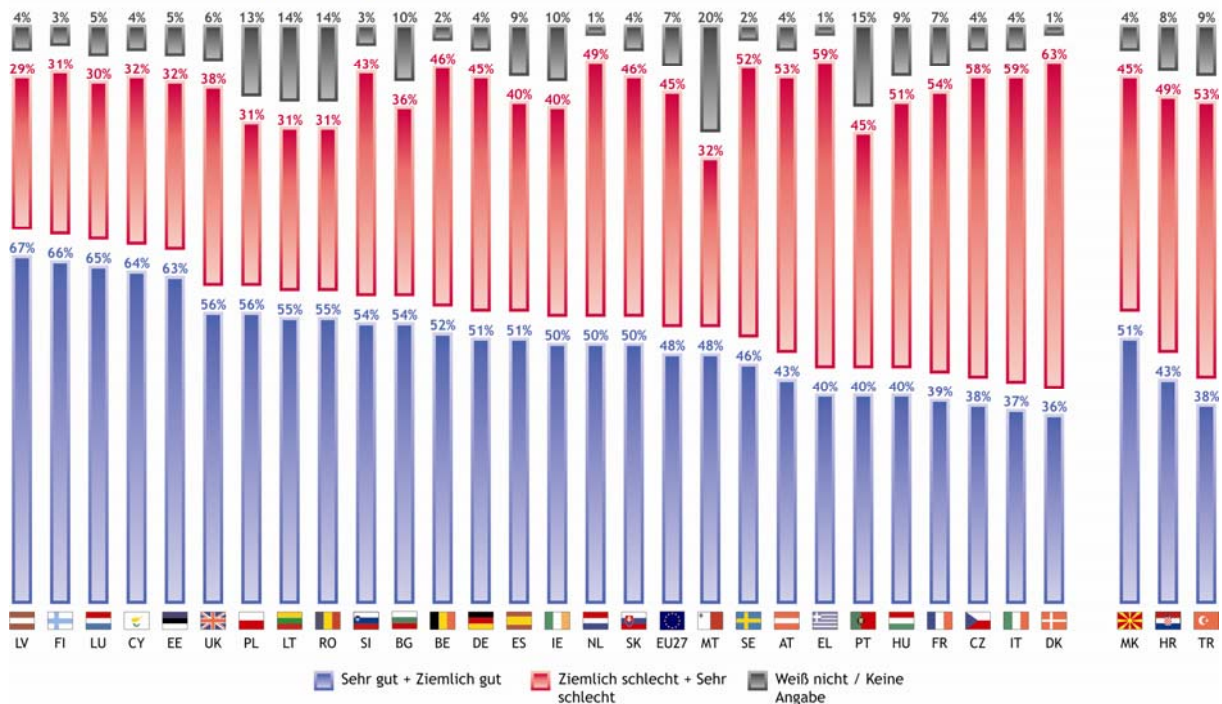


Die Befragten in Estland (63%), auf Zypern (64%), in Luxemburg (65%), Finnland (66%) und Lettland (67%) gehören zu den Bürgern der Europäischen Union, die mit den Beziehungen zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturen und/oder Religionen in ihrem Land am zufriedensten sind. Diese Einschätzung wird außerdem von der Mehrheit der Befragten in Polen, dem Vereinigten Königreich (jeweils 56% in diesen beiden Ländern), in Rumänien (55%), Litauen und Bulgarien (jeweils 55%) sowie von nahezu der Hälfte der Befragten in Spanien (51% gegenüber 40%, die gegenteiliger Meinung sind), in Irland (50% gegenüber 40%) und auf Malta (49% gegenüber 32%, die sich konträr äußern) geteilt.

²⁶ QA5a.6 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste? Die Beziehungen zwischen Menschen mit unterschiedlichem kulturellen oder religiösen Hintergrund oder verschiedener Nationalitäten in (UNSER LAND)

Frage: QA5a.6. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste?

Option: Die Beziehungen zwischen Menschen mit unterschiedlichem kulturellen oder religiösen Hintergrund oder verschiedener Nationalitäten in (UNSER LAND)






Demgegenüber fällt die Bilanz in Schweden (46% zustimmende Befragte gegenüber 52%, die entgegengesetzter Ansicht sind) sowie in Österreich (43% gegenüber 53%) und in Ungarn (40% gegenüber 51%) eher negativ als positiv aus. In Frankreich (54% gegenüber 39% positive Beurteilungen), der tschechischen Republik (58% gegenüber 38%), Italien (59% gegenüber 37%) und Griechenland (59% gegenüber 40%) nimmt die Mehrheit eine ablehnende Haltung ein. In Dänemark schließlich ist der Abstand der ablehnenden zu den zustimmenden Ansichten am größten: Nahezu zwei Drittel der Befragten sind der Ansicht, dass sich in ihrem Land das Zusammenleben zwischen Menschen mit unterschiedlichem kulturellen oder religiösen Hintergrund „schlecht“ gestalte (63%), im Vergleich zu 36%, die entgegengesetzter Meinung sind.

Die Mehrheit der Befragten in der Türkei beurteilt die Situation ebenfalls negativ, wenn es um dieses Thema geht (53%), während die Kroaten und die Bewohner der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien geteilter Meinung sind: In Kroatien sind die Befragten, die diesen Lebensaspekt in ihrem Land negativ beschreiben, verhältnismäßig zahlreicher (49%) als jene, die in diesem Bereich eher positiver Ansicht sind (43%). Auch wenn in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien 51% der Befragten eine positive Meinung äußern, erklärt ein erheblicher Anteil der Befragten (45%), dass die Situation im eigenen Land „schlecht“ sei.

QA5a.6 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste?

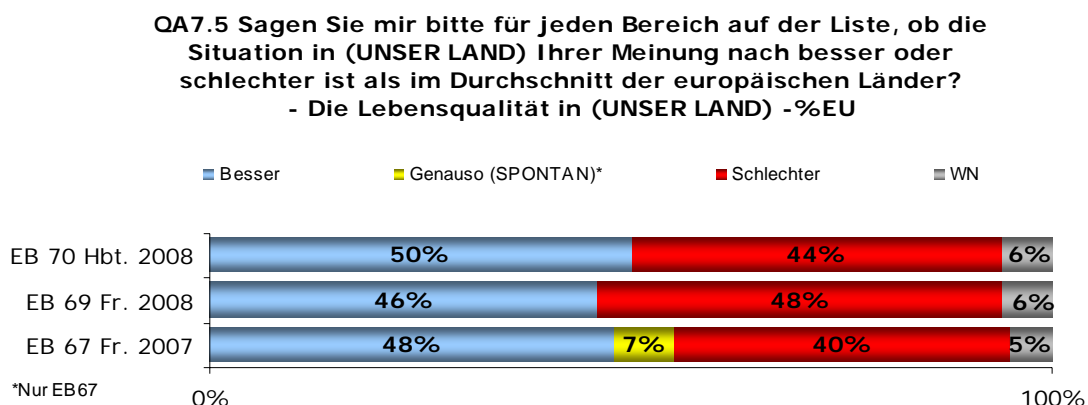
Die Beziehungen zwischen Menschen mit unterschiedlichem kulturellen oder religiösen Hintergrund oder verschiedener Nationalitäten in (UNSER LAND)

	Gesamt "gut"	Gesamt "schlecht"	WN
EU27	48%	45%	7%
Alter			
 15-24	51%	43%	6%
25-39	51%	45%	4%
40-54	48%	46%	6%
55 +	46%	45%	9%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	45%	46%	9%
16-19	47%	47%	6%
20+	52%	44%	4%
Studiert noch	51%	43%	6%
Links-Rechts Skala			
 (1-4) Links	48%	47%	5%
(5-6) Mitte	49%	45%	6%
(7-10) Rechts	50%	45%	5%

Es ist interessant anzumerken, dass die Unterschiede zwischen den soziodemografischen Kategorien bei dieser Frage nur sehr gering ausfallen. Zwischen den Generationen oder in Bezug auf Ausbildung oder politische Einstellung kann keine wirkliche Kluft festgestellt werden: Bei einem Thema, das gelegentlich politische Gegensätze hervorruft, positionieren sich Befragte, die auf der politischen Skala eher links stehen ähnlich wie Befragte, die sich politisch rechts einordnen.

2.8. Die Situation der Lebensqualität im eigenen Land, verglichen mit dem europäischen Durchschnitt

Die europäischen Bürger sind in der Beurteilung der Lebensqualität in ihrem Land im Vergleich zum Durchschnitt der EU27 geteilter Meinung. Es ist gut möglich, dass weniger konkrete, aber dafür subjektivere Faktoren, wie z.B. die vermuteten klimatischen und kulinarischen Vorteile, in die Beurteilung der Lebensqualität der Befragten einfließen. Anders als bei den Beobachtungen, die in Bezug auf die wirtschaftlichen Indikatoren gemacht werden können, neigen die Befragten bei dieser Frage zu der Überzeugung, dass die Lebensqualität in ihrem Land besser sei (50%) als im Durchschnitt der Europäischen Union²⁷. Allerdings ist ein hoher Anteil (44%) vom Gegenteil überzeugt. In 14 Mitgliedstaaten vertreten die Befragten die Ansicht, dass die Lebensqualität auf nationaler Ebene schlechter sei als im Durchschnitt der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union.²⁸



Die zufriedensten Befragten lassen sich im Norden Europas finden: Dies gilt für 88% der Befragten in Finnland, 87% der Befragten in Dänemark und 81% der Befragten in Schweden. 84% der Befragten in Österreich und der Niederlande, mehr als 8 von 10 Befragten in Luxemburg (82%) und 79% der Befragten in Belgien, drei Viertel der Befragten auf Zypern (76%) und annähernd 7 von 10 Befragten in Frankreich (71%) und Deutschland (70%) teilen diese Meinung. Auch in Irland (63%), Spanien (57%) und in geringerem Maße in Slowenien (51%) und im Vereinigten Königreich (49%) teilt eine Mehrheit diese Auffassung.

²⁷ Siehe Kapitel 3.1, die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage.

²⁸ QA7a.5 Sagen Sie mir bitte für jeden Bereich auf der Liste, ob die Situation in (UNSER LAND) Ihrer Meinung nach besser oder schlechter ist als im Durchschnitt der europäischen Länder?- Die Lebensqualität in (UNSER LAND).

Am anderen Ende der Skala erklären nahezu die gesamten Befragten in Ungarn (96%) und in Bulgarien (93%), dass die Lebensqualität im eigenen Land schlechter sei, als im Durchschnitt der EU27. Ähnlich äußern sich die Befragten in Lettland (89%), in Rumänien (86%), in Litauen (84%), in Portugal (81%), in Polen (80%), in Estland (78%), in der Slowakei (73%), in Tschechien (69%) und annähernd 6 von 10 Befragten in Griechenland (61%) und in Italien (58%).

Die Kluft zwischen neuen und alten Mitgliedstaaten erweist sich wiederum als ausgeprägt: 60% der Befragten aus den Ländern, die vor 2004 Mitglied der Europäischen Union wurden, sind der Ansicht, dass ihre Lebensqualität besser sei als im europäischen Durchschnitt, während dies nur für 14% der Befragten aus den neuen Mitgliedstaaten gilt.

In dieser Frage unterscheiden sich die Befragten aus den Bewerberländern deutlich vom Durchschnitt der Europäischen Union. In der Tat stufen nur 85% der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, 78% der Befragten in der Türkei und 72% der Befragten in Kroatien die Lebensqualität in ihren Ländern geringer ein als jene im Durchschnitt der EU27.

Einmal abgesehen von der mehrheitlich positiv ausgefallenen, allgemeinen Beurteilung der Gegend, in der die Befragten leben, zeigen die Daten dieser Eurobarometer-Umfrage insgesamt, dass **die Bilanz der sozialen und gesellschaftlichen Aspekte des Lebens der europäischen Bürger eher negativ ausfällt.**

Die in unserer Analyse festgestellten **Befürchtungen der europäischen Bürger hinsichtlich der Preise und der Inflation finden wir im täglichen Leben der Befragten** in Form einer deutlichen Kritik an den Lebenshaltungskosten im Allgemeinen und den Wohnungs- und Energiekosten im Besonderen wieder.

Bei der Beurteilung der **Sozialleistungen** im Gesundheitswesen, der Rentenversorgung und der Arbeitslosenunterstützung **werden erhebliche Unterschiede zwischen den nördlichen Mitgliedstaaten und dem Rest der Europäischen Union** deutlich. Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise sind die Bürger mittelfristig stark beunruhigt und äußern sich außerordentlich kritisch zu Fragen, die Bezug nehmen auf Armut und soziale Benachteiligung.

Schließlich weisen wir darauf hin, dass die Antworten der Befragten in einigen südlichen Mitgliedstaaten, wie Portugal und Griechenland und einigen östlichen Mitgliedstaaten, wie Ungarn und Bulgarien, einen systematisch kritischen Charakter aufweisen.

Die soziodemografische Analyse ermöglicht es, noch einmal die bisher beschriebenen Tendenzen zu verdeutlichen: Führungskräfte (58% sind der Ansicht, dass die Lebensqualität in ihrem Land besser sei als jene im Durchschnitt der Europäischen Union im Vergleich zu 39%, die gegenteiliger Meinung sind) zeigen sich positiver als Selbstständige (46% gegenüber 49%) und Arbeitslose (44% gegenüber 49%). Dagegen kann ein recht deutlicher Unterschied zwischen den Befragten festgestellt werden, die sich politisch links einordnen und mehrheitlich positive Einstellungen vertreten (56% gegenüber 40%) und denjenigen Befragten, die sich auf der politischen Skala rechts einordnen und zwei exakt gleich große Meinungsgruppen bilden (48% gegenüber 48%).

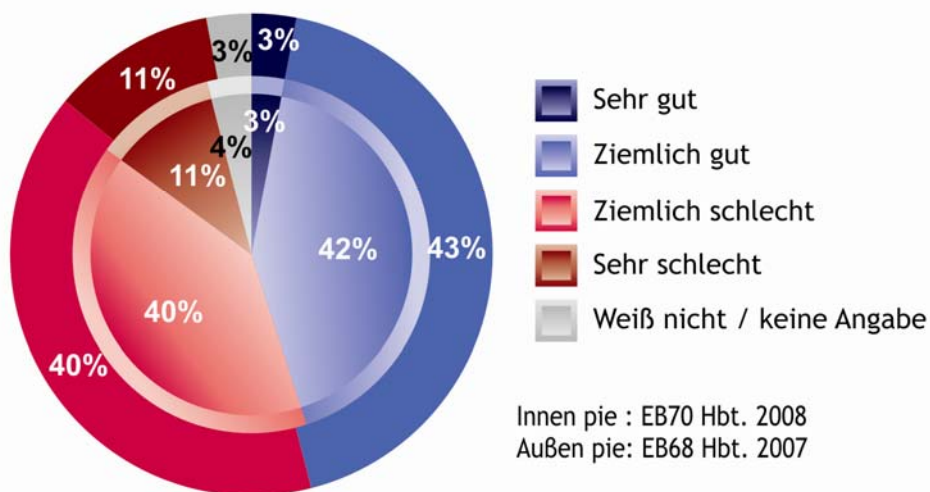
2.9. Die Situation der Umwelt

2.9.1. Die gegenwärtige Situation

Die europäischen Bürger sind bezüglich der Situation der Umwelt in ihrem Land in zwei Meinungsgruppen geteilt²⁹: 45% der Befragten sind davon überzeugt, dass sie gut sei, während sich im Gegenteil dazu 51% kritisch äußern. Verglichen mit den zum letzten Mal auf diese Frage gegebenen Antworten, kann ein nur geringfügiger Rückgang der positiven Einschätzungen (-1 Punkt) beobachtet werden³⁰.

Frage: QA4a.7. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?

Option: Die Situation der Umwelt in (UNSER LAND)



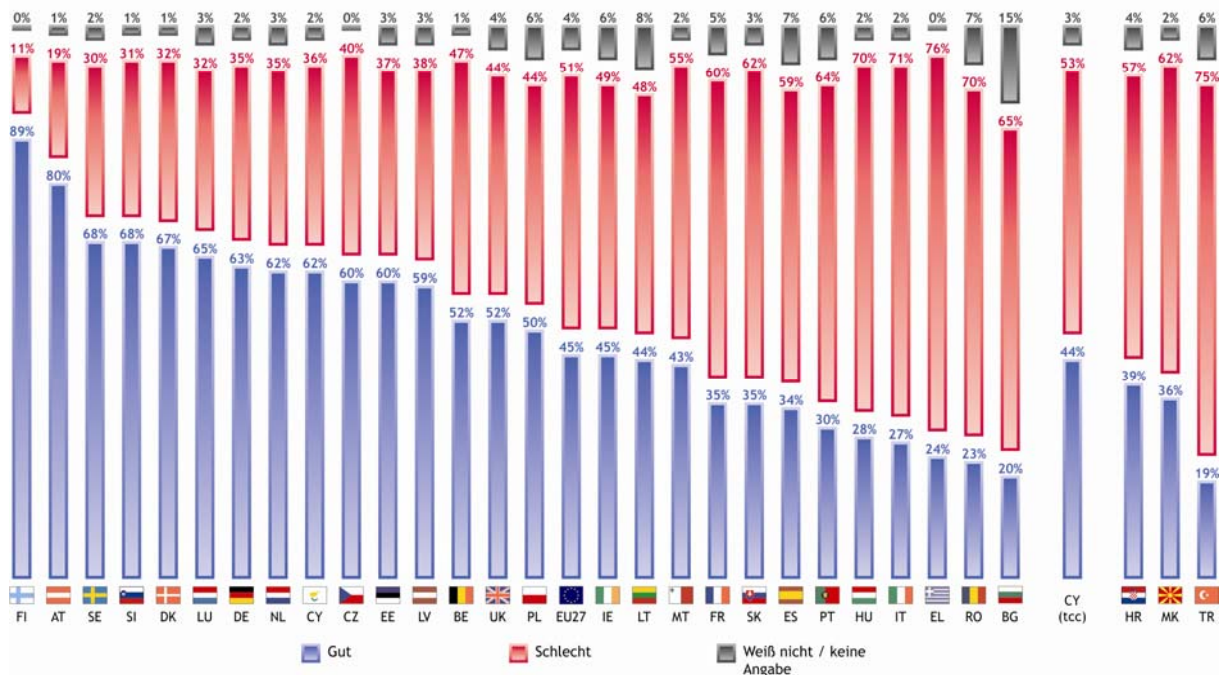
In 12 von 27 Mitgliedstaaten überwiegen die negativen Ansichten: Vor allem in Griechenland wird die Situation der Umwelt besonders negativ beurteilt, 76% der dort Befragten teilen diese Einschätzung. Die Befragten in Italien (71%), Ungarn (70%) und Rumänien (70%) äußern eine ähnliche Einstellung, wie auch 65% der befragten Personen in Bulgarien, 64% der Befragten in Portugal, 60% in Frankreich, 59% in Spanien und 55% der Befragten auf Malta. Die Befragten in Irland und in Litauen sind in dieser Frage deutlich gespaltenen Meinung: 45% bzw. 44% von ihnen sind der Ansicht, dass die Umweltsituation in ihrem Land „gut“ sei, während ein ähnlicher Anteil (jeweils 49% in beiden Fällen) eine gegenteilige Meinung äußert.

²⁹ QA4a.7 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste? Die Situation der Umwelt in (UNSER LAND).

³⁰ Standard Eurobarometer 68

Frage: QA4a.7. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?

Option: Die Situation der Umwelt in (UNSER LAND)





Am anderen Ende der Skala ziehen die Befragten in 15 Mitgliedstaaten eine positive Umweltbilanz. Auf den vorderen beiden Plätzen liegen in dieser Klassifizierung die Befragten in Finnland und Österreich, mit 89% bzw. 80% der Befragten, die erklären mit der Umweltsituation zufrieden zu sein. Geteilt wird diese Auffassung von zwei Dritteln der Befragten in Schweden und Slowenien (68% in beiden Fällen) sowie in Dänemark und Luxemburg (67% bzw. 65%).

Im Gegensatz hierzu fallen die Beurteilungen der befragten Bürger in den drei Bewerberländern deutlich kritischer aus: So äußern sich 57% der Befragten in Kroatien wie auch 62% der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und 75% der Befragten in der Türkei negativ.

QA4a.7 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in jedem der folgenden Bereiche auf dieser Liste?

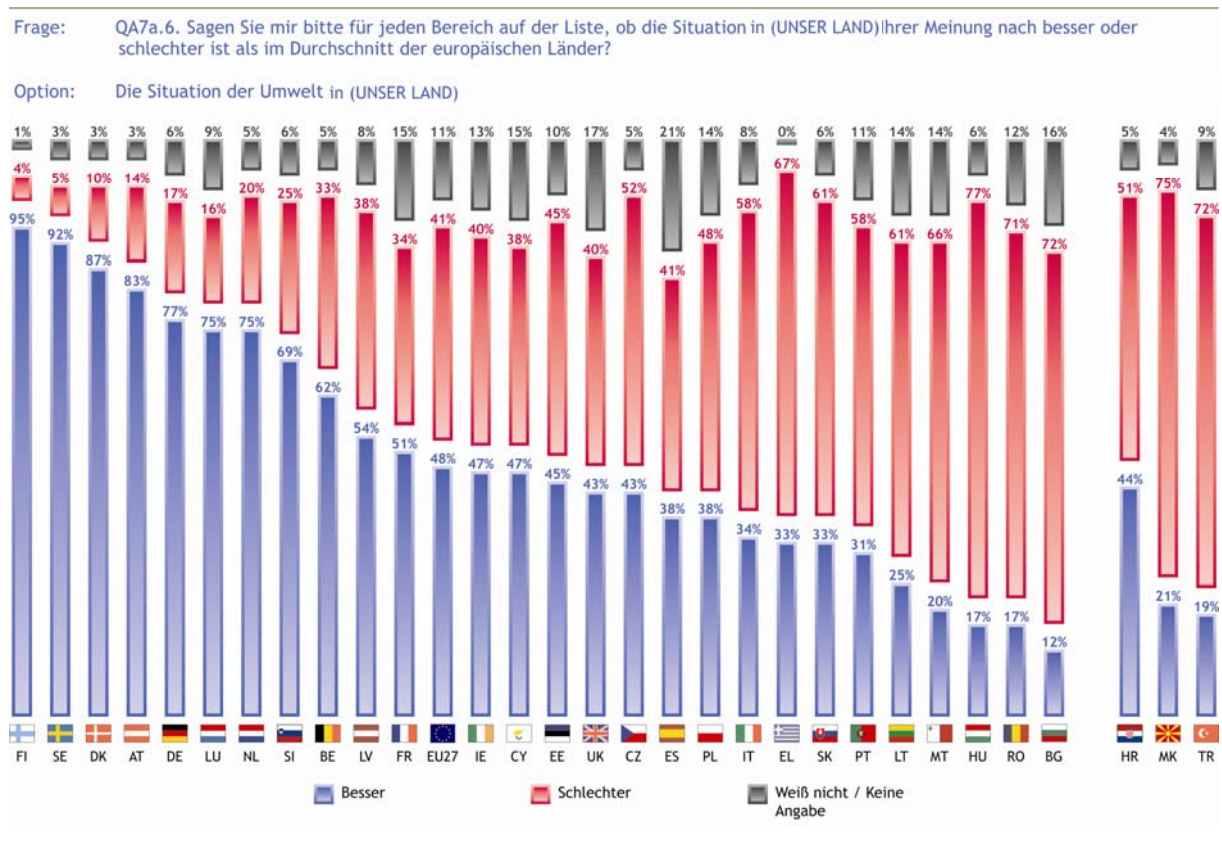
Die Situation der Umwelt in (UNSER LAND)

		Gesamt "gut"	Gesamt "schlecht"	WN
	EU27	45%	51%	4%
	Geschlecht			
	Männlich	47%	49%	4%
	Weiblich	43%	53%	4%
	Verstädterung			
	Ländliche Gegend	47%	48%	5%
	Kleine und mittelgroße Stadt	45%	51%	4%
	Großstadt	43%	53%	4%

Die soziodemografische Analyse ermöglicht den Hinweis, dass Frauen bei der Beurteilung der Umweltsituation in ihrem Land kritischer sind als Männer. Darüber hinaus fällt die Diagnose unter Stadtbewohnern rigoroser aus als unter Landbewohnern.

2.9.2. Die nationale Situation der Umwelt, verglichen mit jener des europäischen Durchschnitts

Wie schon bei den Einschätzungen der Lebensqualität im Allgemeinen, neigen die Befragten zu der Überzeugung, dass die Umweltsituation im eigenen Land besser sei (48%) als jene des Durchschnitts der europäischen Mitgliedstaaten³¹. Allerdings sind die Einschätzungen in diesem Punkt ausgewogener verteilt: 41% der Befragten vertreten eine gegenteilige Ansicht.



Auch in diesem Bereich finden wir in den nördlichen Mitgliedstaaten ein Zufriedenheitsniveau, das deutlich über dem europäischen Durchschnitt liegt: Nahezu alle Befragten in Finnland (95%), mehr als 9 von 10 Befragten in Schweden (92%) und 87% in Dänemark sind davon überzeugt, in einer besseren Umwelt zu leben als der Durchschnitt der Befragten in den europäischen Mitgliedstaaten. Mehr als 8 von 10 Befragten in Österreich (83%), 77% in Deutschland, 75% in Luxemburg und den Niederlanden teilen diese Meinung.

³¹ QA7a.6 Sagen Sie mir bitte für jeden Bereich auf der Liste, ob die Situation in (UNSER LAND) Ihrer Meinung nach besser oder schlechter ist als im Durchschnitt der europäischen Länder? Die Situation der Umwelt in (UNSER LAND).

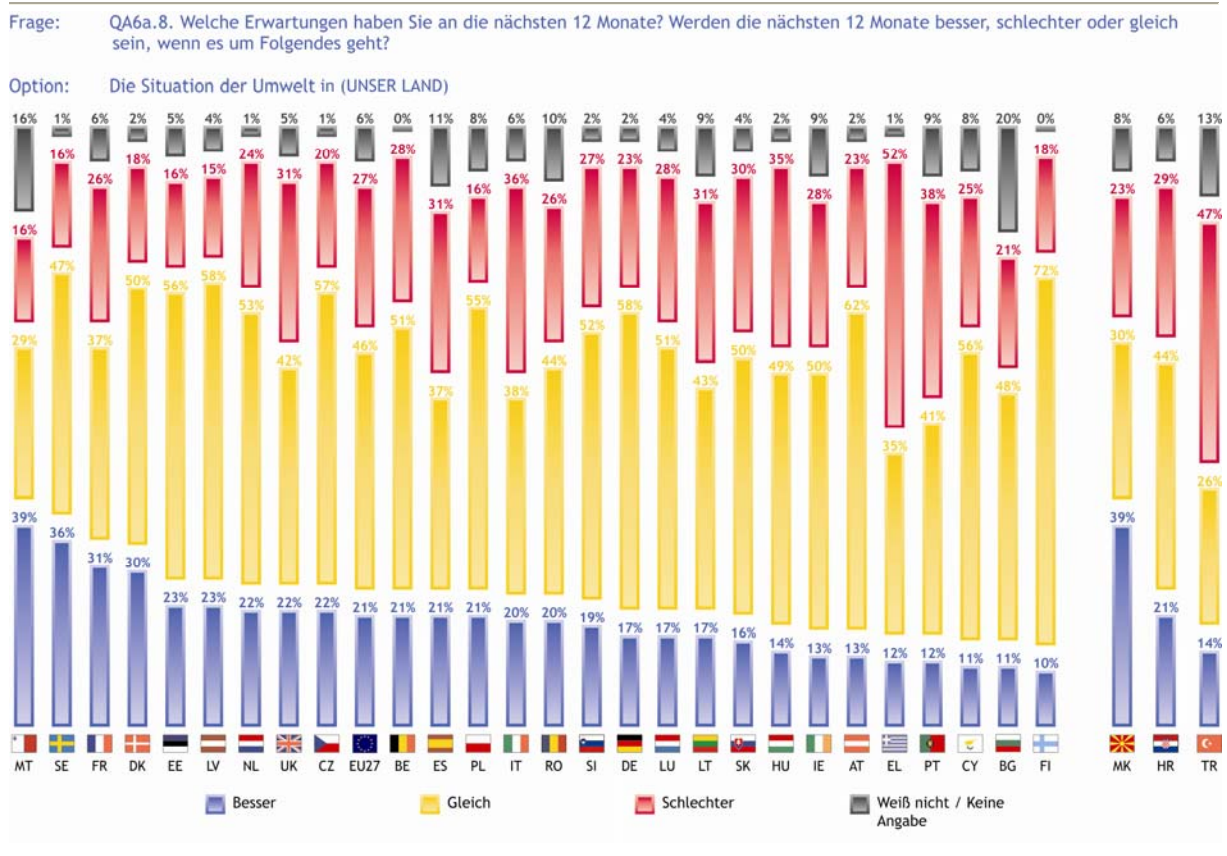
Im Gegensatz dazu ist die Wahrnehmung in Ungarn (77%), Bulgarien (72%) und Rumänien (71%) in hohem Maße negativ. Zwei Drittel der an der Umfrage teilnehmenden Personen in Griechenland (67%) und auf Malta (66%) sind der Ansicht, dass die Qualität der Umwelt in ihrem Land schlechter sei als im Durchschnitt der EU27.

Schließlich ist auch in der Türkei und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien die negative Haltung weit verbreitet: Sie wird von nahezu 3 von 4 befragten Personen (72% bzw. 75%) geteilt. Die Befragten in Kroatien hingegen sind in ihren Ansichten in zwei nahezu gleichgroße Gruppen geteilt. Wenn sie darum gebeten werden, ein vergleichendes Urteil zu fällen, erklären 51% von ihnen, dass die Umweltsituation in Kroatien schlechter sei als im Rest der Europäischen Union, gegenüber 44%, die im Gegensatz hierzu eine positive Meinung vertreten.

Zwischen den soziodemografischen Kategorien können nur wenige Unterschiede ausgemacht werden.

2.9.3. Die Erwartungen an die Zukunft

In einem Klima, das von sinkenden mittelfristigen Erwartungen an die Zukunft bestimmt ist, erklären nur wenig mehr als 2 von 10 europäischen Bürgern, Vertrauen in die Zukunft der Umwelt in ihrem Land zu haben: 21% erwarten eine Verbesserung der Situation in den kommenden 12 Monaten, während 46% damit rechnen, dass das kommende Jahr keine Veränderungen mit sich bringen wird und 27% schließlich der Ansicht sind, dass sich die Situation verschlechtern wird.³²




Die Befragten auf Malta (39%), in Schweden (36%), Frankreich (31%) und Dänemark (30%) zeigen sich vergleichsweise optimistischer als der Durchschnitt der europäischen Bürger. Mehr als die Hälfte der Befragten in Griechenland (52%) und ein Drittel der Befragten in Portugal (38%), Italien (36%) und Ungarn (35%) sind demgegenüber der Ansicht, dass die Perspektiven düster seien. Nahezu 3 von 10 Befragten in Spanien (31%), Litauen (31%), im Vereinigten Königreich (31%), der Slowakei (30%), in Belgien, Irland und Luxemburg (jeweils 28% in diesen drei Fällen) erklären sich mit dieser Einschätzung einverstanden.

³² QA6a.8 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht? Die Situation der Umwelt in (UNSER LAND).

In den Bewerberländern fallen die Prognosen sehr unterschiedlich aus. In der Türkei (47%) stellt eine knappe Mehrheit eine pessimistische Prognose; unter den Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien ist ein relativer Optimismus (39%) zu finden und 44% der Befragten in Kroatien sind der Auffassung, dass die Situation voraussichtlich gleich bleiben wird.

QA6a.8 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?

Die Situation der Umwelt in (UNSER LAND)

		Besser	Gleich	Schlechter	WN
	EU27	21%	46%	27%	6%
	Alter				
	15-24	28%	43%	23%	6%
	25-39	23%	45%	27%	5%
	40-54	20%	46%	30%	4%
	55 +	17%	48%	28%	7%

Die Analyse der Ergebnisse unter Berücksichtigung der soziodemografischen Kategorien macht deutlich, dass die jungen Befragten etwas optimistischer eingestellt sind als die älteren: 28% der 15-24-Jährigen erwarten eine Verbesserung der Umweltsituation; dies gilt für 17% der Befragten, die 55 Jahre und älter sind. Es ist jedoch festzustellen, dass alle Kategorien mehrheitlich damit rechnen, dass der Status quo in der Umweltsituation innerhalb der nächsten 12 Monate bestehen bleibt.

3. WIRTSCHAFTLICHE ASPEKTE

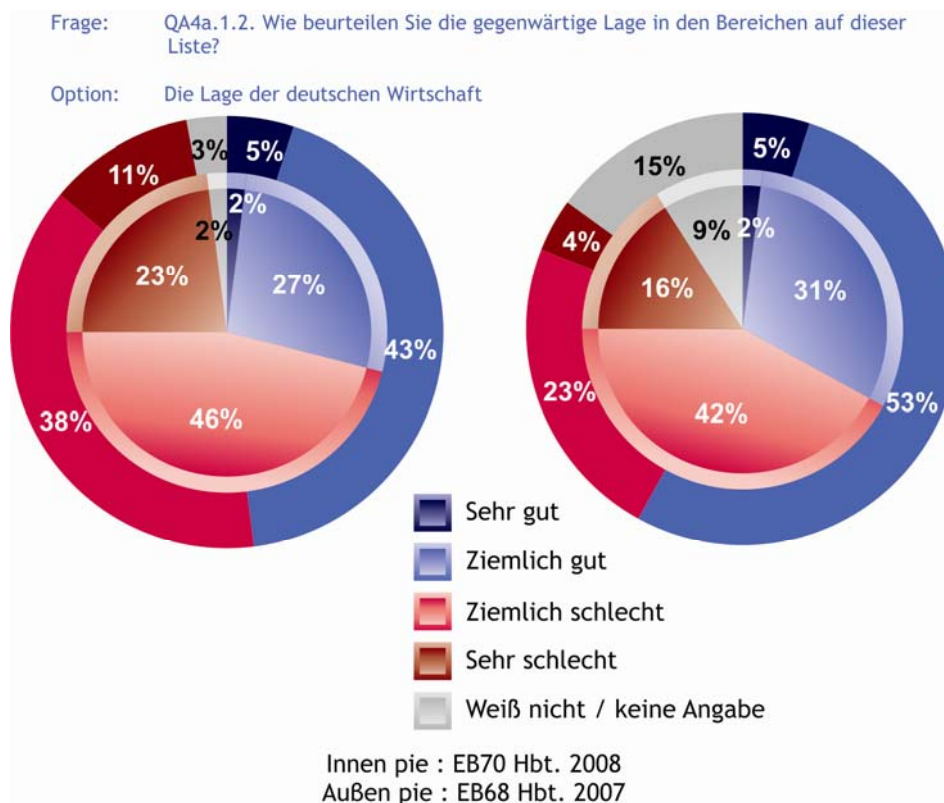
3.1. Die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage

- Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation wird eindeutig negativ wahrgenommen -

In regelmäßigen Abständen werden die europäischen Bürger gebeten, die wirtschaftliche Konjunktur in ihrem Land und in der Europäischen Union zu beurteilen. Zum ersten Mal wurden sie dieses Mal gebeten, darüber hinaus Stellung zur Situation der Weltwirtschaft zu nehmen³³.

3.1.1. Die Lage der nationalen und europäischen Wirtschaft und die Lage der Weltwirtschaft

- die Einschätzung ist unbestreitbar negativ -



³³ QA4a Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?

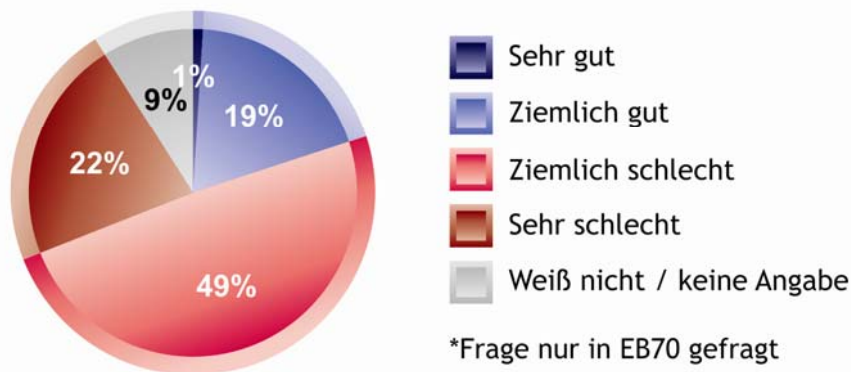
- 1) Die Lage der (NATIONALIÄT) Wirtschaft
- 2) Die Lage der europäischen Wirtschaft
- 3) Die Lage der Weltwirtschaft

Nachdem im Herbst 2007 die öffentliche Meinung über die wirtschaftliche Lage recht einheitlich war, erweist sich das Klima ein Jahr später als eindeutig pessimistisch. Die letzten Beobachtungen machen deutlich, dass die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage gegenwärtig unbestreitbar negativ ausfällt. Eine große Mehrheit der befragten Personen ist der Ansicht, dass die derzeitige Lage der nationalen Wirtschaft schlecht sei. Auch die erstmals von den Befragten erbetene Einschätzung der Weltwirtschaftslage fällt ausgesprochen negativ aus: 71% beurteilen sie als schlecht. Ein etwas niedrigerer Anteil der Befragten teilt diese Beurteilung in Bezug auf die nationale Wirtschaft (69%). Es ist hilfreich, darauf hinzuweisen, dass die Lage der europäischen Wirtschaft in einem geringfügig positiveren Licht gesehen wird (33% der Befragten beurteilen sie als gut) als die Lage der nationalen Wirtschaft (29%) und jene der Weltwirtschaft (20%).

Für alle Befragten der verschiedenen soziodemografischen Kategorien gilt, dass sie ein düsteres Bild der aktuellen Situation zeichnen, sei es auf nationaler, europäischer oder weltweiter Ebene. Die detaillierte Analyse zeigt allerdings, dass in den Kategorien, die von einem besseren Lebensstandard profitieren - d.h. die besser ausgebildeten Befragten und die Befragten in leitenden Positionen -, die Diagnose positiver als bei den weniger gut situierten Kategorien ausfällt, hierunter insbesondere bei jenen, die die Schule vor ihrem 16. Geburtstag verlassen haben oder bei den Arbeitslosen.

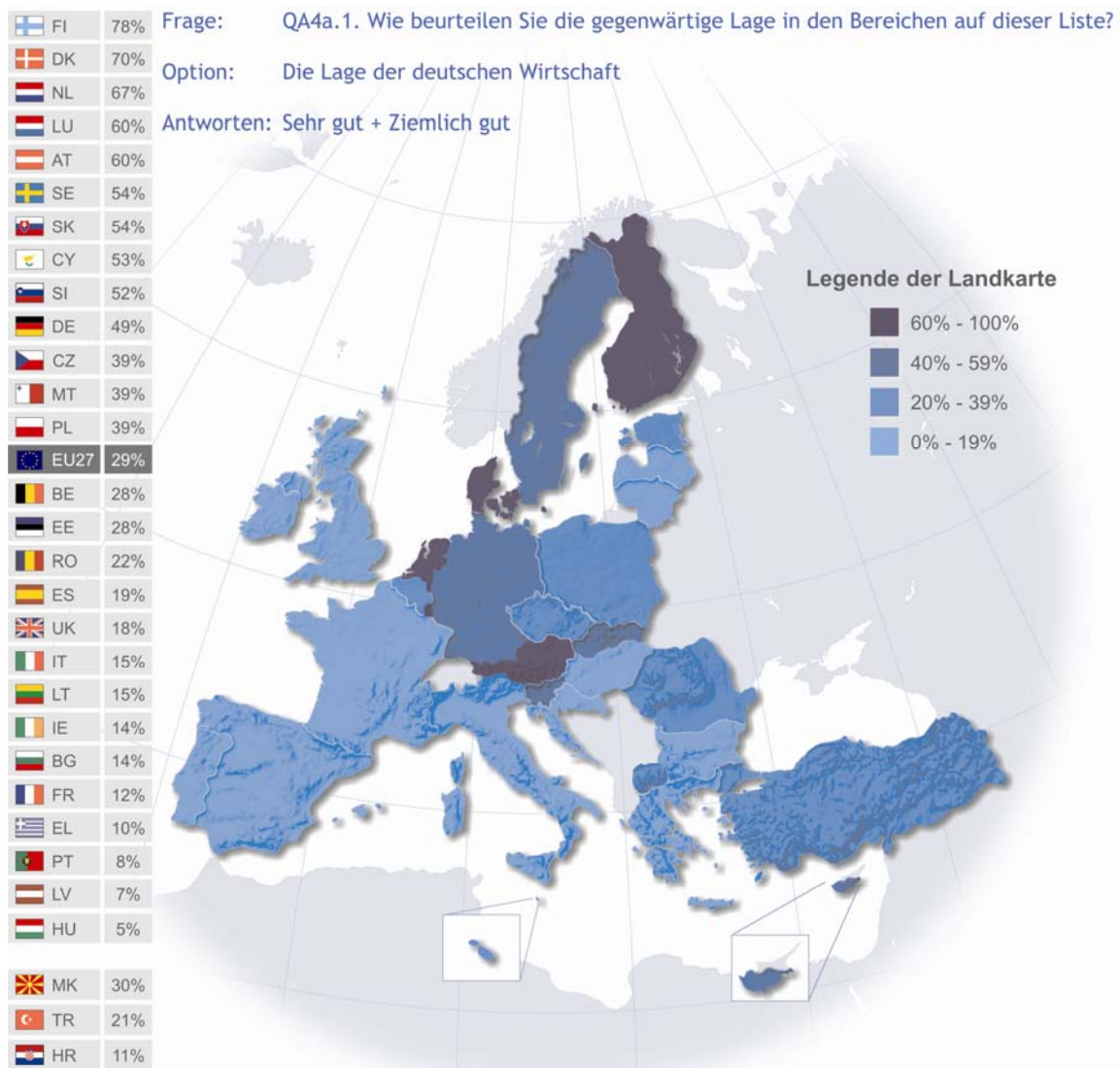
Frage: QA4a.3. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?

Option: Die Lage der Weltwirtschaft*



Die Länderanalyse macht deutlich, dass die Einschätzungen in einigen Ländern positiver ausfallen als in den anderen Mitgliedstaaten. Bezüglich der Lage der nationalen Wirtschaft fällt die Diagnose in den südlichen Ländern der Europäischen Union ganz besonders kritisch aus. Dies gilt ebenfalls für die Mitgliedstaaten, die erst vor Kurzem der EU beigetreten sind, sowie für die Länder, in denen der Finanzsektor besonders durch die Krise beeinträchtigt wurde, wie z.B. das Vereinigte Königreich, Irland, Belgien oder auch Frankreich.

In Ungarn (94%), Portugal (92%), Lettland (91%) oder auch in Griechenland (90%) und Frankreich (85%) können wir einen erheblichen Anteil der Befragten ausfindig machen, die die Lage der nationalen Wirtschaft negativ beurteilen. Dies gilt auch für Irland und Italien (jeweils 84% in diesen beiden Ländern), Litauen (82%), Bulgarien, Spanien (jeweils 80%) und das Vereinigte Königreich (79%). Eine ähnliche Bilanz – wenn auch in geringerem Umfang – kann in Rumänien (74%) und in Belgien (72%) gezogen werden. In einigen Ländern ist die Höhe des Anteils der Befragten, die sich auf der sprachlichen Beurteilungsskala für den negativsten Ausdruck („sehr schlecht“) entscheiden, ganz besonders aussagekräftig: Nahezu die Hälfte der Befragten in Griechenland (48%) und Ungarn (45%) sowie 42% der Befragten in Irland und 40% der Befragten im Vereinigten Königreich wählen diese Antwort.



Am häufigsten wird eine positive Beurteilung der **Lage der nationalen Wirtschaft** von den Befragten in den Mitgliedstaaten des Westens und des Nordens der Union formuliert. Die Befragten in Finnland (78%), gefolgt von jenen in Dänemark (72%) und in den Niederlanden (67%) unterscheiden sich durch ihre positive Einschätzung der Konjunktur der nationalen Wirtschaft von den anderen Ländern. In Österreich und Luxemburg (60%) teilen 6 von 10 Befragten diese Meinung. Die Slowakei (54%), Zypern (53%) und Slowenien (52%) sind ihrerseits die einzigen neueren Mitgliedstaaten, in denen mehr als die Hälfte der Befragten der Ansicht ist, dass die Lage der nationalen Wirtschaft gut sei.

In den drei Bewerberländern überwiegen die negativen Meinungen: Sie erreichen einen Anteil von 87% der Befragten in Kroatien, 75% in der Türkei und 69% in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien.

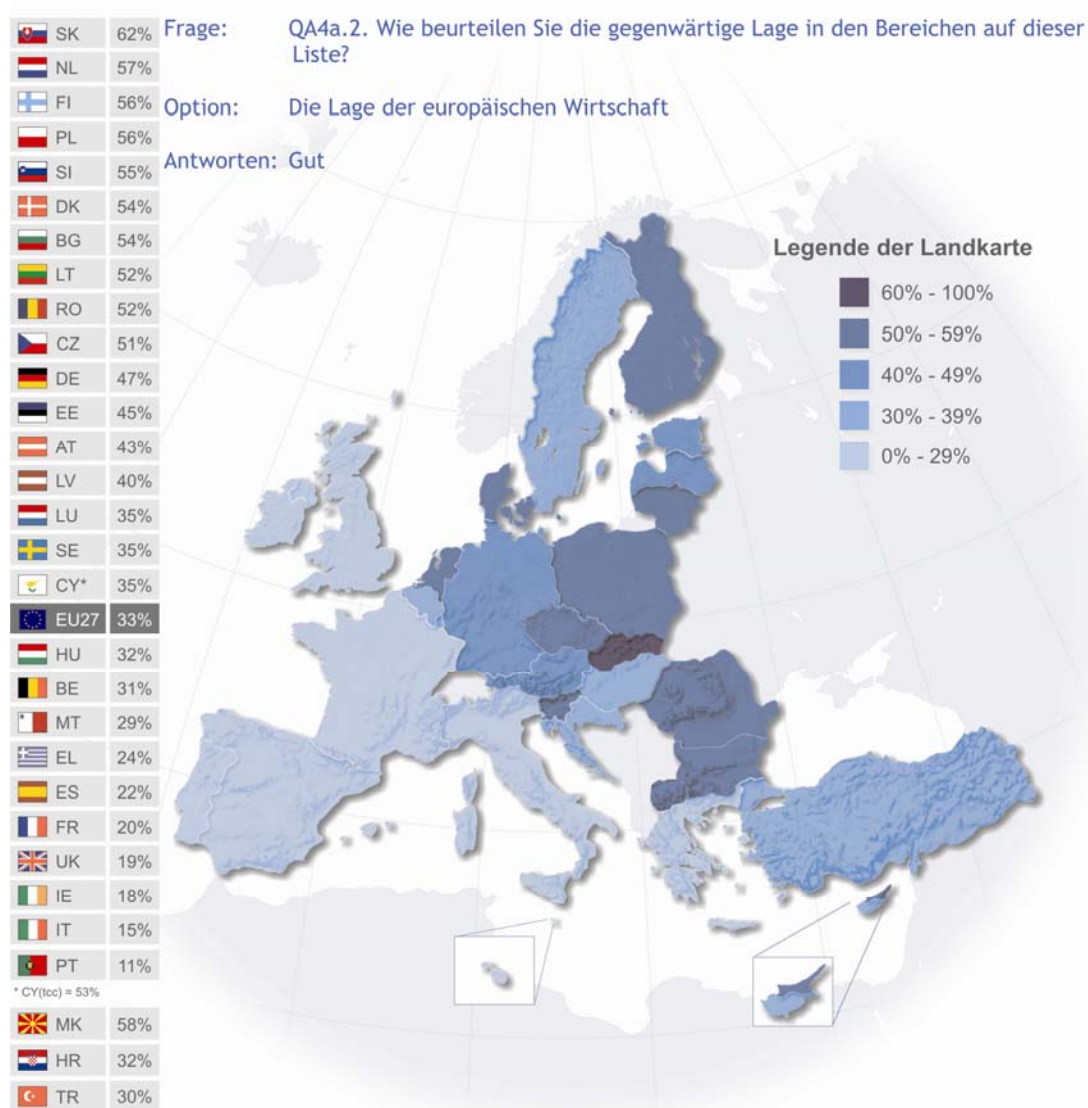
Wenn wir die Entwicklungen in dieser Frage untersuchen, dann zeigt sich, dass dieser Indikator in der Slowakei zugenommen hat (+9 Punkte). Dieses Land ist damit das einzige, in dem die Bürger gegenwärtig positiver eingestellt sind, als sie es im Vergleich zur Eurobarometer-Umfrage im Herbst 2007 (EB68) waren. Es ist interessant festzustellen, dass dieses positive Ergebnis in der Slowakei mit dem für den 1. Januar 2009 vorgesehenen Eintritt des Landes in die Eurozone zusammenfällt (d.h. einige Wochen nach Durchführung der Umfrage). Wir können davon ausgehen, dass die Aussicht auf den bevorstehenden Übergang zum Euro einen positiven Einfluss auf die Befindlichkeit der Befragten in der Slowakei genommen hat. Andererseits hat sich in Irland (-62 Punkte) die Wahrnehmung der Lage der nationalen Wirtschaft eindeutig verschlechtert; auch im Vereinigten Königreich (-45), Estland (-39), Belgien (-37) oder in Spanien (-31) bleibt dieser Wert ausgesprochen hoch.

Anzumerken ist noch, dass heute die wirtschaftliche Situation in zwei Ländern, in denen die Ergebnisse für die Trendindikatoren allgemein sehr positiv sind, ebenfalls weniger gut eingeschätzt wird als vor einem Jahr, dies einschließlich der wirtschaftlichen Lage in den drei gemessenen Bereichen: Es handelt sich um Schweden (-32 Punkte in Bezug auf die Lage der nationalen Wirtschaft) und um Dänemark (-27).

Hinsichtlich der Lage der **europäischen Wirtschaft** können wir einige Unterschiede zu den für die nationale Wirtschaft ermittelten Antwortschemata feststellen. Während einige Tendenzen unverändert bleiben – wie z.B. die Tatsache, dass die kritischsten Beurteilungen in den südlichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union abgegeben werden – verändern sich andere.

So zählen die Bürger einiger Mitgliedstaaten des Nordens (Schweden) und der Mitte der Europäischen Union (Österreich und Luxemburg) - die sich mit der Lage ihrer nationalen Wirtschaft zufrieden zeigen - zu den Kritikern der wirtschaftlichen Lage auf europäischer Ebene.

Wenn es um die Beurteilung der Lage der **europäischen Wirtschaft** geht, sind die Befragten aus den Mitgliedstaaten, die erst vor Kurzem der Union beigetreten sind, im Allgemeinen positiver eingestellt. Dies gilt z.B. für die Befragten in der Slowakei (62%), in Polen (56%), Slowenien (55%) oder auch in Bulgarien (54%).



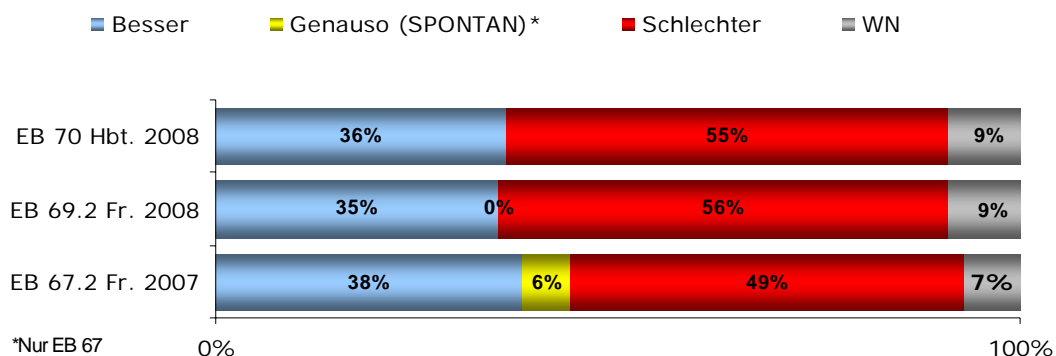
Die öffentliche Meinung stimmt weitgehend mit den wirtschaftlichen Prognosen für 2009 überein und es kann festgestellt werden, dass sich die Meinungen über die Lage der **europäischen Wirtschaft** in allen Mitgliedstaaten verschlechtert haben.

Schließlich muss darauf hingewiesen werden, dass die Lage der **Weltwirtschaft** von den Befragten in allen Ländern, die die Union bilden, mehrheitlich negativ beurteilt wird. Nur in Polen sind die Meinungen geteilt: Die Lage wird von einem je gleich großen Anteil der Befragten positiv und negativ eingeschätzt (41%).

- Die Wirtschaft des eigenen Landes wird als weniger leistungsfähig beurteilt als die der anderen Länder der Europäischen Union -

Bei der Frage nach dem Zustand der nationalen Wirtschaft im Vergleich mit dem des Durchschnitts der europäischen Mitgliedstaaten, urteilt die Mehrheit der befragten Personen negativ: 55% der Bürger sind der Ansicht, dass die nationale Wirtschaft in einem schlechteren Zustand sei als jene der EU27 im Durchschnitt, während 36% gegenteiliger Meinung sind³⁴.

QA7a.1 Sagen Sie mir bitte für jeden Bereich auf der Liste, ob die Situation in (UNSER LAND) Ihrer Meinung nach besser oder schlechter ist als im Durchschnitt der europäischen Länder?
- Die Lage der (NATIONALITÄT) Wirtschaft - % EU



³⁴ QA7a.1 Sagen Sie mir bitte für jeden Bereich auf der Liste, ob die Situation in (UNSER LAND) Ihrer Meinung nach besser oder schlechter ist als im Durchschnitt der europäischen Länder? Die Lage der (NATIONALITÄT) Wirtschaft.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Frage im Frühjahr 2007 (EB67) anders formuliert worden war; die Befragten hatten damals die Möglichkeit mit „identisch“ zu antworten.

Bei dieser Frage ergeben sich besonders hohe nationale Unterschiede. Nahezu 9 von 10 Befragten in Dänemark und in Luxemburg (jeweils 88%) und in Finnland (86%) und mehr als 8 von 10 Befragten in Schweden (83%) und den Niederlanden (82%) sind davon überzeugt, dass die Wirtschaft des jeweils eigenen Landes besser sei als jene der Europäischen Union im Durchschnitt. Diese Meinung wird von einer sehr großen Mehrheit der Österreicher (72%), der Zyprioten (65%) und der Deutschen (63%) geteilt. Mehr als einer von zwei Befragten in Belgien vertritt eine ähnliche Meinung (54%).

Im Gegensatz hierzu erklären nahezu die gesamten Befragten in Ungarn (96%), eine sehr große Mehrheit der Befragten in Lettland (91%), in Griechenland, in Bulgarien (jeweils 88% in diesen beiden Fällen), Litauen (86%), Portugal (84%) und Estland (81%), diese Meinung nicht zu teilen. Auch 76% der Befragten in Italien, 75% in Rumänien und mehr als 70% der Befragten in der tschechischen Republik und in Polen (73% bzw. 72%) behaupten, dass die wirtschaftliche Lage im eigenen Land weniger gut sei als im europäischen Durchschnitt. Anzumerken ist, dass diese Einschätzung von zwei Drittel der Befragten in der Slowakei (67%) sowie von nahezu 6 von 10 Befragten in Spanien (59%), Slowenien und Irland (jeweils 58% in beiden Fällen) geteilt wird. In dem zuletzt genannten Land sind die Veränderungen besonders aufschlussreich: Noch vor 6 Monaten befand sich Irland in der Ländergruppe, in denen die vergleichende Bilanz für die nationale Wirtschaftslage positiv ausfiel.

Hinsichtlich der Bewerberländer ist festzustellen, dass die große Mehrheit der Befragten die Lage der nationalen Wirtschaft weniger gut einschätzt als jene der Europäischen Union im Durchschnitt: Dies ist der Fall für 85% der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, 81% der Befragten in Kroatien und 7 von 10 Befragten in der Türkei (70%).

3.1.2. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt

Wie schon im Fall der Wirtschaft bleiben auch die Einschätzungen der nationalen Lage auf dem Arbeitsmarkt mehrheitlich im negativen Bereich: 7 von 10 Befragten sind der Meinung, diese sei schlecht, gegenüber 3 von 10 Befragten, die hierzu eine positive Meinung vertreten. Die Veränderungen der Ergebnisse fallen geringer aus als bei den anderen wirtschaftlichen Indikatoren, bleiben aber im Vergleich zur vorherigen Eurobarometer-Umfrage negativ.

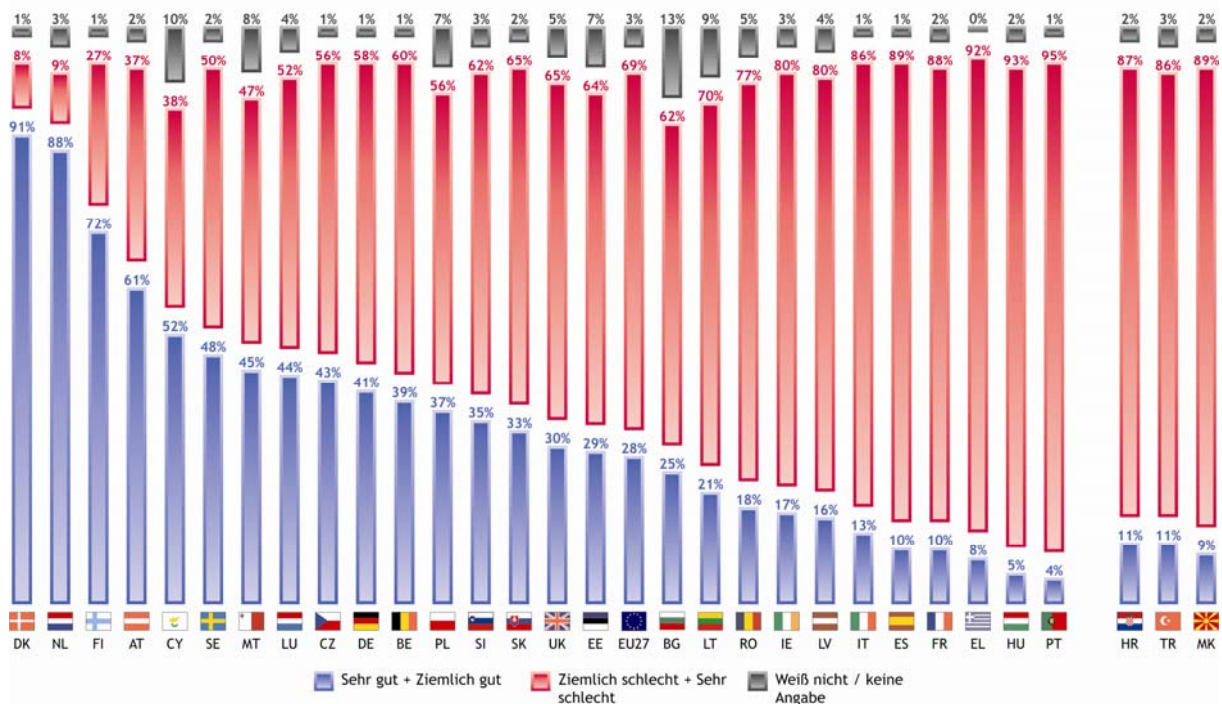
In der Länderanalyse ergibt sich ein recht kontrastreiches Bild. So erklären nahezu alle Befragten in Portugal (95%), dass die Lage auf dem Arbeitsmarkt schlecht sei. Diese Meinung wird von einer sehr großen Mehrheit der Befragten in Ungarn (93%), Griechenland (92%), Spanien (89%), Frankreich (88%) und Italien (86%) geteilt. Wir möchten daran erinnern, dass in einigen der Länder dieser Gruppe seit September und Oktober historisch hohe Arbeitslosenzahlen verbucht werden mussten³⁵.

Weniger gravierend fällt das Urteil in der Slowakei, im Vereinigten Königreich und in Estland aus; hier erklären annähernd zwei Drittel der Befragten, dass die nationale Lage auf dem Arbeitsmarkt schlecht sei (jeweils 65% in den beiden ersten Fällen und 64% in Estland). Auch in Bulgarien, Slowenien (jeweils 62% in beiden Fällen), in Belgien (60%) und Deutschland (58%) zeigen sich annähernd 60% der Befragten mit dieser Bilanz einverstanden. Ungefähr die Hälfte der Befragten in der tschechischen Republik (56%), in Polen (56%) und Luxemburg (52%) vertreten eine ähnliche Ansicht.

³⁵<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&language=en&pcode=teilm020&tableSelection=1&plugin=1>

Frage: QA4a.6. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?

Option: Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSER LAND)



Die Befragten in Schweden und auf Malta sind in Bezug auf dieses Thema klar geteilter Auffassung mit jeweils 50% bzw. 47% negativer gegenüber jeweils 48% bzw. 45% positiver Meinungen. In nur 5 Mitgliedstaaten schließlich wird eine positive Bilanz der nationalen Lage auf dem Arbeitsmarkt gezogen. Diese Ansicht wird von der Hälfte der Befragten auf Zypern (52%), mehr als 6 von 10 Befragten in Österreich (61%), annähernd drei Viertel der Befragten in Finnland (72%) und ungefähr 9 von 10 Befragten in den Niederlanden (88%) und in Dänemark (91%) geteilt.

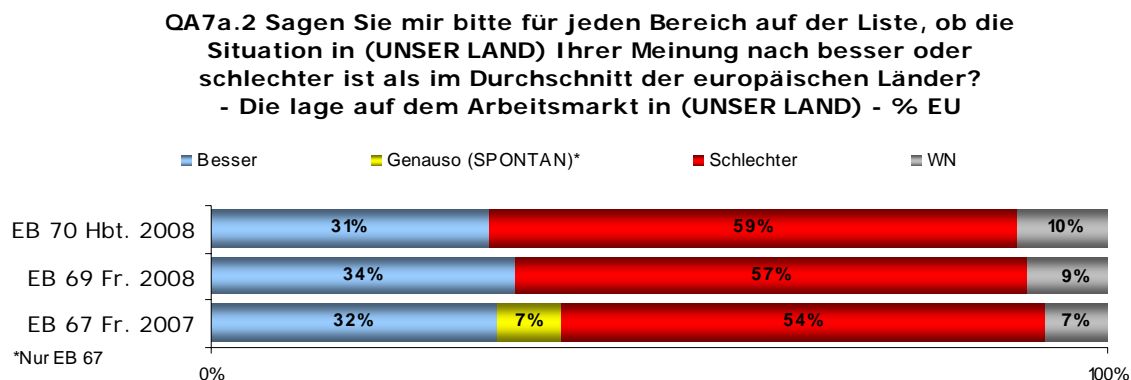
Die Ansichten, die wir zur Lage auf dem nationalen Arbeitsmarkt finden, sind in einigen der neuen Mitgliedsstaaten positiver geworden – in Bulgarien, 25%, +3; Slowenien, 35%, +3; Polen, 37%, +3; der Slowakei, 33%, +7; auf Zypern, 52%, +7 - und vor allem in Deutschland (41%, +10 Punkte). Im Verlauf des zu Ende gehenden Jahres ist die Arbeitslosenquote in Deutschland zurückgegangen, obwohl der wirtschaftliche Abschwung einen (vorübergehenden) Anstieg im Jahr 2009 verursachen müsste.

Die niedrigsten Vertrauenswerte stellen wir hingegen in Irland (-55 Punkte), Estland (-33 Punkte), Schweden (-31 Punkte), sowie in Litauen und Spanien (-29 Punkte in diesen beiden Ländern) fest.

In den Bewerberländern werden besonders negative Einschätzungen in Bezug auf die Situation des Arbeitsmarktes beobachtet; nahezu 9 von 10 Befragten beurteilen in allen drei Fragen die Lage auf dem Arbeitsmarkt als „schlecht“.

Die wichtigsten, in dieser Umfrage beobachteten Tendenzen, die sich hinsichtlich der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage ergeben, werden erneut in der soziodemografischen Analyse bestätigt, in der sich Unterschiede aufgrund des Bildungs- und Berufsniveaus der Befragten ergeben. Ein großer Anteil der Führungskräfte ist der Ansicht, dass die Lage auf dem Arbeitsmarkt in ihrem Land „gut“ sei (44% gegenüber 55%, die entgegengesetzter Meinung sind), während die Arbeitslosen sich verständlicherweise deutlich kritischer zeigen (13% im Vergleich zu 86%). Darüber hinaus beurteilen die Befragten, die sich selbst politisch links einordnen (27% gegenüber 71%), die Situation deutlich rigoroser, als jene, die sich als politisch rechts stehend bezeichnen würden (35% gegenüber 63%).

Wenn wir die europäischen Bürger bitten, die Lage auf dem Arbeitsmarkt ihres Landes mit derjenigen des europäischen Durchschnitts zu vergleichen, lassen sich verständlicherweise ähnliche Tendenzen beobachten. Nahezu 6 von 10 Befragten (59%) beurteilen die Lage in ihrem Land weniger gut als die des Durchschnitts der EU27. Annähernd ein Drittel der Befragten beurteilt die Lage besser (31%)³⁶.



³⁶ QA7a.2 Sagen Sie mir bitte für jeden Bereich auf der Liste, ob die Situation in (UNSER LAND) Ihrer Meinung nach besser oder schlechter ist als im Durchschnitt der europäischen Länder? Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSER LAND)

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Frage im Frühjahr 2007 (EB67) anders formuliert worden war; die Befragten hatten damals die Möglichkeit mit „identisch“ zu antworten.

Die Befragten in Dänemark (90%), den Niederlanden (83%), in Luxemburg (80%), Schweden und Österreich (jeweils 73% in beiden Ländern) und Finnland (71%) sind der Meinung, dass die Lage auf dem Arbeitsmarkt in ihrem Land besser sei als im europäischen Durchschnitt, während eine sehr große Mehrheit der Befragten in Ungarn (91%), Griechenland (88%), Portugal (86%), Lettland (85%), Litauen (80%), Rumänien (78%), Bulgarien (77%), Italien und der Slowakei (jeweils 76%) sowie in Polen (74%) die entgegengesetzte Auffassung vertritt. Insgesamt herrscht bei einer Mehrheit der Befragten in 8 Mitgliedstaaten der Eindruck vor, die nationale Lage auf dem Arbeitsmarkt sei besser als jene im Durchschnitt der Europäischen Union; die entgegengesetzte Meinung überwiegt in 19 Mitgliedstaaten.

Der Anteil europäischer Bürger, die der Ansicht sind, dass die Lage auf dem Arbeitsmarkt in ihrem eigenen Land besser sei, als jene im europäischen Durchschnitt, nimmt um 2 Punkte zu, während der Anteil der Befragten, die anderer Meinung sind, im Vergleich zur Umfrage im Frühjahr 2008 um 3 Punkte sinkt.

Die Meinungen in Irland schwenken auch in diesem Bereich radikal um: Vor 6 Monaten äußerten sich 48% der Befragten in Irland im Vergleich mit dem Durchschnitt der Mitgliedstaaten in der Europäischen Union positiv über die Lage des Arbeitsmarktes, mittlerweile sind 20 Prozent weniger Befragte dieser Auffassung (28%). Auch in Litauen ist der Verlust bedeutend: Dort wird für die positiven Meinungen ein Rückgang von ursprünglich 24% auf 9% verzeichnet.

3.2. Erwartungen an die Zukunft

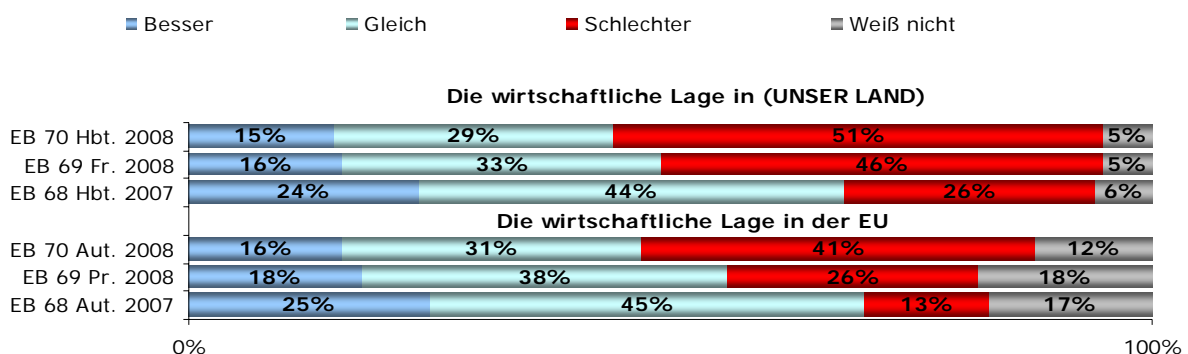
3.2.1. Die Lage der nationalen und europäischen Wirtschaft und der Weltwirtschaft

- Bei den kurzfristigen Erwartungen an die wirtschaftliche Lage herrscht ausgeprägter Pessimismus -

Die wirtschaftlichen Prognosen der Befragten für die kommenden 12 Monate sind im Herbst 2008 von deutlichem Pessimismus geprägt: **Der größte Anteil der europäischen Befragten ist der Meinung, dass sich die wirtschaftliche Lage im eigenen Land (51% „schlechter“), die Lage der Weltwirtschaft (49%) und die wirtschaftliche Lage in der Europäischen Union (41%) im Laufe der kommenden 12 Monate verschlechtern wird.** In diesen drei Bereichen sieht gerade einmal einer von 10 Befragten die Zukunft optimistisch (15% hinsichtlich der Lage der nationalen Wirtschaft und der Weltwirtschaft und 16% hinsichtlich der europäischen Wirtschaft).

Der Vertrauensverlust, der sich im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2008 ergeben hat, ist besonders im Bereich der Prognosen für die europäische Wirtschaft erheblich: Die Aussage „weniger gut“ nimmt um 15 Punkte zu und steigt von 26% auf 41%. Der Anteil der Befragten, die eine optimistische Einstellung haben, geht zurück (-2 Punkte), wie auch derjenige der Bürger, die der Ansicht sind, die Situation würde in den kommenden 12 Monaten gleich bleiben (-7 Punkte).

QA6a.2-6 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?
- % EU



QA6 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?

	Die wirtschaftliche Lage in (UNSER LAND)			Die wirtschaftliche Lage in der Europäischen Union			Die Lage der Weltwirtschaft		
	Besser	Schlechter	Gleich	Besser	Schlechter	Gleich	Besser	Schlechter	Gleich
EU27	15%	51%	29%	16%	41%	31%	15%	49%	25%
BE	15%	63%	22%	12%	60%	26%	12%	65%	22%
BG	12%	35%	40%	21%	15%	28%	18%	20%	23%
CZ	10%	46%	41%	14%	36%	43%	13%	47%	34%
DK	21%	43%	34%	14%	49%	32%	20%	53%	23%
DE	9%	57%	31%	8%	47%	38%	9%	57%	27%
EE	16%	53%	26%	17%	31%	36%	16%	35%	31%
EL	7%	66%	26%	11%	55%	33%	8%	64%	27%
ES	18%	51%	26%	18%	36%	29%	15%	42%	26%
FR	19%	53%	23%	19%	46%	23%	17%	51%	21%
IE	5%	69%	22%	4%	53%	29%	4%	58%	24%
IT	21%	42%	32%	21%	35%	35%	20%	44%	28%
CY	8%	46%	37%	8%	45%	18%	6%	54%	12%
LV	12%	49%	35%	19%	25%	41%	19%	25%	40%
LT	10%	60%	24%	16%	38%	30%	16%	40%	26%
LU	13%	54%	25%	11%	60%	20%	11%	67%	16%
HU	8%	70%	20%	15%	46%	30%	13%	56%	22%
MT	19%	45%	19%	21%	25%	20%	17%	40%	14%
NL	13%	64%	21%	12%	63%	22%	10%	71%	16%
AT	12%	49%	35%	10%	52%	31%	12%	60%	22%
PL	20%	31%	41%	23%	19%	39%	22%	24%	34%
PT	7%	58%	30%	7%	46%	34%	7%	51%	28%
RO	25%	31%	36%	30%	20%	30%	25%	27%	26%
SI	18%	46%	32%	18%	38%	37%	16%	46%	31%
SK	19%	40%	38%	20%	32%	38%	16%	47%	27%
FI	5%	56%	38%	5%	61%	29%	5%	71%	20%
SE	24%	49%	24%	18%	50%	22%	17%	56%	18%
UK	15%	59%	22%	11%	48%	25%	12%	57%	20%
CY(tcc)	21%	47%	24%	31%	30%	23%	23%	38%	24%
HR	14%	51%	31%	17%	36%	35%	16%	42%	30%
TR	15%	53%	23%	21%	38%	21%	17%	44%	19%
MK	33%	31%	31%	37%	18%	26%	31%	24%	25%

Auch die Entwicklung der nationalen Wirtschaft wird mehrheitlich düster gesehen. Dies gilt ebenso für einige Mitgliedstaaten, in denen die derzeitige Bilanz positiv ausfällt, wie z.B. die Niederlande, in denen zwei Drittel der Befragten erklären, die Zukunft pessimistisch zu sehen. Dies gilt auch für Finnland: Hier haben mehr als einer von 2 Befragten das Vertrauen verloren (56%). Die Befragten in Rumänien (25%), Schweden (24%) und, in geringerem Ausmaß, in Dänemark (21%), Italien (21%) und in Polen (20%) zeigen sich geringfügig weniger beunruhigt als die Bewohner der Europäischen Union im Durchschnitt.

Aus dem Blickwinkel der Bewerberländer ist festzustellen, dass die Befragten in Kroatien (51%) und in der Türkei (53%) mehrheitlich negativ eingestellt sind. Die Bewohner der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien ihrerseits sind klar geteilter Meinung: Während ein Drittel Vertrauen in die Entwicklung der nationalen Wirtschaft an den Tag legt (31%), zeigt sich andererseits ein ähnlich großer Anteil pessimistisch oder erwartet keinerlei Veränderung.

Annähernd 6 von 10 Befragten in Luxemburg und in Belgien (60%), in Finnland und den Niederlanden (61%) und 55% der Befragten in Griechenland erwarten in den kommenden 12 Monaten eine Verschlechterung **der wirtschaftlichen Lage der EU**. Auf der anderen Seite der Skala zeigen die Befragten in Rumänien mehr Vertrauen in die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage der EU: 30% von ihnen erwarten eine Verbesserung. Annähernd ein Fünftel der Befragten in Polen (23%), in Bulgarien, auf Malta, in Italien (je 21% in diesen drei Ländern) und in der Slowakei (20%) erklären ebenfalls, die Zukunft der europäischen Wirtschaft optimistisch einzuschätzen.

Nahezu 4 von 10 Bewohnern der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (37%) erwarten eine Verbesserung der **wirtschaftlichen Lage der Europäischen Union** innerhalb des kommenden Jahres. Demgegenüber sieht eine relative Mehrheit der Befragten in der Türkei (38%) eine Verschlechterung voraus. Schließlich sind 36% der Befragten in Kroatien der Ansicht, dass sich die Situation verschlechtern wird, gegenüber 35%, die vermuten, dass die Situation gleich bleibt.

In 24 Mitgliedstaaten der Union überwiegt das mangelnde Vertrauen in die Zukunft der **Weltwirtschaft**. Das Ausmaß, in dem dieser Pessimismus formuliert wird, ist allerdings sehr unterschiedlich: in Finnland, den Niederlanden (jeweils 71%), in Luxemburg (67%) oder in Belgien (65%) gilt dies für 7 von 10 befragten Personen, in der Tschechischen Republik (47%), der Slowakei (47%), Slowenien (46%), Italien (44%), Spanien (42%), auf Malta, in Litauen (je 40%) und in Estland (35%) bleibt der Anteil unter der Marke von 50%.

In den Bewerberländern überwiegt in der Türkei (44%) und in Kroatien (42%) der Pessimismus. Annähernd ein Drittel der befragten Personen in Kroatien (30%) erwartet keine Veränderung, während ein Fünftel der Befragten in der Türkei (20%) sich nicht in der Lage sieht, eine Prognose zu stellen. Auch wenn die Bewohner der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sehr unterschiedlicher Meinung sind, so zeigt sich hier doch eine relative Mehrheit in Bezug auf die Entwicklung der Weltwirtschaft optimistisch (31%). Ein Viertel erwartet keine Veränderungen (25%), während sich ein ähnlich großer Anteil (24%) negativ äußert. Schließlich geben 20% von ihnen keine Meinung ab.

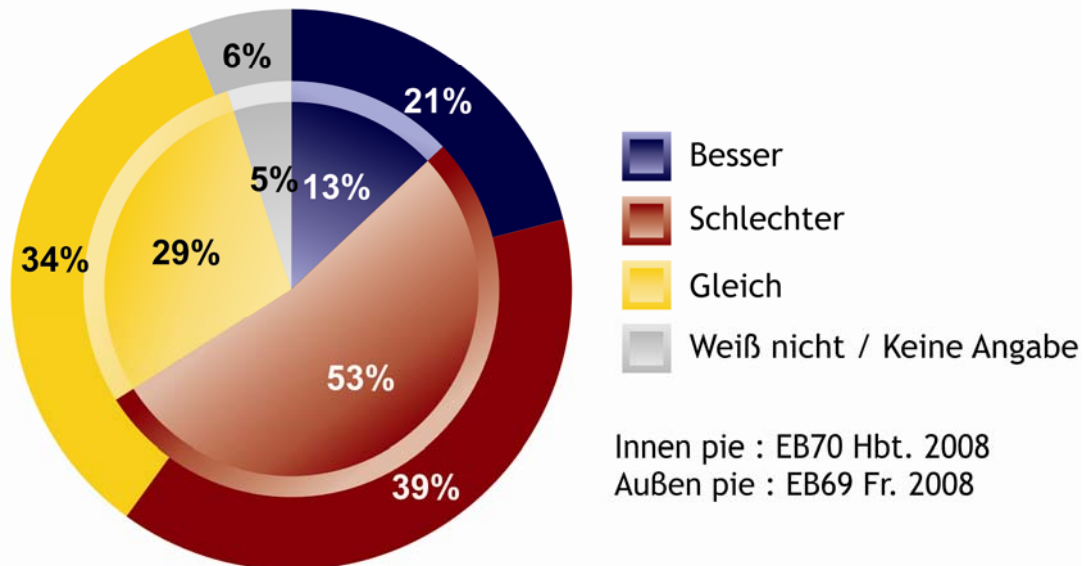
3.2.2. Die Lage auf dem nationalen Arbeitsmarkt in den kommenden 12 Monaten

Es ist nachvollziehbar, dass die Erwartungen der europäischen Bürger in Bezug auf die Entwicklung der nationalen Arbeitsmarktlage direkt mit den Erwartungen verknüpft sind, die sie hinsichtlich der Entwicklung der wirtschaftlichen Lage haben. Insofern ist es nicht weiter verwunderlich, dass gerade einmal ein Bürger von 10 (13%) eine Verbesserung erwartet. Die Hälfte der Befragten (53%) befürchtet in der Tat, dass sich eine Verschlechterung ergeben wird, während 29% keine Veränderungen erwarten³⁷. Auch hierzu kann festgestellt werden, dass sich der Anstieg der pessimistischen Einstellungen (+14 Punkte), der im Rahmen der Frühjahrsumfrage beobachtet wurde, weiter fortsetzt, während der Optimismus (-8 Punkte) ebenso wie der Anteil der Befragten nachlässt, die eine Stabilisierung der Situation voraussehen (-5).

³⁷ QA6a.4 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht? - Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSER LAND).

Frage: QA6a.4. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?

Option: Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSER LAND)



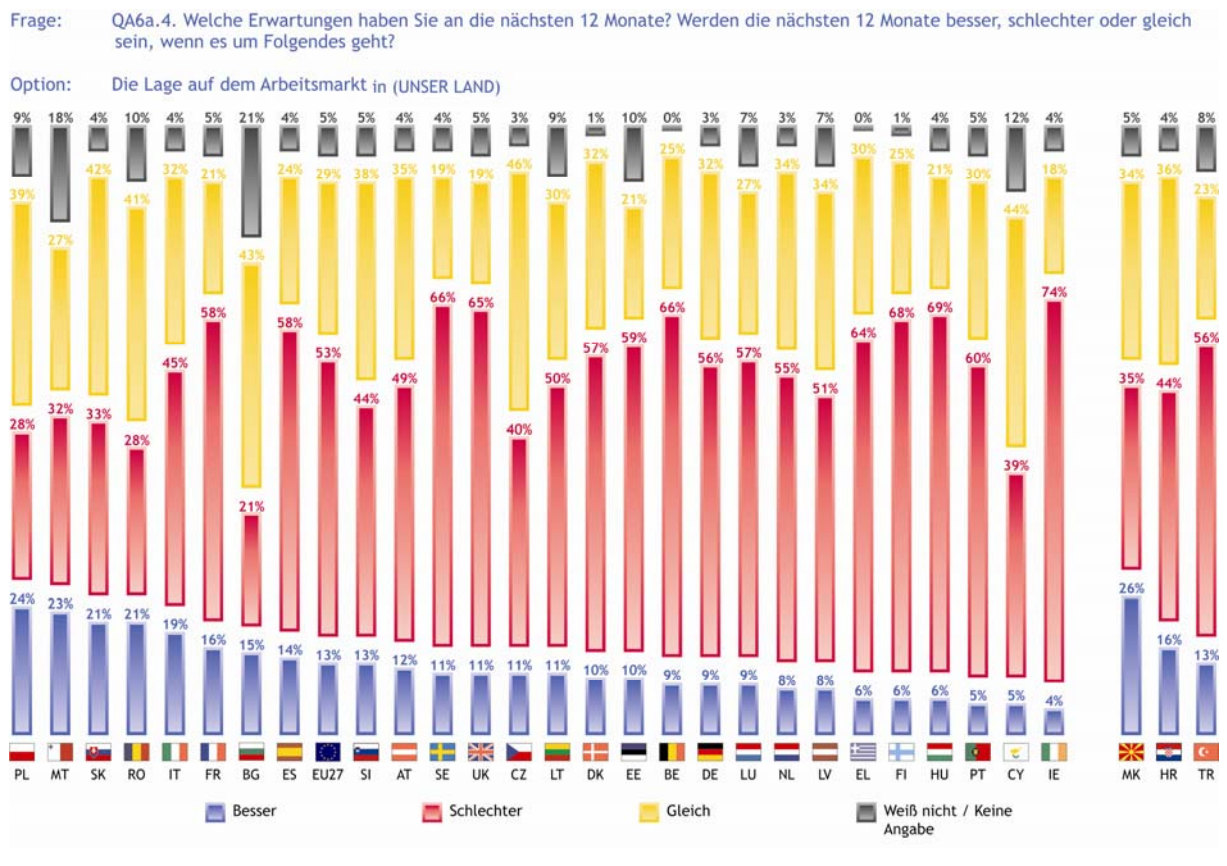
Auch wenn im Frühjahr 2008 (Eurobarometer-Umfrage 69) der Anteil an Optimisten den der Pessimisten in 9 Mitgliedstaaten überstieg³⁸, so ist festzustellen, dass dies mittlerweile für keinen einzigen Mitgliedstaat der Europäischen Union mehr gilt. Wir können nur in 5 Ländern der Union einen über dem Durchschnitt liegenden Anteil an Optimisten aufzeigen: auf Malta und in Polen hat annähernd ein Viertel der Befragten eine positive Einstellung zur Zukunft des Arbeitsmarkts (23% bzw. 24%). Dies gilt ebenfalls für Rumänien, für die Slowakei (je 21% in beiden Fällen) und für Italien (19%); ungefähr ein Fünftel der Bevölkerung äußert sich hinsichtlich der Entwicklung dieses Indikators recht optimistisch.

Die Auffassungen der Bürger entsprechen den offiziellen Erwartungen: Die Herbstprognosen der Europäischen Kommission für die Jahre 2008-2010 sagen ein negatives Wachstum der Arbeitsmarktzahlen in der Eurozone für 2009 voraus, mit einer Phase der Stagnation im Jahr 2010; entsprechend diesen Prognosen müßte die Arbeitslosenrate um annähernd 1 Prozentpunkt ansteigen³⁹.

³⁸ Polen, Malta, Litauen, die Slowakei, Rumänien, die Niederlande, Finnland, die tschechische Republik und Bulgarien

³⁹ Für mehr Details, siehe die Wirtschaftsprognosen der Europäischen Kommission vom Herbst für 2008-2010 unter: http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication13290_en.pdf




Die jeweiligen Länderergebnisse lassen nicht nur in den Ländern auf ein pessimistisches Klima schließen, die von Anfang an von der Wirtschaftskrise in Mitleidenschaft gezogen wurden, sondern auch in den Mitgliedstaaten, in denen die Lage der Wirtschaft und die offiziellen Prognosen für den Arbeitsmarkt vergleichsweise weniger düster aussehen: So finden sich Seite an Seite mit den Befragten in Irland (die zu 74% eine Verschlechterung des nationalen Arbeitsmarktes erwarten) und in Ungarn (69%) annähernd zwei Drittel der Befragten in Finnland (69%) und in Schweden (66%) sowie mehr als die Hälfte der Befragten in Luxemburg (57%) und Dänemark (57%).



In der tschechischen Republik und auf Zypern ist der Anteil der Befragten, die mit keiner größeren Veränderung rechnen, höher als der Anteil derjenigen Befragten, die eine Verschlechterung vorhersehen: Dies sind 46% bzw. 44%, gegenüber 40% und 39%. Dies ist auch der Fall in der Slowakei (42% gegenüber 37%), Bulgarien (43% gegenüber 21%), Polen (39% gegenüber 28%) und Rumänien (41% gegenüber 28%).

Die Mehrheit der Befragten in der Türkei (56%) und eine relative Mehrheit der Befragten in Kroatien (44%) erwarten eine Verschlechterung der Arbeitsmarktzahlen auf nationaler Ebene. Ebenso wie bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage sind die Bewohner der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien eher geteilter Ansicht: Ein Drittel der Befragten zeigt sich pessimistisch, was die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den kommenden 12 Monaten betrifft, während ein ähnlich großer Anteil (34%) erwartet, dass die Situation gleich bleibt; jeder vierte Befragte ist hingegen davon überzeugt, dass sich die Situation verbessern wird.

QA6a4. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in die nächsten 12 Monate in (UNSER LAND)

	Besser	Schlechter	Gleich	WN
EU27	13%	53%	29%	5%
Alter				
 15-24	22%	37%	34%	7%
25-39	16%	50%	31%	3%
40-54	12%	59%	26%	3%
55 +	8%	57%	28%	7%
Ausbildung (Ende der)				
 15-	9%	57%	27%	7%
16-19	14%	52%	30%	4%
20+	14%	56%	27%	3%
Studiert noch	21%	38%	34%	7%
Berufliche Tätigkeit				
 Selbständig	13%	55%	30%	2%
Leitende(r) Angestellte(r)	14%	59%	25%	2%
Andere(r) Angestellte(r)	15%	52%	30%	3%
Sonstige Arbeiter	15%	51%	30%	4%
Hausfrauen / Hausmänner	13%	54%	28%	5%
Arbeitslos	15%	52%	27%	6%
Rentner / Pensionäre	9%	55%	28%	8%
Studenten	21%	38%	34%	7%

Wenn wir die soziodemografischen Kategorien berücksichtigen, dann zeigt die Analyse eine Verschlechterung des Klimas in den Befragtengruppen, die traditionell eher Vertrauen zeigen: So erklärt nur ein Fünftel der jüngsten Befragten (22%) und gerade einmal etwas mehr als einer von 10 Befragten mit der besten Ausbildung (14%), dass sich ihrer Ansicht nach die Lage auf dem Arbeitsmarkt in ihrem Land verbessern wird.

QA6 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?

		EUROZONE	NICHT EUROZONE
Die wirtschaftliche Lage in (UNSER LAND)	Besser	15%	17%
	Schlechter	53%	46%
	Gleich	28%	31%
Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSER LAND)	Besser	13%	15%
	Schlechter	55%	48%
	Gleich	28%	30%
Die wirtschaftliche Lage in der Europäischen Union	Besser	14%	18%
	Schlechter	45%	35%
	Gleich	31%	31%
Die Lage der Weltwirtschaft	Besser	13%	17%
	Schlechter	53%	42%
	Gleich	25%	26%

Bezüglich der anderen 4 untersuchten Bereiche zeigen sich die Bürger der Eurozone beunruhigter als die Bürger der restlichen Mitgliedstaaten. Dies gilt für die nationalen Wirtschaftsprognosen, aber auch für die Erwartungen, die sich hinsichtlich der Wirtschaftslage der gesamten Europäischen Union sowie für die Weltwirtschaft ergeben.

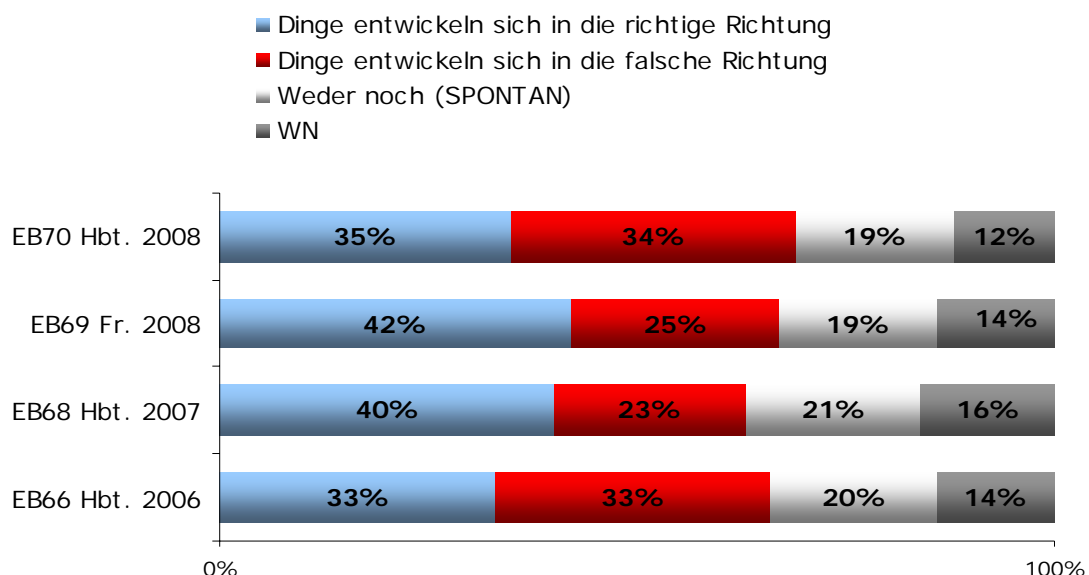
4. POLITISCHE ASPEKTE

4.1. Wie nehmen die Bürger die Richtung wahr, in die sich die Europäische Union entwickelt?

- Die europäischen Bürger haben eine negative Einstellung zu der Richtung, in die sich die Dinge auf nationaler Ebene entwickeln, und sie zweifeln an der Richtung, in die sich die Europäische Union entwickelt -

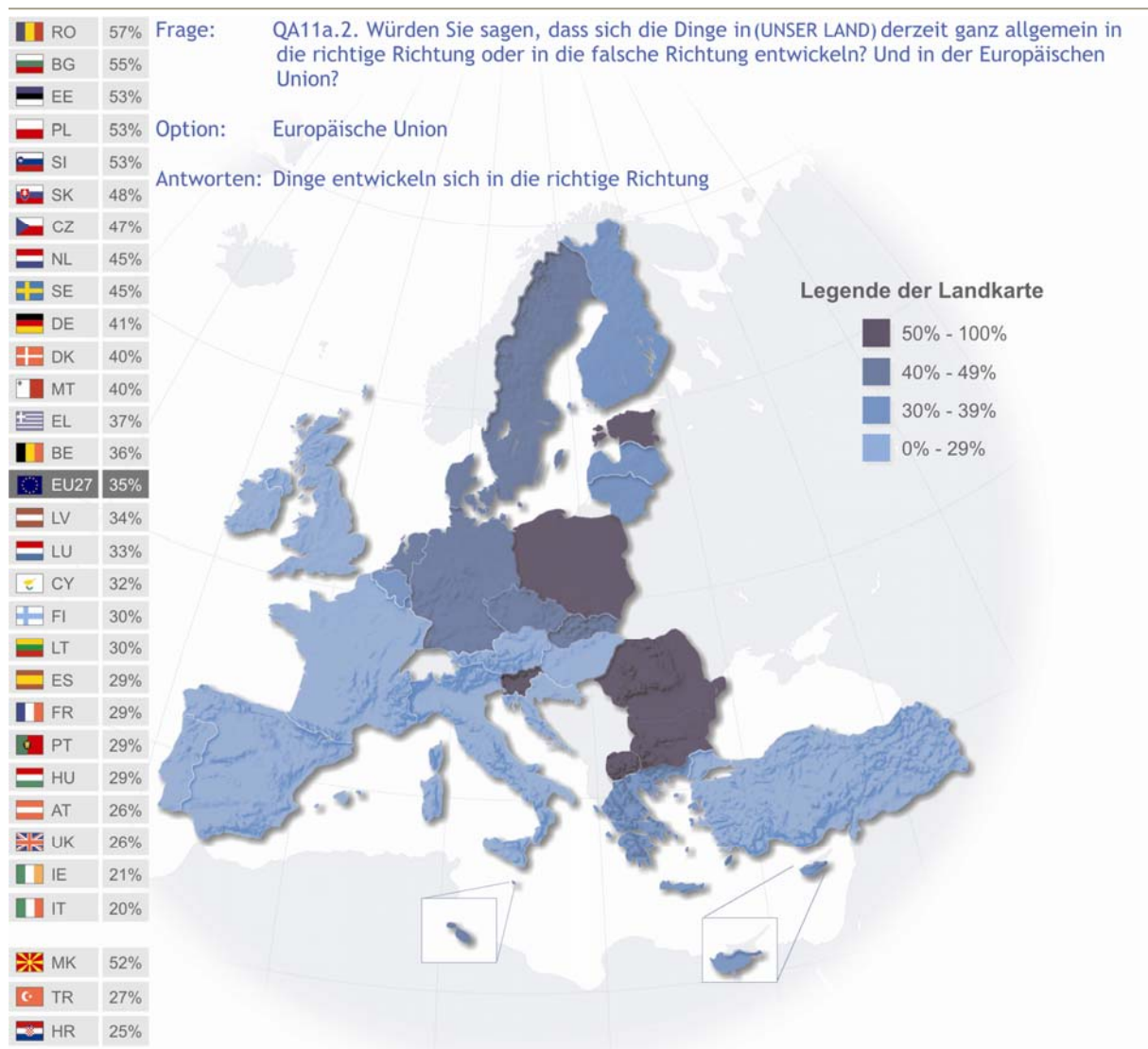
Die europäischen Bürger sind über die wirtschaftliche Lage besorgt. Das beeinflusst ihre Erwartungen auch hinsichtlich der Richtung, in die sich die Dinge sowohl auf nationaler Ebene als auch auf europäischer Ebene entwickeln. Die Ansichten der Befragten über die Richtung, in die sich die Dinge in der Europäischen Union entwickeln⁴⁰, teilen sich mittlerweile in zwei nahezu gleich große Gruppen: 35% der Befragten meinen, die Dinge entwickelten sich in die richtige Richtung und 34% sind der Ansicht, sie entwickelten sich in die falsche Richtung. **Diese Ergebnisse stehen in einem deutlichen Kontrast zum Frühjahr 2008, als die Befragten noch mehrheitlich der Auffassung waren, die Dinge entwickelten sich in die richtige Richtung.**

QA11a.2 Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in der Europäischen Union derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln? - % EU



⁴⁰ QA11a.2 Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in (UNSER LAND) derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln? Und in der Europäischen Union?

Die Befragten in Rumänien (57%), Bulgarien (55%), Polen, Estland und Slowenien (jeweils 53% in den drei Fällen) erklären am häufigsten, dass sich ihrer Ansicht nach die Dinge in der Europäischen Union in die richtige Richtung entwickeln. Diese Auffassung wird von einer knappen Mehrheit der Befragten in der tschechischen Republik (47%) – das Land, das zum Zeitpunkt der Befragung einige Wochen vor der Übernahme des rotierenden Vorsitzes der EU stand – und der Slowakei (48%) getragen. Demgegenüber ist nur ein Fünftel der Befragten in Italien (20%) und Irland (21%) mit dieser Ansicht einverstanden.






Annähernd einer von 2 Befragten in Finnland (54%), Frankreich (51%) und dem Vereinigten Königreich (47%) ist demgegenüber der Meinung, dass sich die Dinge in der Europäischen Union in die falsche Richtung entwickeln. Diese Meinung wird ebenfalls von einer knappen Mehrheit der Befragten in Dänemark (44%), Österreich (44%), Belgien (43%) und Griechenland (42%) vertreten. Sie setzt sich auch in Luxemburg (38%), Italien und Litauen (39% in beiden Fällen), in Spanien (37%) und in Irland (35%) durch.

Die Mehrheit der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien ist davon überzeugt, dass sich die Dinge in die richtige Richtung entwickeln (52%). Dieser Auffassung sind 27% der Befragten in der Türkei und 25% in Kroatien. In allen drei Fällen stellt das Ergebnis einen Rückgang von 13 Prozentpunkten im Vergleich zur vorherigen Umfrage dar. Anzumerken ist, dass in der Türkei nahezu einer von drei Befragten (29%) keine Antwort auf die Frage gibt.

Die soziodemografische Analyse macht deutlich, dass zwischen den einzelnen Kategorien der Befragten erhebliche Unterschiede bestehen: Mehr als 4 von 10 Befragten in der Kategorie der 15-24-Jährigen (42%) und der Befragten, die ihre Ausbildung bis zum 20 Lebensjahr und darüber hinaus fortgeführt haben (43%), sind der Ansicht, dass sich die Dinge in der Europäischen Union in die richtige Richtung entwickeln, während ein Drittel der ältesten Befragten (32%) und ein Viertel derjenigen europäischen Bürger, die die Schule vor ihrem 16. Geburtstag verlassen haben (24%), gegenteiliger Auffassung sind. Die positivste Einstellung zur Entwicklung der Union haben jene Befragten, die auch ihre persönliche Zukunft am optimistischsten beurteilen.

QA11a.2 Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in der Europäische Union derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln?

	Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung	Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung	Weder noch (SPONTAN)	WN
EU27	35%	34%	19%	12%
Alter				
 15-24	42%	27%	18%	13%
25-39	36%	35%	19%	10%
40-54	33%	38%	19%	10%
55 +	32%	35%	19%	14%
Ausbildung (Ende der)				
 15-	24%	40%	21%	15%
16-19	34%	36%	19%	11%
20+	43%	33%	16%	8%
Studiert noch	46%	23%	19%	12%
Mitgliedschaft in der EU				
Gute Sache	53%	22%	16%	9%
Schlechte Sache	9%	71%	12%	8%
Neutral	18%	41%	28%	13%
Bild der EU				
 Positiv	56%	20%	16%	8%
Neutral	23%	37%	25%	15%
Negativ	7%	71%	13%	9%
EU-Wissen				
Schlecht	21%	34%	18%	27%
Durchschnitt	35%	34%	20%	11%
Gut	40%	35%	18%	7%
Verstehe, wie die Europäische Union funktioniert				
Stimme zu	50%	29%	16%	5%
Stimme nicht zu	24%	41%	20%	15%

Bei dieser Frage spielen objektive Kenntnisse über die Europäische Union eine entscheidende Rolle: Zwischen den Befragten, die über gute Kenntnisse über die Europäische Union verfügen und jenen, die mit einem geringen Wissensstand über die EU auf dieselbe Frage antworten, werden 19 Punkte Unterschied festgestellt, wenn es darum geht zu beurteilen, ob sich die Dinge in der Europäischen Union in die richtige Richtung entwickeln (40% im Vergleich zu 21%). Die Unterschiede beim Verständnis für die Funktionsweise der Union gehen in die gleiche Richtung; zwischen den Befragten, die die Mechanismen der Europäischen Union verstehen (50%) und jenen, die im Gegenteil dazu die Funktionsweise der EU nicht gut begreifen (24%), ergibt sich hier ein Unterschied von 26 Punkten.

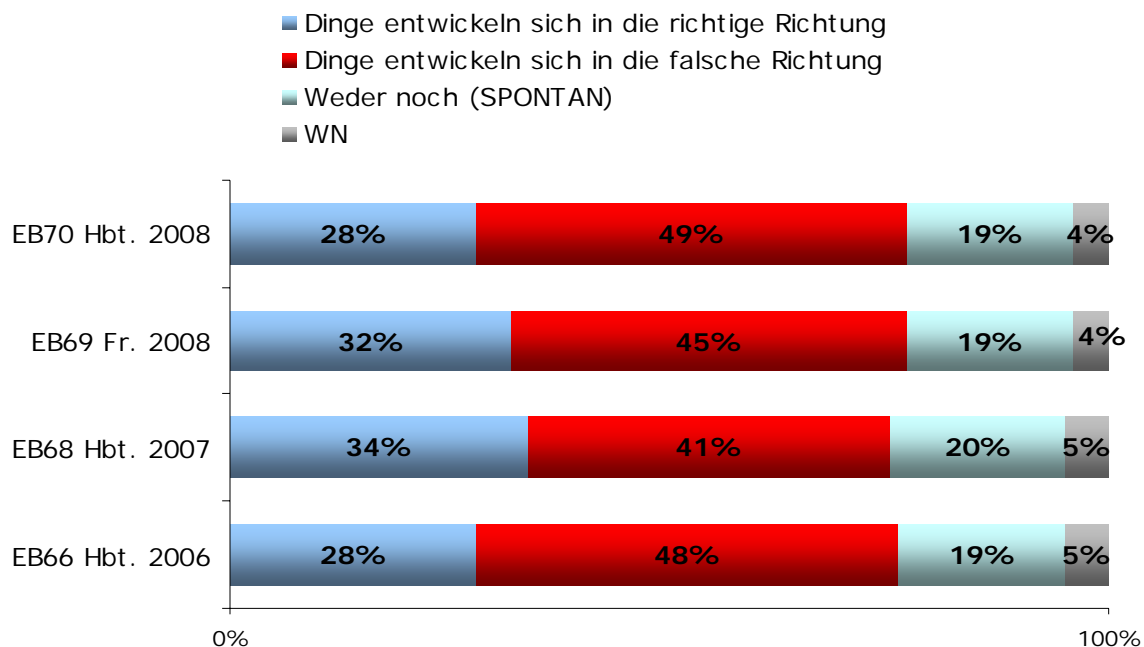
Die europäischen Bürger, die erklären, die Zugehörigkeit ihres Landes zur Union sei eine gute Sache, neigen deutlich öfter zu der Überzeugung, dass sich die Dinge in die richtige Richtung entwickeln (53% im Vergleich zu 9% derjenigen, die entgegengesetzter Meinung sind); dies gilt ebenfalls für die Befragten, die der Meinung sind, ihr Land profitiere von der Zugehörigkeit zur Union (52% im Vergleich zu 14% derjenigen, die entgegengesetzter Ansicht sind). Das Bild, das die Befragten von der Europäischen Union haben, ist möglicherweise die entscheidende Variable zu dieser Frage. Je positiver dieses Bild ist, umso eher neigt der Befragte zu der Überzeugung, die Dinge entwickelten sich in die richtige Richtung (56% gegenüber nur 7% derjenigen, die ein negatives Bild der Union haben). Im Großen und Ganzen ist die Haltung der europäischen Bürger kohärent: Die Befragten, die ein sehr positives Bild von der Union haben, sind darüber hinaus auch am häufigsten davon überzeugt, dass sich die Union in die richtige Richtung entwickelt.

4.2. Die allgemeine Wahrnehmung der Richtung, in die sich die Dinge auf nationaler Ebene entwickeln

Die europäischen Bürger zweifeln, ob sich die Dinge in der Europäischen Union in die richtige Richtung entwickeln und zeigen sich darüber hinaus noch skeptischer bei der Beurteilung der auf der nationalen Ebene eingeschlagenen Richtung⁴¹. **Nahezu einer von 2 europäischen Bürgern ist davon überzeugt, dass sich die Dinge in ihrem Land derzeit in die falsche Richtung entwickeln** (49%, +4 Prozentpunkte). Nahezu 3 von 10 europäischen Bürgern erklären, mit der Aussicht zufrieden zu sein (28%) und ein Fünftel von ihnen (19%) äußert sich dahingehend, dass sich die Dinge weder zum Guten noch zum Schlechten entwickeln.

Der Anteil negativer Meinungen bleibt auf dem hohen, schon vor 6 Monaten festgestellten Niveau und steigt gegenüber dem Bericht zur vorherigen Umfrage im Frühjahr 2008 um weitere 4 Punkte. Dagegen sinkt der Anteil der befragten Personen, die ihre Zufriedenheit ausdrücken, um 4 Punkte.

QA11a.1 Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in (UNSER LAND) derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln? - % EU



⁴¹ QA11a.2 Würden Sie sagen, dass sich die Dinge derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln? In (UNSER LAND)?

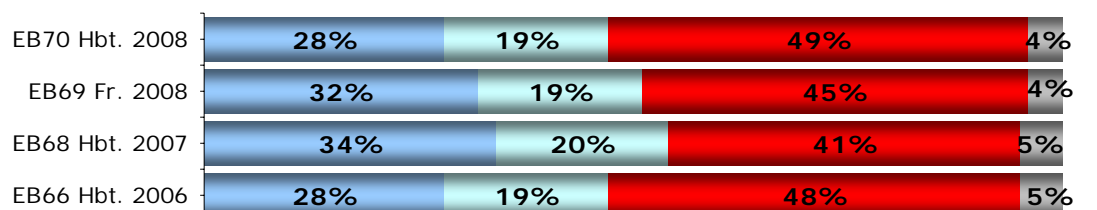
Die Differenz zwischen den Antworten, die auf nationaler Ebene, und jenen, die auf europäischer Ebene festgestellt werden, verdient einen Kommentar. Der Anteil der Befragten, die der Ansicht sind, dass sich die Dinge in der Union in die richtige Richtung entwickeln, liegt um 7 Prozentpunkte höher als der Anteil der Befragten, die sich in positivem Sinne über die Zukunft ihres Landes äußern (35% gegenüber 28%).

Ebenso zeigen sich die europäischen Bürger in Bezug auf die Union weniger pessimistisch, als wenn es um ihr eigenes Land geht: Während 49% der befragten Personen davon überzeugt sind, dass sich die Dinge in ihrem eigenen Land in die falsche Richtung entwickeln, sinkt dieser Anteil auf 34%, wenn es darum geht, die Europäische Union zu beurteilen.

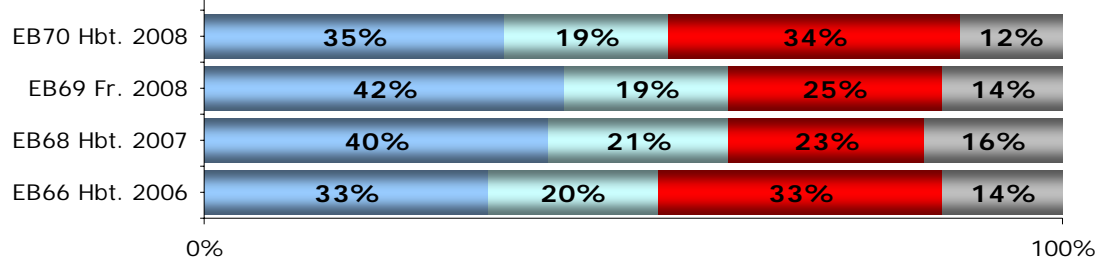
QA11a Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in... derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln?- % EU

- Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung
- Weder noch (SPONTAN)
- Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung
- Weiß nicht

...(UNSER LAND)

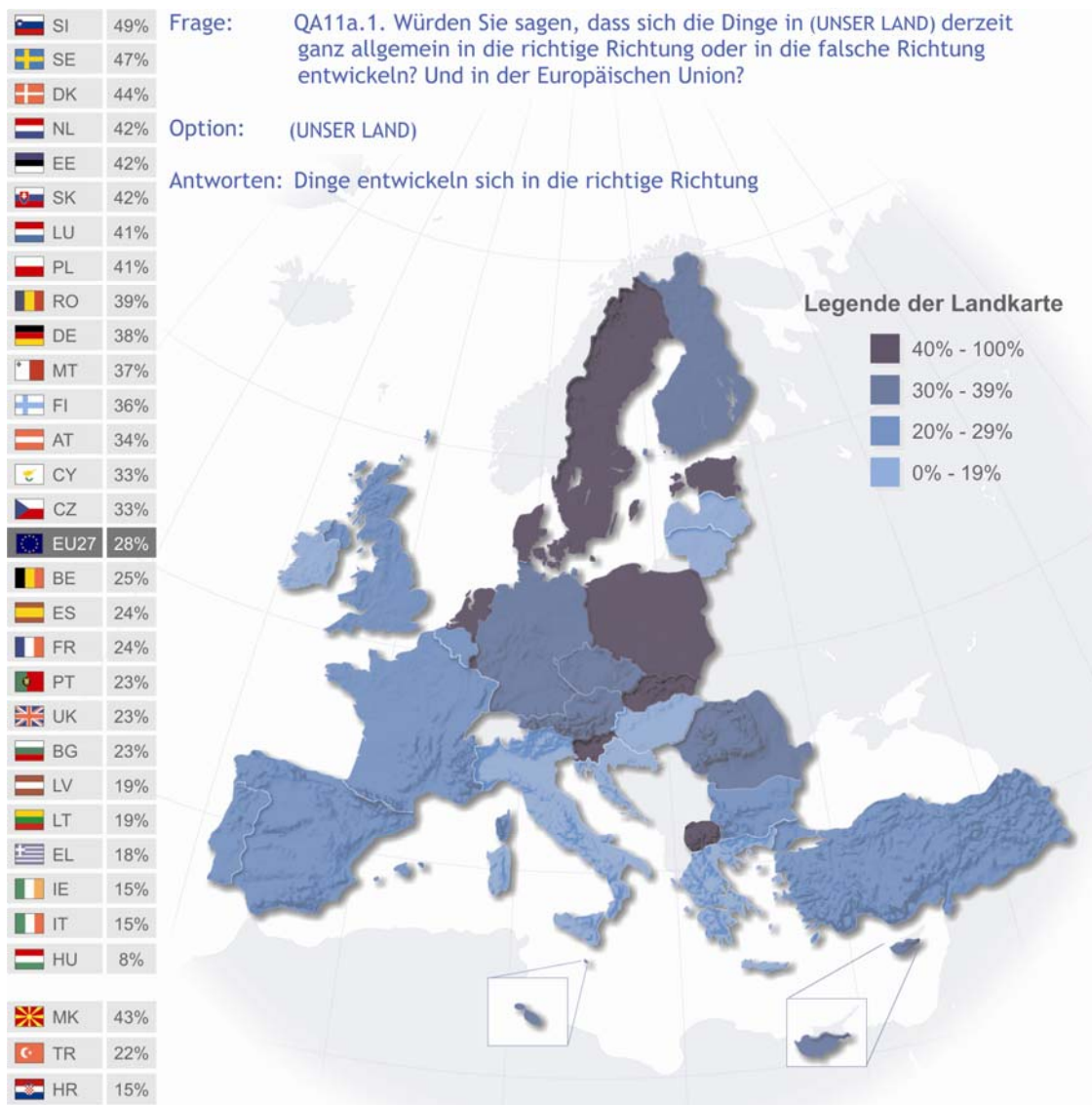


...der Europäischen Union



Zwischen den Mitgliedstaaten bestehen erhebliche Unterschiede, wenn es um die Richtung auf nationaler Ebene geht; hinzu kommt, dass sich im Vergleich zum Bericht der vorherigen Umfrage bedeutende Veränderungen ergeben haben. Vor 6 Monaten war der Anteil positiver Meinungen in mehr als der Hälfte der Mitgliedstaaten (14 von 27) höher als der Anteil negativer Ansichten; dies gilt mittlerweile nur noch für 9 Mitgliedstaaten.



Diese Meinung wird von 49% der Befragten in Slowenien, 47% der Befragten in Schweden sowie von einer knappen Mehrheit der Befragten in den Niederlanden, Estland, der Slowakei (je 42% in den drei Fällen), Luxemburg und in Polen (je 41% in beiden Ländern) vertreten. Auf Zypern (33% positive gegenüber 35% negative Meinungen), in Österreich (34% gegenüber 37%), Deutschland (38% gegenüber 37%), Rumänien (39% gegenüber 34%) und Dänemark (44% gegenüber 48%) teilen sich die Meinungen zu dieser Frage klar in zwei Gruppen. In Ungarn (74%), Griechenland (69%), Frankreich, Litauen (je 65% in beiden Fällen) und dem Vereinigten Königreich (63%), Lettland (61%), Irland (60%) sowie in Belgien (56%), Spanien (53%) und Italien (50%) hat im Gegensatz dazu eine absolute Mehrheit der Befragten den Eindruck, dass sich die Dinge in ihrem Land in die falsche Richtung entwickeln. Dieser Auffassung sind auch 49% der Befragten in Finnland, 48% in Dänemark, 42% in Bulgarien und 41% in Portugal.



Unter den Bewerberländern zeigen sich nur die Befragten aus der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien mehrheitlich zufrieden mit der Richtung, in die sich die Dinge in ihrem Land entwickeln (43%). In Kroatien und der Türkei dagegen überwiegt die Unzufriedenheit erheblich; zwei Drittel der Befragten (63% bzw. 64%) sind der Ansicht, dass „sich die Dinge in ihrem Land in die falsche Richtung entwickeln“.

Keine besonderen Unstimmigkeiten ergeben sich, wenn diese Frage mit der Selbsteinschätzung auf der politischen Links-Rechts-Skala und den Schlüsselindikatoren zu der Frage, wie sehr der Befragte die Europäischen Union unterstützt, gekreuzt wird. Festzustellen ist allerdings, dass die europäischen Bürger, die der politischen Rechten näher stehen, etwas häufiger erklären, dass sich die Dinge in ihrem Land in die richtige Richtung entwickeln (33% im Vergleich zu 29% der Befragten, die sich politisch links einordnen).

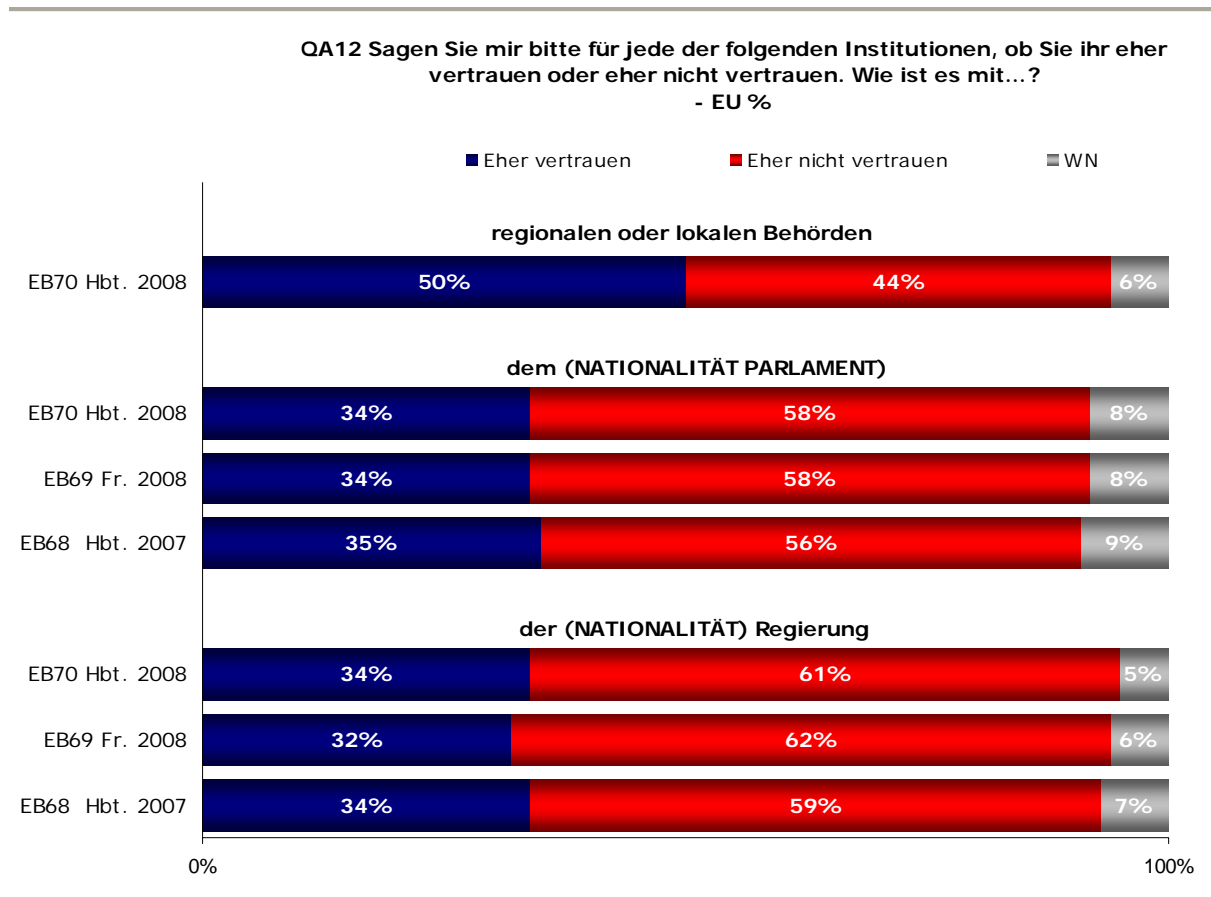
QA11a.1 Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in (UNSER LAND) derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln?

	Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung	Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung	Weder noch (SPONTAN)	WN
EU27	28%	49%	19%	4%
Links-Rechts Skala				
 (1-4) Links	29%	50%	17%	4%
(5-6) Mitte	29%	49%	19%	3%
(7-10) Rechts	33%	46%	18%	3%
Mitgliedschaft in der EU				
Gute Sache	43%	35%	18%	4%
Schlechte Sache	9%	80%	9%	2%
Neutral	15%	57%	24%	4%
Vorteil von EU Mitgliedschaft				
Land hat profitiert	41%	37%	19%	3%
Land hat nicht profitiert	12%	70%	16%	2%
Bild der EU				
 Positiv	45%	34%	18%	3%
Neutral	19%	54%	22%	5%
Negativ	7%	79%	11%	3%

Die Auffassungen, die die Frage betreffen, in welche Richtung sich die Dinge auf nationaler Ebene entwickeln, scheinen auch mit den Einstellungen zu und den Kenntnissen über die Europäische Union zusammenzuhängen: Nahezu eine Mehrheit der Befragten, die ein positives Bild der Europäischen Union haben, sind der Ansicht, dass die Dinge sich in ihrem Land in die richtige Richtung entwickeln (45% im Vergleich zu 7% der Befragten, die ein negatives Bild haben); diese Meinung wird von einem ähnlich großen Anteil der Bürger geteilt, die davon überzeugt sind, dass die Zugehörigkeit ihres Landes zur EU eine gute Sache sei (43%); dies gilt ebenfalls für die Befragten, die der Ansicht sind, dass ihr Land von der Zugehörigkeit zur EU profitiert (41%).

4.3. Das Vertrauen in die nationalen Institutionen

- *Es wird eher den regionalen und lokalen Behörden vertraut als den nationalen politischen Institutionen –*



Die Daten des Eurobarometers sind ein weiteres Mal ein Hinweis auf die Unzufriedenheit und die Distanz, die bei einem erheblichen Anteil der Bürger gegenüber den politischen Institutionen ihres Landes besteht: Während 34% der Befragten ihrer Regierung und dem Parlament ihres Landes vertrauen, überwiegt mit 61% bzw. 58% der Befragten jener Anteil, der die entgegengesetzte Meinung vertritt⁴².

Eine „Momentaufnahme“ zeigt, dass die Einstellungen der europäischen Bürger gegenüber den nationalen politischen Institutionen im Vergleich zum Frühjahrs-Bericht 2008 gleich geblieben sind; allerdings können wir eine leichte Zunahme (+2 Punkte) der Vertrauenswerte in die nationale Regierung beobachten, was bei der entgegengesetzten Meinung einem Rückgang von einem Punkt entspricht.

⁴² QA12 Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit - 1. der Justiz, dem (NATIONALITÄT) Rechtssystem ; 2 den politischen Parteien ; 3 regionalen oder lokalen Behörden; 4. der (NATIONALITÄT) Regierung ; 5. Dem (NATIONALITÄT) PARLAMENT

Was die nationalen Institutionen betrifft, so bringen die Bürger der Autoritätsebene, die ihnen am nächsten ist – und zwar die regionalen oder lokalen Behörden - die vergleichsweise positivsten Ansichten entgegen. Die Hälfte der Befragten erklärt, diesen Behörden zu vertrauen, während dies für 44% nicht gilt.

Eine Mehrheit der Befragten in 8 Mitgliedstaaten der Europäischen Union vertrauen dem Parlament und der nationalen Regierung: Dies gilt für Finnland (68% vertrauen der Regierung und 71% dem Parlament), die Niederlande (66% bzw. 64%), auf Zypern (65% bzw. 63%), Luxemburg (60% hat in die Regierung Vertrauen und 56% in das Parlament), Dänemark (die Exekutive erhält 60% Zuspruch, das Parlament 75%), Schweden (56% und 64%), Österreich (50% und 54%) und schließlich auf Malta (hier erklärt einer von zwei Bürgern der Regierung zu vertrauen und 57% vertrauen dem Parlament). Demgegenüber erklärt weniger als einer von 5 Befragten in Litauen und in Lettland (je 16% in beiden Fällen) sowie in Bulgarien (15%) und Ungarn (16%), in die nationale Regierung Vertrauen zu haben. Die Vertrauenswerte gegenüber den jeweiligen nationalen Parlamenten sind insbesondere in Lettland (9%) und Bulgarien (8%) außergewöhnlich niedrig, mit weniger als einem von 10 Befragten, der Vertrauen hat.

In Bezug auf die regionalen und lokalen Behörden⁴³ kann in 13 Mitgliedstaaten ein Vertrauensniveau festgestellt werden, dass einem Anteil von 50% oder mehr entspricht. Dieser Fall gilt für Spanien (50%), Zypern und Malta (mit je 56% in beiden Fällen), Luxemburg und Estland (je 59% in beiden Ländern), Frankreich (62%), Belgien (63%), den Niederlanden (64%), Deutschland (65%), Österreich (67%), Schweden (68%) oder auch Dänemark (70%) und Finnland (72%).

⁴³ Siehe diesbezüglich auch den Spezial-Eurobarometer 307: Rolle und Einfluss lokaler und regionaler Gebietskörperschaften innerhalb der Europäischen Union

QA12 Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit...?

	dem (NATIONALITÄT PARLAMENT)			(NATIONALITÄT) Regierung			Regionalen oder lokalen Behörden		
	Eher vertrauen	Eher nicht vertrauen	WN	Eher vertrauen	Eher nicht vertrauen	WN	Eher vertrauen	Eher nicht vertrauen	WN
EU27	34%	58%	8%	34%	61%	5%	50%	44%	6%
BE	40%	58%	2%	36%	63%	1%	63%	36%	1%
BG	8%	83%	9%	15%	74%	11%	31%	57%	12%
CZ	16%	82%	2%	20%	78%	2%	49%	48%	3%
DK	75%	23%	2%	60%	38%	2%	70%	28%	2%
DE	41%	52%	7%	42%	52%	6%	65%	31%	4%
EE	37%	59%	4%	48%	48%	4%	59%	35%	6%
EL	32%	68%	0%	23%	77%	0%	34%	66%	0%
ES	40%	47%	13%	44%	49%	7%	50%	44%	6%
FR	36%	56%	8%	31%	65%	4%	62%	33%	5%
IE	36%	55%	9%	33%	61%	6%	40%	50%	10%
IT	27%	65%	8%	26%	67%	7%	25%	66%	9%
CY	63%	30%	7%	65%	29%	6%	56%	36%	8%
LV	9%	86%	5%	16%	79%	5%	44%	49%	7%
LT	11%	82%	7%	16%	77%	7%	31%	59%	10%
LU	56%	30%	14%	60%	32%	8%	59%	31%	10%
HU	16%	75%	9%	16%	74%	10%	45%	45%	10%
MT	57%	30%	13%	50%	37%	13%	56%	29%	15%
NL	64%	33%	3%	66%	32%	2%	64%	33%	3%
AT	54%	38%	8%	50%	41%	9%	67%	28%	5%
PL	13%	81%	6%	20%	74%	6%	41%	51%	8%
PT	38%	54%	8%	31%	61%	8%	43%	49%	8%
RO	19%	73%	8%	25%	69%	6%	39%	55%	6%
SI	34%	59%	7%	36%	57%	7%	39%	57%	4%
SK	41%	54%	5%	46%	50%	4%	45%	50%	5%
FI	71%	27%	2%	68%	30%	2%	72%	26%	2%
SE	64%	31%	5%	56%	40%	4%	68%	27%	5%
UK	30%	60%	10%	29%	67%	4%	47%	48%	5%
HR	19%	76%	5%	20%	75%	5%	23%	71%	6%
TR	49%	45%	6%	48%	47%	5%	37%	56%	7%
MK	27%	66%	7%	39%	56%	5%	28%	65%	7%

Das Antwortschema zeigt erhebliche Unterschiede in den Bewerberländern. Während z.B. drei Viertel der Befragten in Kroatien kein Vertrauen in ihre Regierung haben (75%), wird diese Meinung nur von einem deutlich geringeren Anteil der Befragten - der allerdings ebenso eine Mehrheit darstellt – in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien geteilt. In der Türkei teilen sich die Meinungen klar in zwei Gruppen (48% erklären Vertrauen zu haben gegenüber 47%, die kein Vertrauen haben). Bezüglich des Parlaments lassen sich ähnliche Ergebnisse feststellen: Große Mehrheiten in Kroatien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (76% bzw. 66%) geben an, kein Vertrauen in das Parlament zu haben, während die Befragten in der Türkei auch hierzu wieder einmal sehr geteilter Ansicht sind (49% haben Vertrauen in das Parlament, während 45% angeben, vom Gegenteil überzeugt zu sein).

Abschließend und ganz im Gegensatz zu der Tendenz, die sich unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union abzeichnet, misstrauen die Befragten in den Bewerberländern den Körperschaften der lokalen oder regionalen Autoritätsebene. Ein negatives Ergebnis ergibt sich für diese Institutionen mit 71% der Befragten in Kroatien, 65% in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und 56% in der Türkei, die kein Vertrauen haben.

In der soziodemografischen Analyse werden vor allem Unterschiede im Hinblick auf das Ausbildungsniveau der Bürger deutlich: In der Kategorie derjenigen, die ein höheres Bildungsniveau angeben, erklären jeweils 41%, 43% und 56% der Befragten, Vertrauen in die nationale Regierung, in das Parlament und in die lokalen und regionalen Behörden zu haben, andererseits wird diese Meinung nur von je 30%, 29% und 46% derjenigen Befragten geteilt, die ihre Ausbildung vor dem 16. Geburtstag abgeschlossen haben.

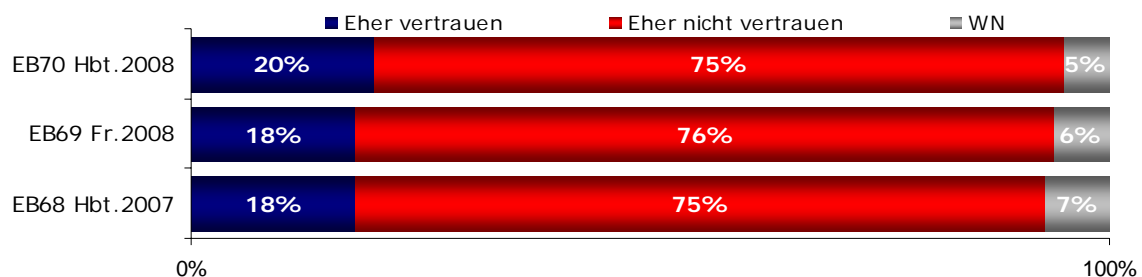
Vor dem Hintergrund großer Herausforderungen der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts, zeigt sich außerdem von Seiten der Selbstständigen (63%), der Angestellten (60%) und vor allem der Arbeitslosen (68%) und der Arbeiter (65%) ein deutliches Misstrauen gegenüber der nationalen Regierung.

QA12. Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit...?

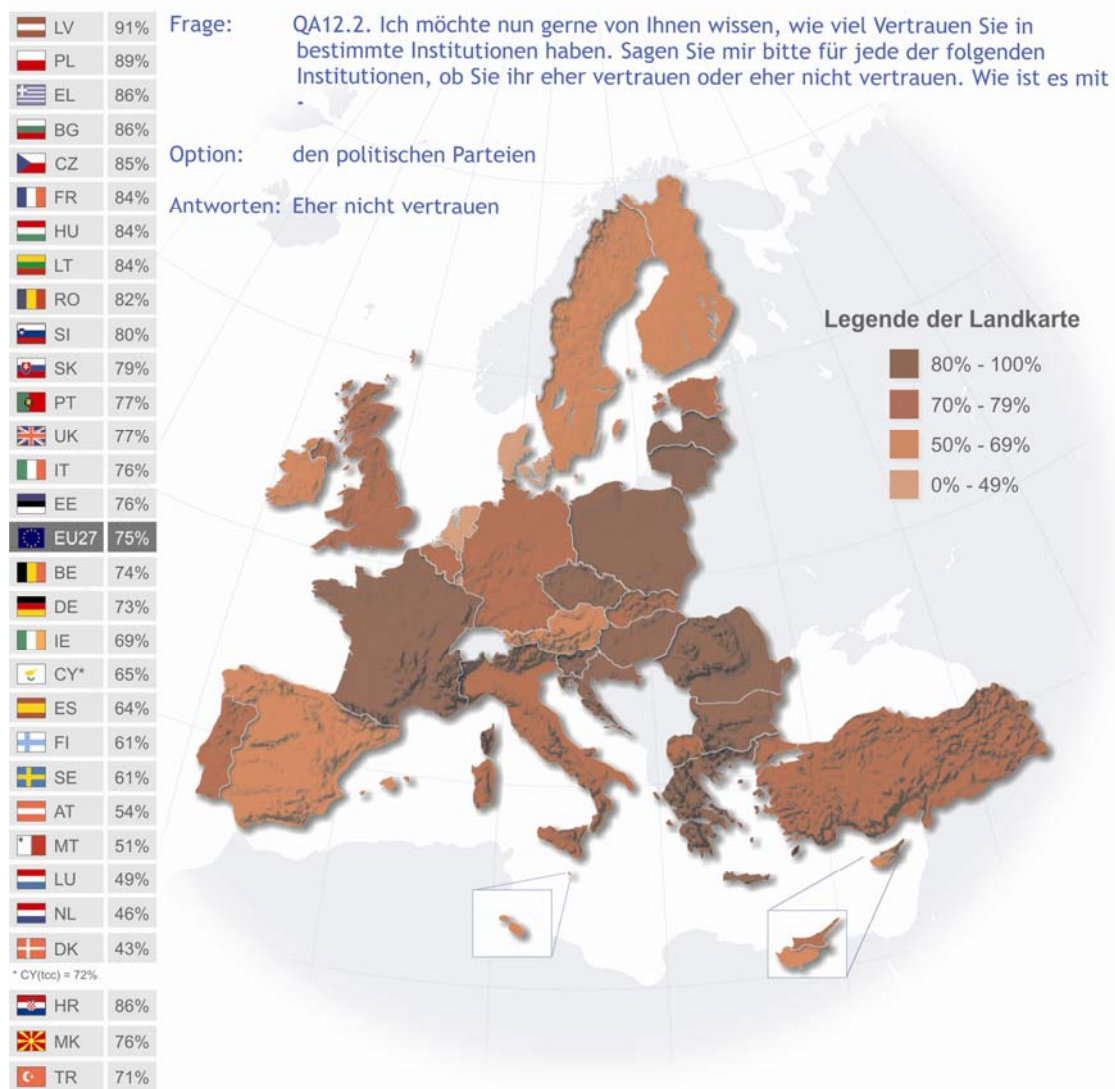
	Regionalen oder lokalen Behörden			(NATIONALITÄT) Regierung			dem (NATIONALITÄT) PARLAMENT		
	Eher vertrauen	Eher nicht vertrauen	WN	Eher vertrauen	Eher nicht vertrauen	WN	Eher vertrauen	Eher nicht vertrauen	WN
EU27	50%	44%	6%	34%	61%	5%	34%	58%	8%
Ausbildung (Ende der)									
15-	46%	48%	6%	30%	64%	6%	29%	62%	9%
16-19	49%	46%	5%	31%	64%	5%	31%	62%	7%
20+	56%	40%	4%	41%	55%	4%	43%	52%	5%
Studiert noch	54%	37%	9%	35%	55%	10%	36%	52%	12%
Berufliche Tätigkeit									
Selbständig	44%	51%	5%	33%	63%	4%	34%	61%	5%
Leitende(r) Angestellte(r)	58%	38%	4%	41%	55%	4%	43%	52%	5%
Andere(r) Angestellte(r)	49%	46%	5%	35%	60%	5%	36%	58%	6%
Sonstige Arbeiter	48%	47%	5%	30%	65%	5%	29%	64%	7%
Hausfrauen / Hausmänner	45%	48%	7%	34%	59%	7%	33%	56%	11%
Arbeitslos	42%	52%	6%	27%	68%	5%	26%	66%	8%
Rentner / Pensionäre	52%	42%	6%	36%	59%	5%	34%	58%	8%
Studenten	54%	37%	9%	35%	55%	10%	36%	52%	12%

Wir haben uns auch für das Vertrauen interessiert, das die Bürger der EU27 ihren jeweiligen **nationalen politischen Parteien** entgegenbringen. Parallel zu den Ergebnissen, die wir in Bezug auf die Regierungen und Parlamente beobachten können, ist festzuhalten, dass nahezu 8 von 10 Bürgern kein Vertrauen in die **politischen Parteien ihres Landes** haben. Nur in 2 Mitgliedstaaten hat eine Mehrheit der Befragten Vertrauen in diese Institutionen, das sind Dänemark (54%) und die Niederlande (51%). Das Vertrauensniveau ist auch in Luxemburg (39%), Österreich (38%), Finnland (36%), Schweden und auf Malta (je 34% in beiden Fällen) vergleichsweise hoch.

QA12.2 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.
Den politischen Parteien? - % EU



Demgegenüber erklären 91% der Befragten in Lettland, 89% in Polen, 86% in Bulgarien und in Griechenland und 85% in der tschechischen Republik, den **politischen Parteien** zu misstrauen. Dies gilt ebenfalls für 84% der Befragten in Frankreich, in Litauen und Ungarn.

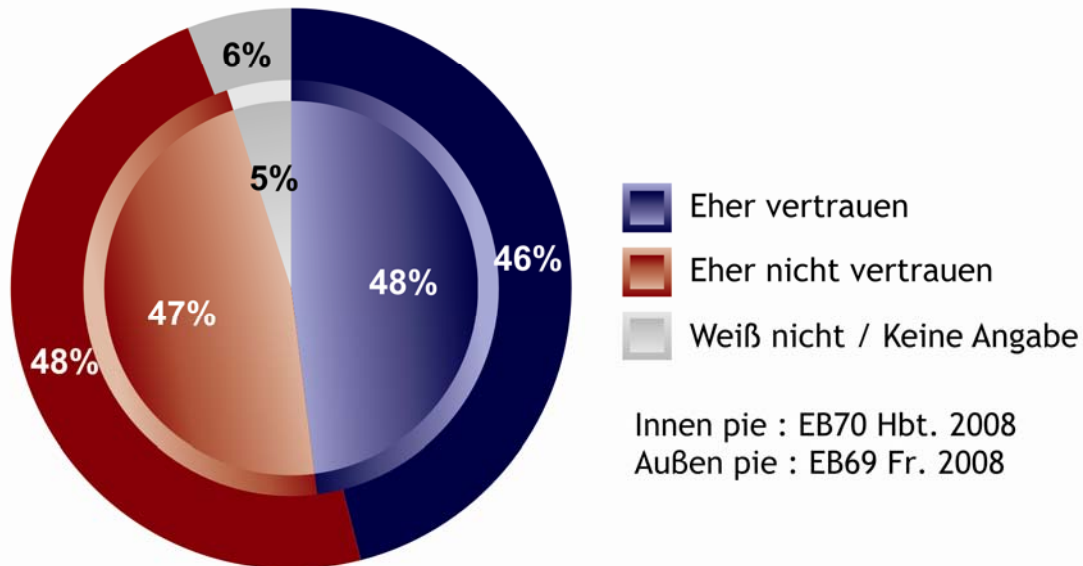


Was das Vertrauen in **die politischen Parteien** betrifft, so äußern sich die Befragten in den drei Bewerberländern ähnlich wie die Bürger der Europäischen Union. 86% der Befragten in Kroatien, drei Viertel der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (76%) und 71% der Befragten in der Türkei erklären ihr Misstrauen. Wir haben die Bürger der EU27 nicht nur zu den politischen Institutionen, sondern auch zum Vertrauen befragt, dass sie in ihre **Justiz/ihr nationales Rechtssystem** haben.

Die europäischen Bürger zeigen sich in Bezug auf ihr Rechtssystem sehr geteilter Meinung: 48% von ihnen erklären, Vertrauen zu haben, während 47% eine entgegengesetzte Meinung vertreten. Trotz eines leichten Anstiegs der Vertrauenswerte (+2 Punkte) im Vergleich zum Frühjahrs-Bericht 2008 ist dieser Indikator zumindest allgemein stabil geblieben.

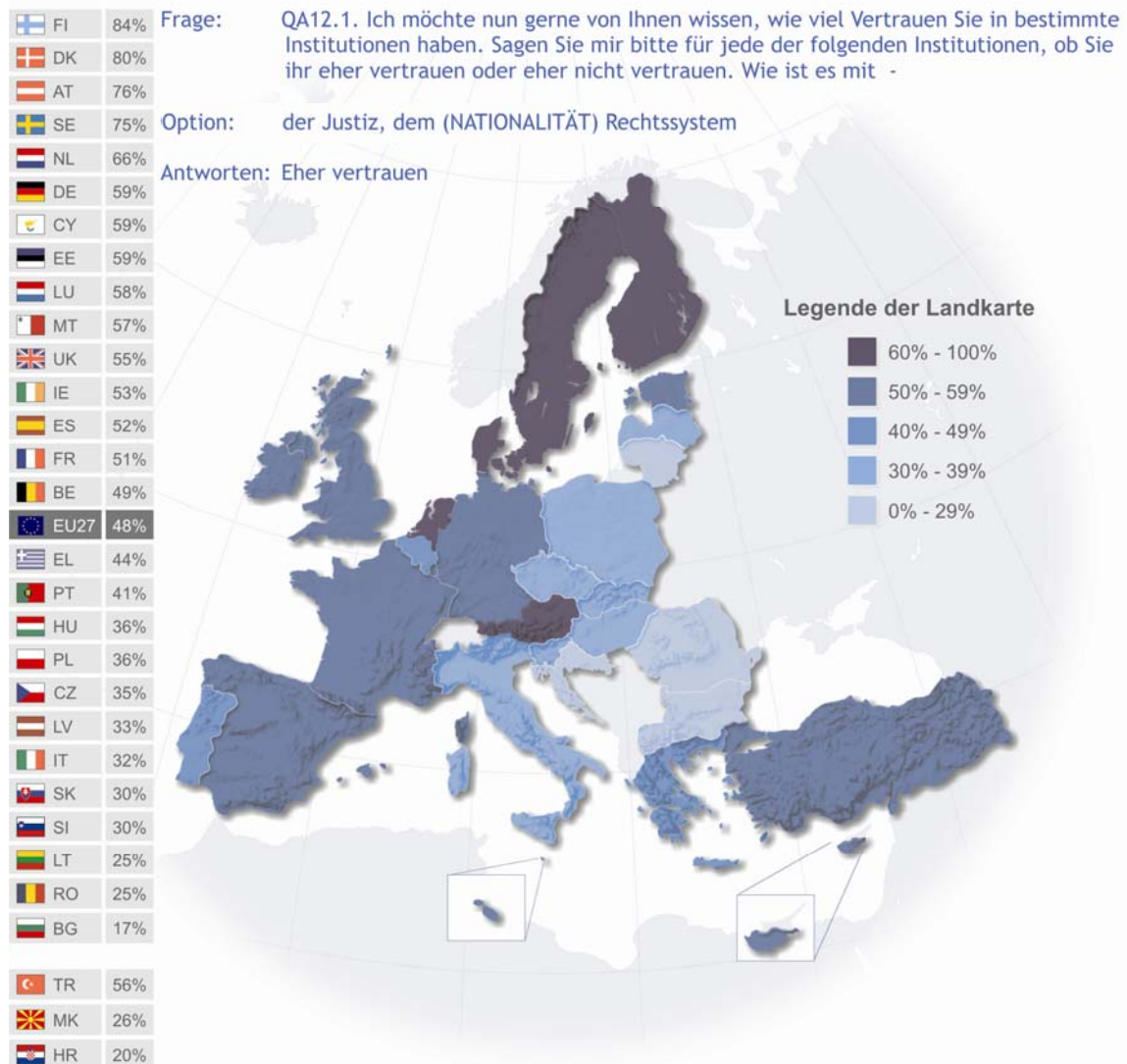
Frage: QA12.1. Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit -

Option: der Justiz, dem (NATIONALITÄT) Rechtssystem



Die Befragten in Finnland und in Dänemark zählen zu den europäischen Bürgern, die das größte Vertrauen in diese Institution haben, gefolgt von den Befragten in Schweden und Österreich: In Finnland erklären 84% der Befragten, Vertrauen in ihre **Justiz/ihr nationales Rechtssystem** zu haben; dies gilt ebenfalls für 80% der Befragten in Dänemark. 76% bzw. 75% der Befragten in Österreich und Schweden erklären Vertrauen in ihre **Justiz/ihr nationale Rechtssystem** zu haben.

In zehn weiteren Mitgliedstaaten können für eine Mehrheit der Befragten positive Meinungen zu diesen Schlüsselinstitution festgestellt werden. Der Anteil der Antworten reicht von 66% in den Niederlanden bis 51%, die in Frankreich ermittelt werden. In Belgien sind die Befragten ihrerseits klar in zwei Gruppen geteilt: 49% haben eine positive und 50% eine negative Einstellung.



Demgegenüber sind die Befragten in der Mehrheit der Mitgliedstaaten Zentral- und Osteuropas sowie des Südens, kritisch gegenüber ihrem Justizsystem eingestellt: Dies gilt für 7 von 10 Befragten in Bulgarien (73%), Rumänien (69%), Litauen (66%), Slowenien und der Slowakei (je 65% in beiden Ländern) und für 6 von 10 Befragten in der tschechischen Republik (62%), Italien, Lettland (je 59% in beiden Fällen), aber auch in Griechenland und Ungarn (je 56%).

Wenn wir uns jetzt noch den Antworten der Befragten in den Bewerberländern zuwenden, ist festzustellen, dass die Mehrheit der Befragten in Kroatien und der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien erklärt, kein Vertrauen in die **Justiz** ihres Landes zu haben (74% bzw. 66%). Demgegenüber setzen die Befragten in der Türkei mehrheitlich ihr Vertrauen in das türkische Rechtssystem (56%).

SCHLUSSFOLGERUNG

Einige Wirtschaftswissenschaftler scheuen sich nicht mehr das Gespenst der großen Depression heraufzubeschwören, wenn sie die Vorgänge analysieren, die zum Absturz der Finanzmärkte und der derzeitigen wirtschaftlichen Konjunktur geführt haben. Dieses Klima beeinflusst die Ergebnisse des Standard-Eurobarometers 70 in erheblichem Maße, da ein großer Teil der Befragungen kurz nach dem Zusammenbruch der Lehman Brothers Bank durchgeführt wurde. Darüber hinaus fällt die Umfrage mit der Ankündigung zusammen, dass die Eurozone unter einem wirtschaftlichen Abschwung leide. Die in der öffentlichen Meinung als beunruhigend empfundene Entwicklung hängt offenbar in erheblichem Maße mit den negativen Wahrnehmungen zusammen, die sich im Herbst 2008 hinsichtlich der wirtschaftlichen Konjunktur ergeben haben und die die öffentliche europäische Meinung in allen Bereichen stark negativ beeinflussten.

Die wichtigste Tendenz, die alle Ergebnisse dieser Umfrage beeinflusst, ist ohne Zweifel, dass die Bürger die Wirtschaftslage deutlich schlechter beurteilen.

- ❖ Eine große Mehrheit der Befragten zeichnet ein düsteres Bild der derzeitigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in ihrem Land, in der Europäischen Union und in der Welt. Der Anteil der Befragten, die der Ansicht sind, die Lage sei gut, sinkt in Bezug auf die europäische Wirtschaft auf 33% (-25 Prozentpunkte) und auf 29% in Bezug auf die nationale Wirtschaft (-19%).
- ❖ Mehr als die Hälfte der europäischen Bürger erwarten, dass sich die nationale wirtschaftliche Lage (51%, +5 Punkte) und der Arbeitsmarkt (53%, +14 Punkte) in den kommenden 12 Monaten verschlechtern. Nahezu die Hälfte der europäischen Bürger ist derselben Ansicht, wenn es um die Weltwirtschaft geht (49%) und 41% erwarten, dass sich die europäische Wirtschaft in den kommenden 12 Monaten verschlechtert (+15 Punkte).
- ❖ Die europäischen Bürger sind mittlerweile davon überzeugt, dass die Inflation und die Wirtschaftslage die zwei wichtigsten Probleme sind, mit denen ihr Land konfrontiert ist (je 37% für beide Themenbereiche). Der Anteil der Befragten, der die wirtschaftliche Lage als größtes Problem definiert, hat seit Frühjahr 2008 um 17 Prozentpunkte zugenommen, während der Anteil, der die Inflation nennt und zwischen Herbst 2007 und Frühjahr 2008 um 11 Punkte angestiegen war, im Herbst 2008 auf dem gleichen Niveau bleibt. Diese neue Hierarchie in der Auflistung der wichtigsten Probleme, in der Themen wie Kriminalität und Einwanderung an Bedeutung verlieren, macht noch einmal den Einfluss deutlich, den die aktuelle Wirtschaftskrise auf den Zustand der öffentlichen Meinung nimmt.

Der „wirtschaftliche Schlechtfühlfaktor“ beeinträchtigt auch den persönlichen Bereich und belastet das persönliche Wohlbefinden der europäischen Bürger.

- ❖ Auch wenn die europäischen Bürger ihre persönliche wirtschaftliche Lage positiv sehen (64% schätzen die finanzielle Situation ihres Haushalts als gut ein, während sich hinsichtlich der beruflichen Situation der entsprechende Anteil auf 56% beläuft) breitet sich ein allgemeines Gefühl der Kaufkraftverschlechterung aus, mit einer fortlaufend negativen Bilanz in 19 der 27 Mitgliedstaaten. Es ist wichtig, vor diesem aktuellen Hintergrund auf das Ausmaß der Wahrnehmung bei den potentiell schwächeren sozioprofessionellen Kategorien, wie Arbeitslose und Rentner, hinzuweisen.
- ❖ Eine negative Entwicklung finden wir auch bei mehreren Indikatoren, die das persönliche „Wohlbefinden“ anzeigen: Die Erwartung, dass das Leben generell in Zukunft schlechter sein wird, hat zwischen Frühjahr und Herbst 2008 zugenommen (+6 Punkte) und die Differenz, die sich zwischen den Anteilen der Befragten ergibt, die mit einer Verbesserung bzw. einer Verschlechterung ihrer Situation rechnen, hat sich um 14 Prozentpunkte verringert.

Abgesehen von der allgemeinen, mehrheitlich positiven Bewertung der Gegend, in der sie leben, ergibt sich aus den Daten dieser Eurobarometer-Umfrage eine eher negative Bilanz hinsichtlich der sozialen und gesellschaftlichen Aspekte des Lebens der Bürger in der Europäischen Union.

- ❖ Unsere Analyse bestätigt, dass die Befürchtungen hinsichtlich der Preise und der Inflation einen konkreten Ausdruck im täglichen Leben der Befragten finden und zwar in Form einer deutlichen Kritik an den Lebenshaltungskosten im Allgemeinen und den Wohnungskosten (73% der Befragten beurteilen die Situation in diesem Bereich als schlecht) und den Energiekosten im Besonderen, die nach Ansicht von mehr als zwei Drittel der europäischen Bürger nicht mehr bezahlbar sind.
- ❖ Bei der Bewertung der Leistungen des Sozialstaates im Bereich des Gesundheitswesens, der Rentenversorgung oder der Arbeitslosenunterstützung werden wiederum erhebliche Unterschiede zwischen den nördlichen Mitgliedstaaten und dem Rest der Europäischen Union deutlich. Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise sind die Bürger mittelfristig stark beunruhigt und äußern sich außerordentlich kritisch zu Fragen, die Bezug nehmen auf Armut und soziale Benachteiligung: Nahezu 7 von 10 Befragten (67%) beurteilen die Situation als „schlecht“, gegenüber weniger als 3 von 10 Befragten, die eine entgegengesetzte Meinung vertreten (27%).
- ❖ Es wird auf den systematisch kritischen Charakter der Antworten in einigen südlichen Mitgliedstaaten der Union, wie Portugal und Griechenland, und einigen östlichen Mitgliedstaaten, wie Ungarn und Bulgarien hingewiesen.

Die Befürchtungen, die die Bürger aufgrund der wirtschaftlichen Lage äußern, beeinflussen ihre Meinungen auch bezüglich der Richtung, in die sich die Dinge sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene entwickeln.

- ❖ Die Befragten sind klar geteilter Meinung, wenn es um die Richtung geht, in die sich die Dinge in der Europäischen Union entwickeln⁴⁴; 35% der Befragten erklären, dass sich die Dinge in die richtige Richtung entwickeln und 34%, dass sie sich in die falsche Richtung entwickeln. Hier zeigt sich ein starker Kontrast zum Frühjahr 2008, da zu diesem Zeitpunkt die Befragten, die der Meinung waren, dass sich die Dinge in die richtige Richtung entwickeln, noch in der Mehrheit waren.
- ❖ Demgegenüber zeigen sich die europäischen Bürger deutlich skeptischer, wenn sie sich zu der Frage äußern, wie sich die Dinge auf nationaler Ebene entwickeln⁴⁵. Annähernd einer von 2 Bürgern vertritt die Meinung, dass sich die Dinge derzeit in ihrem Land in die falsche Richtung entwickeln.
- ❖ Der aktuelle Kontext ist in Bezug auf die Unzufriedenheit und Distanz, die ein erheblicher Anteil der Bürger gegenüber den politischen Institutionen ihres Landes empfindet, nicht wirklich hilfreich: Nahezu 6 von 10 europäischen Befragten erklären, kein Vertrauen in ihre nationale Regierung und das Parlament zu haben. Ebenso bekunden drei Viertel der Befragten, dass sie kein Vertrauen in die politischen Parteien ihres Landes haben.
- ❖ Die vergleichsweise positivsten Ansichten bringen die Bürger der Autoritätsebene, die ihnen am nächsten ist – und zwar den regionalen oder lokalen Behörden – entgegen. Die Hälfte der Befragten erklärt, Vertrauen in diese Behörden zu haben, gegenüber 44%, die die entgegengesetzte Ansicht vertreten.

Das Bild, das zwischen den vom Eurobarometer aufgezeichneten Meinungen und den Indikatoren entsteht, die den makroökonomischen Hintergrund widerspiegeln, ist ohne Beispiel: Wir sehen uns mit einer öffentlichen europäischen Meinung konfrontiert, die sich kritisch gegenüber der aktuellen Konjunktur äußert und in Bezug auf die Zukunft stark beunruhigt ist. Die Unsicherheit, mit der die Bürger die nahe Zukunft erwarten, wird durch die Distanz oder Entfremdung verschlimmert, die sie gegenüber der Politik empfinden; sie spiegelt sich in dem mangelnden Vertrauen in die nationalen Institutionen (Regierung und Parlament), ebenso wie in die politischen Parteien wider.

⁴⁴ QA11a.2 Würden Sie sagen, dass sich die Dinge derzeit ganz allgemein in der Europäischen Union in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln?

⁴⁵ QA11a.2 Würden Sie sagen, dass sich die Dinge derzeit ganz allgemein in (UNSER LAND) in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln?

II. DIE EUROPÄISCHE UNION UND IHRE BÜRGER

EINLEITUNG

Die Finanzkrise von 2007 entwickelte sich im Herbst 2008 zu einer Wirtschaftskrise. Diese hat sich offensichtlich auf die Beziehung der Bürger zur Europäischen Union ausgewirkt; somit sind die in diesem Bericht veröffentlichten Ergebnisse im Hinblick auf den Kontext zu untersuchen, in dem diese Umfrage durchgeführt wurde.

Das vorliegende Eurobarometer bestätigt den bereits in früheren Umfragen dieser Serie festgestellten Trend zu einer vorsichtigeren, wenn nicht sogar kritischeren Sichtweise der Bürger gegenüber der Europäischen Union. So sind die Ergebnisse über das Vertrauen und das Bild der Union heute rückläufig. Die beiden vorangegangenen Eurobarometer vom Herbst 2007 und Frühjahr 2008 weisen auf eine zugleich neutralere und umsichtigere Sichtweise gegenüber der Europäischen Union hin. Dieser Trend wurde in den Ergebnissen von Herbst 2008 bestätigt, d.h. die Europäer, die ein positives Bild der Europäischen Union haben, sind weniger zahlreich, und die Ergebnisse sind das Spiegelbild einer Situation ähnlich wie im Herbst 2006.

Dennoch hat die im Frühjahr 2008 verzeichnete stark rückläufige Tendenz der positiven Meinungen über die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und über die Vorteile, die ein Land daraus zieht, sich trotz des negativen Klimas heute stabilisiert. Zwar sehen wir eine Verschlechterung sämtlicher Indikatoren in Bezug auf die Wirtschaft sowie eine Besorgnis der europäischen Bürger angesichts der Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft ihres Landes und auf ihr Privatleben, dennoch sind sie weiterhin der Meinung, dass die Mitgliedschaft in der Europäischen Union eine gute Sache ist. Dieser Anteil ist seit dem letzten Eurobarometer (EB 69) sogar leicht gestiegen.

Die Verschlechterung der Wirtschaftslage hat sich allem Anschein nach auf das Gefühl des Vertrauens gegenüber den europäischen Institutionen insgesamt ausgewirkt, insbesondere gegenüber der Zentralbank, die im Kontext der derzeitigen Krise ins Scheinwerferlicht geraten ist.

Eine winzige Mehrheit der europäischen Bürger hat das Gefühl, dass die Europäische Union ihnen wirtschaftliche Stabilität bringt, wobei dieses Gefühl ausgeprägter ist in Bezug auf die Stabilität im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft in der Euro-Zone. Darüber hinaus bringen diese Bürger auch den Wunsch zum Ausdruck, dass der Aufbau Europas schneller voranschreiten sollte.⁴⁶

⁴⁶ QA19b Und welches Männchen entspricht am besten der Geschwindigkeit beim Aufbau Europas, die Sie sich

Dieser zweite Teil befasst sich mit den verschiedenen Aspekten der Beziehung zwischen der Europäischen Union und ihren Bürgern. Hier werden Fragen untersucht wie ihre Verbundenheit mit der Union, was die Europäische Union für sie persönlich bedeutet, ihre Unterstützung der Mitgliedschaft ihres eigenen Landes in der Union, ihre Wahrnehmung der Vorteile, die für ihr Land aus dieser Zugehörigkeit entstehen sowie die daraus resultierende wirtschaftliche Stabilität. Desweiteren wird in diesem Bericht auch auf die Frage der Demokratie – und im Einzelnen auf die Vertretung der Bürger in der Europäischen Union und deren Wahrnehmung der Geschwindigkeit des Aufbaus Europas - eingegangen. In einem dritten Teil werden verschiedene Aspekte der Europäischen Institutionen näher beleuchtet wie deren Bekanntheitsgrad, die Bedeutung ihrer Aufgaben für die Bürger und das Vertrauen, das sie ihnen entgegenbringen, sowie ihr Bild der Europäischen Union. Und schließlich werden in diesem Abschnitt auch die objektiven und die subjektiven Kenntnisse der Europäischen Union und die Wahrnehmung der Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union untersucht.

wünschen würden?

Wir werden unterschiedliche Aspekte der Beziehung zwischen der Europäischen Union und ihren Bürgern untersuchen. Dieser Abschnitt behandelt folgende Themen:

1) Die Verbundenheit der Bürger mit der Europäischen Union: Welche Bedeutung hat die Europäische Union für ihre Bürger, inwieweit wird die Zugehörigkeit zur Union von ihnen unterstützt und welche aus dieser Zugehörigkeit entstehenden Vorteile für ihr eigenes Land werden von den Bürgern wahrgenommen? Wie wird darüber hinaus die wirtschaftliche Stabilität im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft in der Europäischen Union bzw. in der Euro-Zone von den Bürgern wahrgenommen?

2) Die Demokratie: Die Vertretung der Bürger in der Europäischen Union.

3) Die Meinung über die Geschwindigkeit des Aufbaus Europas: Wie wird die Geschwindigkeit, mit der der Aufbau Europas voranschreitet, von den Bürgern wahrgenommen, und wie schnell sollte dieser sich ihrer Meinung nach entwickeln?

4) Die europäischen Institutionen: Wie bekannt sind die europäischen Institutionen, wie wird die Bedeutung von deren Aufgaben bei bzw. von den Bürgern wahrgenommen, wie groß ist ihr Vertrauen in die gemeinschaftlichen Institutionen sowie in die Union selbst? Welches Bild haben die Bürger von der Europäischen Union?

5) Die Funktionsweise der Europäischen Union: Welche objektiven und subjektiven Kenntnisse haben die Bürger von der Funktionsweise der Europäischen Union und wie ist ihre Wahrnehmung der Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union?

1. VERBUNDENHEIT MIT DER EUROPÄISCHEN UNION

1.1. Die Bedeutung der Europäischen Union

- Die drei Bereiche, die in den Augen ihrer Bürger am besten die Europäische Union repräsentieren sind nach wie vor die Freiheit, überall innerhalb der 27 Mitgliedstaaten der EU reisen, studieren und arbeiten zu können, die Einheitswährung und der Frieden -

Für mehr als vier von zehn der europäischen Bürger bedeutet die Europäische Union in erster Linie die Freiheit, überall innerhalb der 27 Mitgliedstaaten der EU reisen, studieren und arbeiten zu können (44%)⁴⁷. Dieser Aspekt wurde in 22 Mitgliedstaaten als wichtigster Aspekt genannt. Mehr als zwei Drittel der Esten (69%), 63% der Finnen, Schweden und Slowaken sowie 61% der Zyprioten und sechs von zehn Litauern (60%) teilen diese Ansicht.

Das von den Befragten an zweiter Stelle genannte Thema ist der Euro (34%), der in der Euro-Zone (42%) deutlich häufiger genannt wird als von denjenigen Befragten der anderen Mitgliedstaaten (20%). Mehr als die Hälfte der Österreicher (58%), der Belgier (57%) und der Finnen (55%) sehen in der Einheitswährung das Symbol der Europäischen Union.

Und schließlich wurde von knapp über einem Viertel der Befragten der Frieden genannt (27%); dazu gehören 47% der Schweden, 45% der Deutschen, 44% der Griechen, 42% der Zyprioten und vier von zehn Dänen (40%).

Für 23% der Befragten bedeutet die Europäische Union mehr Mitsprache in der Welt, darunter 40% der Holländer und 34% der Dänen. Mehr als zwei von zehn Befragten (21%) sehen in der Demokratie das Symbol der Union, darunter 42% der Rumänen, 36% der Zyprioten und 32% der Dänen.

⁴⁷ QA14 Was bedeutet die Europäische Union für Sie persönlich? (ROTIEREN – MEHRFACHNENNUNGEN MÖGLICH) – 1. Frieden 2. Wirtschaftlicher Wohlstand 3. Demokratie 4. Soziale Absicherung 5. Die Freiheit, überall innerhalb der EU reisen, studieren und arbeiten zu können 6. Kulturelle Vielfalt 7. Mehr Mitsprache in der Welt 8. Der Euro 9. Arbeitslosigkeit 10. Bürokratie 11. Geldverschwendung 12. Der Verlust unserer kulturellen Identität 13. Mehr Kriminalität 14. Nicht genug Kontrollen an den Grenzen der Europäischen Union 15. Andere (SPONTAN) 16. Weiß nicht / Keine Angabe

Von 20% der Europäer wurde die kulturelle Vielfalt genannt, darunter einem Drittel der Franzosen (32%); 17% der EU-Bürger stellen den wirtschaftlichen Wohlstand voran (darunter 36% der Rumänen, 32% der Slowaken, 30% der Holländer und 29% der Iren und Bulgaren).

Von 19% der befragten Personen wird Geldverschwendung angeführt, darunter 45% der Österreicher, für die dieser Aspekt der Umfrage die an dritter Stelle der meistgenannten Antwort ist, 36% der Deutschen, 23% der Briten und 16% der Letten.

Geldverschwendung ist die zweite meistgenannte Antwort der Befragten im Vereinigten Königreich und in Lettland (dieser Aspekt steht in letzterem Mitgliedstaat an gleicher Stelle mit der Bürokratie).

Von 17% der Befragten wird die Bürokratie angeführt, darunter 39% der Finnen und 34% der Schweden (wobei dieser Aspekt in diesen beiden Ländern jeweils die dritte meistgenannte Antwort ist), 36% der Österreicher, sowie ein Drittel der Dänen und Deutschen (33% bzw. 32%). Dieser Aspekt ist zudem die dritte meistgenannte Antwort bei den Briten (22%). Und schließlich werden von 16% der EU-Bürger die mangelnden Kontrollen an den EU-Außengrenzen angeführt (31% der Dänen und 30% der Österreicher). Auf die anderen Themenbereiche der Umfrage entfallen jeweils weniger als 15% der Antworten.

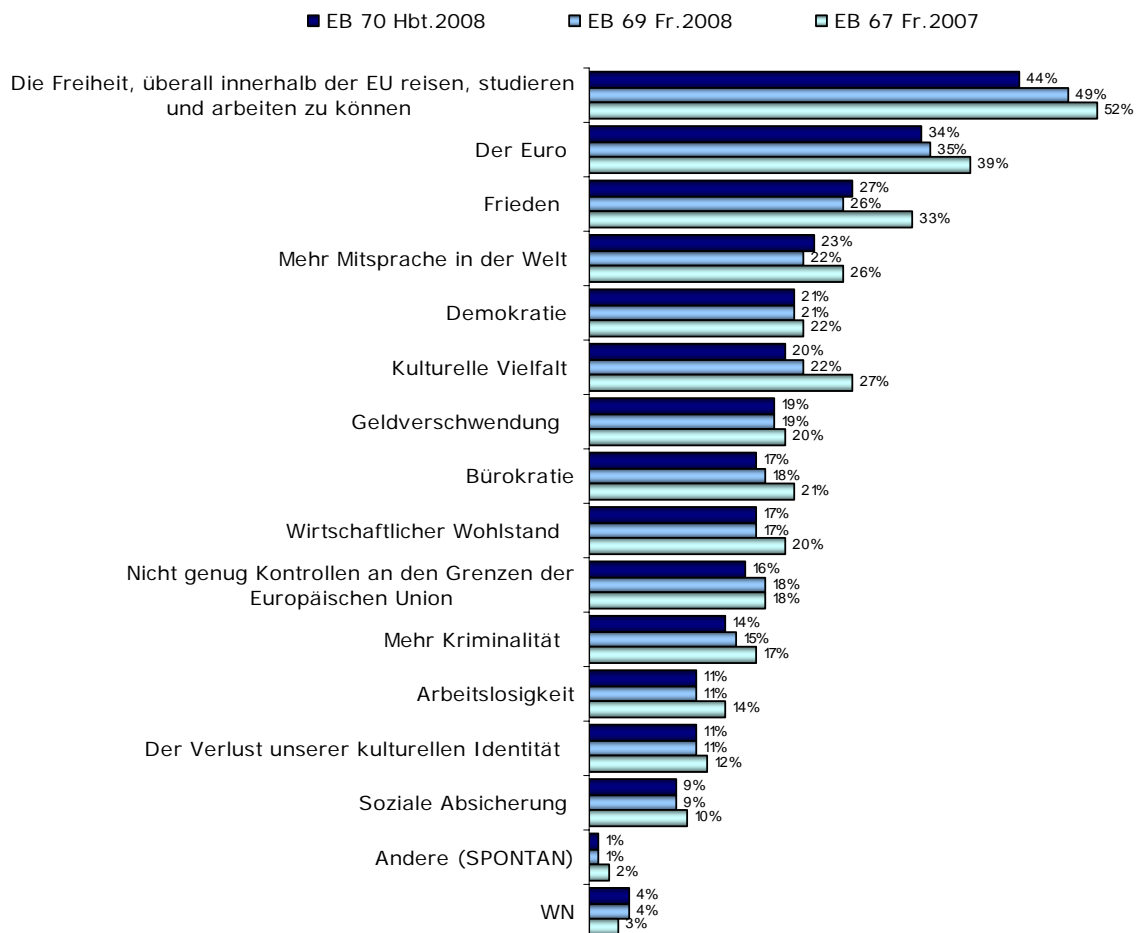
Aus Sicht der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (61%) und der Kroaten (34%) ist die Freiheit, überall innerhalb der EU reisen, studieren und arbeiten zu können, das Thema, das die Europäische Union am besten charakterisiert. Die Türken, bei denen dieser abgefragte Bereich von 23% genannt wurde, stellen den wirtschaftlichen Wohlstand voran (32%); dieser wird von den Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien an zweiter Stelle genannt (46%), vor dem Frieden (34%). Ein Viertel der Kroaten (24%) sehen in der Europäischen Union den Verlust ihrer kulturellen Identität. Diese Ansicht wird von nahezu einem von fünf Befragten in der Türkei geteilt (19%).

QA14 Was bedeutet die Europäische Union für Sie persönlich?

	Die Freiheit, überall innerhalb der EU reisen, studieren und arbeiten zu können	Der Euro	Frieden	Mehr Mitsprache in der Welt	Demokratie	Kulturelle Vielfalt	Geldverschwendung	Wirtschaftlicher Wohlstand	Bürokratie	Nicht genug Kontrollen an den Grenzen der Europäischen Union	Mehr Kriminalität	Arbeitslosigkeit	Der Verlust unserer kulturellen Identität	Soziale Absicherung
EU27	44%	34%	27%	23%	21%	20%	19%	17%	17%	16%	14%	11%	11%	9%
BE	44%	57%	34%	26%	23%	23%	23%	27%	14%	18%	16%	11%	8%	13%
BG	52%	13%	22%	15%	27%	13%	5%	29%	5%	4%	2%	3%	4%	15%
CZ	57%	28%	21%	21%	25%	13%	20%	18%	18%	16%	24%	9%	13%	8%
DK	58%	26%	40%	34%	32%	25%	17%	24%	33%	31%	20%	4%	12%	15%
DE	50%	45%	45%	24%	28%	25%	36%	13%	32%	22%	26%	15%	9%	7%
EE	69%	16%	31%	18%	16%	23%	12%	11%	18%	10%	10%	7%	9%	13%
EL	57%	44%	44%	32%	26%	27%	20%	19%	11%	23%	18%	31%	17%	17%
ES	28%	34%	9%	22%	19%	21%	8%	17%	8%	12%	6%	10%	5%	6%
FR	44%	45%	37%	30%	20%	32%	25%	11%	14%	19%	8%	13%	13%	6%
IE	49%	42%	23%	23%	18%	16%	9%	29%	11%	8%	12%	9%	14%	13%
IT	33%	35%	15%	20%	19%	14%	10%	15%	7%	12%	11%	8%	9%	9%
CY	61%	31%	42%	24%	36%	27%	17%	18%	7%	22%	36%	17%	24%	30%
LV	57%	11%	20%	11%	9%	12%	16%	11%	16%	8%	8%	11%	5%	10%
LT	60%	14%	21%	15%	17%	17%	9%	24%	6%	3%	4%	5%	6%	10%
LU	54%	46%	37%	29%	25%	21%	20%	22%	10%	24%	29%	8%	10%	17%
HU	52%	21%	19%	17%	19%	21%	12%	16%	12%	13%	14%	19%	6%	10%
MT	44%	26%	20%	32%	27%	16%	9%	22%	7%	9%	2%	8%	8%	12%
NL	55%	48%	32%	40%	18%	18%	10%	30%	27%	18%	13%	4%	12%	8%
AT	50%	58%	34%	29%	22%	21%	45%	17%	36%	30%	45%	26%	22%	14%
PL	56%	22%	21%	25%	19%	11%	7%	16%	11%	3%	4%	4%	7%	7%
PT	39%	36%	11%	17%	17%	19%	11%	16%	5%	17%	18%	23%	9%	9%
RO	54%	35%	31%	14%	42%	20%	9%	36%	9%	8%	10%	9%	9%	23%
SI	51%	41%	25%	24%	19%	20%	17%	24%	11%	13%	17%	9%	11%	12%
SK	63%	49%	24%	21%	24%	21%	14%	32%	13%	13%	21%	6%	12%	12%
FI	63%	55%	26%	17%	11%	23%	27%	17%	39%	11%	18%	3%	8%	5%
SE	63%	23%	47%	41%	26%	27%	29%	18%	34%	23%	19%	6%	8%	7%
UK	31%	11%	16%	15%	8%	14%	23%	13%	22%	19%	11%	9%	21%	7%
CY (tcc)	31%	11%	42%	19%	30%	21%	3%	45%	6%	3%	5%	10%	18%	32%
HR	34%	20%	17%	11%	17%	12%	13%	20%	10%	9%	20%	10%	24%	10%
TR	23%	6%	14%	10%	13%	11%	7%	32%	2%	4%	3%	10%	19%	17%
MK	61%	13%	34%	21%	22%	12%	4%	46%	4%	5%	7%	8%	7%	16%
Höchster Prozentsatz per Nennung							Niedrigster Prozentsatz per Nennung							

In einem zunehmend schwierigeren wirtschaftlichen Kontext ist es interessant zu beobachten, ob die Bedeutung der Europäischen Union sich im Vergleich zu vor sechs Monaten verändert hat. Der wichtigste Trend, der verzeichnet wurde, ist der Rückgang bzw. die Stabilität bei den meisten abgefragten Bereichen. Sechs Aspekte sind im Vergleich zum Frühjahrsbericht 2008 rückläufig, darunter **die Freiheit, überall innerhalb der 27 Mitgliedstaaten der EU reisen, studieren und arbeiten zu können**, die um 5 Punkte zurückgegangen ist, aber auch **die kulturelle Vielfalt** und **die mangelnden Kontrollen an den EU-Außengrenzen** (jeweils -2 Punkte), und schließlich **der Euro, die Bürokratie und die Kriminalität** (jeweils -1 Punkt); sechs Aspekte sind unverändert geblieben; zwei Aspekte verzeichnen einen sehr leichten Anstieg; dabei handelt es sich um mehr Mitsprache in der Welt und um den Frieden (jeweils +1 Punkt).

QA14 Was bedeutet die Europäische Union für Sie persönlich? - EU%



Je nach dem soziodemographischen Profil der Befragten ergibt die Analyse der Ergebnisse sehr unterschiedliche Wahrnehmungen der Union nach Kategorien. So ist festzustellen, dass von den jüngsten Befragten mit ziemlichem Abstand am häufigsten **die Freiheit, überall innerhalb der 27 Mitgliedstaaten der EU reisen, studieren und arbeiten zu können** genannt wird (54% der 15-24-Jährigen, im Vergleich zu 36% der Befragten, die 55 Jahre und älter sind). Auch wurde von dieser Altersgruppe am häufigsten **der Euro** genannt (38%, im Vergleich zu 32% der Befragten, die 55 Jahre und älter sind).





Auf die negativen Aspekte berufen sich am häufigsten die ältesten Befragten. Ein Fünftel von ihnen nennt **die Bürokratie** (19%, im Vergleich zu 8% der 15-24-Jährigen), **Geldverschwendung** (23%, im Vergleich zu 10%) und **nicht ausreichende Grenzkontrollen** (19%, im Vergleich zu 10%).

Von mehr als der Hälfte der Befragten, die bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus studiert haben, wurde ebenfalls **die Freiheit, überall innerhalb der 27 Mitgliedstaaten der EU reisen, studieren und arbeiten zu können** (55%) angeführt, im Vergleich zu drei von zehn derjenigen, die ihre schulische Ausbildung vor dem 16. Lebensjahr beendet haben (30%). Von Letzteren erklärten weniger als einer von fünf, dass die Europäische Union für sie **mehr Mitsprache in der Welt** bedeutet (16%), im Vergleich zu knapp einem Drittel der befragten Personen, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr und darüber hinaus fortgesetzt haben (32%).

Für mehr als die Hälfte der Führungskräfte (54%, im Vergleich zu 43% der Arbeiter und 50% der Angestellten) bedeutet die EU vor allem **die Freiheit, überall innerhalb der 27 Mitgliedstaaten der EU reisen, studieren und arbeiten zu können**. Ein Viertel von ihnen (26%) führten auch **die Bürokratie** an, im Vergleich zu 15% der Arbeiter und 19% der Angestellten.

Und schließlich wurden je nach der Position der Befragten auf einer Rechts-Links-Skala recht geringe Unterschiede festgestellt. Demgegenüber ist jedoch festzustellen, dass diejenigen Befragten, die sich der politischen Linken zurechnen, häufiger die **kulturelle Vielfalt** nennen (26%, im Vergleich zu 17% der Befragten, die sich eher zur politischen Rechten zählen), während letztere zu etwa einem Fünftel die **mangelnden Grenzkontrollen** nennen (19%, im Vergleich zu 14%, die der politischen Linken nahestehen).

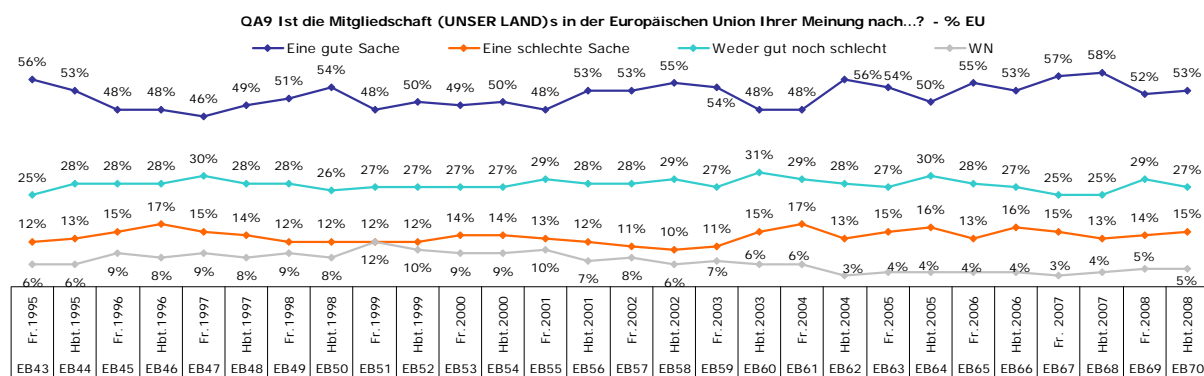
QA14 Was bedeutet die Europäische Union für Sie persönlich?

	Die Freiheit, überall innerhalb der EU reisen, studieren und arbeiten zu können	Frieden	Mehr Mitsprache in der Welt	Kulturelle Vielfalt	Geldverschwendung	Bürokratie	Nicht genug Kontrollen an den Grenzen der Europäischen Union
EU27	44%	27%	23%	20%	19%	17%	16%
Alter							
 15-24	54%	24%	21%	25%	10%	8%	10%
25-39	48%	23%	25%	22%	17%	17%	14%
40-54	46%	27%	24%	21%	21%	20%	16%
55 +	36%	30%	21%	16%	23%	19%	19%
Ausbildung (Ende der)							
 15-	30%	23%	16%	13%	24%	15%	19%
16-19	44%	26%	22%	18%	21%	18%	17%
20+	55%	31%	32%	29%	17%	22%	13%
Studiert noch	60%	28%	23%	26%	8%	10%	9%
Berufliche Tätigkeit							
 Selbständig	48%	26%	27%	21%	20%	22%	18%
Leitende(r) Angestellte(r)	54%	33%	31%	29%	17%	26%	15%
Andere(r) Angestellte(r)	50%	27%	28%	22%	17%	19%	14%
Sonstige Arbeiter	43%	23%	21%	20%	21%	15%	15%
Hausfrauen / Hausmänner	37%	23%	18%	14%	17%	12%	16%
Arbeitslos	40%	17%	17%	17%	18%	13%	14%
Rentner / Pensionäre	35%	30%	21%	16%	24%	19%	20%
Studenten	60%	28%	23%	26%	8%	10%	9%
Links-Rechts Skala							
 (1-4) Links	47%	29%	25%	26%	20%	19%	14%
(5-6) Mitte	44%	28%	24%	20%	21%	18%	16%
(7-10) Rechts	45%	28%	25%	17%	19%	19%	19%

1.2. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union

- Die Unterstützung für die Zugehörigkeit zur EU ist unverändert geblieben -

Die Haltungen gegenüber der Europäischen Union werden oft durch den sozio-ökonomischen Kontext beeinflusst. Dieses ist ein Zusammenhang, der allerdings komplexer ist als man es sich mithin vorstellt, denn die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage kommt nicht notwendigerweise in einem Rückgang der Indikatoren der Haltung gegenüber der EU zum Ausdruck, insbesondere weil manche der Befragten in der EU einen Schutzwall gegen die Verschlechterung der Wirtschaftslage sehen. Mehr als die Hälfte der EU-Bürger ist der Meinung, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU eine gute Sache ist (53%), gut ein Viertel (27%) erklärt, dass sie weder gut noch schlecht ist, und 15%, dass sie eine schlechte Sache ist⁴⁸. Der im Frühjahrsbericht 2008 festgestellte starke Rückgang der positiven Meinungen über die Mitgliedschaft in der Europäischen Union hat sich stabilisiert, und es hat sogar wieder einen sehr leichten Anstieg um 1 Punkt gegeben.



Die Analyse der Länderergebnisse zeigt sehr starke Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten, wobei die Niederländer (80%), die Luxemburger (71%), die Iren (67%), die Rumänen (66%), die Polen und die Belgier (jeweils 65%) und schließlich die Dänen und die Deutschen (jeweils 64%) in dieser Frage den größten Enthusiasmus zeigen. Die Letten können sich nicht entscheiden, ob die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU eine gute oder schlechte Sache ist (49% gaben an, dass sie weder eine gute noch eine schlechte Sache ist).

⁴⁸ QA9a Ist die Mitgliedschaft (UNSERES LANDES) in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach eine gute Sache, eine schlechte Sache oder weder gut noch schlecht?





Auch die Briten zeigen sich in dieser Frage sehr geteilt, wobei sie von 30% als schlecht bezeichnet wird, von 31% als weder gut noch schlecht und von 32%, d.h. einer knappen Mehrheit, als eine gute Sache betrachtet wird.

Außer im Vereinigten Königreich (30%) und in Lettland (21%) erklärte in Ungarn, auf Zypern, in Frankreich und Österreich der größte Anteil der Befragten (in jedem dieser vier Länder jeweils 21%, im Vergleich zu einem Durchschnitt von 15%), dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU eine schlechte Sache sei.

Die Ergebnisse in den Bewerberländern fallen sehr unterschiedlich aus. So sind nahezu zwei Drittel der Befragten aus der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien fest davon überzeugt, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU eine gute Sache wäre (62%); nahezu vier von zehn Türken (42%) teilen diese Ansicht. Dahingegen sieht die Mehrheit der Befragten in Kroatien einen Beitritt zur EU als eine schlechte Sache (38%), nach Ansicht von einem Drittel ist er weder eine gute noch eine schlechte Sache (35%) und ein Viertel erklärt, dass er für ihr Land von Vorteil wäre (23%).

Die soziodemographische Analyse bestätigt die schon typisch gewordenen Trends bei den Fragen über die Haltungen gegenüber der EU. Bei den Männern (57%, im Vergleich zu 49% der Frauen), Jugendlichen und jungen Erwachsenen (62% der 15-24-Jährigen, im Vergleich zu 47% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber), den Befragten mit dem höchsten Bildungsniveau (66% der Befragten, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr und darüber hinaus fortgesetzt haben, im Vergleich zu 39% derjenigen, die ihr schulische Ausbildung vor dem 16. Lebensjahr beendet haben) sowie den Führungskräften (66%, im Vergleich zu 49% der Arbeiter und 58% der Angestellten) wurde die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union am häufigsten als positiv beurteilt.

QA9a Ist die Mitgliedschaft (UNSER LAND)s in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach...?

	Eine gute Sache	Weder gut noch schlecht	Eine schlechte Sache	WN
EU27	53%	27%	15%	5%
Alter				
 15-24	62%	26%	8%	4%
25-39	55%	28%	13%	4%
40-54	53%	27%	17%	3%
55 +	47%	28%	19%	6%
Ausbildung (Ende der)				
 15-	39%	30%	23%	8%
16-19	50%	31%	15%	4%
20+	66%	21%	11%	2%
Studiert noch	70%	20%	6%	4%
Berufliche Tätigkeit				
 Selbständig	57%	26%	14%	3%
Leitende(r) Angestellte(r)	66%	21%	12%	1%
Andere(r) Angestellte(r)	58%	27%	11%	4%
Sonstige Arbeiter	49%	30%	17%	4%
Hausfrauen / Hausmänner	42%	30%	18%	10%
Arbeitslos	43%	33%	17%	7%
Rentner / Pensionäre	46%	28%	20%	6%
Studenten	70%	20%	6%	4%
EU-Wissen				
Schlecht	33%	32%	19%	16%
Durchschnitt	51%	30%	16%	3%
Gut	62%	23%	13%	2%
Bild der EU				
 Positiv	83%	11%	4%	2%
Neutral	36%	47%	11%	6%
Negativ	12%	29%	55%	4%
































Nahezu zwei Drittel der Befragten, die gute Kenntnisse über die Europäische Union haben, sind der Ansicht, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU eine gute Sache ist (62%), im Vergleich zu einem Drittel derjenigen Befragten, die schlechte Kenntnisse über sie haben (33%). Ebenso sind 8 von 10 europäischen Bürgern, die ein positives Bild der EU haben, davon überzeugt, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union Vorteile bringt (83%, während dieses nur für 12% der Befragten gilt, die ein schlechtes Bild von ihr haben)⁴⁹.

Zwölf Länder verzeichnen einen Anstieg der positiven Meinungen über die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, darunter Slowenien (+7 Punkte), die Niederlande, die Slowakei und Schweden (jeweils +5 Punkte) – vier Staaten, deren Bürger als die am wenigsten pessimistisch angesichts der derzeitigen Wirtschaftslage gelten –, Finnland und Deutschland (jeweils +4 Punkte) sowie Österreich und Estland (jeweils +3 Punkte).

⁴⁹ QA9a Ist die Mitgliedschaft (UNSERES LANDES) in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach eine gute Sache, eine schlechte Sache oder weder gut noch schlecht?

Hingegen ist die Unterstützung der Zugehörigkeit zur Europäischen Union in folgenden Ländern recht stark zurückgegangen: Malta (-14 Punkte), Zypern (-12 Punkte) und in geringerem Maße Irland (-6 Punkte), Litauen (-5 Punkte) und Bulgarien (-3 Punkte). Insgesamt wird in dreizehn Mitgliedstaaten ein rückläufiger Trend bei der Unterstützung der Zugehörigkeit verzeichnet. Diese geht insbesondere in den drei Bewerberländern sehr deutlich zurück: -10 Punkte in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und -7 Punkte in Kroatien und in der Türkei.

QA9a Ist die Mitgliedschaft (UNSER LAND)s in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach - Eine gute Sache

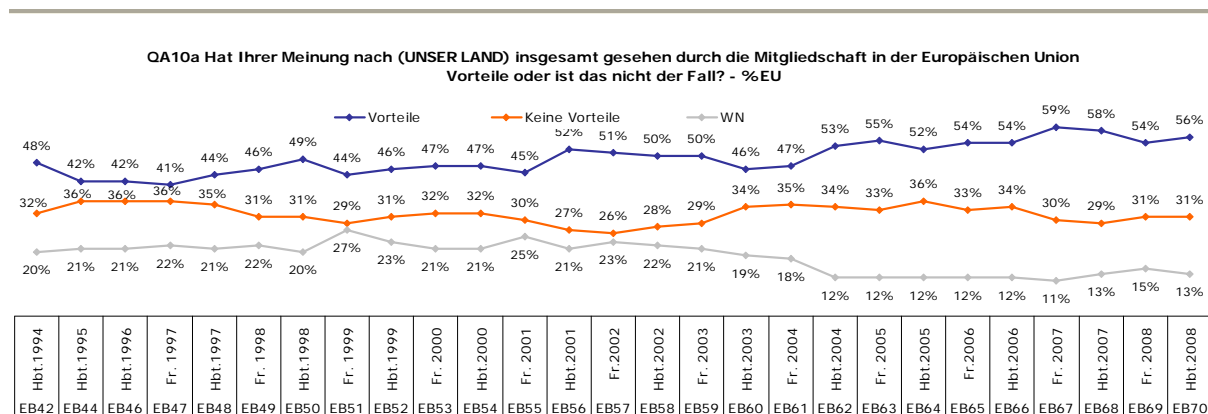
		Herbst 2008 (EB70)	Frühling 2008 (EB69)	Entwicklung (% points)
	EU27	53%	52%	+1
	Slowenien	52%	59%	+7
	Niederlande	75%	80%	+5
	Slovaquie	57%	62%	+5
	Slowakei	54%	59%	+5
	Deutschland	60%	64%	+4
	Finnland	44%	48%	+4
	Estland	58%	61%	+3
	Österreich	36%	39%	+3
	Rumänien	64%	66%	+2
	Großbritannien	30%	32%	+2
	Frankreich	48%	49%	+1
	Italien	39%	40%	+1
	Polen	65%	65%	0
	Portugal	50%	50%	0
	Belgien	66%	65%	-1
	Dänemark	65%	64%	-1
	Ungarn	32%	31%	-1
	Tschechische Republik	48%	46%	-2
	Griechenland	47%	45%	-2
	Lettland	29%	27%	-2
	Luxemburg	73%	71%	-2
	Bulgarien	51%	48%	-3
	Spanien	65%	62%	-3
	Litauen	60%	55%	-5
	Irland	73%	67%	-6
	Zypern	52%	40%	-12
	Malta	60%	46%	-14
	Kroatien	30%	23%	-7
	Türkei	49%	42%	-7
	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	72%	62%	-10

1.3. Vorteile der Mitgliedschaft in der Europäischen Union

1.3.1. Vorteile der Mitgliedschaft in der Europäischen Union

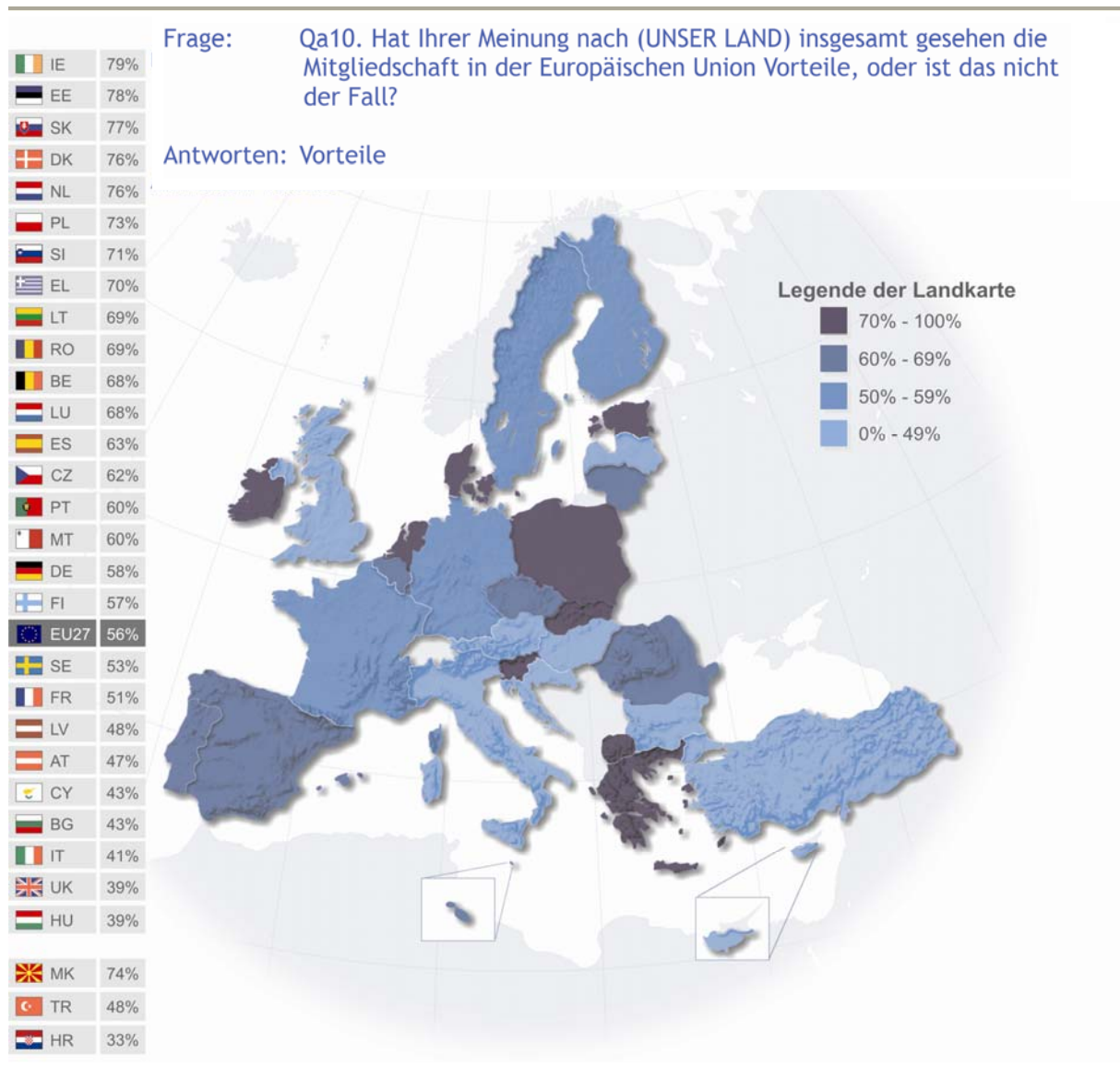
- Die Zahl der Bürger, die der Ansicht sind ihr Land habe aufgrund der Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile, ist leicht gestiegen -

Die europäischen Bürger, die mehrheitlich der Ansicht sind, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union eine gute Sache ist, bestätigen gleichermaßen in großer Zahl, dass ihr Land Vorteile davon hat (56%); im Vergleich zum Frühjahrsbericht 2008⁵⁰ ist dieser Anteil um 2 Prozentpunkte gestiegen. Der seit dem Frühjahrsbericht 2007 festgestellte Rückgang des Anteils der Befragten, die die Mitgliedschaft ihres Landes positiv bewerten, hat sich nicht weiter fortgesetzt.



In Irland (79%), Estland (78%), in der Slowakei (77%), in Dänemark und in den Niederlanden (jeweils 76%), in Polen (73%), in Slowenien (71%) und in Griechenland (70%) ist diese positive Meinung am weitesten verbreitet. Mehr als die Hälfte der Ungarn (51%), eine Mehrheit der Briten und der Zyprioten (jeweils 46%) sowie 43% der Letten und 42% der Österreicher sind entgegengesetzter Meinung. Allerdings sollten die Ergebnisse aus Irland insbesondere hervorgehoben werden, denn nur wenige Monate nach dem negativen Ergebnis des Referendums über die Übernahme des Lissaboner Vertrages ist Irland nach wie vor das Land mit den meisten Befragten, die der Meinung sind, dass ihr Land von der Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile hat.

⁵⁰ QA10a Hat (UNSER LAND) Ihrer Meinung nach insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile, oder ist das nicht der Fall?


































Drei Viertel der Befragten aus der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien zeigen sich davon in hohem Maße überzeugt, dass ihr Land durch eine künftige Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile haben würde (74%); die Mehrheit der Türken teilen diese Meinung (48%), während mehr als die Hälfte der Kroaten sich eher pessimistisch zeigen (55% sind der Meinung, dass eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union für ihr Land keine Vorteile bringen würde).

Bei dieser Frage lassen sich zwischen den Mitgliedstaaten erhebliche Unterschiede feststellen. Im Vergleich zum Frühjahrsbericht 2008 gehen die positiven Wahrnehmungen in insgesamt 12 Ländern zurück, während sie in 12 anderen Ländern zunehmen; in drei Mitgliedstaaten bleiben sie im Vergleich zu vor sechs Monaten unverändert.

Einen beträchtlichen Anstieg gibt es in Österreich (+11 Prozentpunkte), in den Niederlanden und in Finnland (jeweils +6 Prozentpunkte). Italien und Rumänien verzeichnen einen Anstieg um 4 Prozentpunkte. Hingegen ist der Anteil der Befragten, die die Mitgliedschaft in der Europäischen Union für ihr Land für vorteilhaft halten, in folgenden Ländern gefallen: um 12 Prozentpunkte auf Zypern, um 9 Prozentpunkte auf Malta, um 6 Prozentpunkte in Litauen und um jeweils 4 Prozentpunkte in Bulgarien und in Polen. Der Anstieg des Anteils der negativen Meinungen auf Zypern und auf Malta geht einher mit der rückläufigen Unterstützung der Mitgliedschaft in der Union, der in diesen beiden Ländern zu beobachten ist, wobei dieser jedoch vor allem zu relativisieren ist: Denn im letzten Frühjahr, d.h. einige Monate nach ihrer Übernahme des Euro zum 1. Januar 2008, hatten Zypern und Malta sowohl einen sehr starken Anstieg der Unterstützung der Mitgliedschaft ihres Landes in der EU als auch einen Anstieg der positiven Wahrnehmungen der Vorteile, die ihrem Land daraus erwachsen, verzeichnet. Auch wenn die Ergebnisse in diesen beiden Ländern sich verschlechtern, so haben sie nichtsdestoweniger wieder ihr Niveau vom Herbst 2007 erreicht.

QA10a Hat Ihrer Meinung nach (UNSER LAND) insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile, oder ist das nicht der Fall? Vorteile

		Frühling 2008 (EB69)	Herbst 2008 (EB70)	Entwicklung (%punkte)
	EU27	54%	56%	+2
	Österreich	36%	47%	+11
	Niederlande	70%	76%	+6
	Finlande	51%	57%	+6
	Italien	37%	41%	+4
	Rumänien	65%	69%	+4
	Deutschland	55%	58%	+3
	Ungarn	36%	39%	+3
	Schweden	50%	53%	+3
	Vereinigtes Königreich	36%	39%	+3
	Estland	76%	78%	+2
	Frankreich	49%	51%	+2
	Slowakei	76%	77%	+1
	Lettland	48%	48%	0
	Luxemburg	68%	68%	0
	Slowenien	71%	71%	0
	Portugal	61%	60%	-1
	Dänemark	77%	76%	-1
	Belgien	70%	68%	-2
	Tschechische Republik	64%	62%	-2
	Griechenland	73%	70%	-3
	Spanien	66%	63%	-3
	Irland	82%	79%	-3
	Polen	77%	73%	-4
	Bulgarien	47%	43%	-4
	Litauen	75%	69%	-6
	Malta	69%	60%	-9
	Republik Zypern	55%	43%	-12
	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	82%	74%	-8
	Türkei	58%	48%	-10
	Kroatien	44%	33%	-11

Ebenso wie bei der Unterstützung der Mitgliedschaft in der Europäischen Union wird auch bei dem Gefühl, dass diese für ihr Land von Vorteil sein könnte, in den drei Bewerberländern ein deutlicher Rückgang verzeichnet: um 11 Prozentpunkte in Kroatien, um 8 Prozentpunkte in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und um 10 Prozentpunkte in der Türkei.

Die soziodemographische Analyse korreliert in hohem Maße mit jener der vorhergehenden Frage, d.h. Männer (60%, im Vergleich zu 52% der Frauen), Führungskräfte (67%, im Vergleich zu 54% der Arbeiter und 62% der Angestellten) sowie die jüngste Altersgruppe unter den Befragten (67% der 15-24-Jährigen, im Vergleich zu 49% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber) sowie diejenigen Befragten mit der längsten Ausbildung (68% der Befragten, die ihre Ausbildung auch nach dem 20. Lebensjahr fortgesetzt haben, im Vergleich zu den befragten Personen, die ihre schulische Ausbildung vor dem 16. Lebensjahr beendet haben) zeigen sich am stärksten davon überzeugt, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union eine gute Sache ist und dementsprechend auch für ihr Land von Vorteil ist.

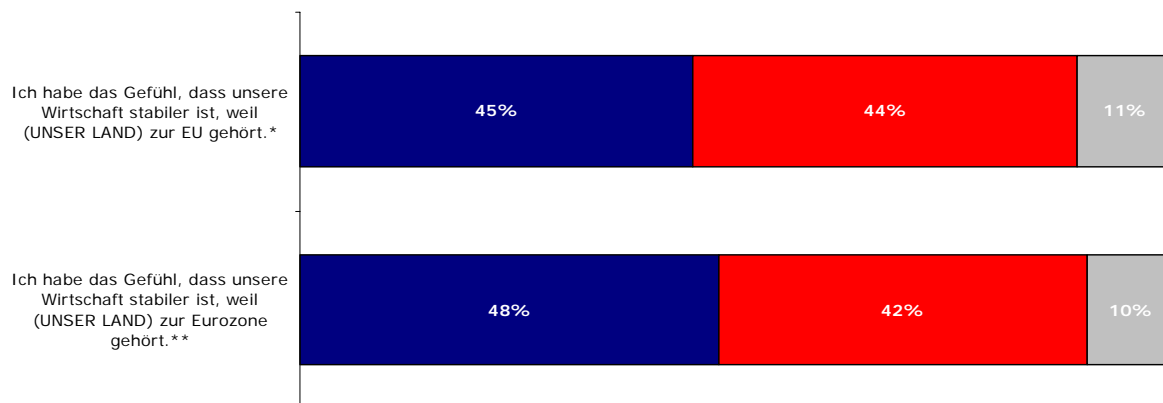
So sind die Befragten, die ein positives Bild von der Europäischen Union haben, ebenfalls in hohem Maße der Meinung, dass ihr Land durch die Mitgliedschaft in der EU Vorteile hat (82%, im Vergleich zu 16% derjenigen, die ein negatives Bild von ihr haben), so wie dieses auch für zwei Drittel der Befragten gilt, die gute Kenntnisse über die Funktionsweise der EU haben (65%, im Vergleich zu 36% derjenigen, die ihre Funktionsweise weniger gut verstehen).

1.3.2. Wirtschaftliche Stabilität im Zusammenhang mit der Zugehörigkeit zur Europäischen Union und zur Euro-Zone

Wie bereits zuvor erwähnt, funktioniert der Zusammenhang zwischen der Wirtschaftslage und den Haltungen gegenüber der Europäischen Union nicht immer auf dieselbe Weise, denn die wirtschaftlichen Probleme, mit denen die Befragten konfrontiert sind, kommen nicht unbedingt automatisch in einem Zuwachs des Misstrauens gegenüber der Union zum Ausdruck. So sind manche Befragte mitunter der Meinung, dass die wirtschaftliche Lage sich durch die Union verschlechtert habe, während andere ganz im Gegenteil der Meinung sind, dass die Union sie vor den Problemen der globalen Wirtschaft schützt. Diese Sichtweise der Europäischen Union in einem Krisenkontext lässt sich auch auf den Euro übertragen.

QA15 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr eher zustimmen oder sie eher ablehnen. %EU27

■ Stimme eher zu ■ Lehne eher ab ■ WB



*Frage in EU 27, aber nicht in der Eurozone, gefragt

**Frage nur in der Eurozone gefragt

In der Realität sind die Befragten über diese Frage sehr geteilter Ansicht, d.h. eine sehr knappe Mehrheit der Europäer, die in den zwölf Ländern der EU leben, die nicht in der Euro-Zone sind, erklärt, dass sie das Gefühl haben, dass sie eine stabilere Wirtschaft haben, weil ihr Land Mitglied in der Union ist (45%, im Vergleich zu 44%, die eine gegenteilige Meinung zum Ausdruck bringen)⁵¹. Dieses ist insbesondere der Fall bei zwei Dritteln der Slowaken (65%) und sechs von zehn Dänen und Polen (jeweils 61%). Vier Mitgliedstaaten zeigen sich, im Gegenteil, mehrheitlich nicht einverstanden mit der Aussage, derzufolge ihr Land eine stabilere Wirtschaft hat, weil es Mitglied in der EU ist: Lettland (74%), Ungarn (66%), das Vereinigte Königreich (54%) und Bulgarien (46%).

Innerhalb der Euro-Zone ist die Mehrheit der Befragten, die der Meinung sind, dass ihre Wirtschaft stabiler ist, weil ihr Land in der Euro-Zone ist, ausgeprägter (48%, im Vergleich zu 42%, die entgegengesetzter Meinung sind)⁵². Drei Mitgliedstaaten, hingegen, lehnen diese Ansicht mehrheitlich ab: Frankreich (52%), Zypern (50%) und Italien (48%). Andererseits erklären drei Viertel der Niederländer (75%) und jeweils zwei Drittel der Finnen (66%), Slowenen (65%), Iren (64%), Luxemburger (63%) und Belgier (62%), sie hätten das Gefühl, dass ihr Land von einer stabileren Wirtschaftslage profitiert, weil ihr Land der Euro-Zone angehört⁵³.

⁵¹ QA15a.1 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr eher zustimmen oder sie eher ablehnen. - *Ich habe das Gefühl, dass unsere Wirtschaft stabiler ist, weil (UNSER LAND) zur Europäischen Union gehört.*

⁵² QA15a.2 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr eher zustimmen oder sie eher ablehnen. - *Ich habe das Gefühl, dass unsere Wirtschaft stabiler ist, weil [UNSER LAND] zur Eurozone gehört.*

⁵³ Die vollständigen Ergebnisse nach Land befinden sich im Anhang dieses Berichts.




Die Ergebnisse auf diese beiden Fragen sind quasi stabil: in beiden Fällen ist der Anteil der Befragten, die mit den vorgegebenen Aussagen einverstanden sind, im Vergleich zum Frühjahrsbericht 2008 um einen Prozentpunkt rückläufig.

Bei dieser Frage sind Geschlecht und Bildungsniveau recht diskriminierende Faktoren: zwischen Männern und Frauen bestehen erhebliche Unterschiede, wobei letztere von den Vorteilen der Mitgliedschaft in der EU (bzw. der Euro-Zone) für eine stabilere Wirtschaft ihres Landes weniger überzeugt sind. Die Symmetrie der Ergebnisse zeigt, dass die Befragten mit dem längsten Bildungsweg deutlich eher das Gefühl haben, dass ihr Land durch seine Mitgliedschaft in der EU (bzw. der Euro-Zone) geschützt ist als diejenigen, die ihre Ausbildung vor dem 16. Lebensjahr beendet haben.

Dahingegen ist interessanterweise festzustellen, dass das Alter sich sehr unterschiedlich auswirkt, je nachdem ob die Frage sich auf die Mitgliedschaft in der EU oder auf die Euro-Zone bezieht. So gibt es zwar je nach Altersgruppen nur sehr geringfügige Unterschiede in der Meinung, dass die Zugehörigkeit zur Euro-Zone ein Faktor der wirtschaftlichen Stabilität ist, doch bestehen zwischen den jüngsten und den ältesten Befragten große Unterschiede in Bezug auf die Vorteile der Mitgliedschaft in der Europäischen Union, wobei die jüngsten Befragten in ihr mehrheitlich einen Stabilitätsfaktor sehen (51%, im Vergleich zu 36%, die die Aussage ablehnen), so überwiegt die gegenteilige Meinung bei den Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber (40% sind mit der vorgegebenen Aussage einverstanden, im Vergleich zu 48%).

QA15a Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr eher zustimmen oder sie eher ablehnen.

Ich habe das Gefühl, dass unsere Wirtschaft stabiler ist, weil..

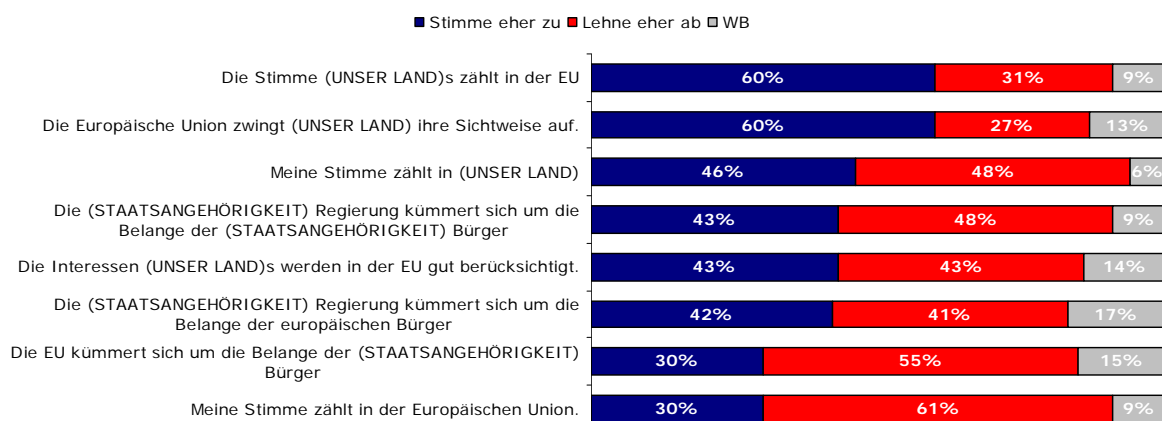
		(UNSER LAND) zur EU gehört.			(UNSER LAND) zur Eurozone gehört.		
		Stimme eher zu	Lehne eher ab	WN	Stimme eher zu	Lehne eher ab	WN
EU27		45%	44%	11%	48%	42%	10%
Geschlecht							
	Männlich	49%	43%	8%	53%	39%	8%
	Weiblich	41%	45%	14%	44%	44%	12%
Alter							
	15-24	51%	36%	13%	49%	41%	10%
	25-39	45%	44%	11%	48%	43%	9%
	40-54	47%	45%	8%	50%	42%	8%
	55 +	40%	48%	12%	48%	40%	12%
Ausbildung (Ende der)							
	15-	34%	52%	14%	39%	47%	14%
	16-19	43%	46%	11%	47%	44%	9%
	20+	54%	38%	8%	61%	32%	7%
	Studiert noch	53%	34%	13%	56%	34%	10%

2. DEMOKRATIE IN DER EUROPÄISCHEN UNION

2.1. Die Vertretung der Bürger in der Union

- Eine klare Mehrheit der europäischen Bürger ist davon überzeugt, dass die Stimme ihres Landes in der Europäischen Union zählt, doch sie sind gleichzeitig der Meinung, dass die Union ihrem Land ihre Sichtweise aufzwingt.

QA15 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr eher zustimmen oder sie eher ablehnen. %EU27



Da die Europawahlen – die wichtigste demokratische Begegnung zwischen den Bürgern und der Union - näher rücken, ist es ganz besonders wichtig, die Frage der Vertretung der Bürger - in ihrem eigenen Land und in der Union – und ihres Landes in der EU27 näher zu beleuchten.

2.1.1. Die Mitsprache des Einzelnen auf nationaler Ebene und in der Europäischen Union; die Mitsprache der Mitgliedstaaten in der Union

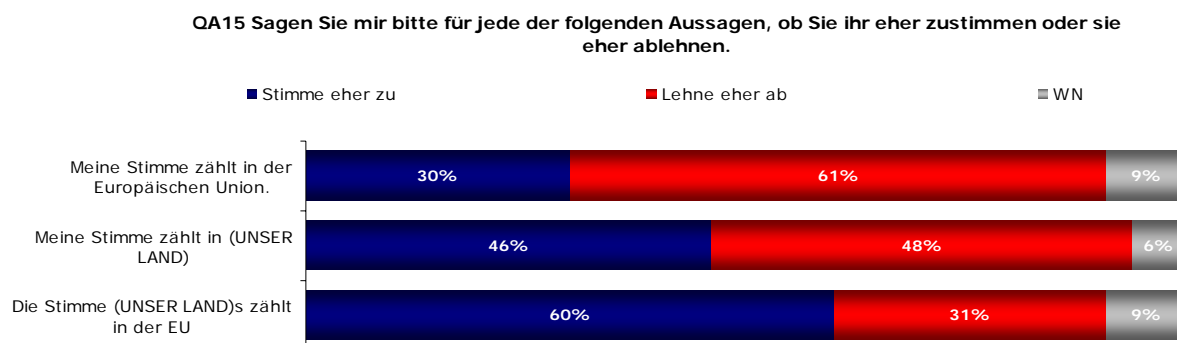
Sechs von zehn EU-Bürgern sind der Meinung, dass **die Stimme ihres Landes in der Europäischen Union zählt** (60%, im Vergleich zu 31%, die entgegengesetzter Meinung sind)⁵⁴. Die Befragten sind jedoch erheblich geteilter in ihrer Ansicht, dass **ihre Stimme in ihrem eigenen Land zählt** (46% sind dieser Ansicht, im Vergleich zu 48%, die entgegengesetzter Meinung sind), während nur eine Minderheit von ihnen das Gefühl hat, dass **ihre Stimme in der Europäischen Union zählt** (30%, im Vergleich zu 61%)⁵⁵.

Somit besteht für die Befragten also ein recht großer Unterschied zwischen dem wahrgenommenen Einfluss ihrer Stimme *in ihrem Land (46%) und in der Europäischen Union (30%)*. Dieser Unterschied kann als Ausdruck der Distanz interpretiert werden, die die Beziehung zwischen den Bürgern und der Union nach Ansicht mancher charakterisiert.

Die Diskrepanz vergrößert sich ebenfalls bei der Frage über die Beurteilung der Art und Weise wie die Stimme des eigenen Landes in der Europäischen Union berücksichtigt wird, wobei eine deutliche Mehrheit der EU-Bürger effektiv der Meinung ist, dass **die Stimme ihres eigenen Landes in der Union berücksichtigt wird** (60%), im Vergleich zu nur 30% - so möchten wir noch einmal betonen - die der Meinung sind, dass ihre eigene Stimme in der Union zählt, auch wenn dieser Unterschied durchaus verständlich erscheinen mag (denn ein einzelner Bürger hat notwendigerweise nicht denselben Einfluss wie sein Land).

⁵⁴ QA15a.6 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr eher zustimmen oder sie eher ablehnen. - *Die Stimme (UNSERES LANDES) zählt in der EU*

⁵⁵ QA15a.4 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr eher zustimmen oder sie eher ablehnen. - *Meine Stimme zählt in (UNSEREM LAND)*



Die Länderanalyse zeigt einige erhebliche Unterschiede: mehr als acht von zehn Schweden und Franzosen (jeweils 83%), 79% der Slowenen, Niederländer und Deutschen und sogar mehr als zwei Drittel der Dänen und Luxemburger (77%) sind der Meinung, dass **die Stimme ihres Landes in der Europäischen Union zählt**. Im Gegensatz hierzu wird in sieben Mitgliedstaaten mehrheitlich die entgegengesetzte Meinung vertreten: dieses gilt für Griechenland (wo 59% der Befragten nicht mit der Aussage „die Stimme meines Landes zählt in der Europäischen Union“ einverstanden sind), Lettland (52%), die Tschechische Republik, Italien und Österreich (jeweils 49%) sowie Rumänien (45%) und Bulgarien (40%).

QA15a Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr eher zustimmen oder sie eher ablehnen.

	Die Stimme (UNSER LAND)s zählt in der EU			Meine Stimme zählt in der Europäischen Union.			Meine Stimme zählt in (UNSER LAND)		
	Stimme eher zu	Lehne eher ab	WN	Stimme eher zu	Lehne eher ab	WN	Stimme eher zu	Lehne eher ab	WN
EU27	60%	31%	9%	30%	61%	9%	46%	48%	6%
BE	73%	26%	1%	46%	52%	2%	61%	38%	1%
BG	35%	40%	25%	19%	59%	22%	26%	61%	13%
CZ	44%	49%	7%	20%	76%	4%	32%	66%	2%
DK	77%	20%	3%	49%	47%	4%	90%	9%	1%
DE	79%	16%	5%	35%	56%	9%	59%	37%	4%
EE	56%	37%	7%	23%	68%	9%	41%	55%	4%
EL	40%	59%	1%	26%	73%	1%	21%	79%	-
ES	52%	31%	17%	34%	57%	9%	48%	45%	7%
FR	83%	12%	5%	43%	52%	5%	71%	27%	2%
IE	59%	27%	14%	33%	52%	15%	48%	43%	9%
IT	41%	49%	10%	17%	71%	12%	19%	71%	10%
CY	52%	40%	8%	31%	57%	12%	43%	49%	8%
LV	39%	52%	9%	14%	79%	7%	17%	78%	5%
LT	46%	40%	14%	28%	57%	15%	21%	70%	9%
LU	77%	16%	7%	42%	49%	9%	66%	28%	6%
HU	47%	43%	10%	28%	64%	8%	29%	67%	4%
MT	62%	24%	14%	49%	34%	17%	55%	33%	12%
NL	79%	18%	3%	49%	46%	5%	79%	19%	2%
AT	43%	49%	8%	26%	66%	8%	62%	33%	5%
PL	62%	29%	9%	33%	54%	13%	44%	49%	7%
PT	46%	39%	15%	24%	65%	11%	34%	55%	11%
RO	36%	45%	19%	20%	61%	19%	19%	67%	14%
SI	79%	19%	2%	51%	45%	4%	74%	24%	2%
SK	49%	41%	10%	24%	67%	9%	42%	52%	6%
FI	69%	28%	3%	29%	67%	4%	77%	22%	1%
SE	83%	14%	3%	41%	51%	8%	90%	8%	2%
UK	47%	43%	10%	18%	76%	6%	36%	60%	4%
HR	36%	54%	10%	32%	58%	10%	63%	32%	5%
TR	24%	55%	21%	27%	54%	19%	22%	61%	17%
MK	23%	61%	16%	24%	66%	10%	48%	41%	11%

Wenngleich auch oben auf der Skala zwei große Länder stehen, scheint es zwischen der (bevölkerungsmäßigen) Größe des Landes und dem Gefühl, dass seine Stimme in der Europäischen Union zählt, keine direkte Korrelation zu geben. So wird diese Meinung von weniger Spaniern (52%), Briten (47%) und Italienern (41%) geteilt als vom Durchschnitt der EU-Bürger.

Auf individuellem Niveau zeigen sich die Slowenen am positivsten, da 51% von ihnen der Meinung sind, **dass ihre Stimme in der EU zählt** ⁵⁶. Ihre Ansicht wird von der Hälfte der Niederländer, Dänen und Maltesen (jeweils 49%) geteilt, während nur 14% der Letten, 17% der Italiener und 18% der Briten eine ähnliche Meinung vertreten. Etwa drei Viertel der Befragten dieser Mitgliedstaaten (jeweils 79%, 71% et 76%) sind der Meinung, dass ihre Stimme in der Union nicht zählt; 76% der Tschechen und 73% der Griechen teilen diese Meinung.

Auf nationaler Ebene schließlich erklärt ein sehr hoher Anteil der Skandinavier (90% der Dänen und der Schweden), drei Viertel der Slowenen (74%), 71% der Franzosen und zwei Drittel der Luxemburger (66%), dass **ihre Stimme in ihrem Land zählt**. Dies gilt für eine Minderheit in der Hälfte der Mitgliedstaaten; insbesondere in Lettland (17%), Italien (19%), Litauen und Griechenland (jeweils 21%).

⁵⁶ QA15a.3 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr eher zustimmen oder sie eher ablehnen. - *Meine Stimme zählt in der Europäischen Union.*

2.1.2. Die Sensibilität der nationalen Regierungen und der Union gegenüber den Belangen der Bürger auf nationaler Ebene; die Sensibilität der nationalen Regierungen gegenüber den Belangen der europäischen Bürger

Was die Sensibilität der nationalen Regierung⁵⁷ und der Union⁵⁸ gegenüber den Belangen der Bürger betrifft, so sind die Ergebnisse recht zurückhaltend. Eine starke Minderheit der Befragten erklärt, dass **ihre Regierung sich um die Belange der Bürger ihres Landes kümmert** (43% stimmen dieser Aussage zu, während 48% diese Aussage ablehnen); ein fast gleicher Anteil – welcher dieses Mal allerdings die Mehrheit der Befragten ausmacht – erklärt, dass **ihre Regierung sich um die Belange der europäischen Bürger kümmert** (42% stimmen dieser Aussage zu, im Vergleich zu 41%, die entgegengesetzter Meinung sind)⁵⁹. Im Gegensatz hierzu vertreten die Befragten mehrheitlich die Meinung, dass **die Belange der Bürger des Landes, in dem sie leben, von der Union nicht berücksichtigt werden** (55% vertreten diese Ansicht, im Vergleich 30%, die – im Gegenteil – der Ansicht sind, dass die Europäische Union sich um die Belange der Bürger ihres Landes kümmert).

Auch hier finden wir wiederum das bereits zuvor beschriebene Differential, in vergleichbaren Anteilen, d.h. die EU-Bürger sind der Meinung, dass die nationalen Regierungen sich etwas mehr um die Belange der Bürger kümmern als die Europäische Union.

Eine Minderheit von EU-Bürgern (aber eine Mehrheit der Mitgliedstaaten - 15 von 27 -) sind der Meinung, dass **ihre nationale Regierung sich um die Belange der Bürger ihres Landes kümmert** (43%, im Vergleich zu 48%, die entgegengesetzter Meinung sind). Drei Viertel der Niederländer und der Dänen (jeweils 77% und 76%), sieben von zehn Finnen (69%) und 61% der Schweden erklären, dass **ihre nationale Regierung sich um die Belange der Bürger ihres Landes kümmert**, während nur 17% der Litauer, 18% der Bulgaren, 19% der Griechen und 21% der Letten diese Meinung teilen.

⁵⁷ QA15a.9 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr eher zustimmen oder sie eher ablehnen. - *Die [NATIONALITÄT] Regierung kümmert sich um die Belange der (NATIONALITÄT) Bürger*

⁵⁸ QA15a.10 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr eher zustimmen oder sie eher ablehnen. - *Die EU kümmert sich um die Belange der (NATIONALITÄT) Bürger.*

⁵⁹ QA15a.11 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr eher zustimmen oder sie eher ablehnen. - *Die EU kümmert sich um die Belange der europäischen Bürger*

Im Gegensatz hierzu erklärt eine Mehrheit der EU-Bürger, dass die **Union sich nicht um die Belange der Bürger ihres Landes kümmere**: 55%, im Vergleich zu 30%, die entgegengesetzter Meinung sind. Nur Dänemark (49%), Spanien und Malta (38% bzw. 39%) erklären mehrheitlich, dass **die Europäische Union sich um die Belange der Bürger ihres Landes kümmert**. Weniger als einer von fünf Österreichern (19%) und 23% der Finnen und der Letten, 24% der Briten sowie ein Viertel der Ungarn und der Litauer (jeweils 25%) teilen diese Meinung.

Im übrigen hebt sich nichtsdestoweniger eine sehr knappe Mehrheit unter den EU-Bürgern ab, die erklären, dass **die nationale Regierung sich um die Belange der europäischen Bürger kümmert**: 42%, die diese Meinung vertreten, im Vergleich zu 41%, die entgegengesetzter Meinung sind. Zwei Drittel der Zyprioten (64%) und der Niederländer (63%), 57% der Dänen und 56% der Finnen vertreten diese Meinung, im Gegensatz zu nur 19% der Bulgaren (jedoch muss festgehalten werden, dass 44% von ihnen diese Frage nicht beantwortet haben), 20% der Griechen, 22% der Rumänen (wobei 31% sich einer Antwort auf die Frage enthalten) und 24% der Letten.

2.1.3. Die Berücksichtigung der Länderinteressen innerhalb der Union und der Einfluss der Union auf die Mitgliedstaaten

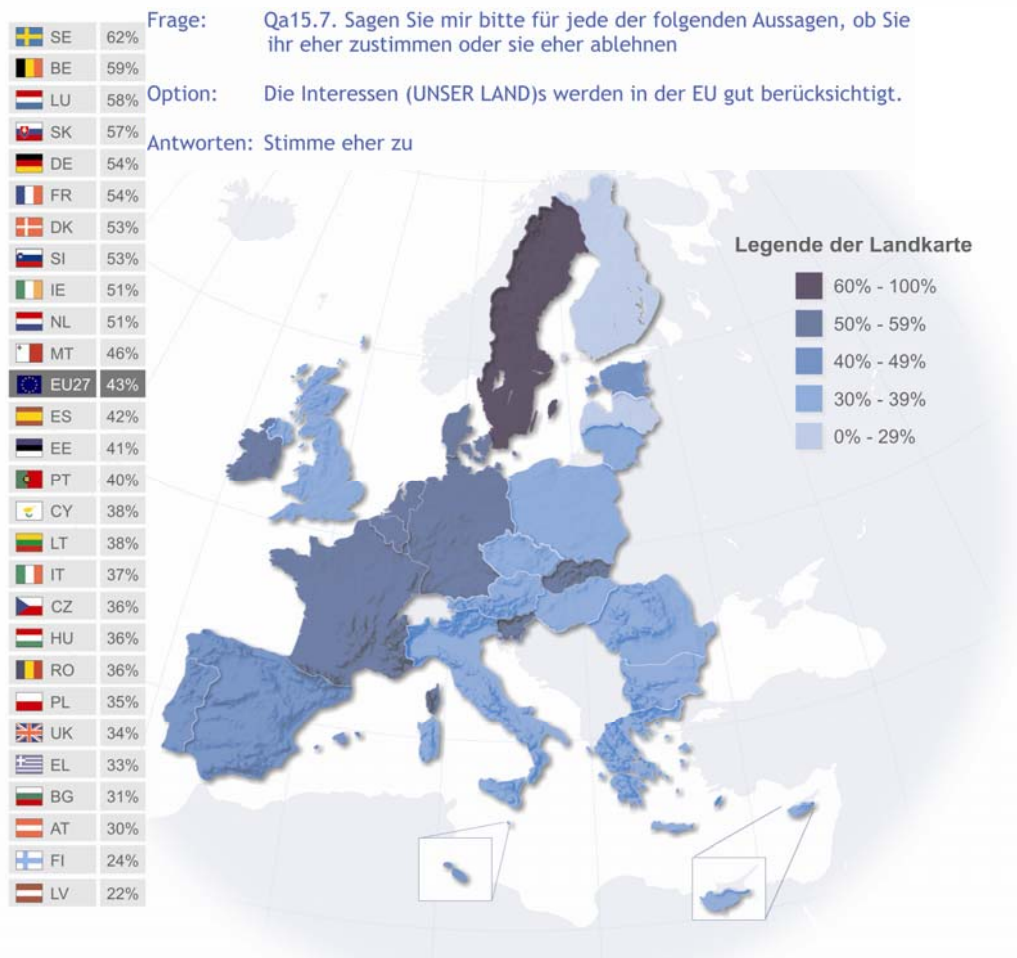
Wenn es schließlich um die Frage über die Beziehung zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Union geht, dann vertritt eine starke Mehrheit der Befragten die Meinung, dass die Union **ihren Ländern ihre Sichtweise aufzwingt** (60%)⁶⁰. Im übrigen sind die Meinungen genau geteilt über die Frage, ob **die Interessen ihres Landes in der Europäischen Union gut berücksichtigt werden** (43% erklären Ja, ein gleich hoher Anteil vertritt die Meinung, dass dies nicht der Fall sei)⁶¹.

Die EU-Bürger sind somit also recht kritisch bei der Frage über die Beziehungen zwischen ihrem Land und der Union. Wenngleich sie auch, wie wir bereits gesehen haben, durchaus der Meinung sind, dass die Stimme ihres Landes in der Europäischen Union zählt, so zeigen sie sich, wenn die Frage präzisiert wird und auf die Art und Weise abzielt, auf die die Interessen ihres Landes in der Union berücksichtigt werden, sehr geteilt. Und schließlich haben die Europäer mehrheitlich das Gefühl, dass die Union den Mitgliedstaaten ihre Entscheidungen aufzwingt.

Mehr als sechs von zehn Schweden (62%), 59% der Belgier, 58% der Luxemburger und 57% der Slowaken sind der Ansicht, dass **die Interessen ihres Landes in der Europäischen Union gut berücksichtigt werden**. Weniger als ein Viertel der Letten (22%), der Finnen (24%), 30% der Österreicher und 31% der Bulgaren teilen dieses Vertrauen.

⁶⁰ QA15a.8 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr eher zustimmen oder sie eher ablehnen. - *Die Europäische Union zwingt (UNSEREM LAND) ihre Sichtweise auf.*

⁶¹ QA15a.7 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr eher zustimmen oder sie eher ablehnen - *Die Interessen (UNSERES LANDES) werden in der EU gut berücksichtigt.*



Gleichwohl erklären drei von fünf EU-Bürgern, dass **die Europäische Union ihren Mitgliedstaaten ihre Sichtweisen aufzwingt**; dieses gilt für drei Viertel der Zypriern und der Griechen (jeweils 76%) und der Letten (75%) sowie 72% der Belgier, im Vergleich zu nur 48% der Luxemburger und 49% der Deutschen.

Bei vier Aspekten der Frage wurde im Vergleich zum Eurobarometer-Frühjahrsbericht 2008 ein Rückgang verzeichnet: -2 Prozentpunkte bei der Anzahl der Befragten, die der Meinung sind, dass **die Interessen ihres Landes in der Europäischen Union gut berücksichtigt werden** und bei denjenigen Befragten, die erklären, dass **ihre Stimme im eigenen Land zählt**, -1 Prozentpunkt bei denjenigen, die der Meinung sind, dass **ihre Stimme in der Europäischen Union zählt** und dass **die Stimme ihres Landes in der EU27 zählt**. Der Anteil der Befragten, die der Meinung sind, dass **die Union den Mitgliedstaaten ihre Sichtweisen aufzwingt**, bleibt unverändert. Die übrigen drei Aspekte wurden erstmals untersucht.

Die Meinungen der Bürger der Bewerberländer gehen bei drei Aspekten in dieselbe Richtung wie beim Durchschnitt der EU-Bürger. Somit vertritt eine Mehrheit der Befragten der drei Bewerberländer die Meinung, dass die Europäische Union sich nicht um die Belange der Bürger ihres Landes kümmert (74% der Kroaten, 62% der Befragten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und 56% der Türken, im Vergleich zu durchschnittlich 55% in den Mitgliedstaaten der Union), dass ihre Stimme nicht in der Europäischen Union zählt (66% der Befragten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, 58% der Kroaten und 54% der Türken, im Vergleich zu 61% der Befragten in der EU27) und schließlich, dass die Union ihren Ländern ihre Sichtweisen aufzwingt (78% der Kroaten, 68% der Befragten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und 56% der Türken, im Vergleich zu sechs von zehn EU-Bürgern – 60%).

Im Gegensatz hierzu erklärt die Mehrheit der Befragten in den Bewerberländern sich nicht einverstanden mit der Aussage, nach der die Stimme ihres Landes in der Europäischen Union zählt, im Vergleich zu nur 31% der Befragten der Mitgliedstaaten. Diese Diskrepanz mag im Hinblick auf den Bewerberstatus dieser Länder als durchaus verständlich erscheinen.

Die Kroaten und die Einwohner der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sind der Ansicht, dass ihre Stimme in ihrem Land zählt (jeweils 63% und 48%), im Vergleich zu nur 22% der Türken. Letztere, ebenso wie die Kroaten, sind nichtsdestoweniger mehrheitlich davon überzeugt, dass ihre Regierung sich nicht um die Belange ihrer Bürger kümmert (jeweils 48% und 77%, im Vergleich zu 42% der Befragten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, die sich – ebenso wie die Befragten der EU27 - geteilter zeigen).





Und schließlich vertreten, wenngleich auch eine knappe Mehrheit der Türken (38%) der Meinung ist, dass ihre Regierung sich um die Belange der europäischen Bürger kümmert, 69% der Kroaten und 42% der Befragten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien eine entgegengesetzte Meinung.

Die soziodemographische Analyse ergibt bei diesen Fragen erhebliche Unterschiede, insbesondere je nach Geschlecht und Bildungsniveau der Befragten. So vertreten im allgemeinen Männer und die Befragten mit dem höchsten Bildungsstand stets zahlreicher als Frauen und als die Befragten, die ihre schulische Ausbildung vor dem 16. Lebensjahr beendet haben, nicht nur die Meinung, dass ihre Stimme zählt (ob im eigenen Land oder in der Europäischen Union), sondern auch, dass die Stimme ihres Landes in der EU zählt und dass die Interessen ihres Landes in der Union berücksichtigt werden.

Nun allerdings kann man sich die Frage stellen, ob der Unterschied zwischen Männern und Frauen bei diesen Fragen nicht mit dem Ungleichgewicht in der Vertretung zwischen den Geschlechtern in den politischen Institutionen in Zusammenhang zu bringen ist.

Zwei Drittel der Befragten, die der politischen Rechten nahestehen, erklären, dass die Europäische Union ihrem Land ihre Sichtweisen aufzwingt (65%, im Vergleich zu 58% der Sympathisanten der politischen Linken). Ebenso vertreten diejenigen, die eine abgeschlossene Schulbildung haben, im Vergleich zu den Befragten, die noch studieren bzw. in Ausbildung sind, häufiger die Meinung, dass die Europäische Union ihrem Land ihre Sichtweisen aufzwingt.

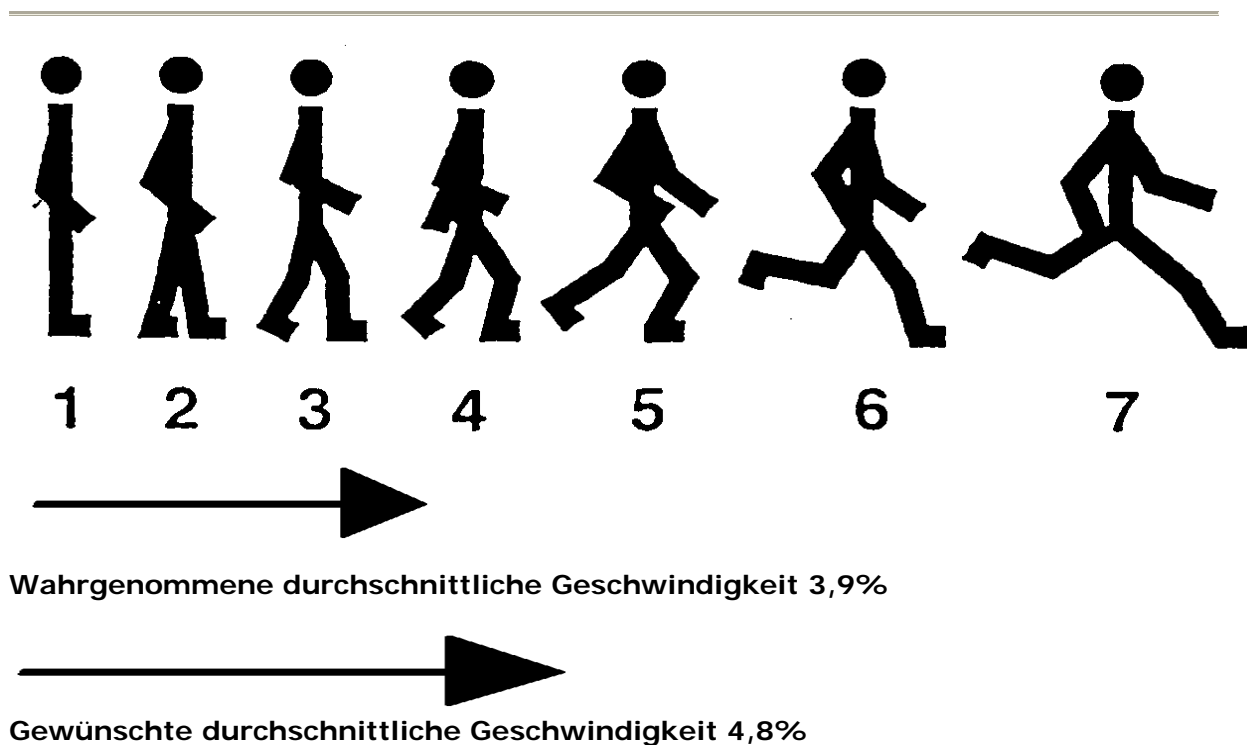
QA15a Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr eher zustimmen oder sie eher ablehnen.

		Die Europäische Union zwingt (UNSER LAND) ihre Sichtweise auf.			Meine Stimme zählt in (UNSER LAND)			Die Interessen (UNSER LAND)s werden in der EU gut berücksichtigt.			Meine Stimme zählt in der Europäischen Union.		
		Stimme eher zu	Lehne eher ab	WN	Stimme eher zu	Lehne eher ab	WN	Stimme eher zu	Lehne eher ab	WN	Stimme eher zu	Lehne eher ab	WN
EU27		60%	27%	13%	46%	48%	6%	43%	43%	14%	30%	61%	9%
Geschlecht													
	Männlich	61%	28%	11%	48%	47%	5%	46%	43%	11%	32%	60%	8%
	Weiblich	58%	26%	16%	45%	48%	7%	40%	43%	17%	28%	62%	10%
Alter													
	15-24	51%	31%	18%	46%	45%	9%	49%	34%	17%	31%	57%	12%
	25-39	59%	28%	13%	46%	49%	5%	44%	42%	14%	30%	62%	8%
	40-54	63%	27%	10%	48%	47%	5%	42%	46%	12%	31%	61%	8%
	55 +	61%	25%	14%	47%	48%	5%	40%	45%	15%	29%	62%	9%
Ausbildung (Ende der)													
	15-	58%	24%	18%	39%	55%	6%	35%	48%	17%	23%	68%	9%
	16-19	62%	26%	12%	46%	50%	4%	42%	44%	14%	29%	63%	8%
	20+	62%	29%	9%	58%	38%	4%	50%	39%	11%	39%	54%	7%
	Studiert noch	51%	32%	17%	46%	43%	11%	52%	32%	16%	31%	55%	14%
Links-Rechts Skala													
	(1-4) Links	58%	30%	12%	52%	44%	4%	48%	39%	13%	33%	60%	7%
	(5-6) Mitte	62%	26%	12%	49%	47%	4%	45%	43%	12%	32%	61%	7%
	(7-10) Rechts	65%	26%	9%	51%	45%	4%	45%	45%	10%	34%	58%	8%

3. DIE MEINUNG ÜBER DIE GESCHWINDIGKEIT DES AUFBAUS EUROPAS

- Die Europäer bezeugen ihren Wunsch, den Aufbau Europas schneller voranschreiten zu sehen, wobei sich die Befragten einer Ländergruppe einem schnelleren europäischen Aufbau eher widersetzen -

Auf einer Skala von 1 bis 7, wobei 1 ein Männchen darstellt, das vollkommen still steht und 7 ein Männchen, das so schnell wie möglich läuft, schätzen die EU-Bürger die gegenwärtige Geschwindigkeit, mit der Europa aufgebaut wird, auf einer Stufe von 3,9 ein.⁶² Somit befinden sie sich also gerade unter dem mittleren Punkt der Skala (4).



Sowohl die Entwicklung der wahrgenommenen Geschwindigkeit als auch die Entwicklung der von den Europäern gewünschten Geschwindigkeit zeigt seit Herbst 2005 ein hohes Maß an Stabilität.

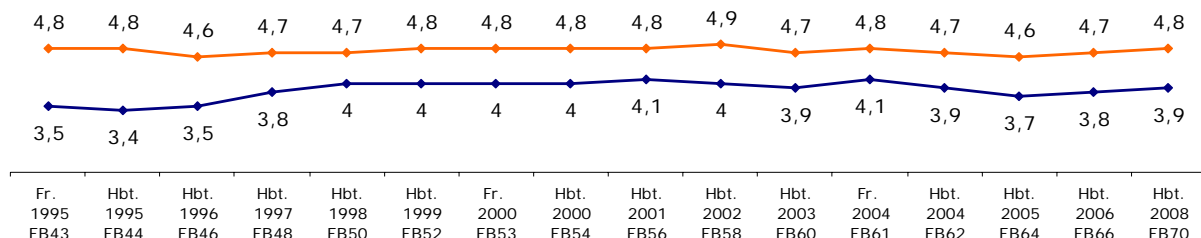
⁶² QA19a Wie hoch ist Ihrer Meinung nach die gegenwärtige Geschwindigkeit, mit der Europa aufgebaut wird? Bitte schauen Sie sich diese Männchen an. Nr. 1 steht still, Nr. 7 läuft so schnell wie möglich. Welches Männchen entspricht Ihrer Meinung nach der gegenwärtigen Geschwindigkeit beim Aufbau Europas am besten?

QA19 Die aktuelle und gewünschte Geschwindigkeit, Europa zu bauen

Maßstab von 1 (steht still) zu 7 (läuft so schnell wie möglich)

Der Durchschnitt ist hier vertreten

— Gegenwärtige Geschwindigkeit
 — Geschwindigkeit, die Sie sich wünschen würden



Die Luxemburger und die Maltesen überschreiten diesen Mittelpunkt (jeweils 4,4); die Slowenen und die Österreicher bewerten die Geschwindigkeit des europäischen Aufbaus mit einer Stufe von 4,3 und die Spanier und Rumänen mit 4,2. Im Gegensatz hierzu sind die Griechen und die Ungarn diejenigen, die ihn mit der niedrigsten Geschwindigkeit ansetzen: 3,5.

Auf die nächste Frage über die Geschwindigkeit, mit der sie den Aufbau Europas gerne voranschreiten sehen würden, antworten die EU-Bürger mit 4,8, d.h. einer Geschwindigkeit, die über der Geschwindigkeit liegt, die sie heute wahrnehmen; das ist nahezu ein Punkt über der Mitte der Skala von 1 bis 7⁶³. Neun Mitgliedstaaten geben eine Position über 5 an: die beiden letzten Beitrittsländer der EU – Bulgarien und Rumänien (5,8) - ; Griechenland bei 5,7; Polen bei 5,6; Ungarn und die Slowakei jeweils bei 5,4; Zypern bei 5,3; Portugal bei 5,2 und schließlich Litauen bei 5,1.

Die Finnen (4) und die Österreicher (4,1) zeigen sich weniger positiv, was eine Beschleunigung des europäischen Aufbaus betrifft. Sie würden sich als einzige eine Verlangsamung des Tempos wünschen, mit dem Europa derzeit aufgebaut wird, wobei die Finnen die Geschwindigkeit gegenwärtig bei 4,1 einstufen würden und sich wünschen würden, das sie sich auf Stufe 4 einstellt; die Österreicher, ihrerseits, bewerten die gegenwärtige Geschwindigkeit mit 4,3 und würden sich eine Verlangsamung auf 4,1 wünschen. Auch die Briten würden eine Geschwindigkeit von 4,1 wünschen. Dieses stellt, hingegen, eine Verbesserung im Vergleich zu ihrer Bewertung der gegenwärtigen Geschwindigkeit dar (3,8).

⁶³ QA19b Und welches Männchen entspricht am besten der Geschwindigkeit, die Sie sich wünschen würden?

Wenngleich die Bewertung der gegenwärtigen Geschwindigkeit des europäischen Aufbaus vonseiten der Bewerberländer auch nahe an der der EU27 liegt, (3,7 für die Kroaten, 3,5 für die Türken und 3,8 für die Befragten aus der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien), so zeigen die Befragten dieser letzten beiden Länder den starken Wunsch, dass diese Geschwindigkeit sich beschleunigen würde, d.h. bis zu 6,1, was die Befragten aus der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien betrifft (die damit möglicherweise ihren Wunsch bezeugen, der Union rasch beizutreten) und 5,2, was die Türken betrifft. Die Kroaten positionieren sich im europäischen Durchschnitt (4,8).

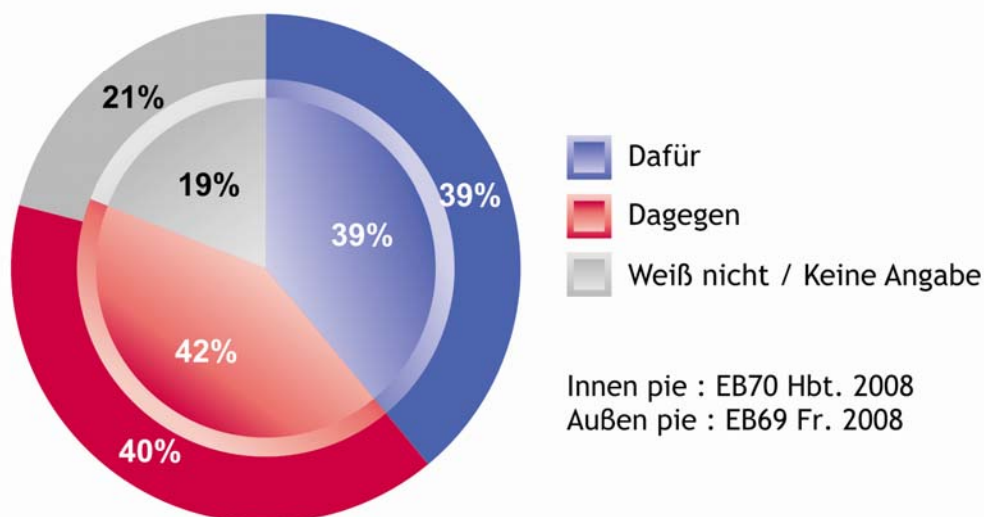
Die Jüngsten unter den Befragten erklären, dass sie eine starke Beschleunigung des Aufbaus Europas befürworten würden: die Altersgruppe der 15-24-Jährigen bewertet die gegenwärtige Geschwindigkeit mit Position 4 und würde sich eine Geschwindigkeit von 5,3 wünschen, während die Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber die derzeitige Geschwindigkeit mit 3,9 bewerten und sich eine Beschleunigung auf 4,6 wünschen würden. Im allgemeinen würden sich alle soziodemographischen Kategorien eine Beschleunigung des europäischen Aufbaus wünschen.

- Die Europäer sind geteilter Meinung angesichts eines Europas der zwei Geschwindigkeiten -

Eine kleine Mehrheit der EU-Bürger erklärt, dass sie dagegen ist, dass der Aufbau Europas in einer Ländergruppe schneller voranschreitet als in anderen Ländern. Dieses ist zwar eine kleine Mehrheit, doch insgesamt zeigen die Befragten sich angesichts dieser Frage sehr geteilter Meinung: 42% sprechen sich gegen ein Europa der zwei Geschwindigkeiten aus, im Vergleich zu 39%, die dies befürworten würden⁶⁴. Der Anteil der Befragten, die gegen eine schnellere europäische Integration bestimmter Länder sind, ist im Vergleich zum Frühjahrsbericht 2008 um 2 Prozentpunkte gestiegen; der Anteil der Befürworter ist unverändert geblieben.

Frage: QA27.5. Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.

Option: Dass die Geschwindigkeit, mit der Europa aufgebaut wird, in einer Gruppe von Ländern höher ist als in anderen Ländern.



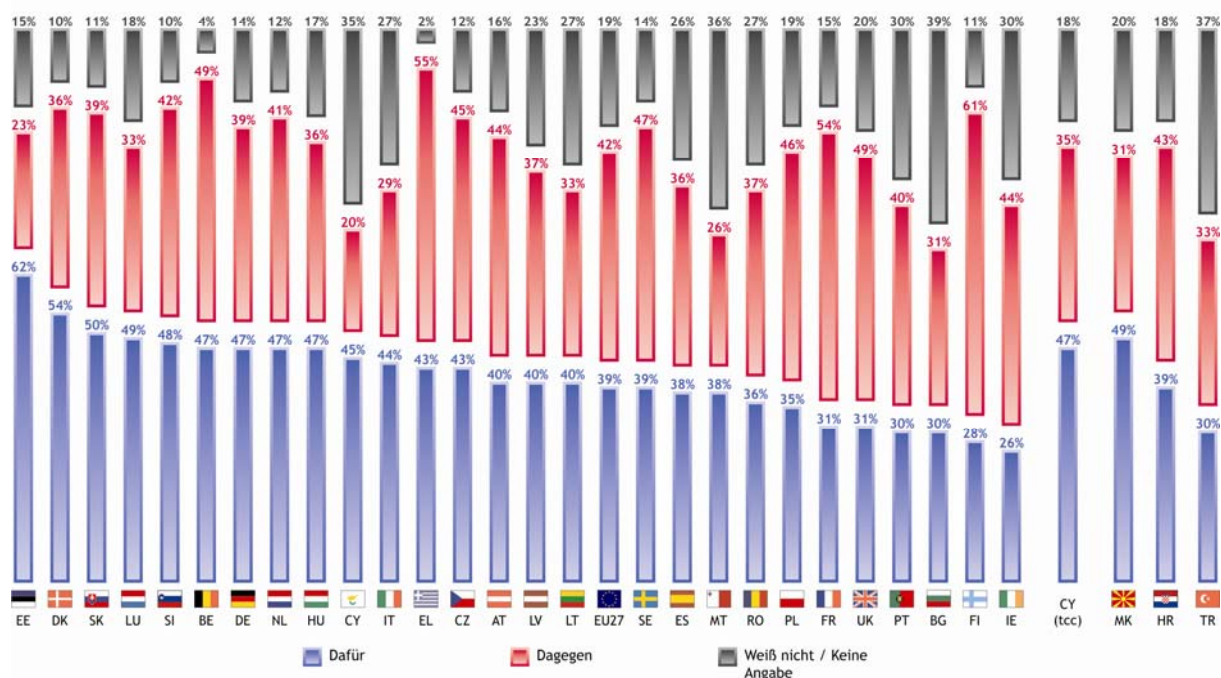
Mehr als sechs von zehn Esten (62%) und auch mehr als die Hälfte der Dänen (54%) erklären, dass sie sich wünschen, dass bestimmte Länder auf dem Wege der europäischen Integration schneller voranschreiten. Ein gleich hoher Anteil der Finnen (61%), der Griechen (55%) und Franzosen (54%) erklären sich dagegen. Es ist darauf hinzuweisen, dass die Mehrheit der Bulgaren zu dieser Frage keine Meinung zum Ausdruck bringen (39%), während 31% sich gegen eine Beschleunigung des europäischen Aufbaus in einer Ländergruppe aussprechen und 30% dies befürworten würden.

⁶⁴ QA27.5 Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind. - Dass die Geschwindigkeit, mit der Europa aufgebaut wird, in einer Gruppe von Ländern höher ist als in anderen Ländern.

Wir weisen ebenfalls auf die extreme Position der Iren hin, die am wenigsten zahlreich den Wunsch zum Ausdruck bringen, dass der europäische Aufbau in einer Ländergruppe schneller voranschreiten sollte als in den übrigen Ländern, denn nach dem Sieg des „Nein“ im Referendum über die Übernahme des Lissaboner Vertrages in ihrem Land scheint ein bedeutender Anteil der Iren zu befürchten, dass die Europäische Union ohne sie weiter voranschreiten könnte.

Frage: QA27.5. Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.




Option: Dass die Geschwindigkeit, mit der Europa aufgebaut wird, in einer Gruppe von Ländern höher ist als in anderen Ländern.



Die Kroaten bringen eine Meinung zum Ausdruck, die der der EU-Bürger zu dieser Frage sehr ähnlich ist: 43% würden eine schnellere europäische Integration in einer Ländergruppe eher befürworten. Die Türken zeigen sich geteilter Meinung, wobei 30% eine schnellere Integration in manchen Ländern befürworten würden, 33% sie ablehnen und die Mehrheit (37%) sich der Antwort enthält. Und schließlich zeigen die Befragten aus der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sich am enthusiastischsten: die Hälfte von ihnen (49%) würde sich wünschen, dass bestimmte Länder auf dem Wege der europäischen Integration schneller voranschreiten.

**QA27.5 Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen?
Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder
dagegen sind.**

**Dass die Geschwindigkeit, mit der Europa aufgebaut wird, in
einer Gruppe von Ländern höher ist als in anderen Ländern.**

		Dafür	Dagegen	WN
	UE27	39%	42%	19%
	Geschlecht			
	Männlich	43%	42%	15%
	Weiblich	36%	41%	23%
	Alter			
	15- 24	41%	41%	18%
	25- 39	41%	42%	17%
	40- 54	40%	44%	16%
	55 +	36%	40%	24%
	Ausbildung (Ende der)			
	15-	32%	41%	27%
	16- 19	38%	44%	18%
	20+	45%	42%	13%
	Studiert noch	45%	40%	15%
	Vorteil von EU Mitgliedschaft			
	Land hat profitiert	47%	39%	14%
	Land hat nicht profitiert	30%	51%	19%

Die Analyse der Antworten nach dem Profil der Befragten zeigt auch hier wiederum erhebliche Unterschiede je nach Geschlecht und Bildungsniveau, wobei die Männer unter den Befragten äußerst geteilter Meinung sind; dennoch würde eine knappe Mehrheit unter ihnen eine schnellere Integration in bestimmten Ländern im Gegensatz zu anderen befürworten (43% dafür; 42%, dagegen); bei den Frauen überwiegt die entgegengesetzte Meinung, auch wenn dieses im wesentlichen aus dem höheren Anteil der „weiß nicht“-Antworten resultiert (36% dafür, 41% dagegen und 23% machten keine Angaben).

Ähnliche Trends ergaben sich unter den Befragten mit dem höchsten Bildungsstand (45% dafür, 42% dagegen und 13%, die keine Angaben machten), im Vergleich zu denjenigen, die ihre schulische Ausbildung vor dem 16. Lebensjahr beendet haben (32% dafür, 41% dagegen und 27%, die keine Angaben machten).

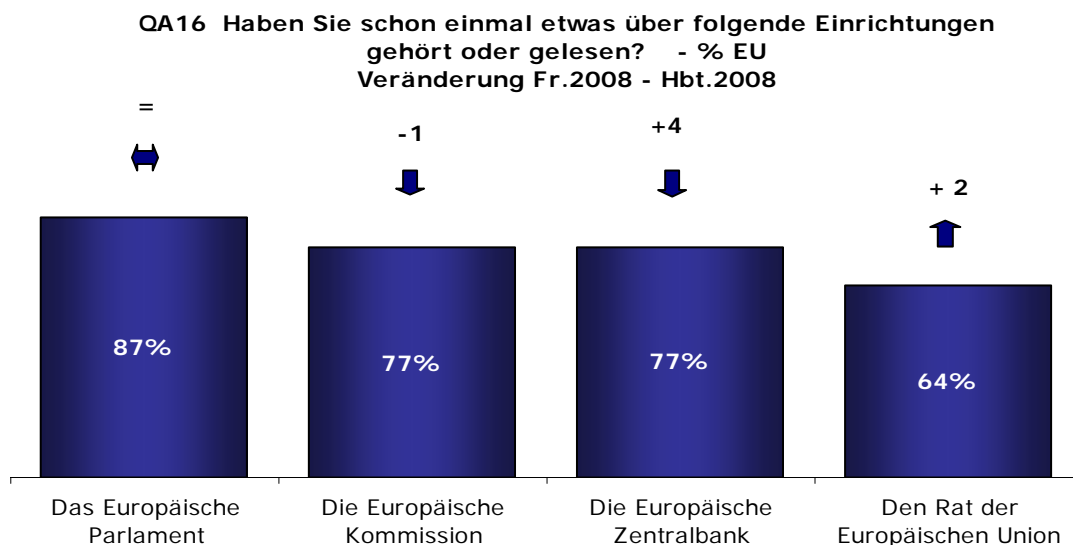
Auch ist auf den Unterschied zwischen den Ergebnissen je nach dem wahrgenommenen Vorteil durch die Mitgliedschaft in der Union hinzuweisen: Die Befragten, die dieser Ansicht sind, sind recht deutlich für eine Union, die voranschreitet, auch wenn bestimmte Länder schneller voranschreiten als andere (47% dafür, 39% dagegen). Umgekehrt würden die Befragten, die der Meinung sind, dass ihr Land durch seine Zugehörigkeit zur Europäischen Union keine Vorteile hat, es lieber sehen, dass die Geschwindigkeit, mit der Europa aufgebaut wird, in allen Ländern der Union diegleiche ist.

4. EUROPÄISCHE INSTITUTIONEN

4.1. Der Bekanntheitsgrad der europäischen Institutionen

- ***Der Bekanntheitsgrad der europäischen Institutionen bleibt gleich was das Europäische Parlament und die Europäische Kommission betrifft; für den Rat der Europäischen Union gibt es einen leichten Anstieg, und einen deutlichen Anstieg für die Europäische Zentralbank -***

Das Europäische Parlament ist nach wie vor die Institution, die den europäischen Bürgern am besten bekannt ist: 87% der Befragten haben schon von ihr gehört. Darauf folgen zu jeweils gleich hohen Anteilen die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank, von denen 77% der Befragten wissen, dass es sie gibt, und der Rat der Europäischen Union (64%).⁶⁵



Im Vergleich zum Frühjahr 2008 sind diese Indikatoren gleich geblieben für das Parlament (=) und für die Kommission (-1 Prozentpunkt), einen leichten Anstieg gibt es für den Rat der Europäischen Union (+2 Prozentpunkte) und einen deutlichen Anstieg gibt es für die Europäische Zentralbank (+4 Prozentpunkte). Diese Institution hat somit offensichtlich von einer verstärkten Medienberichterstattung im Zusammenhang mit der Finanzkrise profitiert.

⁶⁵ QA16 Haben Sie schon einmal etwas über folgende Einrichtungen gehört oder gelesen? 1. Das Europäische Parlament 2. Die Europäische Kommission 3. Den Rat der Europäischen Union 4. Die Europäische Zentralbank

Eine deutliche Mehrheit der EU-Bürger ist der Meinung, dass die Institutionen der EU eine wichtige Rolle spielen⁶⁶: diese Meinung vertreten etwa drei Viertel der EU-Bürger in Bezug auf das Europäische Parlament und die Europäische Zentralbank (74% bzw. 73%). Mehr als zwei Drittel der Befragten vertreten die gleiche Meinung in Bezug auf die Europäische Kommission (68%) und mehr als sechs von zehn Befragten in Bezug auf die bei den Bürgern am wenigsten bekannte Institution, den Rat der Europäischen Union (61%).

Ein sehr hoher Anteil der Slowenen ist in der Lage, die Institutionen der EU zu identifizieren, und sie sind der Meinung, dass die Institutionen eine wichtige Rolle spielen. Die Belgier, Luxemburger und die Finnen zeigen sich ebenfalls sehr stark hiervon überzeugt. Im Vereinigten Königreich, hingegen, ist der Anteil der Bürger, die in der Lage sind, die Institutionen der EU zu identifizieren, nach wie vor deutlich geringer als in den übrigen Mitgliedstaaten. Ebenso zeigen sich die Briten nach wie vor am wenigsten von der Bedeutung der Rolle der Institutionen in der Gemeinschaft überzeugt.

Nahezu die Gesamtheit aller Befragten der nördlichen Länder (97% der Finnen, 96% der Dänen und 95% der Schweden) haben schon einmal vom Europäischen Parlament gehört; dies gilt auch für jeweils 97% der Slowaken und der Luxemburger sowie 95% der Niederländer. Im Vereinigten Königreich erklären zwei von zehn Befragten (21%), dass ihnen die einzige Institution der Gemeinschaft, die durch allgemeine Wahlen bestimmt wird, nicht bekannt sei; dies gilt auch für 18% der Litauer, 16% der Letten und 15% der Italiener.

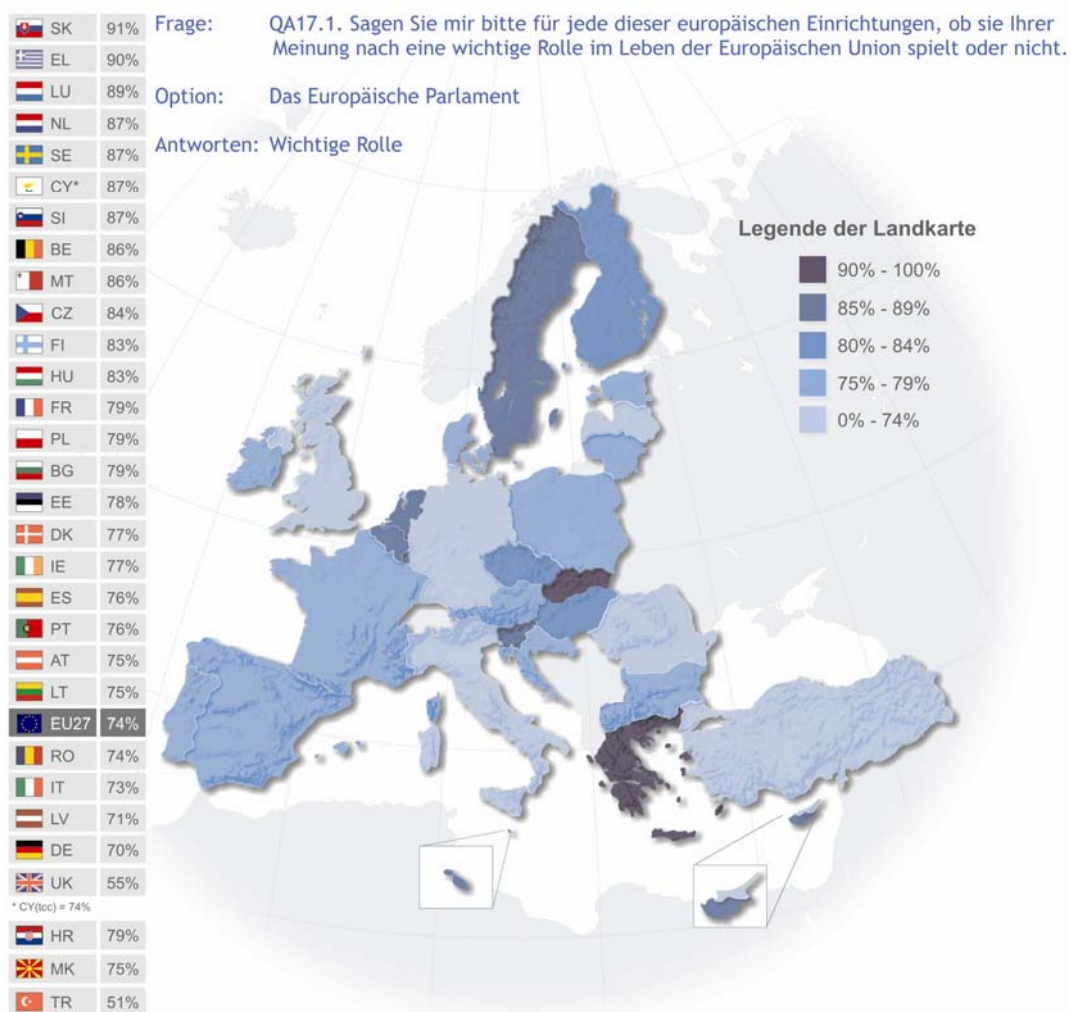
Am höchsten ist der Anteil der Finnen (96%), Luxemburger (94%) und Slowenen (90%), denen die Europäische Kommission bekannt ist. Im Gegensatz hierzu erklären ein Viertel der Litauer (25%) und 23% der Tschechen und der Letten, dass sie noch nie von ihr gehört hätten.

Verständlicherweise ist die Europäische Zentralbank bei den Befragten gut bekannt, die in den Mitgliedstaaten der Euro-Zone leben: 96% der Finnen, 92% der Iren, 91% der Slowenen, 90% der Deutschen und 89% der Luxemburger. Mehr als acht von zehn Befragten, die in der Euro-Zone leben, ist ihre Existenz bekannt (82%, im Vergleich zu zwei Dritteln – 66% - der Befragten aus den übrigen Mitgliedstaaten).

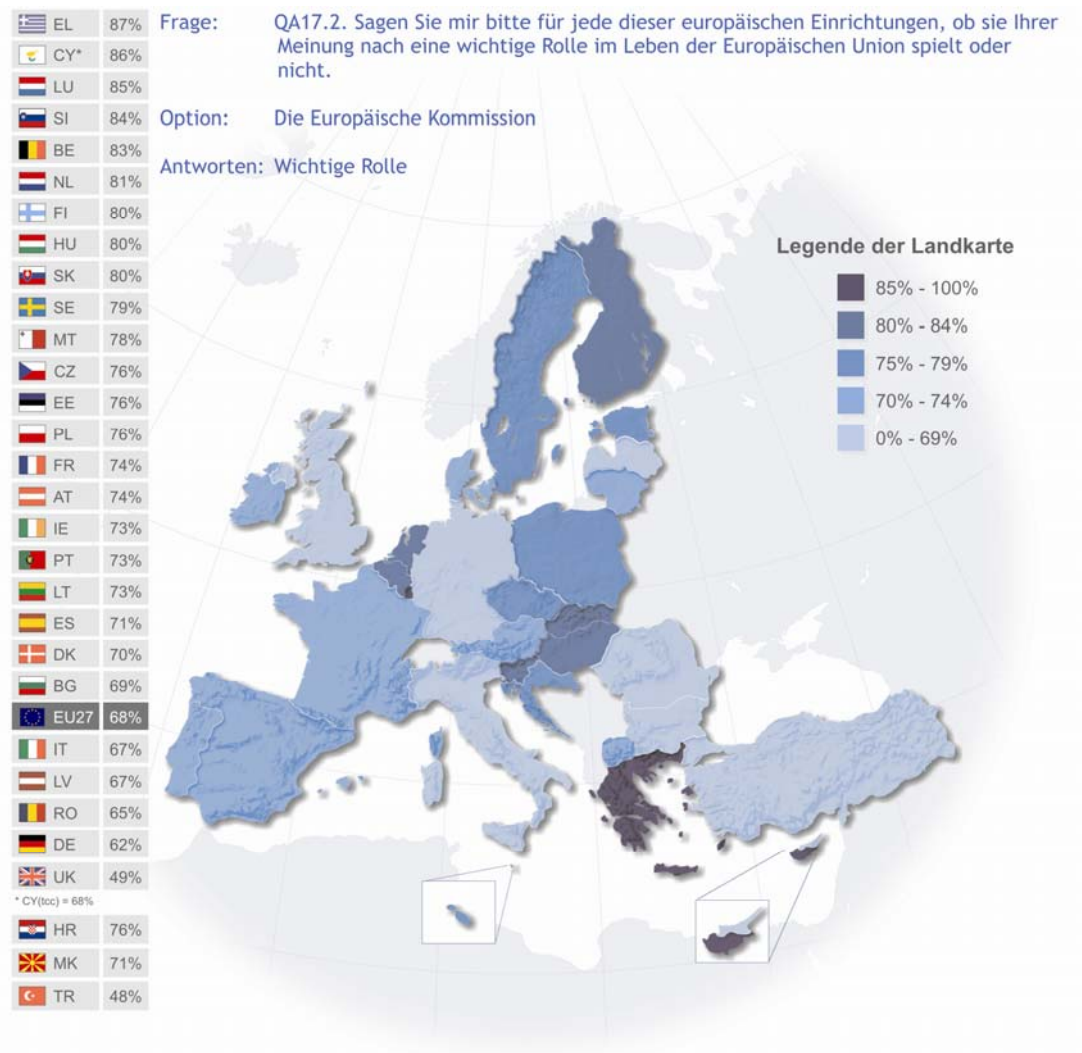
⁶⁶ QA17 Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob sie Ihrer Meinung nach eine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union spielt oder nicht. – 1. Das Europäische Parlament 2. Die Europäische Kommission 3. Den Rat der Europäischen Union 4. Die Europäische Zentralbank

Im Gegensatz hierzu geben weniger als zwei Drittel der Polen und der Ungarn (jeweils 63%) und weniger als sechs von zehn Briten (59%) an, dass sie diese Institution kennen. Und schließlich haben mehr als acht von zehn Slowenen, Slowaken und Zypriern (jeweils 88%, 83% und 82%) vom Rat der Europäischen Union gehört; dies gilt auch für die Hälfte der Schweden (52%) und eine Minderheit der Briten (40%).

Generell kann festgestellt werden, dass die Zypriern, die Griechen und die Slowenen sich am stärksten von der Wichtigkeit der Rolle der Institutionen der EU überzeugt erweisen; diese Ansicht ist weitaus weniger verbreitet bei den Briten. Was eine jede der in der Umfrage abgefragten Institutionen betrifft, so bilden die Briten stets den geringsten Anteil der Befragten im Vergleich zu allen anderen Mitgliedstaaten, die der Meinung sind, dass die Institutionen eine wichtige Rolle spielen.






Die Slowaken und die Griechen erweisen sich am stärksten von der Bedeutung der Rolle des Europäischen Parlamentes überzeugt (91% bzw. 90%), während nur die Hälfte der Briten diese Meinung teilen (55%). Und nur 49% der Briten sind von der Bedeutung der Rolle der Europäischen Kommission überzeugt (im Vergleich zu 87% der Griechen, 86% der Zyprioten und 85% der Luxemburger); ebenso sind nur 51% der Briten von der Rolle der Europäischen Zentralbank überzeugt (im Vergleich zu 89% der Finnen, 88% der Griechen und jeweils 87% der Slowenen, Schweden und Niederländer). Und schließlich sind eine sehr große Mehrheit der Griechen, Zyprioten und Slowenen (jeweils 87%, 86% und 83%) von der Bedeutung der Rolle des Rates der Europäischen Union überzeugt, im Vergleich zu nur knapp mehr als einem Drittel der Briten (36%) und der Hälfte der Schweden (52%).



Die Kenntnisse der Kroaten und der Befragten aus der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien über die europäischen Institutionen liegen im Durchschnitt der EU27. Die Befragten dieser beiden Länder erweisen sich auch, sogar noch mehr als die der Bürger der EU, als mehrheitlich von der Bedeutung der Rolle der Institutionen der Gemeinschaft überzeugt. Im Gegensatz hierzu erweisen die Türken sich als weitaus weniger mit den Institutionen vertraut (im Durchschnitt erklären gut sechs von zehn Türken, dass sie davon gehört haben) und weniger von der Bedeutung ihrer Rolle überzeugt. Ein hoher Anteil von ihnen (mehr als vier von zehn) haben allerdings zu diesen Fragen keine Angaben gemacht.

Die soziodemographische Analyse ergibt ähnliche Trends, ungeachtet der Institution, auf die sich die Frage bezieht: der Anteil der Männer, die von den Institutionen der EU gehört haben und die von der Bedeutung ihrer Rolle überzeugt sind, ist stets höher als der der Frauen. Ebenso zeigen sich die Befragten, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr und darüber hinaus fortgesetzt haben, sich mit den Institutionen vertrauter und von der Bedeutung ihrer Rolle überzeugter als die Befragten, die ihre schulische Ausbildung vor dem 16. Lebensjahr abgeschlossen haben. Der Bekanntheitsgrad der Institutionen steigt kontinuierlich bis zur Altersgruppe der 40-54-Jährigen und sinkt danach wieder ab.⁶⁷




QA16 Haben Sie schon einmal etwas über folgende Einrichtungen gehört oder gelesen?

		Ja			
		Das Europäische Parlament	Die Europäische Kommission	Den Rat der Europäischen Union	Die Europäische Zentralbank
EU27		87%	77%	64%	77%
Geschlecht					
	Männlich	90%	83%	70%	82%
	Weiblich	84%	72%	58%	72%
Alter					
	15-24	83%	72%	62%	68%
	25-39	88%	80%	65%	78%
	40-54	90%	83%	68%	82%
	55 +	85%	73%	60%	75%
Ausbildung (Ende der)					
	15-	79%	64%	52%	68%
	16-19	87%	78%	63%	77%
	20+	95%	90%	76%	88%
	Studiert noch	87%	76%	67%	73%

⁶⁷ QA16.2 Haben Sie schon einmal etwas über folgende Einrichtungen gehört oder gelesen? Die Europäische Kommission / QA17.2 Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob sie Ihrer Meinung nach eine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union spielt oder nicht: Die Europäische Kommission

QA17 Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob sie Ihrer Meinung nach eine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union spielt oder nicht.

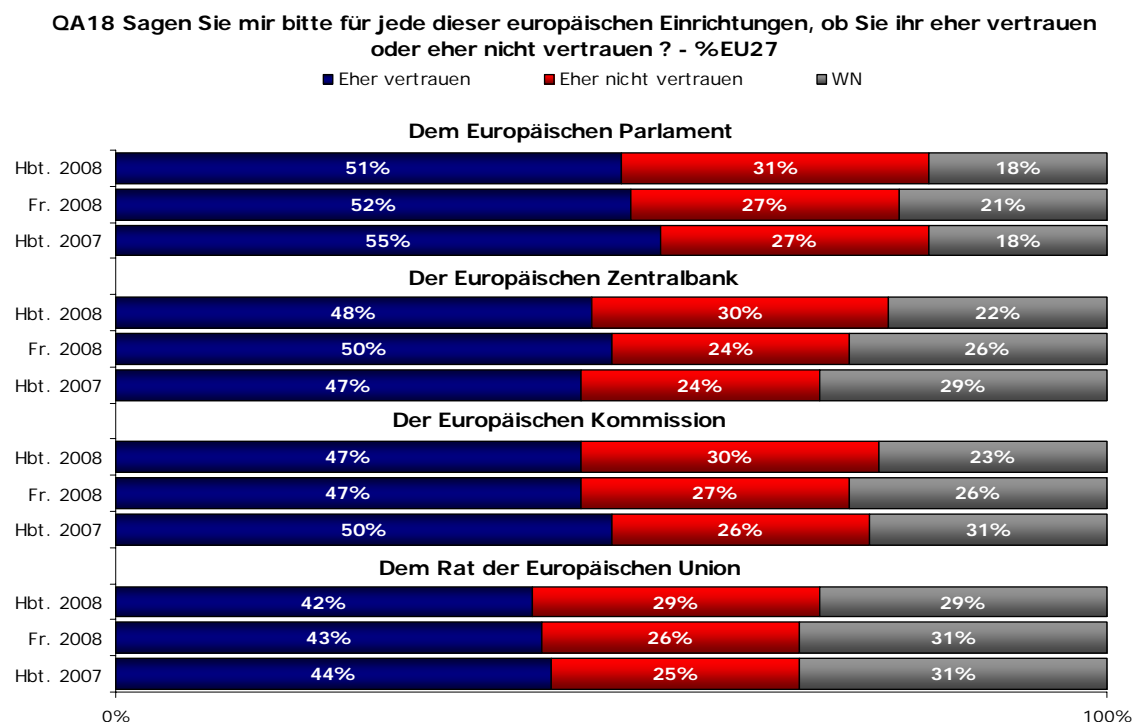
Wichtige Rolle

	Das Europäische Parlament	Die Europäische Kommission	Den Rat der Europäischen Union	Die Europäische Zentralbank
EU27	74%	68%	61%	73%
Geschlecht				
 Männlich	77%	73%	64%	77%
Weiblich	72%	65%	58%	69%
Alter				
 15-24	78%	70%	66%	71%
25-39	77%	72%	64%	75%
40-54	75%	71%	61%	76%
55 +	70%	64%	57%	70%
Ausbildung (Ende der)				
 15-	64%	57%	52%	63%
16-19	75%	69%	61%	73%
20+	82%	80%	66%	84%
Studiert noch	83%	74%	70%	76%

4.2. Vertrauen in die europäischen Institutionen

**- Das Vertrauen in die Europäischen Institutionen bleibt relativ stabil,
doch das Misstrauen wächst -**

Im Kontext der Wirtschaftskrise ist es interessant festzustellen, inwieweit das Vertrauen der Bürger in die Institutionen der Gemeinschaft von der allgemeinen Stimmung durch die Rezession beeinflusst wird. Die Mehrheit der EU-Bürger spricht den Institutionen der Europäischen Union ihr Vertrauen aus: 51% dem Europäischen Parlament, 48% der Europäischen Zentralbank (aber 52% in der Euro-Zone), 47% der Europäischen Kommission und schließlich 42% dem Rat der Europäischen Union, der bei den Bürgern etwas weniger bekannt ist (29% der Befragten geben hierzu keine Antwort, das sind 11 Punkte mehr als bei derselben Frage zum Parlament).⁶⁸



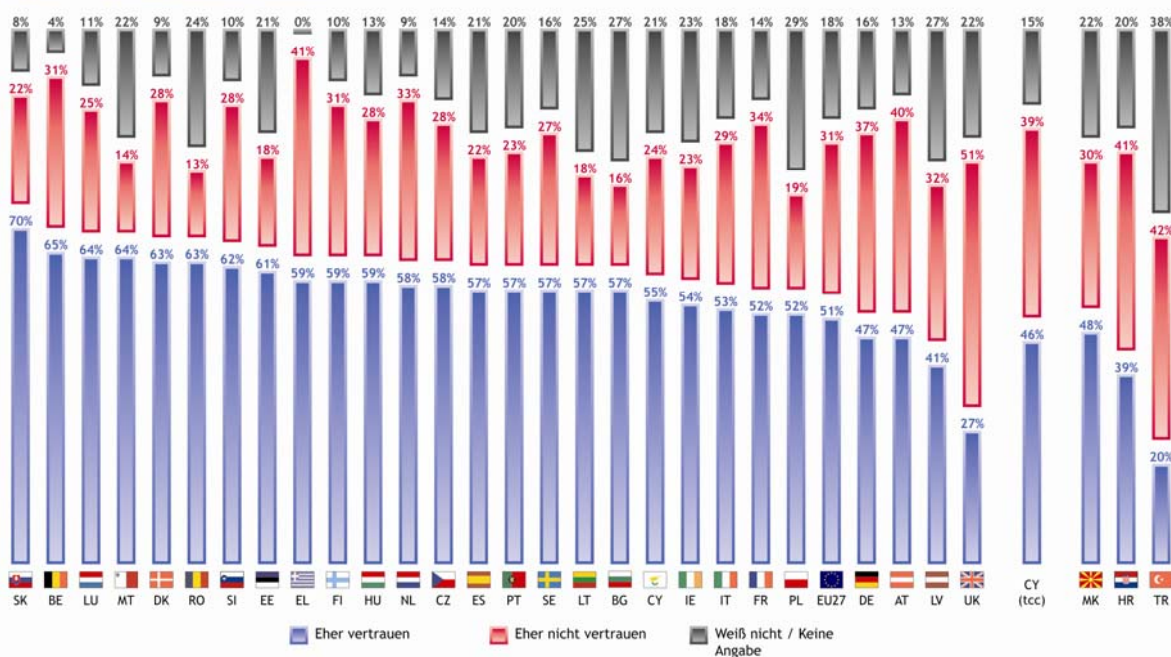
⁶⁸ QA18 Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. 1. Dem Europäischen Parlament 2. Der Europäischen Kommission 3. Dem Rat der Europäischen Union 4. Der Europäischen Zentralbank

Das Vertrauen in die europäischen Institutionen zeigt im Vergleich zum Frühjahrsbericht 2008 einen leichten Rückgang: -1 Prozentpunkt für das Parlament und den Rat der Union und -2 Prozentpunkte für die Europäische Zentralbank in einer äußerst angespannten Wirtschaftslage. Das Vertrauen der Bürger in die Europäische Kommission bleibt allerdings unverändert. Allerdings ist festzustellen, dass der Anteil der Befragten, der erklärt, dass sie den europäischen Institutionen kein Vertrauen schenken, überall steigt: So wird ein Zuwachs um +3 Prozentpunkte, was die Europäische Kommission und den Rat der Europäischen Union betrifft, ein Anstieg um +4 Punkte für das Parlament und ein Zuwachs um +6 Punkte für die Europäische Zentralbank verzeichnet. Letztendlich ist die Entwicklung somit eher zurückhaltend: das Vertrauen bleibt nahezu unverändert, doch das Misstrauen wächst, und das gilt für alle in der Umfrage angesprochenen Institutionen.

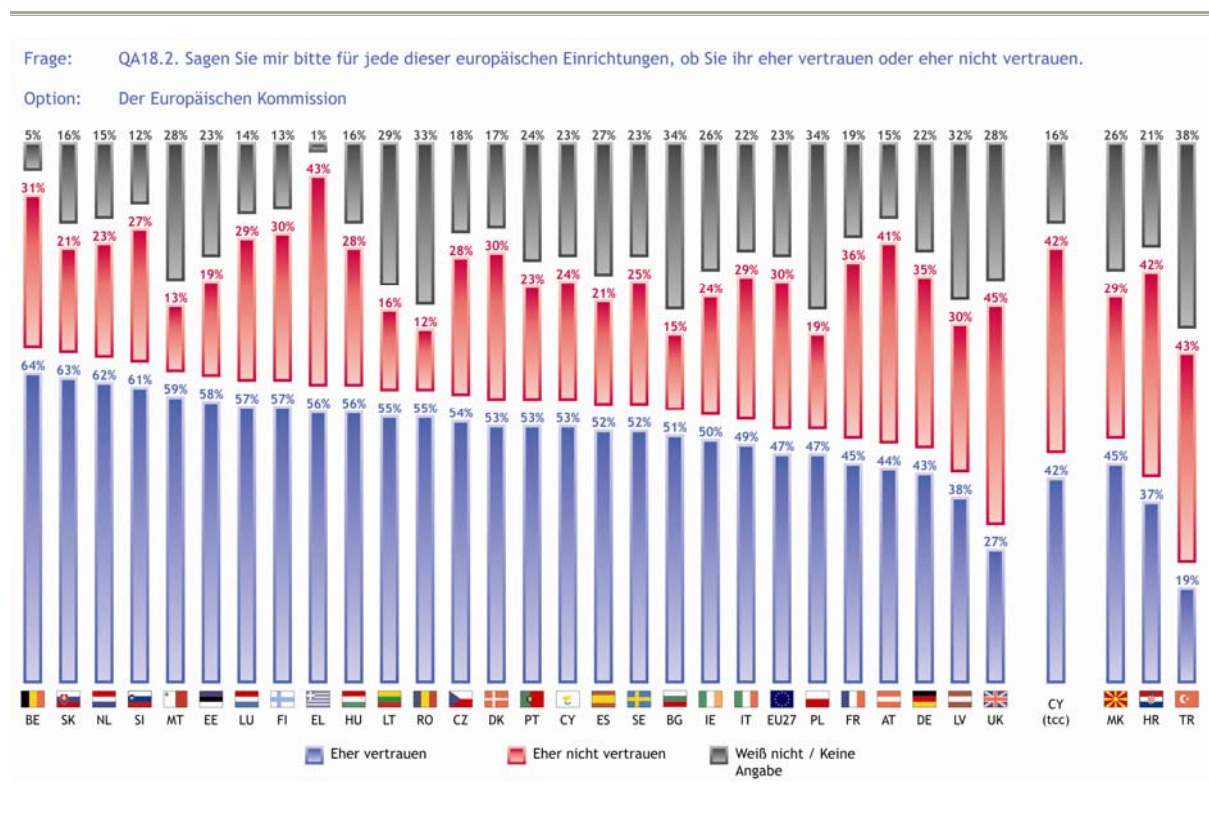
Die Belgier und die Slowaken - und in geringerem Maße die Luxemburger und die Maltesen – erweisen sich als diejenigen mit dem größten Vertrauen, während das Vereinigte Königreich nach wie vor der einzige Mitgliedstaat ist, in dem die Mehrheit der Befragten erklärt, dass sie den vier wichtigsten Institutionen der Gemeinschaft kein Vertrauen schenkt. Auch die Letten, Deutschen und die Österreicher (bei den beiden letzteren mit Ausnahme der Europäischen Zentralbank) erklären nur schwaches Vertrauen in die europäischen Institutionen.

Frage: QA18.1. Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.

Option: Dem Europäischen Parlament



Sieben von zehn Slowaken (70%) erklären, dass sie dem Europäischen Parlament Vertrauen schenken; dieses gilt auch für nahezu zwei Drittel der Belgier (64%), der Slowaken (63%) und der Niederländer (62%) in Bezug auf die Kommission und für sechs von zehn Slowaken und Slowenen (62% bzw. 60%) in Bezug auf den Rat der Europäischen Union. Und schließlich sprechen acht von zehn Niederländern (79%), 72% der Finnen und 70% der Dänen der Europäischen Zentralbank ihr Vertrauen aus.



Festzustellen ist, dass sich die Letten, die Litauer, die Rumänen, die Polen und die Bulgaren in großer Zahl einer Antwort enthalten, wenn es darum geht, diesen vier Institutionen das Vertrauen auszusprechen.






Von den Bewerberländern bringen die Befragten aus der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien den vier europäischen Institutionen als einzige mehrheitlich ihr Vertrauen entgegen. Im Gegensatz zu ihnen und zu den Bürgern der EU27 zeigt sich die Mehrheit der Befragten aus Kroatien und aus der Türkei skeptisch. Allerdings ist festzustellen, dass – insbesondere in der Türkei – ein hoher Anteil der Befragten zu dieser Frage keine Angaben machen.

Die soziodemographische Analyse bestätigt auch hier wiederum die bereits zuvor beschriebenen wesentlichen Trends, insbesondere was die Ergebnisse nach Geschlecht und Bildungsniveau betrifft: so sind die Männer und diejenigen mit dem höchsten Bildungsniveau gleichzeitig diejenigen, die am besten mit den europäischen Institutionen vertraut sind und die ihnen auch das meiste Vertrauen schenken.

In Bezug auf das Alter der Befragten ist festzustellen, dass die europäischen Bürger aus der Altersgruppe der 40-54-Jährigen diejenigen mit den besten Kenntnissen über die europäischen Institutionen sind, während die Befragten aus der Altersgruppe der 15-24-Jährigen in die Maßnahmen der genannten Institutionen, mit Ausnahme der Europäischen Zentralbank, das größte Vertrauen setzen. Überzeugt von der Bedeutung ihrer Rolle sind es, wie bereits zuvor festgestellt, die Befragten, die der politischen Rechten nahestehen, die den europäischen Institutionen auch am häufigsten ihr Vertrauen schenken.

Diejenigen europäischen Bürger, die davon überzeugt sind, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union eine gute Sache ist, und jene Befragten, die der Ansicht sind, ihr Land habe durch die Mitgliedschaft Vorteile, sprechen den europäischen Institutionen weit häufiger ihr Vertrauen aus.

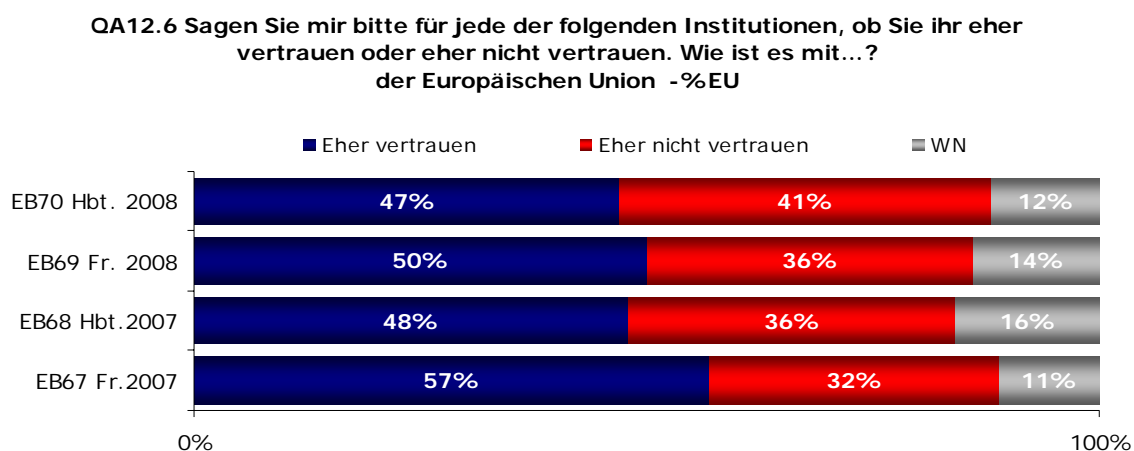
QA18 Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.

Das Europäische Parlament				Die Europäische Zentralbank			Die Europäische Kommission			Den Rat der Europäischen Union		
	Eher vertrauen	Eher nicht vertrauen	WN	Eher vertrauen	Eher nicht vertrauen	WN	Eher vertrauen	Eher nicht vertrauen	WN	Eher vertrauen	Eher nicht vertrauen	WN
EU27	51%	31%	18%	48%	30%	22%	47%	30%	23%	42%	29%	29%
Geschlecht												
 Männlich	53%	33%	14%	53%	29%	18%	50%	31%	19%	46%	29%	25%
Weiblich	49%	30%	21%	44%	30%	26%	44%	29%	27%	40%	28%	32%
Alter												
 15-24	55%	23%	22%	47%	26%	27%	50%	22%	28%	48%	22%	30%
25-39	53%	31%	16%	48%	32%	20%	49%	31%	20%	44%	30%	26%
40-54	51%	33%	16%	51%	29%	20%	48%	31%	21%	42%	30%	28%
55 +	48%	34%	18%	47%	30%	23%	43%	32%	25%	39%	30%	31%
Ausbildung (Ende der)												
 15-	40%	39%	21%	38%	37%	25%	36%	36%	28%	34%	35%	31%
16-19	50%	32%	18%	47%	31%	22%	46%	32%	22%	41%	30%	29%
20+	60%	27%	13%	60%	24%	16%	57%	26%	17%	51%	24%	25%
Studiert noch	61%	20%	19%	52%	23%	25%	54%	21%	25%	54%	19%	27%
Links-Rechts Skala												
 (1-4) Links	54%	32%	14%	51%	31%	18%	49%	31%	20%	44%	29%	27%
(5-6) Mitte	50%	34%	16%	50%	31%	19%	47%	32%	21%	43%	30%	27%
(7-10) Rechts	57%	30%	13%	55%	27%	18%	53%	28%	19%	48%	27%	25%
Mitgliedschaft in der EU												
 Gute Sache	70%	17%	13%	66%	17%	17%	65%	17%	18%	59%	16%	25%
Schlechte Sache	17%	68%	15%	21%	59%	20%	16%	64%	20%	14%	61%	25%
Neutral	38%	39%	23%	34%	39%	27%	33%	38%	29%	30%	37%	33%

4.3. Vertrauen in die Europäische Union

- Das Vertrauen in die Europäische Union ist rückläufig -

Das Vertrauen in die Europäische Union wird noch stärker vom Kontext der gegenwärtigen Wirtschaftskrise beeinflusst als die Vertrauenswerte in Bezug auf die europäischen Institutionen: das Misstrauen ist im Vergleich zum Frühjahrsbericht 2008 um 5 Prozentpunkte, auf 41% gestiegen, während das Vertrauen um 3 Prozentpunkte, auf 47% gesunken ist⁶⁹.



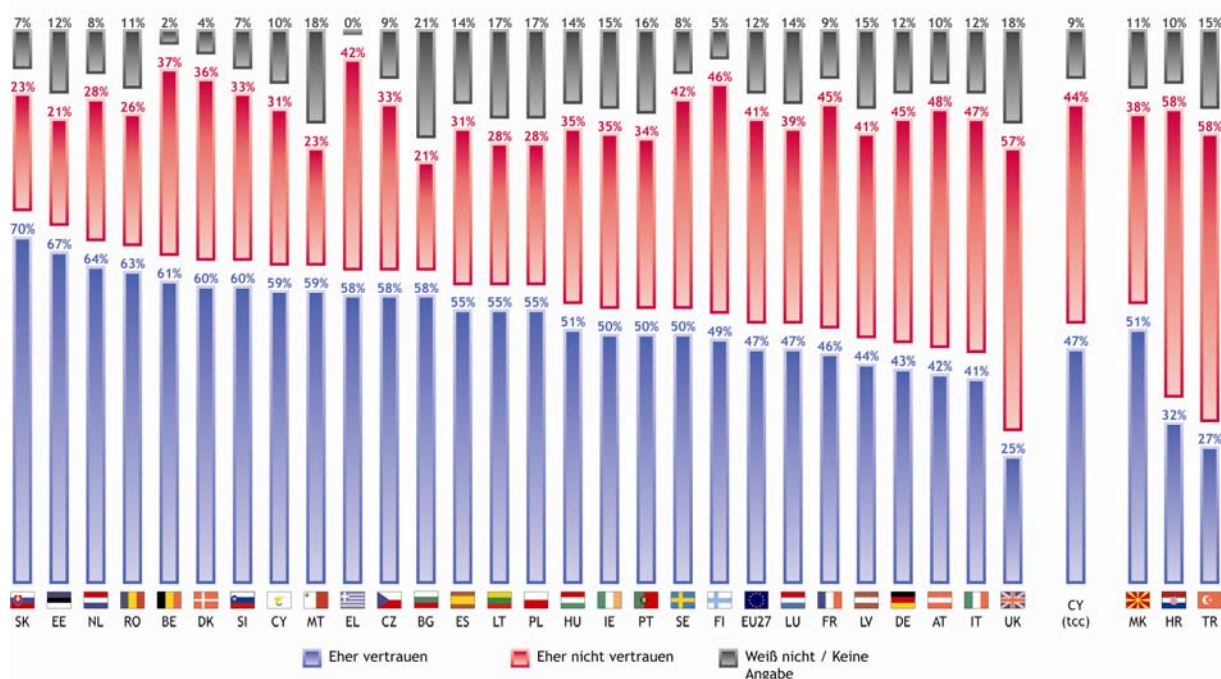
Sieben von zehn Slowaken (70%), zwei Drittel der Esten (67%), 64% der Niederländer, 63% der Rumänen, 61% der Belgier und sechs von zehn Dänen und Slowenen (jeweils 60%) erklären ihr Vertrauen in die EU. In vier Mitgliedstaaten drückt eine Mehrheit der Befragten ihr Misstrauen gegenüber der Europäischen Union aus: an erster Stelle im Vereinigten Königreich, wo 57% der Befragten ihr Misstrauen erklären (im Vergleich zu 25%, die Vertrauen haben), in Österreich (48% ohne Vertrauen, im Vergleich zu 42%, die Vertrauen haben), Italien (47%, die eher kein Vertrauen haben, im Vergleich zu 41%, die eher Vertrauen haben) und Deutschland, wo 45% der Befragten ihr Misstrauen und 43% ihr Vertrauen erklären.

Die Finnen, Franzosen und die Letten zeigen sich angesichts dieser Frage sehr geteilter Meinung.

⁶⁹ QA12.6 Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit – Der Europäischen Union ?

Frage: QA12.6. Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit -

Option: der Europäischen Union



Die Mehrheit der Einwohner der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (51%) sprechen der Europäischen Union eher ihr Vertrauen aus, im Vergleich zu einer Minderheit der Kroaten (32%) und der Türken (27%).

Zu dieser Frage können in den Mitgliedstaaten erhebliche Unterschiede bei der Entwicklung der Ergebnisse seit der letzten Umfrage festgestellt werden. In fünf Ländern steigen die Vertrauenswerte (+5 Prozentpunkte in den Niederlanden, +4 Prozentpunkte in Österreich und +3 Prozentpunkte in Schweden und in der Slowakei, +1 Prozentpunkt in Italien). Gleichgeblieben sind sie in Dänemark und in Deutschland (60% bzw. 43%). Deutlich gesunken sind sie in Irland, wo, – erinnern wir daran – einige Monate bevor diese Umfrage durchgeführt wurde, das Referendum über den Lissaboner Vertrag abgelehnt wurde, und auf Zypern (um jeweils –12 Prozentpunkte), in Spanien (-11 Punkte), in Portugal und Luxemburg (jeweils -8 Prozentpunkte), in Litauen und in Belgien (jeweils -7 Punkte) und schließlich auf Malta und in Slowenien (jeweils –6 Punkte). Auch in den drei Bewerberländern sind die Vertrauenswerte drastisch gesunken, so vor allem in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (-13 Punkte), und in geringerem Umfang in Kroatien (-5 Punkte) und in der Türkei (-4 Punkte).

Bei der Frage über die Vereinten Nationen und die NATO erklären die EU-Bürger wiederum ihr Vertrauen in diese beiden Institutionen, d.h. 50% für die UNO und 43% für die NATO⁷⁰. Das Vertrauen in die UNO, das um 3 Prozentpunkte über den Vertrauenswerten für die Europäische Union liegt, ist jedoch seinerseits ebenfalls im Vergleich zum Frühjahrsbericht 2008 rückläufig (-4 Punkte). Das Vertrauen in die NATO liegt um 4 Punkte unter dem Vertrauen in die Europäische Union.




Drei Viertel der Finnen, der Schweden und der Dänen (76%, 76% bzw. 75%) sprechen den Vereinten Nationen ihr Vertrauen aus; dieses gilt auch für 65% der Niederländer und 61% der Slowaken und der Esten. Im Gegensatz hierzu zeigt eine Mehrheit der Befragten in Griechenland (63%) und in Zypern (59%) sich jedoch gegenüber dieser internationalen Institution misstrauisch. Die Dänen sprechen auch der NATO das größte Vertrauen aus (74%), mehr als sechs von zehn Niederländern und Esten teilen diese Meinung (63% bzw. 61%) sowie 59% der Belgier. Ebenso wie gegenüber der UNO spricht eine starke Mehrheit der Zyprioten und der Griechen (77% bzw. 74%) auch gegenüber der NATO ihr Misstrauen aus. In sieben der übrigen Mitgliedstaaten erklärt eine Mehrheit ihr Misstrauen gegenüber der NATO: Finnland (53%), Slowenien (52%), Österreich (45%), der Slowakei und Spanien (44%), Italien (43%) und Schweden (41%).

Die Befragten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sprechen mehrheitlich ihr Vertrauen gegenüber den Vereinten Nationen (53%) und der NATO (47%) aus, während die Kroaten und die Türken sich deutlich reservierter erweisen: so erklären 57% der Türken ihr Misstrauen gegenüber der UNO und 54% gegenüber der NATO; 51% der Kroaten sind derselben Meinung, was die UNO, und 56%, was die NATO betrifft.

Die jüngsten Befragten, diejenigen mit dem höchsten Bildungsniveau und diejenigen, die der politischen Rechten nahestehen, sprechen der Europäischen Union, den Vereinten Nationen und der NATO am häufigsten ihr Vertrauen aus. Die Divergenzen sind noch ausgeprägter für die NATO.

⁷⁰ QA12 Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit - 7. Den Vereinten Nationen 8. Der NATO

QA12 Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit...?

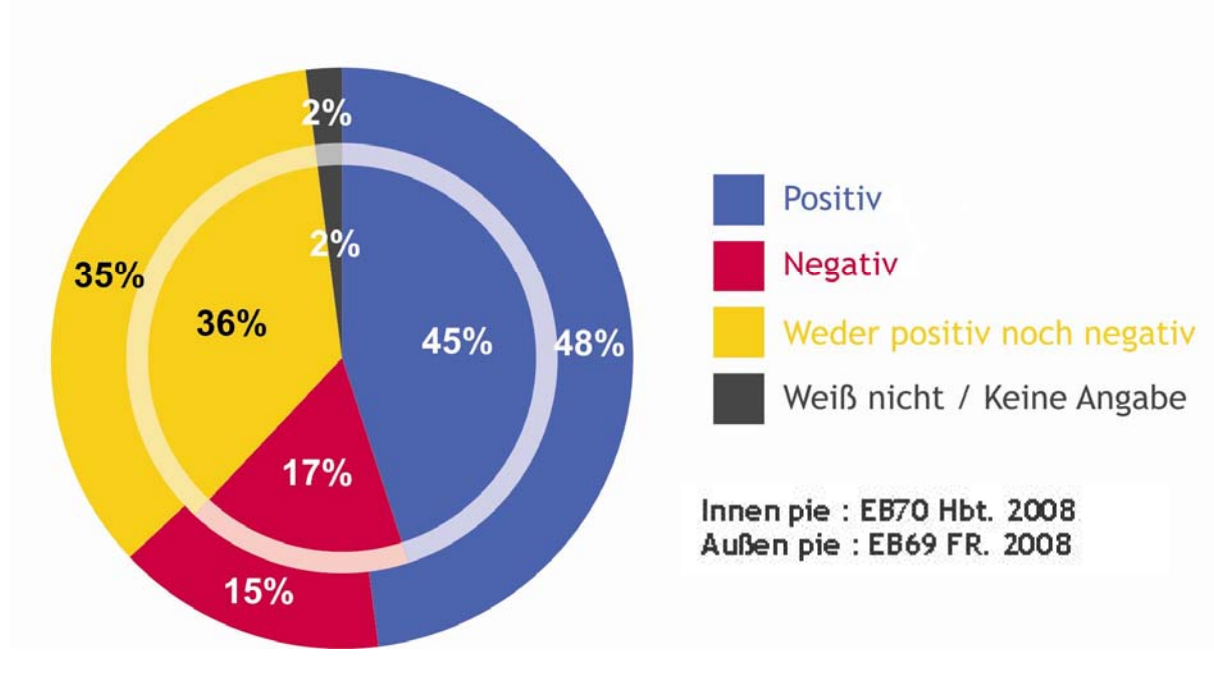
	EU	VN	NATO
	Eher vertrauen	Eher vertrauen	Eher vertrauen
EU27	47%	50%	43%
Alter			
 15-24	56%	54%	49%
25-39	49%	52%	45%
40-54	46%	49%	43%
55 +	42%	46%	41%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	37%	39%	35%
16-19	45%	49%	43%
20+	57%	60%	51%
Studiert noch	61%	58%	52%
Links-Rechts Skala			
 (1-4) Links	49%	53%	41%
(5-6) Mitte	46%	51%	46%
(7-10) Rechts	52%	55%	53%

4.4. Das Bild der Europäischen Union

- Eine knappe Mehrheit der europäischen Bürger hat ein positives Bild von der Europäischen Union -

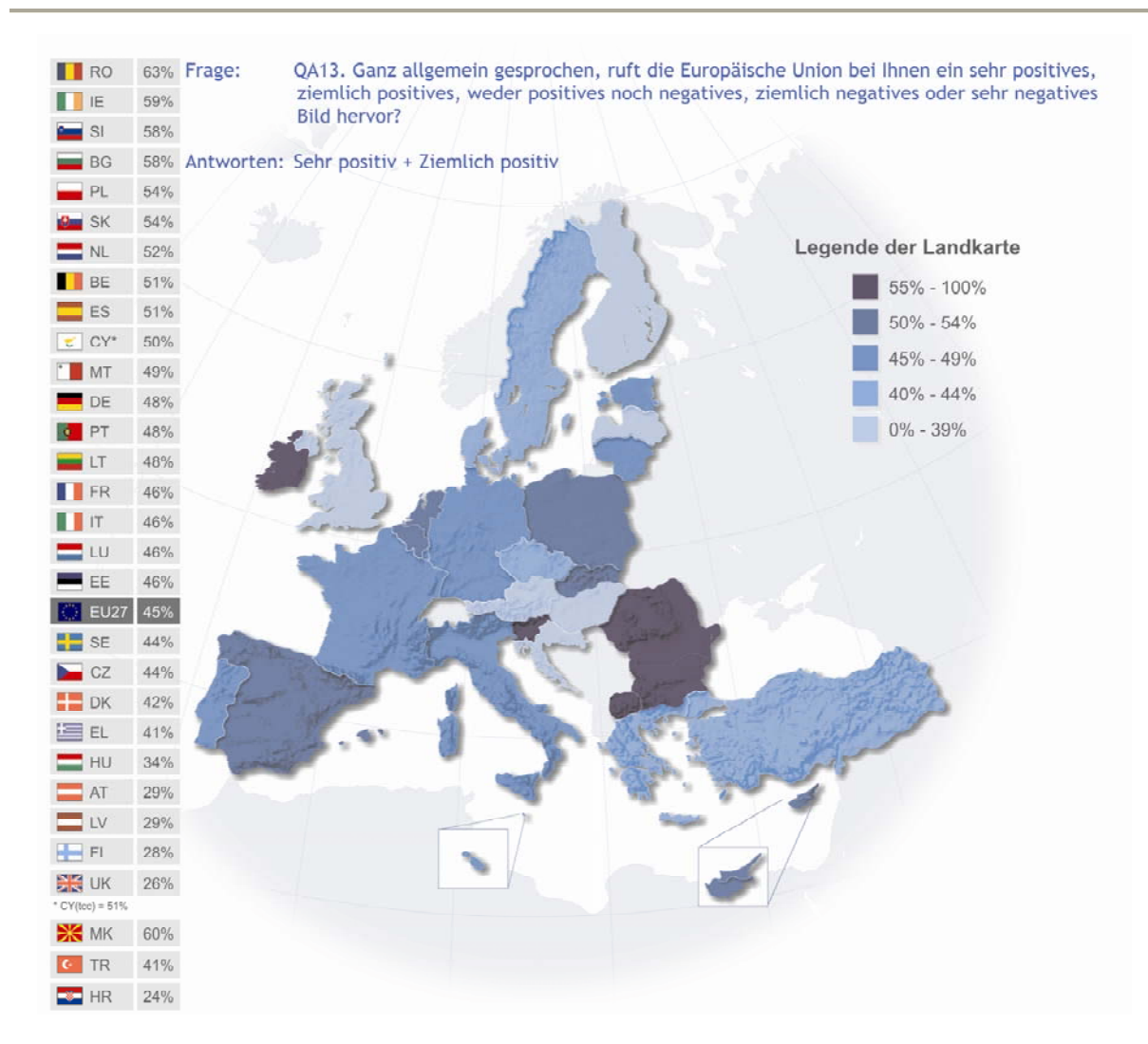
Wie wir zuvor beobachtet haben, war das Vertrauen in die Europäische Union rückläufig; angesichts dessen ist es verständlich, dass auch die Ergebnisse in Bezug auf das Bild der Bürger von der Europäischen Union im Vergleich zum Frühjahrsbericht 2008 rückläufig sind: 45% der EU-Bürger haben ein positives Bild von der Union - ein Ergebnis, das im Vergleich zum Frühjahr 2008 um –3 Prozentpunkte gesunken ist⁷¹. 17% der Befragten (+2 Punkte) erklären, dass sie ein negatives Bild von der Europäischen Union haben, und ein Drittel ein neutrales Bild (36%, +1 Punkt). Im Laufe unserer beiden vorhergehenden Eurobarometer-Umfragen hat sich eine Tendenz hin zu einer neutraleren und umsichtigeren Sichtweise der Europäischen Union eingestellt.

Frage: QA13. Ganz allgemein gesprochen, ruft die Europäische Union bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?



⁷¹ QA13 Ganz allgemein gesprochen, ruft die Europäische Union bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?

Nahezu zwei Drittel der Rumänen (63%), 59% der Iren und 58% der Bulgaren und Slowenen erklären, dass sie ein positives Bild von der Europäischen Union haben, im Vergleich zu einem Viertel der Briten (26%), 28% der Finnen und 29% der Letten und der Österreicher. In diesen drei Ländern erklärt die Mehrheit der Befragten, dass sie ein neutrales Bild von der Europäischen Union haben (37%, 52%, 54% bzw. 39%).



Die Einwohner der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, die der Europäischen Union mehrheitlich vertrauen, haben darüber hinaus ein positives Bild von ihr (60%); diese Meinung wird von der Mehrheit der Türken geteilt (41%), während die Kroaten eher ein neutrales Bild der Union haben (44%), wobei ein Viertel von ihnen (24%) allerdings dennoch ein positives Bild von ihr hat, im Gegensatz zu nahezu drei von zehn Befragten, die ein negatives Bild von ihr haben (29%).

















Die Länderentwicklungen bestätigen eine zunehmend reservierte Haltung der EU-Bürger: die seit dem Frühjahr 2008 eingetretenen Veränderungen zeigen einen rückläufigen Trend der positiven Meinungen, auch wenn ein Zuwachs der positiven Meinungen in den Niederlanden (+9 Punkte) und in Deutschland (+4 Punkte) festzustellen ist. Diese sind insgesamt in dreizehn Mitgliedstaaten um mindestens 4 Punkte zurückgegangen: dazu gehören Malta, Zypern und Spanien (-8 Punkte), Portugal, Griechenland, Luxemburg und Belgien (-7 Punkte), Finnland und Irland (-6 Punkte), Dänemark und Ungarn (-5 Punkte) sowie Rumänien und Polen (-4 Punkte).

Und schließlich sind die positiven Meinungen um 8 Punkte in der Türkei und in Kroatien und um 7 Punkte in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien zurückgegangen.

Die Korrelation zwischen den unterschiedlichen Indikatoren, die auf Unterstützung und Verständnis für die Europäische Union hinweisen, zeigt aufs Neue, dass das Bild der Europäischen Union stark von den für die wichtigsten Indikatoren des Eurobarometers ermittelten Ergebnissen abhängig ist. 73% der Befragten, die erklären, der Europäischen Union zu vertrauen, haben ein positives Bild, gegenüber 19% derjenigen, die ihr Misstrauen aussprechen. Ein positives Bild der EU hat sowohl eine große Mehrheit derjenigen Befragten, die die Zugehörigkeit ihres Landes zur Europäischen Union als eine gute Sache sehen (71%), als auch derjenigen, die der Meinung sind, dass sie durch den Beitritt Vorteile haben (66%).

QA13 Ganz allgemein gesprochen, ruft die Europäische Union bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?

% "Gesamt positiv"

		Frühling 2008 (EB69)	Herbst 2008 (EB70)	Entwicklung (%points)
	EU27	48%	45%	-3
	Niederlande	43%	52%	+9
	**	**	**	**
	**	**	**	**
	**	**	**	**
	Dänemark	47%	42%	-5
	Ungarn	39%	34%	-5
	Finlande	34%	28%	-6
	Irland	65%	59%	-6
	Belgien	58%	51%	-7
	Luxemburg	53%	46%	-7
	Griechenland	48%	41%	-7
	Portugal	55%	48%	-7
	Spanien	59%	51%	-8
	Republik Zypern	58%	50%	-8
	Malta	57%	49%	-8
	Kroatien	32%	24%	-8
	Türkei	49%	41%	-8
	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	67%	60%	-7

5. FUNKTIONSWEISE DER EUROPÄISCHEN UNION

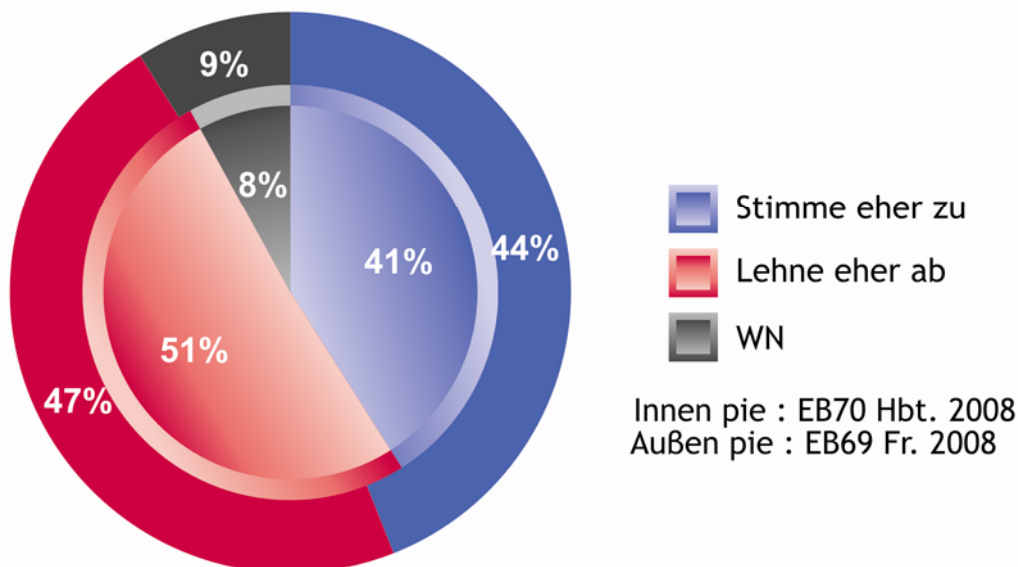
5.1. Kenntnisse über die Funktionsweise der Europäischen Union

- Die Mehrheit der europäischen Bürger erklärt, dass sie die Funktionsweise der Europäischen Union nicht verstehen -

Die Mehrheit der europäischen Bürger erklärt, dass sie die Funktionsweise der Europäischen Union nicht verstehen (51%, das ist ein Anstieg um 4 Prozentpunkte im Vergleich zum Frühjahrsbericht 2008); vier von zehn Befragten, hingegen, erklären eine gegenteilige Haltung (41%, -3 Punkte)⁷². Diese bildet in mehr als der Hälfte der Mitgliedstaaten die Mehrheit (16).

Frage: QA15a.5. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr eher zustimmen oder sie eher ablehnen.

Option: Ich verstehe, wie die Europäische Union funktioniert.



Zwei Drittel der Slowenen behaupten, dass sie die Funktionsweise der EU verstehen (65%); dieses gilt auch für sechs von zehn Zypriern (59%), 57% der Luxemburger, 56% der Niederländer, 54% der Esten und 53% der Belgier und der Polen. Diese Meinung wird von weniger als einem Viertel der Italiener (23%), 31% der Bulgaren, 33% der Spanier und 34% der Portugiesen geteilt.






⁷² QA15a.5 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr eher zustimmen oder sie eher ablehnen. - *Ich verstehe, wie die Europäische Union funktioniert.*

Der subjektive Kenntnisstand über die Funktionsweise der EU variiert stark von einem Bewerberland zum anderen. Die Kroaten sind die einzigen, die mehrheitlich der Meinung sind, dass sie die Funktionsweise der EU verstehen (46%, im Vergleich zu 43%, die erklären, dass sie sie nicht verstehen). Im Gegensatz hierzu wird diese Haltung nur von einer Minderheit der Einwohner der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (38%, im Vergleich zu 46%) und einem Viertel der Türken (26%, im Vergleich zu 48%) geteilt. Somit ist festzustellen, dass es in den Bewerberländern keinen Zusammenhang gibt zwischen der Tatsache, dass die Bürger ein positives Bild von der Europäischen Union haben und dem Verständnis ihrer Funktionsweise.

In den Mitgliedstaaten selbst sind die Befragten, die gute objektive Kenntnisse über die Europäischen Union haben, diejenigen, die deren Funktionsweise am besten verstehen (51%, im Vergleich zu 18% derjenigen, die nur schlechte Kenntnisse besitzen). Männer, (48%, im Vergleich zu 35% der Frauen), Führungskräfte (62%, im Vergleich zu 39% der Arbeiter und 46% der Angestellten) und die Befragten, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr und darüber hinaus fortgesetzt haben (58%, im Vergleich zu 27% derjenigen, die ihre schulische Ausbildung vor dem 16. Lebensjahr beendet haben) behaupten, dass sie die Funktionsweise der EU verstehen.

QA15a.5 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr eher zustimmen oder sie eher ablehnen.

Ich verstehe, wie die Europäische Union funktioniert.

	Stimme eher zu	Lehne eher ab	WN
EU27	41%	51%	8%
Geschlecht			
 Männlich	48%	45%	7%
Weiblich	35%	57%	8%
Alter			
 15-24	43%	49%	8%
25-39	44%	48%	8%
40-54	44%	49%	7%
55 +	37%	55%	8%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	27%	65%	8%
16-19	40%	53%	7%
20+	58%	36%	6%
Stuidert noch	46%	45%	9%
Berufliche Tätigkeit			
 Selbständig	50%	42%	8%
Leitende(r) Angestellte(r)	62%	33%	5%
Andere(r) Angestellte(r)	46%	47%	7%
Sonstige Arbeiter	39%	54%	7%
Hausfrauen / Hausmänner	27%	66%	7%
Arbeitslos	33%	59%	8%
Rentner / Pensionäre	36%	56%	8%
Studenten	46%	45%	9%
EU-Wissen			
 Schlecht	18%	68%	14%
Durchschnitt	40%	53%	7%
Gut	51%	43%	6%

5.2. Objektive Kenntnis der Europäischen Union

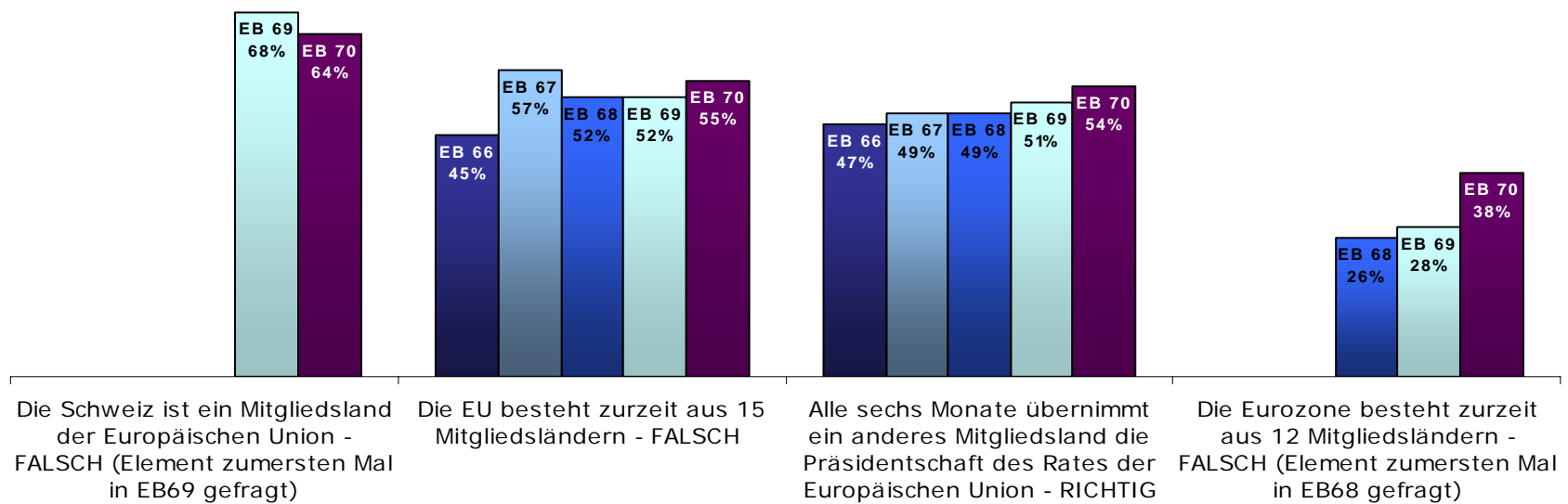
- Wenngleich auch eine Mehrheit der europäischen Bürger erklärt, dass sie die Funktionsweise der Europäischen Union nicht verstehen, so scheint es dennoch, als würden sie ihre Kenntnisse über die Europäische Union in zunehmendem Maße verbessern. -

Wenngleich auch eine Mehrheit der europäischen Bürger erklärt, dass sie die Funktionsweise der Europäischen Union nicht verstehen, so wächst ihr Verständnis dennoch in zunehmendem Maße. Tatsächlich geben durchschnittlich mehr als die Hälfte von ihnen die richtigen Antworten auf die Fragen, die ihnen über ihren Kenntnisstand zu diesem Thema gestellt werden (53%), im Vergleich zu einem guten Fünftel, die falsche Antworten geben (22%) und einem Viertel, die keine Antworten geben (25%)⁷³. Der Anteil der Befragten, die in der Lage sind, die Fragen korrekt zu beantworten, ist im Vergleich zum Frühjahrsbericht 2008 um 3 Prozentpunkte gestiegen, während der Anteil derjenigen, die falsche Antworten geben, um 2 Punkte rückläufig ist; der Anteil derjenigen, die auf diese Fragen keine Antwort geben, ist ebenfalls um 1 Prozentpunkt zurückgegangen.

Zwei Drittel der europäischen Bürger wissen, dass die Schweiz nicht Mitglied der EU ist (64%, -4 Prozentpunkte im Vergleich zum Frühjahr 2008); mit dieser Tatsache sind insbesondere die Bürger in den Nachbarländern vertraut: 92% der Österreicher und 91% der Luxemburger. Mehr als die Hälfte der Befragten sind über die Tatsache informiert, dass die EU heute aus mehr als fünfzehn Mitgliedstaaten besteht (55%, +3 Punkte) und dass die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union alle sechs Monate von einem anderen Land übernommen wird (54%, +3 Punkte, darunter 83% der Slowenen, deren Land von Januar bis Juni 2008 den Vorsitz hatte, im Vergleich zu nur 56% der Franzosen, deren Land zum Zeitpunkt dieser Umfrage ebenfalls den Vorsitz hatte).

⁷³ QA24 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen über die Europäische Union, ob diese Ihrer Meinung nach richtig oder falsch ist. 1. Die EU besteht zur Zeit aus 15 Mitgliedsländern. 2. Alle sechs Monate übernimmt ein anderes Mitgliedsland die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union. 3. Die Eurozone besteht zur Zeit aus 12 Mitgliedsländern. 4. Die Schweiz ist ein Mitgliedsland der Europäischen Union.

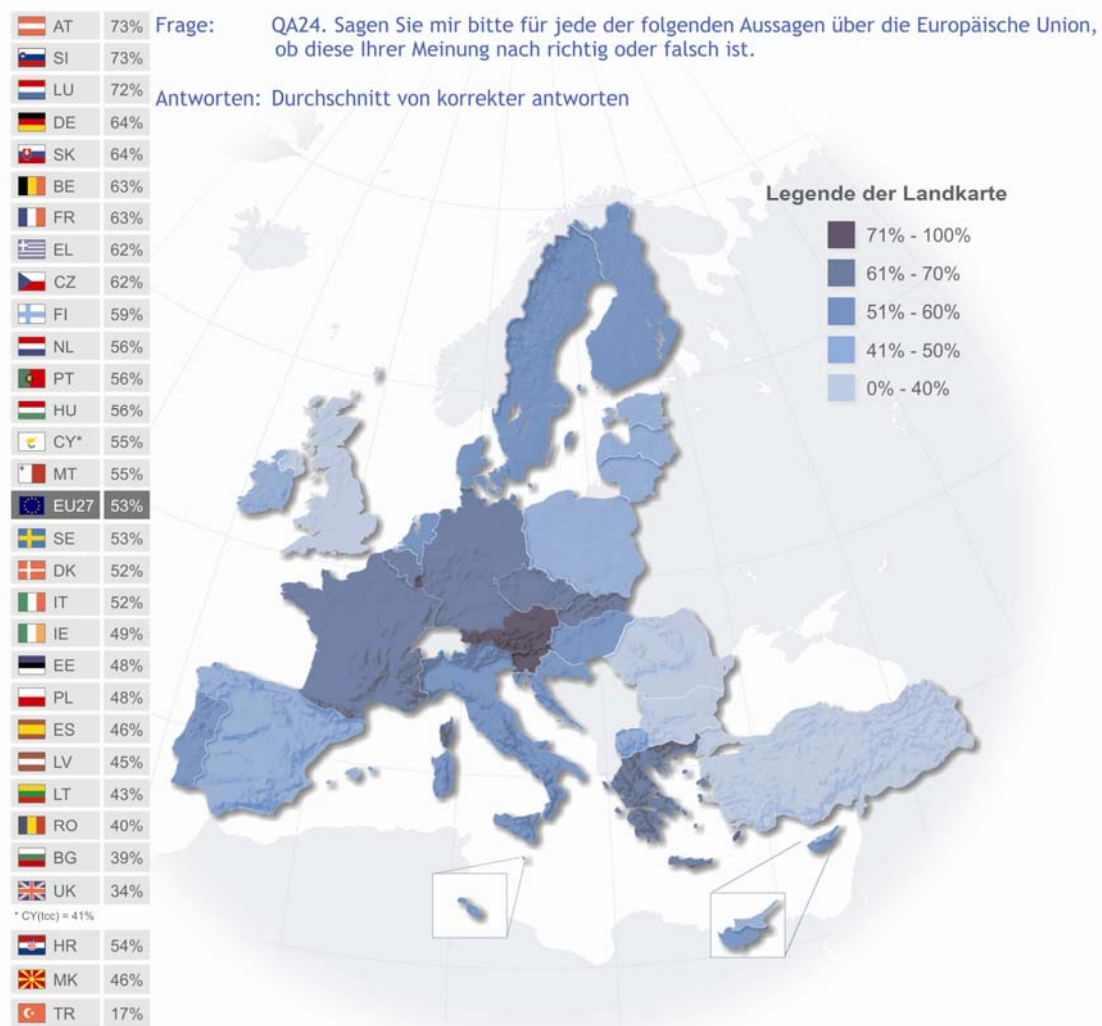
**QA24 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen über die Europäische Union, ob diese Ihrer Meinung nach richtig oder falsch ist
korrekter Antworten - %EU**



Hingegen sind nur 38% der Befragten darüber informiert, dass die Euro-Zone nicht aus 12 Mitgliedstaaten besteht, darunter 44% der Bürger in der Euro-Zone, im Vergleich zu 27% derjenigen, die in den übrigen Mitgliedstaaten leben. Dies stellt nichtsdestoweniger einen Zuwachs um 10 Prozentpunkte im Vergleich zum Frühjahr 2008 dar.

Die Slowenen und die Österreicher sind die Bürger mit den besten Kenntnissen, mit jeweils 73% richtiger Antworten. Ebenfalls gute Kenntnisse über die Europäische Union haben die Luxemburger (72%) und, in geringerem Umfang, die Deutschen und Slowaken (64%), die Franzosen und die Belgier (jeweils 63%), die Tschechen und die Griechen (jeweils 62%). Im Gegensatz hierzu sind nur ein Drittel der Briten (34%), 39% der Bulgaren und 40% der Rumänen in der Lage, die ihnen gestellten Fragen richtig zu beantworten. In diesen drei Mitgliedstaaten möchte die Mehrheit der Befragten die ihnen gestellten Fragen lieber nicht beantworten bzw. sieht sich nicht in der Lage, sie zu beantworten.




Auch bei den Letten, Litauern, Spaniern und Polen ist ein recht hoher Anteil der Befragten festzustellen, die mit „weiß nicht“ geantwortet haben.



Der Anteil der korrekten Antworten der Kroaten und der Befragten aus der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien liegt nahe bei dem der Bürger der Mitgliedstaaten (durchschnittlich 54% bzw. 46% zutreffende Antworten auf die vier gestellten Fragen). Demgegenüber waren weniger als einer von fünf Türken in der Lage, die Fragen korrekt zu beantworten (17%). Auch ist in diesem Land der hohe Anteil derer festzustellen, die bei diesen Fragen „weiß nicht“ angegeben haben (im Durchschnitt 55%).

Die soziodemographische Analyse ergibt, dass Männer (59%, im Vergleich zu 47% der Frauen) und die Befragten, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr und darüber hinaus fortgesetzt haben (63%, im Vergleich zu 45% derjenigen, die ihre schulische Ausbildung vor dem 16. Lebensjahr beendet haben) häufiger einen guten Kenntnisstand zeigen. Das Niveau der zutreffenden Antworten steigt kontinuierlich bis zur Altersgruppe der 40-54-Jährigen und sinkt danach ab.

QA24 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen über die Europäische Union, ob diese Ihrer Meinung nach richtig oder falsch ist.

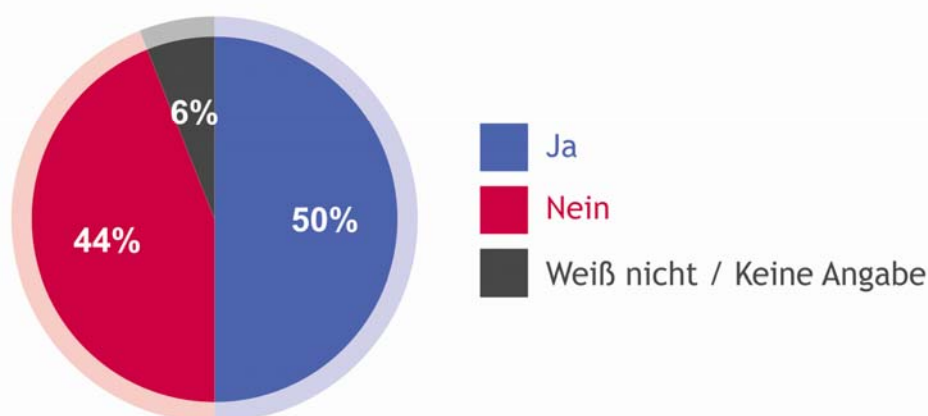
		Durchschnitt richtiger Antworten	Durchschnitt falscher Antworten	WN
	EU27	53%	22%	25%
	Geschlecht			
	Männlich	59%	22%	19%
	Weiblich	47%	22%	31%
	Alter			
	15- 24	48%	26%	26%
	25- 39	53%	24%	23%
	40- 54	56%	22%	22%
	55 +	52%	18%	30%
	Ausbildung (Ende der)			
	15-	45%	19%	36%
	16- 19	52%	23%	25%
	20+	63%	22%	15%
	Studiert noch	52%	26%	22%

5.3. Die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union

- Die europäischen Bürger sind gut informiert über die französische Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union, die zum Zeitpunkt dieser Umfrage gerade lief ; über die künftige Präsidentschaft der Tschechischen Republik, hingegen, wussten sie weitaus weniger gut Bescheid. -

Die Hälfte der europäischen Bürger (50%) haben etwas zum Thema der Präsidentschaft (Frankreichs) im Rat der Europäischen Union gelesen oder gehört⁷⁴. Die Bürger von sechzehn Mitgliedstaaten erklären, dass sie informiert sind. Nur zum Vergleich : im Frühjahr 2008 hatten nur 20% der europäischen Bürger von der Präsidentschaft der Union gehört, die Slowenien zu diesem Zeitpunkt innehatte.

Frage: QA29. In der Europäischen Union übernehmen alle Mitgliedstaaten abwechselnd für je sechs Monate die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union. Im Moment ist Frankreich an der Reihe. Haben Sie in letzter Zeit in Zeitungen, im Radio, im Fernsehen oder im Internet etwas über die französische Präsidentschaft gelesen oder gehört?



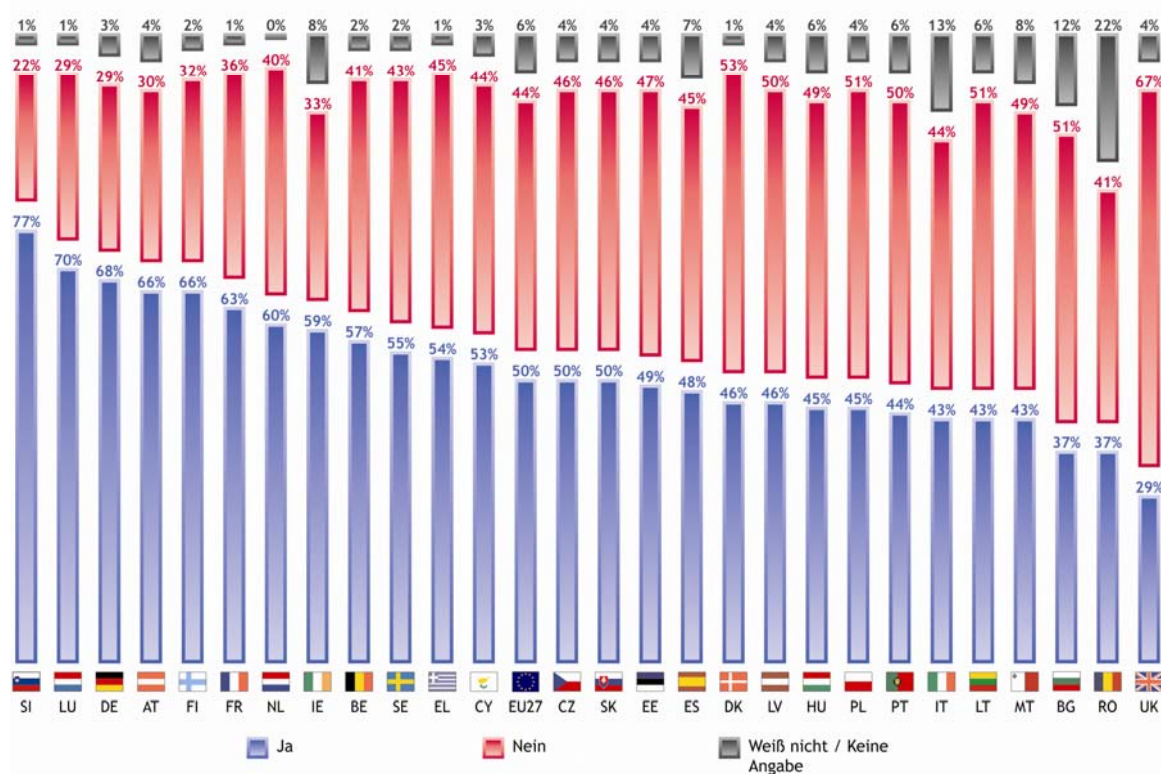
Die französische Präsidentschaft, die vor allem mit der Krise in Georgien konfrontiert war, scheint die Gemüter der Europäer ganz besonders geprägt zu haben, allem voran natürlich in Frankreich, aber nicht ausschließlich. Im übrigen ist interessanterweise festzustellen, dass die Franzosen nicht diejenigen sind, die am häufigsten etwas von der Präsidentschaft gesehen, gelesen oder gehört haben. Das sind die Slowenen, die die Präsidentschaft des Rates der Union von Januar bis Juni 2008, vor Frankreich, innehatten, denn mehr als drei Viertel von ihnen haben zu diesem Thema etwas gehört (77%).

⁷⁴ QA29 In der Europäischen Union übernehmen alle Mitgliedstaaten abwechselnd für je sechs Monate die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union. Im Moment ist Frankreich an der Reihe. Haben Sie in letzter Zeit in Zeitungen, im Radio, im Fernsehen oder im Internet etwas über die französische Präsidentschaft gelesen oder gehört?

Sieben von zehn Luxemburgern (70%), 68% der Deutschen, zwei Drittel der Finnen und der Österreicher (jeweils 66%) und 63% der Franzosen erklären ebenfalls, dass sie etwas über dieses Thema gelesen oder gehört hätten.

Demgegenüber erklären nur drei von zehn Briten (29%) und 37% der Bulgaren und der Rumänen, dass sie über dieses Thema informiert sind.

Frage: QA29. In der Europäischen Union übernehmen alle Mitgliedstaaten abwechselnd für je sechs Monate die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union. Im Moment ist Frankreich an der Reihe. Haben Sie in letzter Zeit in Zeitungen, im Radio, im Fernsehen oder im Internet etwas über die französische Präsidentschaft gelesen oder gehört?

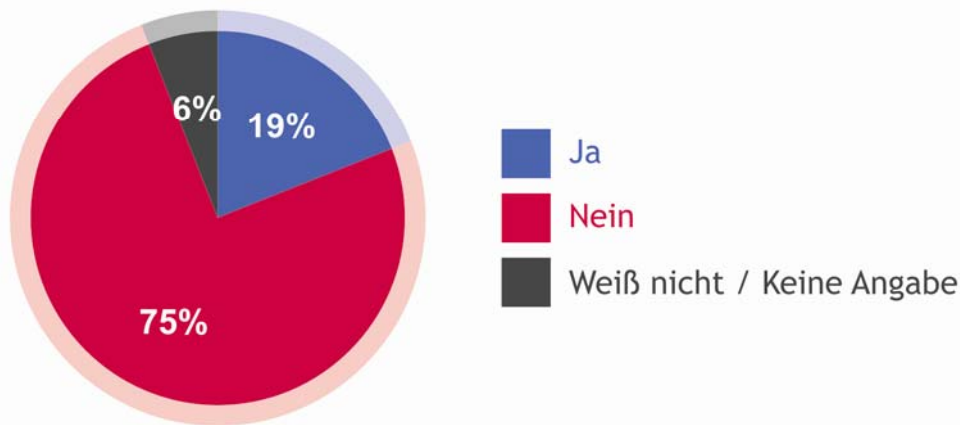


Ein weitaus geringerer Anteil der Befragten (19%) erklärt, dass sie etwas zum Thema der künftigen⁷⁵ Präsidentschaft des Rates der Union durch die Tschechische Republik ab dem 1. Januar 2009 gelesen oder gehört haben⁷⁶.

⁷⁵ Wir weisen darauf hin, dass die Umfrage wenige Wochen vor Beginn der tschechischen Präsidentschaft stattfand.

⁷⁶ QA31 In der Europäischen Union übernehmen alle Mitgliedstaaten abwechselnd für je sechs Monate die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union. Ab dem 1. Januar 2009 wird die Tschechische Republik an der Reihe sein. Haben Sie in letzter Zeit in Zeitungen, im Radio, im Fernsehen oder im Internet etwas über die tschechische Präsidentschaft gelesen oder gehört?

Frage: QA31. In der Europäischen Union übernehmen alle Mitgliedstaaten abwechselnd für je sechs Monate die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union. Ab dem 1. Januar 2009 wird die Tschechische Republik an der Reihe sein. Haben Sie in letzter Zeit in Zeitungen, im Radio, im Fernsehen oder im Internet etwas über die tschechische Präsidentschaft gelesen oder gehört?



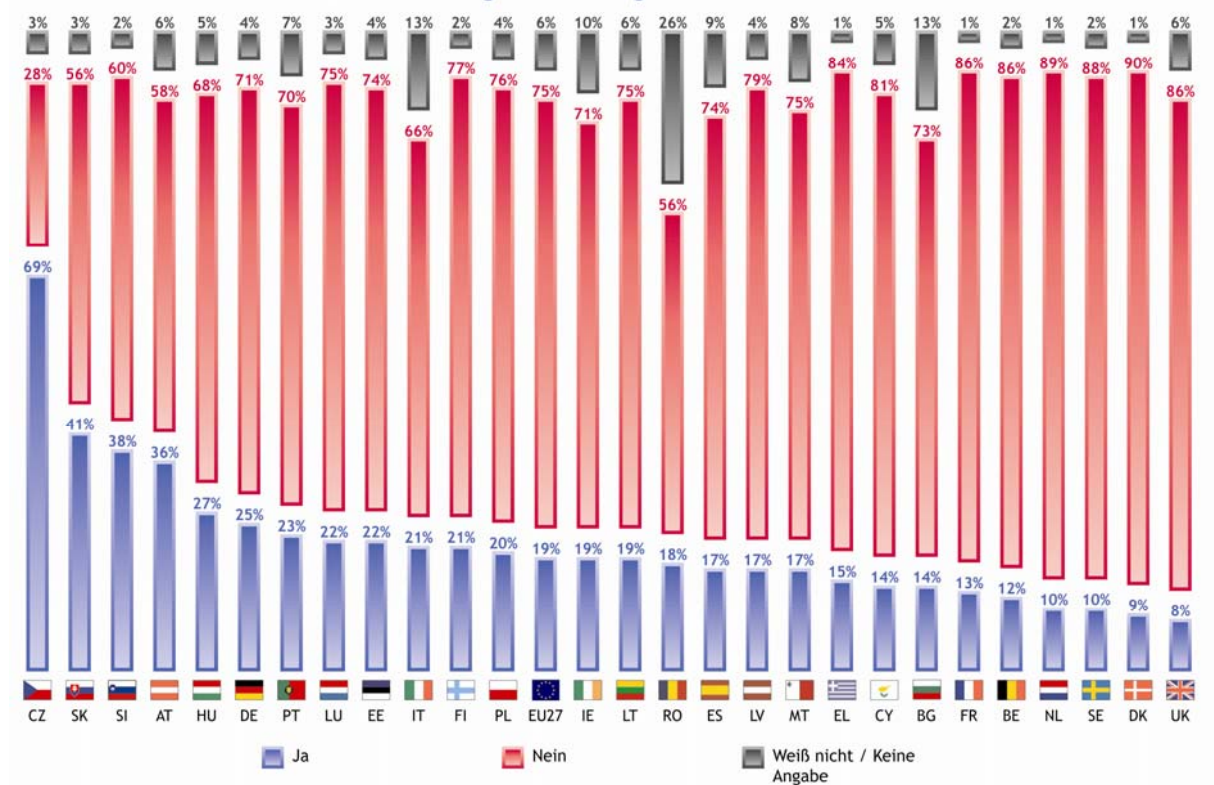
Die Analyse der Länderergebnisse bestätigt, dass die tschechischen Befragten diejenigen sind, die am häufigsten von der künftigen Präsidentschaft⁷⁷ ihres Landes gehört haben (69%); deutlich vor den Slowaken (41%), den Slowenen (38%) und den Österreichern (36%).

Im Gegensatz hierzu sind die Franzosen weitaus weniger über das Land informiert, das ihre Nachfolge in der Präsidentschaft der EU übernehmen wird. Nur 13% erklären, dass sie zu diesem Thema etwas gelesen oder gehört haben. Darüber hinaus zeigen sich auch nur 12% der Belgier, 10% der Schweden und der Niederländer sowie 9% der Dänen darüber informiert.

⁷⁷ Wir weisen darauf hin, dass die Umfrage wenige Wochen vor Beginn der tschechischen Präsidentschaft stattfand.

Frage:

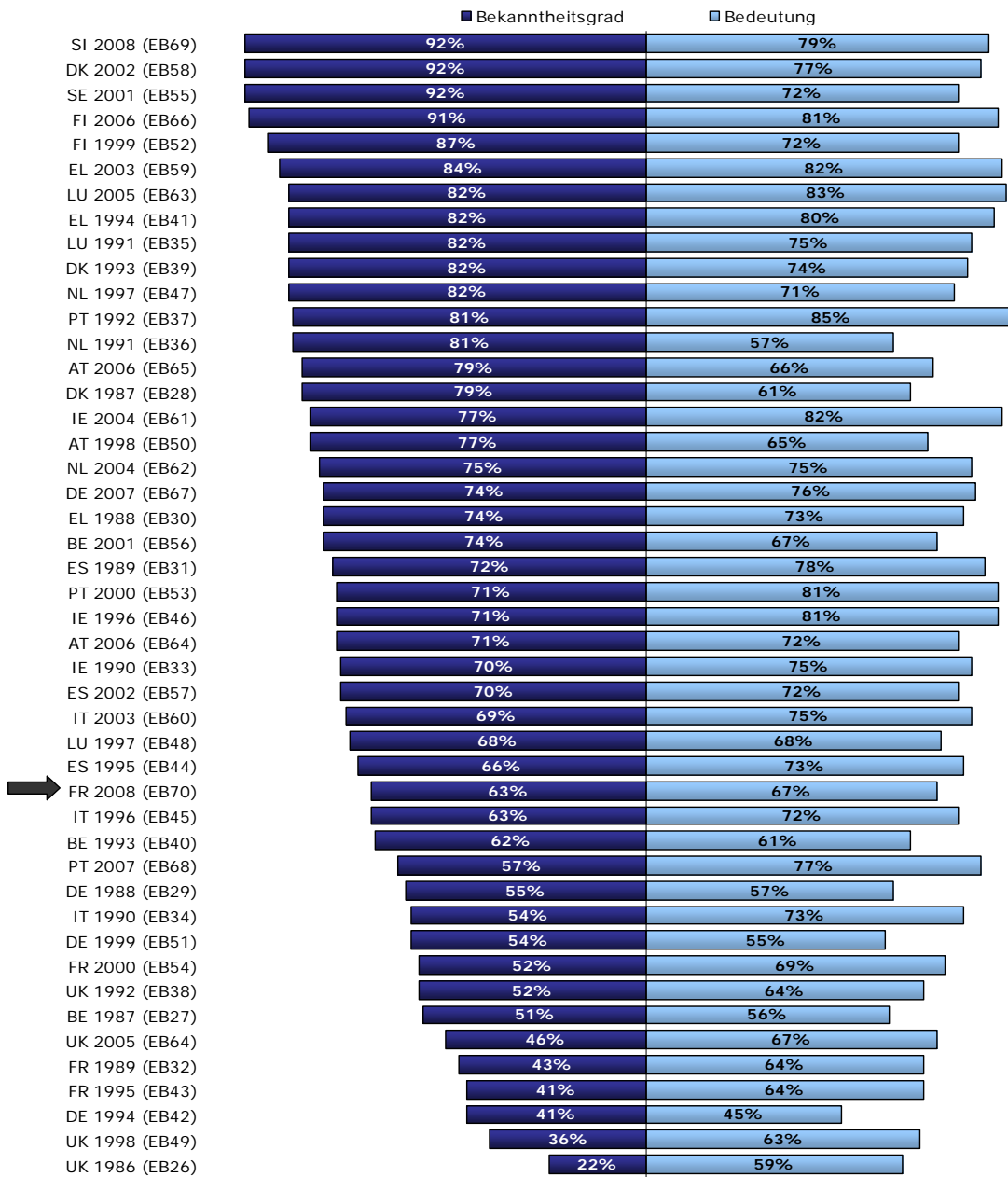
QA31. In der Europäischen Union übernehmen alle Mitgliedstaaten abwechselnd für je sechs Monate die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union. Ab dem 1. Januar 2009 wird die Tschechische Republik an der Reihe sein. Haben Sie in letzter Zeit in Zeitungen, im Radio, im Fernsehen oder im Internet etwas über die tschechische Präsidentschaft gelesen oder gehört?



Zwei Drittel der Franzosen (67%) sind der Meinung, dass die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union durch ihr Land eine bedeutende Verantwortung ist. Gleich ob in Bezug auf den wahrgenommenen Bekanntheitsgrad oder die Bedeutung, der Vergleich der Ergebnisse aus Frankreich mit denen aus den anderen Ländern zum Zeitpunkt als Frankreich die Präsidentschaft innehatte, zeigt eine gewisse Differenz zwischen der sehr hohen Bekanntheit der französischen Präsidentschaft auf europäischer Ebene und der Bekanntheit in Frankreich selbst⁷⁸.




⁷⁸ QA30 Unabhängig davon, ob Sie darüber etwas gehört haben oder nicht, halten Sie es für wichtig oder nicht, dass Frankreich gegenwärtig die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union innehat? Würden Sie sagen, das ist ... ?

QA29 + QA30 Bekanntheitsgrad und Bedeutung der Präsidentschaft des Rats der Europäischen Union



Die soziodemographische Analyse dieser Ergebnisse ergibt, dass die wahrgenommene Bedeutung der Präsidentschaft der Union mit dem Alter der Befragten steigt: 51% der jüngsten Altersgruppe geben an, sie sei bedeutend, im Vergleich zu 77% der ältesten Befragten. Darüber hinaus ist auch festzustellen, dass die Franzosen, die ihre schulische Ausbildung vor dem 16. Lebensjahr beendet haben, etwas häufiger erklären als diejenigen mit dem höchsten Bildungsstand, dass sie die Tatsache, dass Frankreich die Präsidentschaft der Europäischen Union innehat, für wichtig halten (72%, im Vergleich zu 67%). Diese Komponente ist mit den je nach Alter festgestellten Unterschieden zu verbinden, denn die ältesten Befragten sind häufig diejenigen mit den niedrigsten Bildungsabschlüssen. Und schließlich ergeben sich auch je nach der politischen Variable ebenso große Unterschiede: diese Meinung wird von nahezu acht von zehn Sympathisanten der Parteien der politischen Rechten geteilt: 77%, im Vergleich zu 59% derjenigen, die den Formierungen der Linken nahestehen.

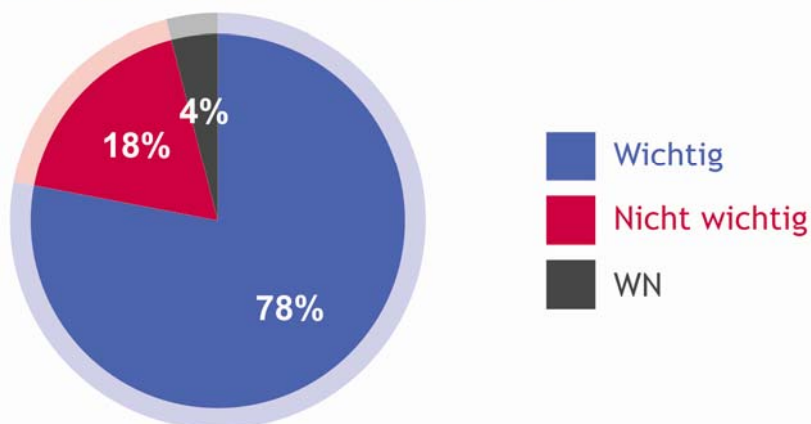
QA30 Egal, ob Sie gehört haben oder nicht, denken Sie, ist es wichtig, oder nicht, dass Frankreich ist Präsident des Rates der Europäischen Union zu diesem Zeitpunkt? Würden Sie sagen, es ist ...?

	Wichtig	Nicht wichtig	WN
Frankreich	67%	27%	6%
Alter			
 15-24	51%	40%	9%
25-39	61%	35%	4%
40-54	66%	27%	7%
55 +	77%	18%	5%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	72%	20%	8%
16-19	66%	28%	6%
20+	67%	29%	4%
Studiert noch	57%	35%	8%
Links-Rechts Skala			
 (1-4) Links	59%	35%	6%
(5-6) Mitte	72%	23%	5%
(7-10) Rechts	77%	20%	3%

Nahezu acht von zehn der befragten Tschechen (78%) sind ebenfalls der Meinung, dass die Übernahme der Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union durch ihr Land ein bedeutender Moment ist, und nahezu drei von zehn (27%) betrachten ihn sogar als sehr wichtig⁷⁹. An dieser Stelle sollte darauf hingewiesen werden, dass die Tschechische Republik diese Rolle seit ihrem Beitritt zur Union 2004 zum ersten Mal übernehmen wird.

⁷⁹ QA32 Unabhängig davon, ob Sie darüber etwas gehört haben oder nicht, halten Sie es für wichtig oder nicht, dass die Tschechische Republik vom 1. Januar 2009 an die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union innehaben wird? Würden Sie sagen, das ist ... ?

Frage: QA32. Egal, ob Sie gehört haben oder nicht, denken Sie, ist es wichtig, oder nicht, dass die Tschechische Republik wird Präsident des Rates der Europäischen Union aus dem 1. Januar 2009? Würden Sie sagen, es ist ...?



Der Anteil der tschechischen Befragten, die sich rechts des politischen Spektrums ansiedeln, ist deutlich höher als der Anteil der Linken, die es für wichtig halten, dass die Tschechische Republik die Präsidentschaft der Union übernimmt (86% bzw. 69%).

QA32 Unabhängig davon, ob Sie darüber etwas gehört haben oder nicht, halten Sie es für wichtig oder nicht, dass die Tschechische Republik gerade die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union innehat? Würden Sie sagen, das ist ...

	Wichtig	Nicht wichtig	WN
Tschechische Republik	78%	18%	4%
Links-Rechts Skala			
(1-4) Links	69%	26%	5%
(5-6) Mitte	82%	14%	4%
(7-10) Rechts	86%	12%	2%

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Mehrheit der europäischen Bürger zeigt sich mit der Zugehörigkeit ihres Landes zur Europäischen Union zufrieden. Darüber hinaus sind sie in großen Anteilen davon überzeugt, dass diese Zugehörigkeit Vorteile für ihr Land mit sich bringt. Der im Frühjahr 2008 festgestellte drastische Rückgang der positiven Meinungen über die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und über die Vorteile der Zugehörigkeit hat sich stabilisiert.

Kaum ein europäischer Bürger von zwei erklärt sich vertrauensvoll der Europäischen Union gegenüber. Der Anteil der Befragten, die ein positives Bild von ihr haben, ist fast gleich (45%). Diese Zahlen bestätigen die Tendenz der beiden vorangegangenen Eurobarometer-Umfragen hin zu einer umsichtigeren, wenn nicht sogar kritischeren Sichtweise der EU vonseiten der öffentlichen Meinung.

Die Freiheit, überall in der Europäischen Union reisen, studieren und arbeiten zu können, ist in den Augen der Bürger das was die Europäische Union am ehesten für sie bedeutet, vor der Einheitswährung und dem Frieden. In dieser Hinsicht sind je nach dem soziodemographischen Profil der Befragten, insbesondere nach dem Alter, erhebliche Unterschiede in der Wahrnehmung festzustellen.

Eine sehr knappe Mehrheit der europäischen Bürger, die in den zwölf Ländern der EU leben, welche nicht der Euro-Zone angehören, hat das Gefühl, dass ihre Zugehörigkeit zur EU27 ihnen zu einem höheren Maß an wirtschaftlicher Stabilität verhilft; dieses Gefühl ist noch ausgeprägter in den Ländern der Euro-Zone, wo die Bürger das Gefühl haben, dass die gemeinsame Währung ihrem Land eine gewisse Stabilität bringt.

Trotz einer, wie zuvor beschriebenen, reservierteren Haltung gegenüber der Europäischen Union **behaupten die europäischen Bürger dennoch, dass sie sich wünschen würden, wenn der Aufbau Europas schneller voranschreiten würde als dieses gegenwärtig der Fall ist.**

Der Bekanntheitsgrad der europäischen Institutionen, ebenso wie das Vertrauen der Bürger in die vier wichtigsten Institutionen der Gemeinschaft, ist insgesamt stabil. **Dahingegen jedoch steigt die Haltung des Misstrauens gegenüber allen Institutionen der EU, und insbesondere der Europäischen Zentralbank, angesichts des Ausmaßes der gegenwärtigen Wirtschaftskrise.**

Es scheint so zu sein, dass die objektive Kenntnis der Europäischen Union sich bei den europäischen Bürgern deutlich verbessert. Hingegen erklärt eine Mehrheit der europäischen Bürger, dass sie ihre Funktionsweise nach wie vor nicht richtig versteht.

Die französische Präsidentschaft der Europäischen Union hat die Gemüter geprägt. Einer von zwei europäischen Bürgern erklärt, sich daran zu erinnern, dass sie zu diesem Thema etwas gesehen, gelesen oder gehört haben, während dies zur Zeit der slowenischen Präsidentschaft bei nur 20% der Fall war.

III. DIE EUROPÄISCHE UNION HEUTE UND IN DER ZUKUNFT

EINLEITUNG

In diesem dritten Abschnitt der Erhebung wird die Europäische Union anhand ihrer Wahrnehmung heute und in der Zukunft behandelt. Im vorliegenden Bericht werden die Meinungen der europäischen Bürger über die Kompetenzen der Union sowie ihre Wahrnehmung des Haushalts der Europäischen Union untersucht. Darüber hinaus werden in diesem Bericht auch die Bewertung der europäischen Politik, die Unterstützung der EU-Erweiterung sowie die Prioritäten näher beleuchtet, die die Europäische Union nach Meinung ihrer Bürger in den nächsten Jahren verstärkt beachten sollte.

Und schließlich befasst der letzte Abschnitt dieses Berichtes sich mit der Sichtweise der europäischen Bürger angesichts der Zukunft.

In diesem Abschnitt werden folgende Themen untersucht:

1) Die Kompetenzen der Europäischen Union: Die Meinungen der europäischen Bürger über die Anzahl der Bereiche, in denen die Europäische Union Beschlüsse fassen kann sowie eine Bewertung der besten Entscheidungsebene – sei sie europäischer oder nationaler Art – für 20 Bereiche.

2) Die Kenntnisse der europäischen Bürger über den Haushalt der Europäischen Union: Kenntnisse über den EU-Haushalt sowie die von den europäischen Bürgern wahrgenommene und gewünschte Verwendung des EU-Haushalts.

3) Unterstützung der europäischen Politik: Die Unterstützung, die die Einheitswährung, die gemeinsame Außenpolitik sowie die Sicherheits- und Verteidigungspolitik bei den europäischen Bürgern findet.

4) Die Bewertung der Erweiterung: Die Meinungen der europäischen Bürger über die Erweiterung der EU von 15 auf 27 Mitgliedstaaten und die Unterstützung einer neuen künftigen Erweiterung in den kommenden Jahren.

5) Die Prioritäten der Europäischen Union: Die Prioritäten, die die Institutionen der Gemeinschaft nach Meinung der Bürger im Interesse einer Stärkung der Union in den nächsten Jahren verstärkt beachten sollten.

6) Die Bürger, die Europäische Union und die Globalisierung: Die Wahrnehmung der Globalisierung, die Rolle der Europäischen Union angesichts dieses Phänomens und die Kenntnisse der Bürger über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung.

7) Die Zukunft der Europäer: Wie schätzen die europäischen Bürger ihre eigene Zukunft und die ihrer Kinder ein?

1. DIE KOMPETENZEN DER UNION

Die Frage über die Ebene der Kompetenzen ist eine der zentralen Fragestellungen der europäischen Integration. So ist auch die Frage über die Beschlussfassung der Europäischen Union in verschiedenen Bereichen eine der grundlegenden Fragen der europäischen Integration. Mit anderen Worten, würden sich die europäischen Bürger ein höheres Maß an Integration – und damit eine höhere Kompetenzebene der EU – wünschen, oder würden sie sich, im Gegenteil, wünschen, dass die Anzahl der Kompetenzbereiche der Union reduziert wird, oder sind sie der Meinung, dass die gegenwärtige Anzahl der Bereiche genau richtig ist?

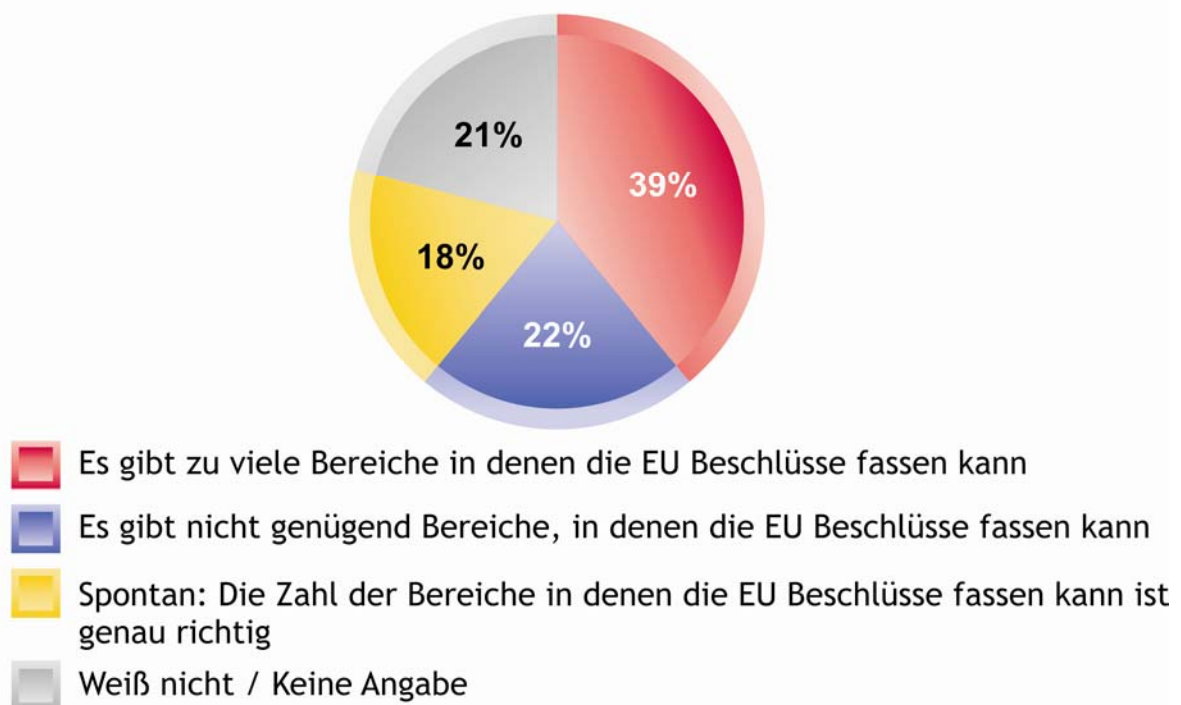
So haben wir den europäischen Bürgern eine Reihe an Fragen über die Kompetenzen der Union gestellt.

1.1. Die Bewertung der Anzahl der Bereiche der Beschlussfassung durch die Europäische Union

– Nahezu zwei von fünf europäischen Bürgern sind der Meinung, dass die Europäische Union in zuvielen Bereichen Beschlüsse fassen kann –

Eine knappe Mehrheit der europäischen Bürger (39%) ist der Meinung, dass es zuviele Bereiche gibt, in denen die EU Beschlüsse fassen kann⁸⁰, im Vergleich zu mehr als einem von fünf Europäern (22%), die der Meinung sind, dass es nicht genügend Bereiche gibt, in denen die EU Beschlüsse fassen kann, und 18%, die spontan erklären, dass die Zahl der Bereiche, in denen die EU Beschlüsse fassen kann, ihrer Meinung nach gegenwärtig genau richtig ist. Festzustellen ist, dass mehr als einer von fünf Befragten sich einer Antwort auf diese Frage enthielt (21%).

Frage: QC3. Welche der folgenden Aussagen kommt Ihrer Meinung am nächsten, wenn es um die Bereiche geht, in denen die Europäische Union Beschlüsse fassen kann?

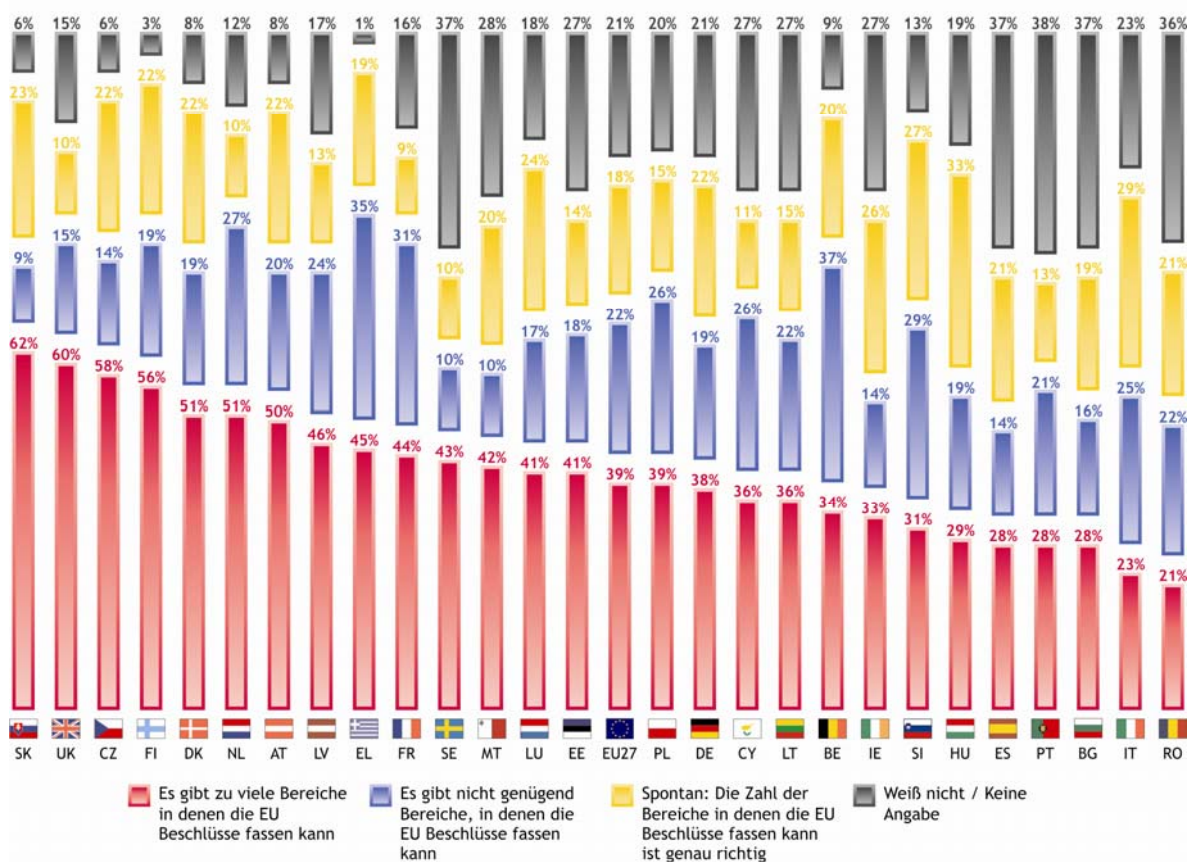


⁸⁰ QC3 Welche der folgenden Aussagen kommt Ihrer Meinung am nächsten, wenn es um die Bereiche geht, in denen die Europäische Union Beschlüsse fassen kann? 1. Es gibt zu viele Bereiche in denen die EU Beschlüsse fassen kann; 2. Es gibt nicht genügend Bereiche, in denen die EU Beschlüsse fassen kann; 3. SPONTAN: Die Zahl der Bereiche in denen die EU Beschlüsse fassen kann ist genau richtig.

Bei der Analyse der Länderergebnisse sind die folgenden Unterschiede festzustellen:

- ◆ **20 der 27 Mitgliedstaaten sind mehrheitlich der Meinung, dass es zuviele Bereiche gibt, in denen die EU Beschlüsse fassen kann.** Diese Meinung wird von einer überwiegenden Mehrheit der Befragten in der Slowakei (62%), im Vereinigten Königreich (60%), in der Tschechischen Republik (58%) und in Finnland (56%) vertreten. Es ist nicht verwunderlich, dass diese Ergebnisse im Vereinigten Königreich und in Finnland festgestellt wurden - in zwei Ländern, die sich in den Eurobarometer-Umfragen generell durch ihre Zurückhaltung gegenüber der Europäischen Union unterscheiden.
- ◆ Die in Belgien befragten Personen sind mehrheitlich der Meinung, dass es nicht genügend Bereiche gibt, in denen die EU Beschlüsse fassen kann (37%).
- ◆ Ungarn und Italien sind die einzigen Länder, in denen eine Mehrheit der Befragten (33% bzw. 29%) spontan erklären, dass die Zahl der Bereiche, in denen die EU Beschlüsse fassen kann, ihrer Meinung nach genau richtig ist.
- ◆ Festzustellen ist, dass in fünf Ländern der Europäischen Union mehr als ein Drittel der Befragten diese Frage nicht beantworteten. Dies gilt für Rumänien (36%), Spanien, Schweden und Bulgarien (37%) sowie Portugal (38%). Außer in Schweden ist dieser Anteil der „weiß nicht“-Antworten in diesen Staaten mehrheitlich.

Frage: QC3. Welche der folgenden Aussagen kommt Ihrer Meinung am nächsten, wenn es um die Bereiche geht, in denen die Europäische Union Beschlüsse fassen kann?



QC3 Welche der folgenden Aussagen kommt Ihrer Meinung am nächsten, wenn es um die Bereiche geht, in denen die Europäische Union Beschlüsse fassen kann?

	Es gibt zu viele Bereiche in denen die EU Beschlüsse fassen kann	Es gibt nicht genügend Bereiche, in denen die EU Beschlüsse fassen kann	Die Zahl der Bereiche in denen die EU Beschlüsse fassen kann ist genau richtig (SPONTAN)	WN
EU27	39%	22%	18%	21%
Alter				
15-24	34%	25%	20%	21%
25-39	39%	23%	19%	19%
40-54	41%	22%	18%	19%
55 +	40%	19%	17%	24%
Ausbildung (Ende der)				
15-	36%	18%	18%	28%
16-19	42%	21%	18%	19%
20+	41%	25%	18%	16%
Stuidert noch	33%	25%	21%	21%
Vertrauen in die EU				
Eher vertrauen	33%	26%	24%	17%
Eher nicht vertrauen	49%	18%	14%	19%

Die soziodemographische Analyse ergibt gewisse Unterschiede, die jedoch weniger bedeutend sind:

- ◆ Je jünger die Befragten, desto häufiger sind sie der Meinung, dass es nicht genügend Bereiche gibt, in denen die EU Beschlüsse fassen kann: Diese Meinung wird von 25% der Befragten zwischen 15 und 24 Jahren vertreten, im Vergleich zu 19% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber. Diese Antwort korreliert mit den festgestellten Tendenzen bei den Fragen über den Aufbau Europas, d.h. die jüngsten Befragten gehören oftmals in der Tat zu den „Europa-Freundlichsten“.
- ◆ Die Sympathisanten der politischen Parteien der Rechten sind im Vergleich zu den Sympathisanten der Formierungen der Linken leicht mehrheitlich der Meinung, dass es zuviele Bereiche gibt, in denen die EU Beschlüsse fassen kann (43% im Vergleich zu 39%).
- ◆ Und schließlich, je stärkeres Vertrauen die Befragten in die Europäische Union erklären, desto stärker tendieren sie zu der Meinung, dass es nicht genügend Bereiche gibt, in denen die EU Beschlüsse fassen kann, d.h. 26%, im Vergleich zu 18% derjenigen, die der Europäischen Union kein Vertrauen entgegenbringen. Festzustellen ist, dass nahezu die Hälfte der Befragten, die erklären, dass sie der Union kein Vertrauen entgegenbringen, der Meinung sind, dass es zuviele Bereiche gibt, in denen sie Beschlüsse fassen kann (49%).

Die Ergebnisse zu dieser Frage zeigen eine generell eher zurückhaltende Haltung der Befragten gegenüber einer Übertragung der nationalen Kompetenzen auf die europäische Ebene. Nichtsdestoweniger weist der hohe Anteil der „weiß nicht“-Antworten auch auf Verständnisprobleme sowie auf ein unzureichendes Maß hin, in dem die europäischen Bürger über diese Fragen informiert sind, wodurch ihre Zurückhaltung teilweise erklärt werden kann.

1.2. Die Bewertung der besten Entscheidungsebene

- Die wissenschaftliche und technologische Forschung, der Umweltschutz und insbesondere der Kampf gegen den Terrorismus werden sehr häufig als die Bereiche genannt, in denen die Europäische Union eine wesentliche Rolle spielen sollte -

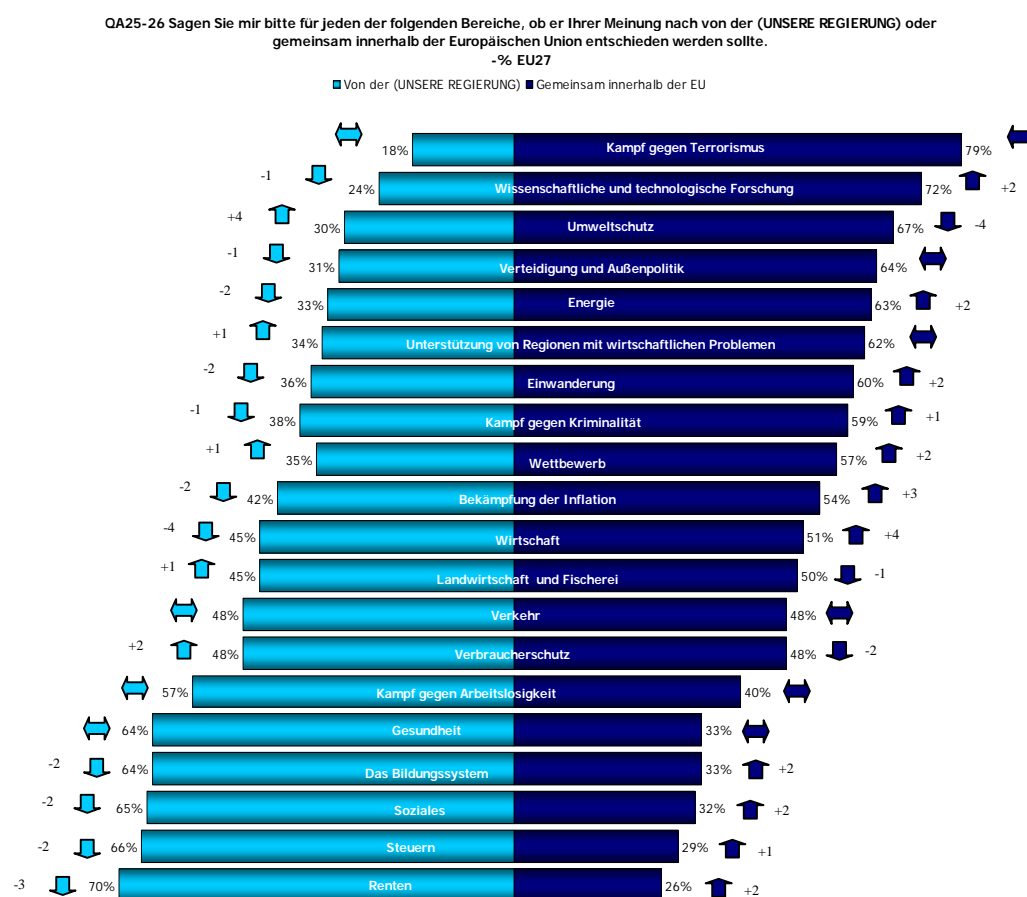
Wenn die europäischen Bürger um ihre Meinung darüber gebeten werden, welche Entscheidungsebene sie für 20 Bereiche für am effizientesten halten, ergibt sich ein Bild geteilter Meinungen⁸¹. Eine Mehrheit der Befragten ist der Ansicht, dass in den folgenden 12 Bereichen gemeinsame Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen werden sollten: Dem Kampf gegen den Terrorismus (79%), der wissenschaftlichen und technologischen Forschung (72%), dem Umweltschutz (67%), der Verteidigungs- und Außenpolitik (64%), der Energie (63%), der Unterstützung von Regionen mit wirtschaftlichen Problemen (62%), der Einwanderung (60%), der Bekämpfung von Kriminalität (59%), dem Wettbewerb (57%), der Bekämpfung der Inflation (54%), der Wirtschaft (51%) und zuletzt der Landwirtschaft und Fischerei (50%).

Demgegenüber sollten nach Ansicht der Befragten sechs Bereiche besser von den nationalen Regierungen verwaltet werden: Die Renten (70%), die Steuern (66%), das Sozialsystem (65%), die Gesundheit und das Bildungssystem (jeweils 64%) und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit (57%).

⁸¹ QA25-26 Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob er Ihrer Meinung nach von der (UNSERE REGIERUNG) oder gemeinsam innerhalb der Europäischen Union entschieden werden sollte. 1. Kampf gegen Kriminalität; 2. Steuern; 3. Kampf gegen Arbeitslosigkeit; 4. Kampf gegen Terrorismus; 5. Verteidigung und Außenpolitik; 6. Einwanderung; 7. Das Bildungssystem; 8. Renten; 9. Umweltschutz; 10. Gesundheit; 11. Soziales; 12. Landwirtschaft und Fischerei; 13. Verbraucherschutz; 14. Wissenschaftliche und technologische Forschung; 15. Unterstützung von Regionen mit wirtschaftlichen Problemen; 16. Energie; 17. Wettbewerb; 18. Verkehr; 19. Wirtschaft; 20. Bekämpfung der Inflation

In Bezug auf zwei Bereiche – Verkehr und Verbraucherschutz – teilen sich die europäischen Bürger schließlich in zwei gleich große Gruppen auf: 48% von ihnen sind der Meinung, dass die Entscheidungen gemeinsam auf europäischer Ebene getroffen werden sollten, während ein gleich großer Anteil die nationale Ebene bevorzugt.

Es ist interessanterweise festzustellen, dass die europäischen Bürger, wenn man ihnen eine detaillierte Liste der Politikbereiche vorlegt, mehrheitlich gemeinsame Entscheidungen auf europäischer Ebene vorzuziehen scheinen, während sie *prinzipiell* zurückhaltender sind in Bezug auf die Frage, ob die Union über mehr Kompetenzen verfügen sollte⁸².



⁸² QC3 Welche der folgenden Aussagen kommt Ihrer Meinung am nächsten, wenn es um die Bereiche geht, in denen die Europäische Union Beschlüsse fassen kann? Siehe Abschnitt 1.1 „Die Bewertung der Anzahl der Bereiche der Beschlussfassung durch die Europäische Union“.

Diese Ergebnisse bestätigen das Konzept, dass die europäischen Bürger die EU als eine Institution sehen, die es ihnen besser ermöglicht, die neuen Herausforderungen durch die Globalisierung zu meistern. Tatsächlich sind nahezu die Hälfte der Befragten der Meinung, dass die Europäische Union es den europäischen Bürgern ermöglicht, besser von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren (48%).⁸³ Aufgrund von Pragmatismus und der Sorge um die Effizienz zeigen sich die Bürger der EU27 also mehrheitlich für eine Europäisierung der öffentlichen Macht.

Bei dieser ist im übrigen seit dem Frühjahrsbericht 2008 ein Fortschritt zu verzeichnen. Tatsächlich **sind in elf der zwanzig abgefragten Bereiche eine größere Anzahl europäischer Bürger als vor sechs Monaten der Meinung, dass Beschlüsse gemeinsam auf europäischer Ebene gefasst werden sollten.** Dieser Zuwachs beträgt 4 Prozentpunkte für den Bereich der Wirtschaft und 3 Prozentpunkte für den Bereich der Bekämpfung der Inflation, wobei darauf hinzuweisen ist, dass diese beiden Bereiche die beiden Hauptprobleme auf nationaler Ebene und die beiden größten persönlichen Besorgnisse der europäischen Bürger darstellen. Dieser Zuwachs beträgt 1 bis 2 Prozentpunkte für die übrigen neun Bereiche.

Die verzeichneten Zuwächse korrelieren mit dem Rückgang des Anteils der Befragten, die Beschlüsse auf nationaler Ebene vorziehen würden. Angesichts einer gegenwärtig schlechten Konjunkturlage lässt sich vermuten, dass die Bürger die Europäische Union für einflussreicher halten als die nationalen Regierungen, und dass sie in der Lage ist, effizienter zu handeln. Auch ist festzustellen, dass es sich hierbei um eine generelle Tendenz handelt, die bereits im Eurobarometer 69 verzeichnet wurde⁸⁴.

Was den Umweltschutz, den Verbraucherschutz sowie die Landwirtschaft und Fischerei betrifft, so ist ein Anstieg des Anteils der Befragten zu verzeichnen, der sich eine Beschlussfassung auf nationaler Ebene wünschen würde (jeweils +4 Punkte, +2 Punkte und +1 Punkt).

Und schließlich bleiben die Ergebnisse in den folgenden sechs Bereichen unverändert: Kampf gegen Terrorismus, Verteidigung und Außenpolitik, Unterstützung von Regionen mit wirtschaftlichen Problemen, Verkehr, Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Gesundheit.

























































































⁸³ QA34b Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu oder nicht zu? Die Europäische Union ermöglicht, dass die europäischen Bürger besser von den positiven Auswirkungen der Globalisierung profitieren.

⁸⁴ Siehe Abschnitt 6, Die europäischen Bürger, die Union und die Globalisierung, Seite 52

Bei jeder Frage ist deutlich festzustellen, dass die Befragten in Finnland und im Vereinigten Königreich – und in geringerem Maße auch in Dänemark, in Schweden und in Österreich – es sehr befürworten würden, dass die nationalen Regierungen ihre Entscheidungsbefugnis in einer Reihe von Bereichen beibehalten würden.

Demgegenüber sind die Befragten auf Zypern – und in etwas geringerem Umfang auch diejenigen in Portugal und in der Slowakei – sehr häufig der Meinung, dass es von Vorteil wäre, wenn Beschlüsse in den meisten Bereichen auf europäischer Ebene gefasst würden.

QA35-36a Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob er Ihrer Meinung nach von der (UNSERE REGIERUNG) oder gemeinsam innerhalb der Europäischen Union entschieden werden sollte. - Antwort "gemeinsam innerhalb der Europäischen Union"

		Höchste Kerbe		Niedrigste Kerbe	
	EU27	1st	2ens	1st	2ens
Kampf gegen Terrorismus	79%	 SK: 92%	 NL: 91%	 ES: 63%	 UK: 67%
Wissenschaftliche und technologische Forschung	72%	 CY: 88%	 SK: 86%	 ES: 60%	 RO: 63%
Umweltschutz	67%	 NL: 82%	 DE: 81%	 FI: 50%	 IE: 51%
Verteidigung und Außenpolitik	64%	 SK: 85%	 LU: 85%	 FI: 18%	 UK: 43%
Energie	63%	 CY: 80%	 LV: 76%	 AT: 41%	 FI: 45%
Unterstützung von Regionen mit wirtschaftlichen Problemen	62%	 NL: 87%	 CY: 83%	 IT: 50%	 FR: 52%
Einwanderung	60%	 MT: 76%	 RO: 71%	 FI: 17%	 AT: 37%
Kampf gegen Kriminalität	59%	 SK: 78%	 HU: 77%	 UK: 34%	 IE: 41%
Wettbewerb	57%	 NL: 71%	 DE: 69%	  ES / UK: 44%	 FI: 47%
Bekämpfung der Inflation	54%	 NL: 73%	 DE: 71%	 UK: 39%	 IE: 42%
Wirtschaft	51%	 LT: 69%	 CY: 68%	 FI: 22%	  SE / DK: 31%
Landwirtschaft und Fischerei	50%	 CY: 71%	  BE/NL: 67%	 FI: 14%	 RO: 35%
Verbraucherschutz	48%	 CY: 72%	 SK: 64%	 FI: 30%	 UK: 34%
Verkehr	48%	 SE: 71%	 BE: 67%	 FI: 22%	 UK: 25%
Kampf gegen Arbeitslosigkeit	40%	 SK: 59%	 PT: 58%	 FI: 21%	  DK / UK: 27%
Das Bildungssystem	33%	 SI: 50%	  CZ / PT: 49%	 FI: 8%	  LU / UK: 20%
Gesundheit	33%	 CY: 72%	 PT: 52%	 FI: 7%	 AT: 18%
Sozialeswesen	32%	 CY: 61%	 PT: 51%	 FI: 6%	 SE: 11%
Steuern	29%	 PT: 46%	   IT/CY/SI: 41%	 FI: 10%	 DK: 11%
Renten	26%	 PT: 46%	 CY: 48%	 FI: 4%	 SE: 8%

Die Analyse der Länderergebnisse befasst sich in einem ersten Schritt mit den Bereichen, in denen die europäischen Bürger einen Wunsch nach einer stärkeren Europäisierung zum Ausdruck bringen, und dann mit den Bereichen, in denen sie Beschlüsse auf nationaler Ebene vorziehen würden.

➤ **Die Bereiche, für die die europäischen Bürger insgesamt gemeinsame Beschlüsse auf europäischer Ebene vorziehen würden**

Was den **Kampf gegen Terrorismus**, die **wissenschaftliche und technologische Forschung** und den **Umweltschutz** betrifft, so ist in allen Mitgliedstaaten eine klare Mehrheit von Befragten zu verzeichnen, die in diesen Bereichen Beschlüsse auf europäischer Ebene vorziehen würde.

Nahezu die Gesamtheit der Befragten in der Slowakei (92%), den Niederlanden (91%) sowie in Ungarn, Schweden und Dänemark (jeweils 90%) würden es befürworten, wenn die Beschlüsse im Bereich des **Kampfes gegen den Terrorismus** auf europäischer Ebene gefasst würden. Weniger als sieben von zehn Befragten im Vereinigten Königreich (67%) und in Spanien (63%) - zwei Länder, die in den letzten Jahren vom Terrorismus stark betroffen waren - würden es sich wünschen, wenn dieser Politikbereich auf dieser Ebene behandelt würde.

Nahezu neun von zehn Befragten auf Zypern (88%) und 86% der Befragten in der Slowakei, in Luxemburg und Griechenland sind der Meinung, dass die Europäische Union das wichtigste Entscheidungsorgan im Bereich der **wissenschaftlichen und technologischen Forschung** sein sollte. Andererseits wird diese Meinung von zwei Dritteln der Befragten in Finnland, im Vereinigten Königreich und in Österreich (jeweils 65%) sowie 63% der befragten Personen in Rumänien und 60% in Spanien geteilt.

Mehr als acht von zehn Befragten in den Niederlanden und in Deutschland (82% bzw. 81%) sind der Meinung, dass die Beschlüsse im Bereich des **Umweltschutzes** gemeinsam auf europäischer Ebene getroffen werden müssten. Diese Meinung wird nur von einer sehr knappen Mehrheit der Befragten in Finnland (50% im Vergleich zu 49%, die Beschlüsse auf nationaler Ebene vorziehen würden) und in Irland (51% im Vergleich zu 44%) geteilt.

Die Befragten in Finnland, im Vereinigten Königreich und in Schweden sind die einzigen, die mehrheitlich (zu jeweils 80%, 51% und 50%) der Meinung sind, dass der Bereich der **Verteidigung und Außenpolitik** besser auf nationaler Ebene kontrolliert wird. Diese Ergebnisse führen zu der Vermutung, dass das Ergebnis von Finnland, das sich von den Ergebnissen der übrigen Staaten der EU stark unterscheidet, durch die Tradition der Neutralität dieses Landes im Bereich der Außenpolitik zu erklären ist.

In allen Mitgliedstaaten werden Beschlüsse auf europäischer Ebene im Bereich der **Unterstützung von Regionen mit wirtschaftlichen Problemen** vorgezogen. Mehr als acht von zehn Befragten sind dieser Meinung in den Niederlanden (87%), auf Zypern (83%), auf Malta und in Luxemburg (81%). Dieser Anteil fällt auf weniger als 55% in der Tschechischen Republik (54%), im Vereinigten Königreich (53%), in Frankreich (52%) und Italien (50%).

Was den **Kampf gegen Kriminalität** betrifft, so sind die Bürger in dreiundzwanzig Mitgliedstaaten der Meinung, dass diese Probleme auf europäischer Ebene behandelt werden sollten. Nur die Befragten im Vereinigten Königreich (63%), in Spanien und in Irland (jeweils 54%) sind mehrheitlich der Ansicht, dass diese Probleme besser auf nationaler Ebene behandelt werden können. Die Befragten in Griechenland sind zu dieser Frage geteilter Meinung.

Die Bürger der meisten EU-Mitgliedstaaten würden es sich wünschen, dass der Bereich **Energie** gemeinsam auf europäischer Ebene behandelt wird. Nur die Befragten in Österreich (56%), in Finnland (53%) und im Vereinigten Königreich (51%) würden es vorziehen, wenn die nationalen Regierungen ihre Kompetenz in diesem Bereich beibehalten würden.

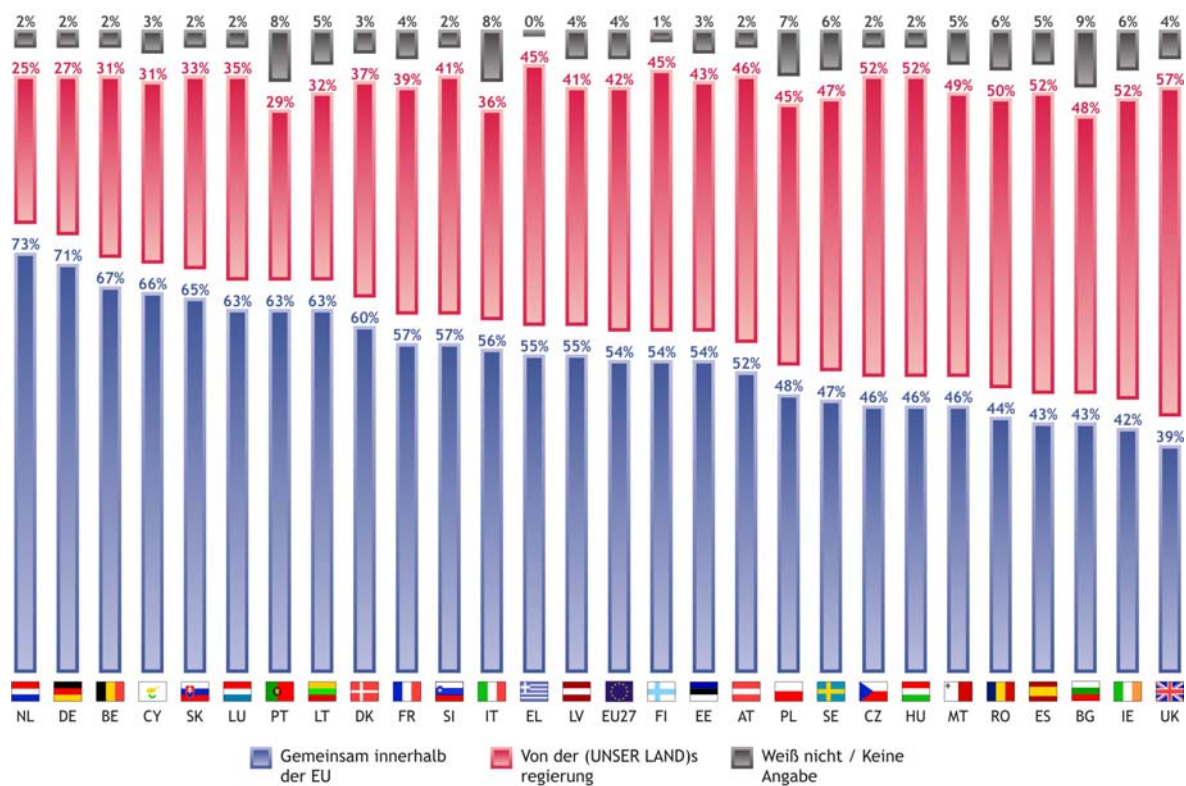
Die Befragten in zwanzig Mitgliedstaaten, insbesondere auf Malta (76%, im Vergleich zu nur 17% in Finnland) sind gleicher Meinung, was den Bereich **Einwanderung** betrifft.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt, wo die Europäer schwer von der Wirtschaftskrise betroffen sind, ist vor allem die Analyse ihrer bevorzugten Entscheidungsebene in den Bereichen **Wirtschaft** und **Inflation** aufschlussreich.

Im Eurobarometer-Bericht EB69 zogen die Bürger in elf Mitgliedstaaten die nationale Ebene als Entscheidungsebene für den Bereich **Wirtschaft** vor; diese Zahl ist heute auf neun Mitgliedstaaten zurückgegangen. In neunzehn Mitgliedstaaten ist in Bezug auf das Konzept einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik ein Zuwachs zu verzeichnen: +10 Prozentpunkte in Frankreich (54% im Vergleich zu 44%), in den Niederlanden (65% im Vergleich zu 55%), +9 Punkte in der Slowakei (63% im Vergleich zu 54%), +8 Punkte in Ungarn (54% im Vergleich zu 46%) und im Vereinigten Königreich (34% im Vergleich zu 26%).

Frage: QA26.11. Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob er Ihrer Meinung nach von der (UNSER LAND)s Regierung oder gemeinsam innerhalb der Europäischen Union entschieden werden sollte.

Option: Bekämpfung der Inflation



In achtzehn Mitgliedstaaten würde eine Mehrheit der Befragten sich ebenfalls eine Politik zur Bekämpfung der **Inflation** auf europäischer Ebene wünschen. Mehr als sieben von zehn Befragten in den Niederlanden (73%) und in Deutschland (71%) vertreten diese Meinung, im Vergleich zu weniger als 45% der Befragten in Rumänien (44%), Spanien und Bulgarien (43%), in Irland (42%) und im Vereinigten Königreich (39%).

Dabei ist zu betonen, dass die Befragten im Vereinigten Königreich, auch wenn sie den kleinsten Anteil der Befragten in den Mitgliedstaaten bilden, die sich eine gemeinsame europäische Politik zur Bekämpfung der Inflation wünschen würden, diejenigen sind, die bei dieser Frage im Vergleich zum vorhergehenden Bericht den größten Zuwachs verzeichnen, d.h. um +11 Prozentpunkte (28%, EB69).

Und schließlich sind mehr als acht von zehn Befragten in Finnland (85%) der Meinung, dass im Bereich der **Landwirtschaft und Fischerei** eine Politik auf nationaler Ebene am effizientesten sei, während 67% der Befragten in Belgien und den Niederlanden sowie zwei Drittel der Befragten in Deutschland (66%) mehrheitlich gemeinsame Beschlüsse auf europäischer Ebene befürworten würden.

- **Die Bereiche, für welche die europäischen Bürger sich insgesamt wünschen würden, dass die Kompetenzen auf der Ebene der nationalen Regierungen beibehalten werden**




Sechszwanzig Mitgliedstaaten erklären mehrheitlich, dass sie eine Beschlussfassung im Bereich der **Steuern** auf der Ebene der nationalen Regierungen befürworten würden, wobei die Befragten in Portugal zu diesem Thema sehr geteilter Ansicht sind. Am stärksten wird diese Entscheidungsebene von den Befragten der nördlichen Mitgliedstaaten der Union befürwortet: 89% in Finnland, 88% in Dänemark und 85% in Schweden.

In Bezug auf die Bereiche **Gesundheit, Soziales** und **Renten** ist die Situation quasi identisch; mit Ausnahme von Zypern und Portugal, wo die Befragten sehr stark ihre Präferenz für die europäische Ebene zum Ausdruck bringen. In Bezug auf das Bildungswesen würden nur Slowenien und Portugal Beschlüsse auf europäischer Ebene vorziehen. Demgegenüber wird von den Befragten in den nordeuropäischen Ländern, insbesondere in Finnland, nach wie vor am stärksten die Beschlussfassung auf nationaler Ebene befürwortet.

Die Slowakei, Portugal, Zypern und Litauen sind die einzigen Länder, die der Meinung sind, dass die **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** am besten durch gemeinsame Beschlüsse auf europäischer Ebene behandelt würde (59%, 58%, 51% bzw. 50%). Die Befragten in Finnland und in Dänemark vertreten die entgegengesetzte Meinung (78% bzw. 72%).

Während die Länderergebnisse erhebliche Unterschiede aufweisen, so sind diese bei der soziodemographischen Analyse weniger ausgeprägt. Am häufigsten sind nach wie vor die jüngsten Befragten der Meinung, dass die Europäische Union die beste Entscheidungsebene ist: So sind 82% der Befragten in der Altersgruppe der 15-24-Jährigen der Meinung, dass im Bereich des **Kampfes gegen den Terrorismus** gemeinsame Beschlüsse auf europäischer Ebene gefasst werden sollten, im Vergleich zu 76% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber. Im Bereich der **Wirtschaft** erklären sechs von zehn Befragten aus der jüngsten Altersgruppe (60%), dass sie gemeinsame Entscheidungen auf europäischer Ebene befürworten würden, während die Mehrheit der älteren Befragten (49%) mehrheitlich Beschlüsse auf nationaler Ebene vorziehen würden.

QA26.10 Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob er Ihrer Meinung nach von der (STAATSANGEHÖRIGKEIT) Regierung oder gemeinsam innerhalb der Europäischen Union entschieden werden sollte. - Wirtschaft

	Von der (STAATSANGEHÖRIGKEIT) Regierung	Gemeinsam innerhalb der EU	WN
EU27	45%	51%	4%
Alter			
 15-24	36%	60%	4%
25-39	43%	54%	3%
40-54	46%	51%	3%
55 +	49%	46%	5%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	50%	45%	5%
16-19	46%	51%	3%
20+	42%	55%	3%
Studiert noch	33%	62%	5%
Links-Rechts Skala			
 (1-4) Links	42%	55%	3%
(5-6) Mitte	46%	52%	2%
(7-10) Rechts	49%	48%	3%

Ebenso sind in den meisten Fällen – in 16 von den insgesamt 20 abgefragten Bereichen – die Sympathisanten der Linken häufiger als die Sympathisanten der Rechten der Meinung, dass gemeinsame Beschlüsse auf europäischer Ebene gefasst werden sollten. Im Bereich der Wirtschaft beispielsweise bilden sie die Mehrheit (55%), im Vergleich zu 48% der Sympathisanten der Rechten (von denen 49% Beschlüsse auf nationaler Ebene vorziehen würden). Im Gegensatz hierzu sind die Sympathisanten der Rechten im Bereich des Kampfes gegen Kriminalität häufiger als die Sympathisanten der Linken der Meinung, dass gemeinsame Beschlüsse in diesem Bereich auf europäischer Ebene gefasst werden sollten (61% im Vergleich zu 59%).

Abgesehen von wenigen Ausnahmen ist die generelle Bereitschaft der Befragten, eine stärkere Rolle der Europäischen Union bei der Beschlussfassung zu befürworten, gewachsen. Bei dieser Entwicklung kann die gegenwärtige Wirtschaftskrise durchaus eine Rolle gespielt haben.

2. KENNTNISSE ÜBER DEN HAUSHALT DER EUROPÄISCHEN UNION

Der Haushalt der Europäischen Union macht ungefähr 1 Prozent der nationalen Vermögen der EU aus.⁸⁵ Ein großer Teil dieses Haushalts wird den Bereichen der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung zugeschlagen, doch ein zunehmend wachsender Anteil wird auch auf Maßnahmen zur erneuten Ankurbelung des Wirtschaftswachstums und zur Stärkung der Kohäsion zwischen den Mitgliedstaaten verwendet. Somit haben wir uns mit den Kenntnissen der europäischen Bürger über den EU-Haushalt befasst.

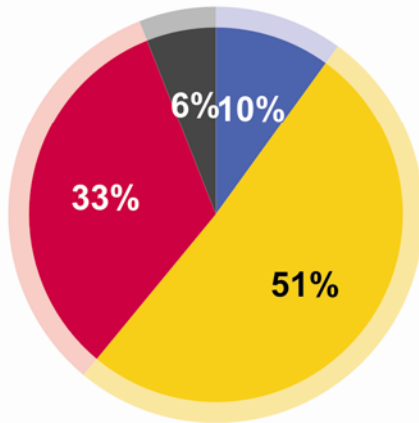
2.1. Objektive Kenntnisse über den EU-Haushalt





- Ein Drittel der europäischen Bürger hat noch nie etwas über den Haushalt der Europäischen Union gehört -

Nur einer von zehn europäischen Bürgern erklärt, über den Haushalt der Europäischen Union Bescheid zu wissen (10%), die Hälfte habe zwar bereits davon gehört, wenngleich sie nicht genau darüber Bescheid wisse (51%), und ein Drittel schließlich habe noch nie davon gehört (33%). 6% der Befragten haben diese Frage nicht beantwortet. Somit gestehen die europäischen Bürger ein, dass sie über diesen Aspekt schlecht informiert sind.

⁸⁵ http://ec.europa.eu/budget/budget_glance/what_for_de.htm

Frage: QG1. Die Europäische Union verfügt über ein Budget, das für viele unterschiedliche Aktivitäten und Investitionen in den Mitgliedstaaten und außerhalb der Europäischen Union ausgegeben wird. Wenn Sie an das Budget der Europäischen Union denken, würden Sie im Allgemeinen sagen, dass ...?



-  Sie davon gehört haben und damit vertraut sind
-  Sie davon gehört haben, aber damit nicht sonderlich vertraut sind
-  Sie von einem EU-Budget noch nie etwas gehört haben
-  Weiß nicht / Keine Angabe

Die Analyse der einzelnen Länderergebnisse zeigt folgende Tendenzen:

- ◆ **Die Befragten in sechszwanzig der siebenundzwanzig Mitgliedstaaten** erklären mehrheitlich, dass sie bereits vom EU-Haushalt gehört haben, doch dass sie nicht genau genau darüber Bescheid wissen. Nur die Befragten in Griechenland behaupten mehrheitlich, dass sie noch nie davon gehört hätten (43%).
- ◆ Acht von zehn Befragten in Schweden (80%), 76% in Finnland, 71% in Dänemark und 70% in der Slowakei haben vage Kenntnisse über den EU-Haushalt. Dieser Anteil fällt auf 44% in Spanien, auf 42% im Vereinigten Königreich und auf 39% in Griechenland.
- ◆ Mehr als vier von zehn Befragten im Vereinigten Königreich, in Spanien (jeweils 41%), 42% in Frankreich und 43% in Griechenland erklären, dass sie noch nie von diesem Haushalt gehört hätten. Demgegenüber erklärt mehr als einer von fünf Befragten in Slowenien und auf Malta (jeweils 17%) sowie 15% in Bulgarien und 12% in Schweden, dass sie davon noch nie gehört haben.
- ◆ Und schließlich erklärt nahezu ein Viertel der Befragten in Luxemburg, dass sie vom EU-Haushalt gehört hätten und sehr gut darüber Bescheid wüssten (24%), im Vergleich zu weniger als 5% der Befragten in der Tschechischen Republik (4%), in Finnland (3%), in Estland und in Ungarn (jeweils 2%).

Interessanterweise ist festzustellen, dass die Befragten der ältesten Mitgliedstaaten der Union häufiger noch nie vom EU-Haushalt gehört haben: Dies gilt für 36% dieser Staaten, im Vergleich zu 25% der Staaten, die seit 2004 der Union angehören. Darüber hinaus haben 60% der Befragten der neuesten Mitgliedsstaaten vage Kenntnisse darüber, im Vergleich zu weniger als der Hälfte der Bürger der ältesten Mitgliedstaaten.

2.2. Der EU-Haushalt: Wahrgenommene Ausgaben und gewünschte Ausgaben

Im Anschluss an die Frage über ihre allgemeinen Kenntnisse über den EU-Haushalt haben wir versucht, die Kenntnisse der europäischen Bürger über die europäischen Haushaltsausgaben in verschiedenen Bereichen zu ermitteln. Wie im Eurobarometer-Bericht EB66 (Herbst 2006)⁸⁶ werden auch in dieser Umfrage, im Vergleich zum realen EU-Haushalt, von den europäischen Bürgern wiederum die Verwaltungsausgaben überbewertet. Zum ersten Mal wurde auch eine Frage über die Ausgaben gestellt, die sie gerne bevorzugt sehen würden⁸⁷. So ist festzustellen, dass ein erheblicher Unterschied besteht zwischen der Wahrnehmung der Bereiche, für die der Haushalt nach Meinung der europäischen Bürger ausgegeben wird und ihren diesbezüglichen Wünschen.

- Wiederum werden die Verwaltungsausgaben von den europäischen Bürgern überbewertet -

Zu der Frage über die Verwendung des EU-Haushalts ist – den Wahrnehmungen zufolge – ein Viertel der europäischen Bürger (26%) der Meinung, dass dieser **die „Kosten für Verwaltung, Personal, Gebäude“ deckt**⁸⁸. Im Herbst 2006 wurden von den europäischen Bürgern ebenfalls (allerdings bei einer anderen Frage) die Verwaltungskosten als der größte Posten bei den Ausgaben der EU genannt (27%). Das Thema der Betriebskosten der gesamten europäischen Institutionen hat die Gemüter der Befragten, so scheint es, recht stark bewegt, während dennoch betont werden sollte, dass die Ausgaben der EU im Zusammenhang mit den Verwaltungskosten nur einen verschwindend kleinen Teil des EU-Haushalts ausmachen.

⁸⁶ QG2ab Wofür wird Ihrer Meinung nach der größte Teil des Haushalts der Europäischen Union ausgegeben? Hauptsächlich? Weiteres? Die Frage war im Herbstbericht 2006 (EB66) anders formuliert worden; „QA28 Für welchen Bereich wird Ihrer Meinung nach der größte Teil des Haushalts der Europäischen Union ausgegeben?“ Bei dieser Frage hatten die Befragten nur die Wahl zwischen sechs möglichen Antworten: - Beschäftigungs- und Sozialpolitik; Landwirtschaft; Wissenschaft und Forschung; Regionalhilfe; Außenpolitik und Unterstützung für Länder außerhalb der EU; Verwaltungs- und Personal- und Gebäudekosten; SPONTAN: Sonstiges; „Weiß nicht“ – „identisch“ antworten.

⁸⁷ QG3ab Für welche Punkte auf der folgenden Liste würden Sie gerne das Budget der Europäischen Union ausgeben? Hauptsächlich? Weiteres?

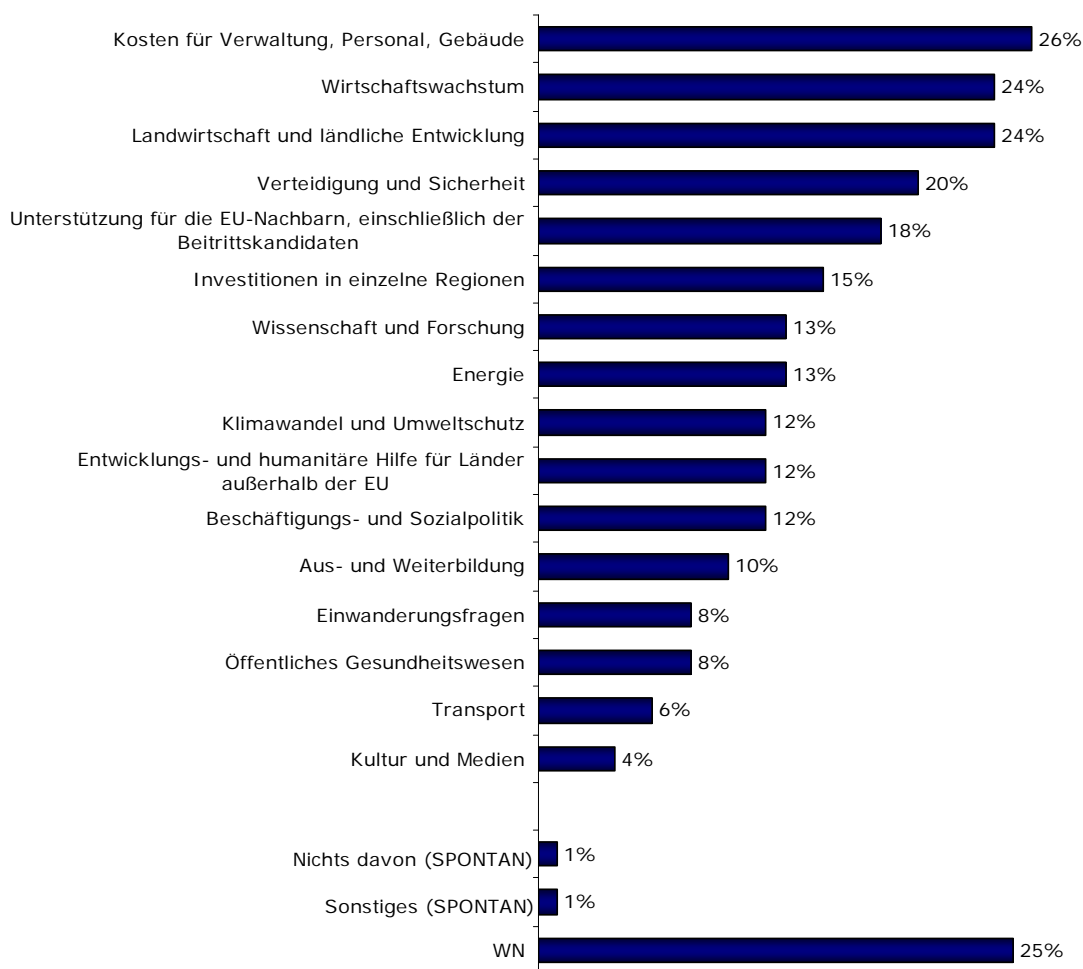
⁸⁸ Die erläuterten Ergebnisse sind die Ergebnisse der Frage QG2T, die die kumulierten Ergebnisse aus den Fragen „Hauptsächlich“ und „Weiteres“ der Frage QG2 sind.

Nahezu ein Viertel der Befragten in den Mitgliedstaaten der EU sind der Meinung, dass ein großer Teil des EU-Haushalts verwendet wird, um einerseits **das Wirtschaftswachstum** wieder anzukurbeln, und andererseits auf den Bereich **Landwirtschaft und ländliche Entwicklung** (jeweils 24%).

Einer von fünf europäischen Bürgern nennt **Verteidigung und Sicherheit** (20%), 18% die **Unterstützung an die Nachbarstaaten der EU, einschließlich der Kandidatenländer** und 15% **Investitionen in einzelne Regionen**. Es ist festzustellen, dass ein Viertel der Befragten zu dieser Frage keine Antwort gibt, welches ein Spiegelbild des Informationsdefizits zu diesem Thema ist.

Die übrigen Antworten werden von weniger als 15% der europäischen Bürger genannt.

QG2 Wofür wird Ihrer Meinung nach der größte Teil des Haushalts der Europäischen Union ausgegeben? - % EU



Eine Analyse der Länderergebnisse ergibt folgende Unterschiede:

- ◆ Auch wenn diese auf der Ebene der Europäischen Union eine Mehrheit bilden, so wird die Antwort **„Kosten für Verwaltung, Personal, Gebäude“** nur in fünf Ländern der EU genannt am meisten genannt: in Finnland (53%), in Deutschland (49%), in Österreich (45%), in Luxemburg und in Belgien (33%). Es ist festzustellen, dass die Befragten in Belgien ebenso häufig die Antwort **„Wirtschaftswachstum“** nennen. Weniger als einer von zehn Befragten in Litauen (6%) und in Rumänien (7%) nennen die Verwaltungskosten.

Interessanterweise sind die bedeutenden Unterschiede zu der Frage der **„Kosten für Verwaltung, Personal, Gebäude“** zwischen den ältesten und den jüngsten Mitgliedstaaten hier hervorzuheben. Von den Mitgliedstaaten, die bereits vor 2004 der Union angehörten, werden diese zu 29% genannt, im Vergleich zu nur 15% von den neuen Mitgliedstaaten, die der Union 2004 beigetreten sind.

- ◆ Das **„Wirtschaftswachstum“** ist in elf Mitgliedstaaten der am häufigsten genannte Bereich. Mehr als vier von zehn Befragten nennen ihn in Griechenland, auf Zypern (jeweils 44%) und in der Slowakei (41%). Dieser Anteil beträgt nur 17% im Vereinigten Königreich.
- ◆ Von fünf Mitgliedstaaten wird am häufigsten der Bereich **„Landwirtschaft und ländliche Entwicklung“** genannt, darunter Schweden (60%) und Dänemark (51%), während von zwei Mitgliedstaaten der Bereich **„Verteidigung und Sicherheit“** genannt wird.
- ◆ Und schließlich sollte noch deutlich betont werden, dass in sechs Mitgliedstaaten der Anteil der Befragten, die zu dieser Frage keine Antwort geben, eine Mehrheit bildet. 40% der Befragten im Vereinigten Königreich, 38% der Befragten in Portugal und in Bulgarien, 35% in Spanien, 32% in Italien und 31% in Estland geben am häufigsten die Antwort **„weiß nicht“**.

Die Länderergebnisse bestätigen also das relative Informationsdefizit der europäischen Bürger über den EU-Haushalt und zeigen erhebliche Unterschiede in der Wahrnehmung von einem Mitgliedstaat zum anderen.

QG2T Wofür wird Ihrer Meinung nach der größte Teil des Haushalts der Europäischen Union ausgegeben?																
	Kosten für Verwaltung, Personal, Gebäude	Wirtschaftswachstum	Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	Verteidigung und Sicherheit	Unterstützung für die EU-Nachbarn, einschließlich der Beitrittskandidaten	Investitionen in einzelne Regionen	Wissenschaft und Forschung	Energie	Klimawandel und Umweltschutz	Entwicklungs- und humanitäre Hilfe für Länder außerhalb der EU	Beschäftigungs- und Sozialpolitik	Aus- und Weiterbildung	Einwanderungsfragen	Öffentliches Gesundheitswesen	Transport	Kultur und Medien
EU27	26%	24%	24%	20%	18%	15%	13%	13%	12%	12%	12%	10%	8%	8%	6%	4%
BE	33%	33%	29%	25%	21%	19%	18%	18%	14%	19%	16%	9%	8%	15%	6%	4%
BG	10%	35%	24%	21%	12%	9%	17%	16%	10%	10%	13%	10%	3%	5%	6%	1%
CZ	20%	19%	18%	25%	19%	18%	15%	10%	14%	16%	13%	8%	6%	6%	9%	4%
DK	44%	23%	51%	25%	19%	30%	12%	14%	19%	17%	7%	5%	6%	4%	5%	3%
D-W	49%	19%	32%	24%	34%	20%	14%	9%	19%	20%	12%	5%	7%	4%	5%	4%
DE	49%	19%	32%	24%	34%	21%	14%	8%	18%	21%	11%	5%	7%	4%	5%	4%
D-E	46%	20%	30%	28%	33%	22%	15%	6%	15%	26%	10%	6%	7%	6%	3%	4%
EE	14%	21%	24%	27%	16%	11%	8%	16%	8%	12%	12%	11%	5%	12%	5%	4%
EL	33%	44%	22%	33%	30%	25%	29%	28%	13%	12%	11%	15%	4%	9%	6%	8%
ES	20%	19%	13%	15%	13%	7%	10%	9%	6%	9%	16%	12%	10%	10%	4%	8%
FR	27%	32%	28%	22%	18%	12%	14%	13%	8%	14%	12%	6%	7%	6%	7%	4%
IE	26%	35%	29%	12%	10%	23%	15%	18%	16%	7%	14%	16%	9%	13%	12%	5%
IT	15%	23%	9%	16%	11%	8%	18%	16%	7%	8%	14%	14%	16%	10%	7%	4%
CY	11%	44%	44%	14%	22%	9%	23%	25%	14%	6%	8%	15%	7%	16%	3%	3%
LV	20%	28%	23%	27%	14%	15%	10%	16%	6%	10%	12%	14%	4%	6%	6%	5%
LT	6%	39%	38%	26%	11%	9%	10%	27%	7%	8%	10%	12%	4%	10%	5%	4%
LU	33%	32%	25%	16%	30%	16%	13%	16%	19%	23%	21%	11%	6%	10%	5%	4%
HU	17%	33%	24%	18%	14%	14%	12%	23%	16%	10%	15%	14%	7%	9%	2%	4%
MT	14%	37%	14%	7%	6%	9%	10%	17%	13%	4%	11%	18%	13%	13%	3%	3%
NL	33%	31%	38%	27%	26%	21%	8%	7%	16%	14%	13%	6%	5%	8%	6%	3%
AT	45%	28%	31%	22%	29%	18%	16%	18%	22%	20%	18%	10%	11%	16%	16%	5%
PL	17%	19%	29%	16%	12%	14%	8%	11%	11%	7%	10%	11%	3%	9%	8%	2%
PT	20%	19%	10%	15%	11%	11%	11%	9%	5%	8%	17%	17%	5%	11%	8%	6%
RO	7%	34%	21%	18%	14%	17%	20%	18%	13%	8%	12%	15%	5%	8%	10%	2%
SI	36%	26%	37%	45%	20%	14%	16%	15%	12%	12%	14%	11%	3%	10%	8%	6%
SK	19%	41%	24%	30%	29%	32%	19%	22%	17%	10%	17%	15%	9%	7%	10%	4%
FI	53%	20%	42%	26%	17%	34%	7%	23%	20%	10%	18%	2%	5%	7%	5%	2%
SE	44%	32%	60%	16%	24%	43%	11%	16%	20%	12%	11%	5%	5%	3%	7%	1%
UK	18%	17%	16%	16%	13%	11%	7%	8%	10%	6%	9%	10%	9%	7%	5%	3%
Höchster Prozentsatz per Land										Höchster Prozentsatz per Nennung						
Niedrigster Prozentsatz per Land										Niedrigster Prozentsatz per Nennung						

Aus soziodemographischer Sicht sind folgende Unterschiede festzustellen:

- ◆ Von Männern wird mit 28% am häufigsten der Bereich Landwirtschaft genannt, im Vergleich zu 19% der Frauen. Allerdings geben zu dieser Frage 28% der befragten Frauen, im Vergleich zu 21% Männern, keine Antwort. Dahingegen werden von beiden Gruppen ebenso häufig die Verwaltungskosten angegeben (jeweils 26%).
- ◆ Je jünger die Befragten, desto häufiger wird von ihnen das Wirtschaftswachstum genannt: Dies gilt für 29% derjenigen Befragten unter 25 Jahren, im Vergleich zu 20% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber. Nur 17% der Befragten unter 25 Jahren nennen die Verwaltungskosten, im Vergleich zu einer Spanne von 27-28% der Befragten im Alter von 25 Jahren und darüber (27% der 25-39-Jährigen, 28% der 40-54-Jährigen und 27% der 55-Jährigen und darüber). Die Befragten der jüngsten Altersgruppe scheinen somit eine positivere Sichtweise der Ausgaben des EU-Haushalts zu haben als die anderen Generationen.
- ◆ 29% der Befragten, die Vertrauen in die Europäische Union haben, nennen das Wirtschaftswachstum, im Vergleich zu 21% derjenigen, die der Europäischen Union kein Vertrauen entgegenbringen. 31% derjenigen Befragten, die eine Haltung des Misstrauens gegenüber der EU haben, sind der Meinung, dass ihr Haushalt größtenteils für die Verwaltungskosten ausgegeben wird, im Vergleich zu 24% der Befragten, die der Europäischen Union Vertrauen schenken.

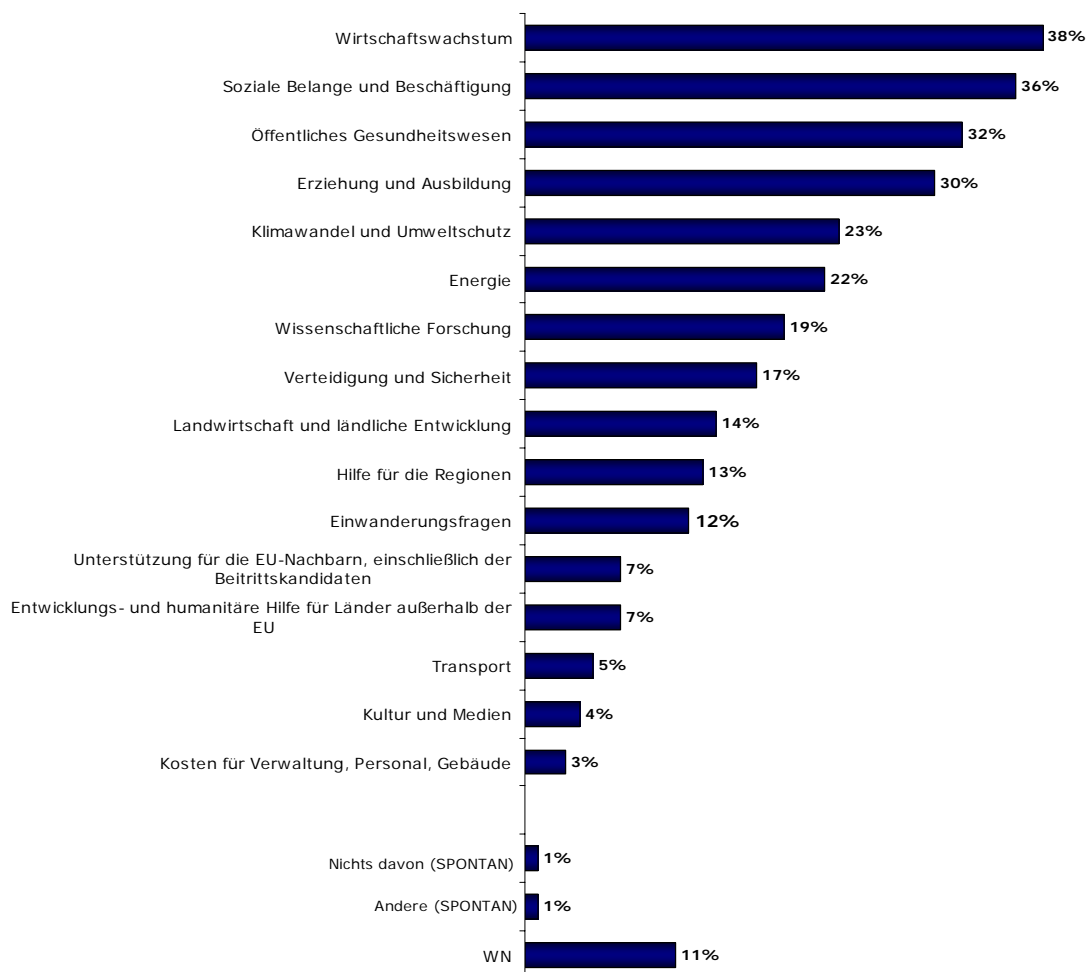
- Die europäischen Bürger wünschen, dass der Haushalt der Europäischen Union für Wachstum und soziale Sicherheit verwendet wird -

Zu der anschließenden Frage darüber, wie der EU-Haushalt *ihrer Meinung nach am besten aufgeteilt* werden sollte, erklären nahezu zwei von fünf europäischen Bürgern (38%), dass sie sich wünschen würden, dass der Haushalt für das **„Wirtschaftswachstum“** verwendet würde; von einem quasi gleich großen Anteil wird der Bereich **„Soziale Belange und Beschäftigung“** (36%) genannt⁸⁹.

Von einem Drittel der Befragten (32%) wird der Bereich **„Öffentliches Gesundheitswesen“** und von 30% der Bereich **„Erziehung und Ausbildung“** genannt.

⁸⁹ Die erläuterten Ergebnisse sind die aus der Frage QG3T, die die kumulierten Ergebnisse aus der Frage „Hauptsächlich“ und „Weiteres“ der Frage QG3 sind.

QG3 Für welche Punkte auf der folgenden Liste würden Sie gerne das Budget der Europäischen Union ausgeben? - % EU



Eine Analyse dieser Ergebnisse im Hinblick auf die Ergebnisse zu der vorangehenden Frage ist aufschlussreich, denn sie ergibt erhebliche Unterschiede zwischen der *Wahrnehmung* der Ausgaben des EU-Haushalts und den *Wünschen* der europäischen Bürger in dieser Hinsicht.

Die Bereiche **„Soziale Belange und Beschäftigung“** sowie **„Öffentliches Gesundheitswesen“**, die nur von jeweils 12% bzw. 8% der Befragten als wahrgenommene Ausgaben genannt werden, werden von jeweils 36% bzw. 32% der europäischen Bürger als gewünschte Ausgaben genannt; das ist ein Unterschied von 24 Prozentpunkten zwischen beiden Gruppen.

Der Bereich **„Erziehung und Ausbildung“** erscheint im Großen und Ganzen als ein eher gewünschter als wahrgenommener Ausgabenbereich (20 Prozentpunkte Unterschied); dies gilt in einem geringeren Maße auch für die Bereiche **„Wachstum“** (14 Punkte Unterschied) und **„Umweltschutz“** (12 Punkte).

Im Gegensatz hierzu ist der Posten „**Kosten für Verwaltung, Personal, Gebäude**“ um 23 Prozentpunkte, von 26% auf 3% zurückgegangen.

Die „**Unterstützung für die EU-Nachbarn**“ sowie „**Landwirtschaft und ländliche Entwicklung**“ verzeichnen ebenfalls einen Rückgang um 11 bzw. 10 Prozentpunkte, wobei festzustellen ist, dass der letztgenannte Bereich eher ein wahrgenommener als ein gewünschter Ausgabenbereich ist.

Und schließlich geben 11% der Befragten keine Antwort, wenn sie darum gebeten werden, ihre(n) gewünschten Ausgabenbereich(e) zu formulieren, während 25% keine Antwort geben auf die Frage über die von ihnen wahrgenommenen Ausgabenbereiche des EU-Haushalts.

Die Unterschiede zwischen *Wahrnehmung* und *Wunsch* sind also recht erheblich. Somit lässt sich in diesem Vergleich eine gewisse Infragestellung der tendenziellen Schwerpunkte des EU-Haushalts feststellen. Nichtsdestoweniger ist dieser Unterschied zwischen Wahrnehmungen und Wünschen auch angesichts des unzureichenden Kenntnisstandes der europäischen Bürger zu diesem Thema zu relativieren.

Budget der Europäischen Union

	QG2T Wofür wird Ihrer Meinung nach der größte Teil des Haushalts der Europäischen Union ausgegeben?	QG3T Für welche Punkte auf der folgenden Liste würden Sie gerne das Budget der Europäischen Union ausgeben?	Unterschied QG3 - QG2 in prozentsatz punkte	
Soziale Belange und Beschäftigung	12%	36%	+24	↗
Öffentliches Gesundheitswesen	8%	32%	+24	↗
Erziehung und Ausbildung	10%	30%	+20	↗
Wirtschaftswachstum	24%	38%	+14	↗
Klimawandel und Umweltschutz	12%	23%	+11	↗
Energie	13%	22%	+9	↗
Wissenschaftliche Forschung	13%	19%	+6	↗
Einwanderungsfragen	8%	12%	+4	↗
Kultur und Medien	4%	4%	0	↔
Transport	6%	5%	-1	↘
Hilfe für die Regionen	15%	13%	-2	↘
Verteidigung und Sicherheit	20%	17%	-3	↘
Entwicklungs- und humanitäre Hilfe für Länder außerhalb der EU	12%	7%	-5	↘
Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	24%	14%	-10	↘
Unterstützung für die EU-Nachbarn, einschließlich der Beitrittskandidaten	18%	7%	-11	↘
Kosten für Verwaltung, Personal, Gebäude	26%	3%	-23	↘
Nichts davon (SPONTAN)	1%	1%	0	↔
Andere (SPONTAN)	1%	1%	0	↔
WN	25%	11%	-14	↘

Die Analyse der Länderergebnisse ergibt recht erhebliche Unterschiede:

- ◆ Das **„Wirtschaftswachstum“** ist bei den Bürgern in elf Mitgliedstaaten der wichtigste unter den gewünschten Ausgabenbereichen. Dieser Bereich wird von nahezu zwei Dritteln der Befragten in Griechenland (65%), mehr als der Hälfte der Befragten in Litauen (57%), Lettland (51%), Bulgarien und Ungarn (jeweils 55%) genannt. Dieser Anteil fällt im Vereinigten Königreich auf 25% und in Finnland auf 16%.
Die Ergebnisse aus diesen beiden Staaten korrelieren mit denen aus den Fragen über die Kompetenzen bzw. Entscheidungsebenen, als festzustellen war, dass die Befragten in Finnland und im Vereinigten Königreich eine zunehmend wichtigere Rolle der EU im Bereich der Wirtschaft nicht befürworten würden⁹⁰.
- ◆ In neun Mitgliedstaaten ist der meistgenannte Ausgabenbereich der Bereich **„Soziale Belange und Beschäftigung“**. Er wird von mehr als der Hälfte der Befragten in Slowenien (56%) und in Spanien (51%) genannt.
- ◆ Das **„Öffentliche Gesundheitswesen“** ist ein recht häufig genannter Bereich auf Zypern (56%), in Polen (37%) und im Vereinigten Königreich (27%). Der Bereich **„Erziehung und Ausbildung“** sollte, für 46% der Befragten aus Deutschland, einer der wichtigsten Ausgabenbereiche des EU-Haushalts sein.
- ◆ Es ist nicht verwunderlich, dass der Bereich **„Klimawandel und Umweltschutz“** der meistgenannte Bereich in Schweden (59%) und in Dänemark (55%) ist. Diese Ergebnisse korrelieren mit einem starken Bewusstsein über die in zahlreichen Umfragen herausgestellten Umweltproblematiken. Festzustellen sind die bedeutenden Unterschiede zu dieser Frage, denn nur 8% der befragten Personen in Portugal und Lettland würden es sich wünschen, dass der Bereich Umweltschutz im Mittelpunkt der Ausgaben des EU-Haushalts steht.
- ◆ Und schließlich unterscheidet Malta sich von den übrigen Mitgliedstaaten aufgrund der Tatsache, dass die Befragten hier die Bereiche **„Energie“** und **„Einwanderung“** (jeweils 37%) als wichtigste Bereiche nennen.

⁹⁰ QC3 Welche der folgenden Aussagen kommt Ihrer Meinung am nächsten, wenn es um die Bereiche geht, in denen die Europäische Union Beschlüsse fassen kann? Siehe vorhergehenden Abschnitt [1.2 Die Bewertung der besten Entscheidungsebene](#)

QG3T Für welche Punkte auf der folgenden Liste würden Sie gerne das Budget der Europäischen Union ausgeben?

	Wirtschaftswachstum	Beschäftigungs- und Sozialpolitik	Öffentliches Gesundheitswesen	Aus- und Weiterbildung	Klimawandel und Umweltschutz	Energie	Wissenschaft und Forschung	Verteidigung und Sicherheit	Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	Investitionen in einzelne Regionen	Einwanderungsfragen	Unterstützung für die EU-Nachbarn, einschließlich der Beitrittskandidaten	Entwicklungs- und humanitäre Hilfe für Länder außerhalb der EU	Transport	Kultur und Medien	Kosten für Verwaltung, Personal, Gebäude
EU27	38%	36%	32%	30%	23%	22%	19%	17%	14%	13%	12%	7%	7%	5%	4%	3%
BE	46%	45%	37%	27%	27%	35%	21%	15%	12%	10%	11%	5%	9%	6%	3%	2%
BG	55%	37%	22%	25%	13%	26%	12%	30%	33%	10%	4%	10%	6%	8%	1%	0%
CZ	36%	38%	36%	29%	17%	19%	17%	20%	21%	17%	6%	4%	5%	7%	3%	1%
DK	25%	24%	30%	27%	55%	27%	29%	21%	12%	11%	17%	9%	19%	4%	3%	1%
D-W	36%	42%	29%	45%	41%	27%	29%	16%	11%	16%	10%	9%	10%	2%	6%	2%
DE	37%	44%	29%	46%	39%	25%	29%	16%	12%	18%	9%	9%	9%	2%	5%	3%
D-E	41%	54%	32%	50%	34%	19%	27%	13%	17%	27%	7%	8%	6%	1%	3%	5%
EE	39%	30%	37%	34%	10%	21%	15%	21%	25%	6%	4%	6%	3%	3%	4%	3%
EL	65%	42%	48%	41%	28%	17%	25%	18%	31%	11%	8%	12%	9%	4%	4%	1%
ES	39%	51%	38%	30%	14%	5%	12%	11%	11%	10%	21%	10%	9%	3%	8%	5%
FR	38%	43%	31%	26%	23%	21%	29%	20%	13%	9%	10%	5%	8%	6%	2%	1%
IE	45%	31%	39%	34%	19%	24%	9%	8%	15%	22%	12%	5%	7%	9%	4%	3%
IT	42%	22%	26%	23%	11%	25%	26%	17%	8%	13%	20%	6%	5%	5%	6%	4%
CY	52%	19%	56%	53%	40%	20%	21%	18%	30%	6%	10%	11%	10%	2%	2%	1%
LV	51%	34%	30%	37%	8%	19%	13%	21%	31%	13%	4%	5%	4%	5%	3%	2%
LT	57%	35%	35%	26%	9%	38%	12%	15%	22%	7%	7%	5%	4%	3%	4%	1%
LU	36%	43%	33%	40%	35%	26%	20%	18%	11%	10%	9%	10%	15%	11%	2%	2%
HU	55%	39%	31%	26%	26%	41%	13%	16%	36%	14%	5%	6%	3%	1%	3%	1%
MT	23%	19%	24%	28%	23%	37%	6%	6%	6%	8%	37%	2%	3%	3%	2%	2%
NL	39%	34%	35%	38%	37%	17%	19%	23%	11%	13%	9%	11%	13%	6%	4%	1%
AT	34%	44%	42%	26%	41%	36%	15%	17%	17%	24%	14%	10%	9%	15%	4%	5%
PL	32%	28%	37%	24%	10%	17%	12%	16%	17%	16%	3%	4%	6%	5%	3%	3%
PT	36%	47%	35%	33%	8%	13%	12%	23%	13%	14%	6%	5%	7%	5%	6%	2%
RO	38%	37%	31%	26%	18%	18%	12%	13%	35%	19%	9%	12%	6%	11%	6%	5%
SI	43%	56%	43%	32%	35%	13%	18%	9%	31%	15%	4%	6%	8%	3%	5%	1%
SK	42%	50%	28%	28%	25%	27%	22%	27%	22%	31%	7%	13%	6%	8%	4%	1%
FI	16%	44%	31%	9%	36%	31%	13%	19%	19%	19%	4%	6%	6%	3%	2%	3%
SE	39%	39%	25%	26%	59%	33%	28%	15%	12%	14%	12%	7%	14%	3%	4%	2%
UK	25%	16%	27%	23%	18%	23%	7%	18%	7%	8%	19%	5%	5%	6%	1%	2%
Höchster Prozentsatz per Land										Höchster Prozentsatz per Nennung						
Niedrigster Prozentsatz per Land										Niedrigster Prozentsatz per Nennung						

Auch hier wiederum sind die soziodemographischen Unterschiede relativ gering:

- ◆ Männer wünschen sich häufiger als Frauen, dass der EU-Haushalt für eine Steigerung des **Wirtschaftswachstums** ausgegeben werden sollte (40% Männer im Vergleich zu 35% Frauen). Frauen würden sich ihrerseits wünschen, dass die Bereiche „Soziale Belange und Beschäftigung“ (37% Frauen im Vergleich zu 34% Männern) und „Öffentliches Gesundheitswesen“ (34% Frauen im Vergleich zu 29% Männern) im Mittelpunkt der Ausgabenbereiche des EU-Haushalts stehen.
- ◆ Die Befragten in der Altersgruppe der 40-54-Jährigen brachten am häufigsten den Wunsch zum Ausdruck, dass die Maßnahmen zur **Ankurbelung des Wirtschaftswachstums** einen bedeutenden Anteil des EU-Haushalts ausmachen sollten: 41% der Befragten dieser Altersgruppe im Vergleich zu 33% der Befragten unter 25 Jahren.
- ◆ Die Gruppe der Arbeiter und der Sympathisanten der politischen Linken gaben am häufigsten den Wunsch an, dass der EU-Haushalt den Bereichen **„Soziale Belange und Beschäftigung“** (40% bzw. 39%) zugewendet werden sollte. Somit unterscheiden sie sich von den Führungskräften (35%) und den Sympathisanten der Rechten (33%), die ihrerseits erklären, dass die Bereiche **Wirtschaftswachstum** (40% im Vergleich zu 36% der Sympathisanten der Linken) und **Verteidigung und Sicherheit** (20% im Vergleich zu 14%) im Vordergrund stehen sollten.
- ◆ Interessanterweise ist hier bei den Ergebnissen zu einigen Bereichen die Bedeutung des Lebensraumes der Befragten festzustellen: So beträgt der Anteil der Einwohner ländlicher Gebiete, die sich wünschen würden, dass der Bereich **Landwirtschaft** einen bedeutenden Anteil der geplanten Ausgaben des EU-Haushalts ausmacht, 20%, im Vergleich zu nur 11% derjenigen Befragten, die in städtischen Räumen (Klein-, Mittel- und Großstädte) leben.

3. UNTERSTÜTZUNG DER EUROPÄISCHEN POLITIK

- Trotz einer schwierigen konjunkturellen Lage, bleibt der Grad an Unterstützung für die europäische Politik weiterhin unverändert –

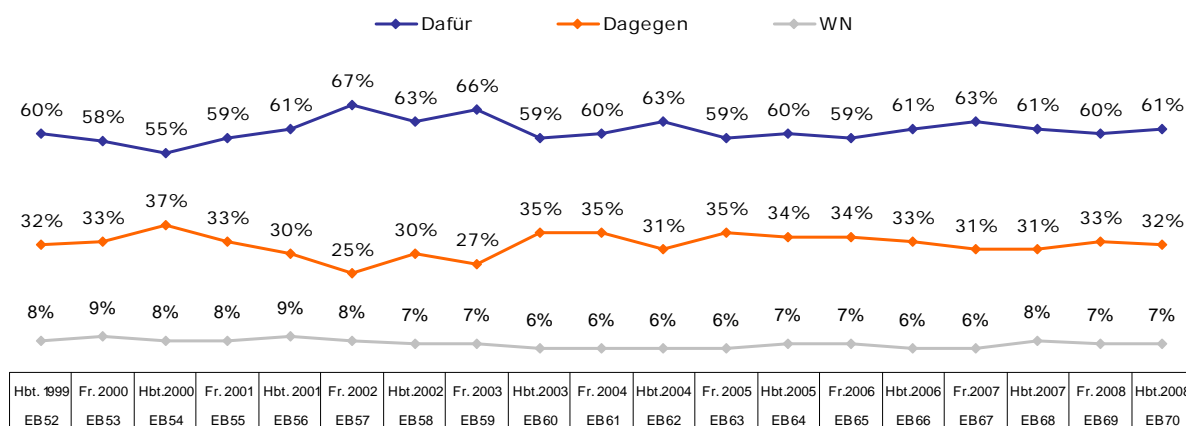
Werden die europäischen Bürger zu den vier aktuellen europäischen Politikbereichen befragt, dann kann festgestellt werden, dass eine große Mehrheit die gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (75%), eine gemeinsame Außenpolitik im Verhältnis zu den Nicht-EU-Ländern (68%) und schließlich eine europäische Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, d.h. dem Euro, unterstützt (61%). Die Ergebnisse zu diesen Fragen sind im Vergleich zum Frühjahrsbericht 2008 unverändert geblieben. Die weltweite Wirtschaftskrise hat sich auf die Unterstützung dieser Politikbereiche durch die europäischen Bürger also keineswegs negativ ausgewirkt.

3.1. Die Einheitswährung

Zehn Jahre nach der Schaffung des Euro erklären mehr als sechs von zehn Befragten, dass sie die europäische Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro, unterstützen (61%)⁹¹. Verglichen mit dem Ergebnis aus dem Frühjahr 2008 ist diese Zahl um einen Prozentpunkt gestiegen. In einer Zeit der Wirtschaftskrise wird der Euro somit von den europäischen Bürgern nicht in Frage gestellt. Ganz im Gegenteil, die europäischen Bürger bekräftigen ihre Verbundenheit mit der gemeinsamen Währung, die sie allem Anschein nach für einen großen Vorteil halten.

⁹¹ QA27.1 Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind. Eine Europäische Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro.

QA27.1 Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.
-Eine europäische Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro. -%EU



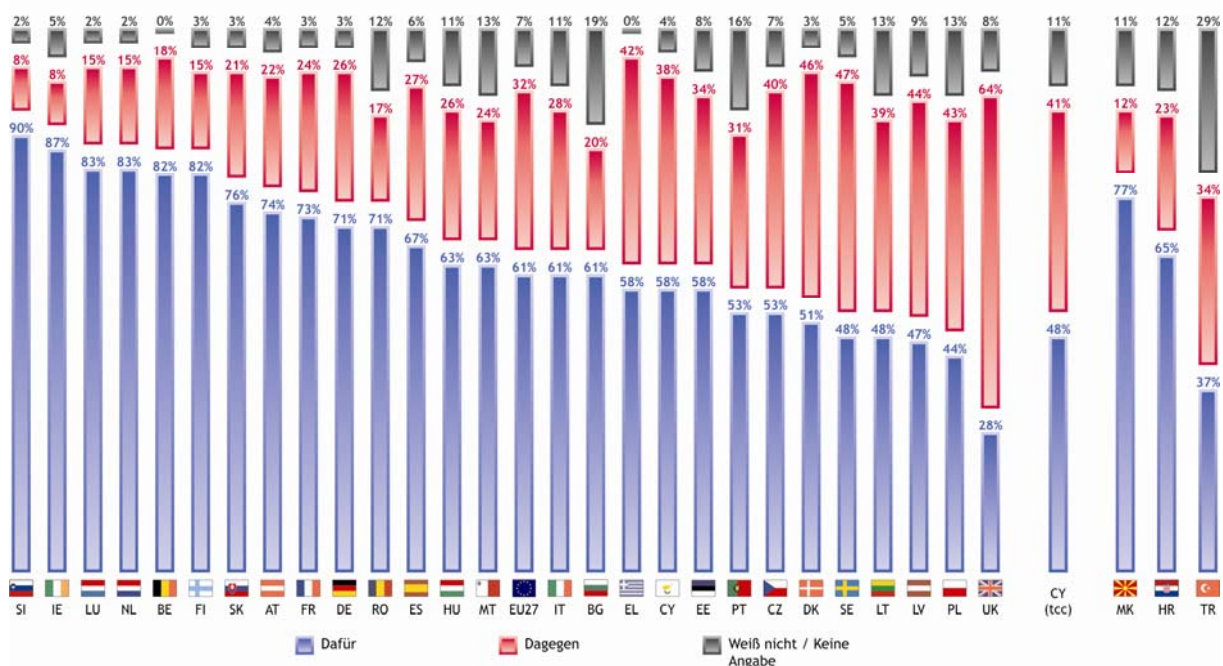
Die Einheitswährung findet im Durchschnitt in den 15 Ländern der Euro-Zone eine weiterhin deutlich höhere Unterstützung⁹²: 70% - d.h. 9 Punkte mehr als der Durchschnitt - im Vergleich zu 46% der Befragten in den 12 anderen Mitgliedstaaten. Zwischen den einzelnen Staaten der Euro-Zone gibt es allerdings erhebliche Unterschiede. So staffeln sich die positiven Meinungen von 90% in Slowenien bis 53% in Portugal. Mehr als acht von zehn Befragten in Irland (87%), jeweils 83% der Befragten in den Niederlanden und in Luxemburg sowie jeweils 82% derjenigen in Belgien und Finnland erklären ihre Unterstützung für die europäische Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung. In der Slowakei, die der Wirtschafts- und Währungsunion zum 1. Januar 2009 beigetreten ist, wird der Euro von 76% der Befragten unterstützt.

Mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs wird in allen Mitgliedstaaten eine Mehrheit für die positiven Antworten festgestellt: Im Vereinigten Königreich erklären zwei Drittel der Befragten (64%), dass sie gegen eine europäische Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung sind. Trotz der Wirtschaftskrise und des Verfalls des englischen Pfund-Sterling scheinen die Briten also dennoch nach wie vor ihrer Währungssouveränität verbunden zu bleiben.

⁹²Die Länder, die zum Zeitpunkt dieser Umfrage der Euro-Zone angehörten, waren: Deutschland, Österreich, Belgien, Spanien, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal, Griechenland, Slowenien, Zypern und Malta.

Frage: QA27.1. Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.

Option: Eine Europäische Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro.



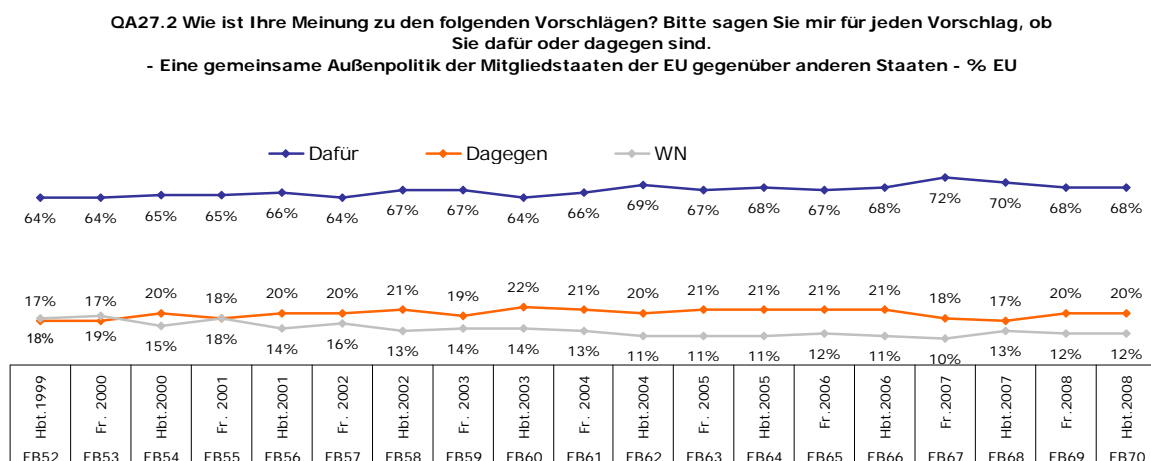
Im Vergleich zum Frühjahr 2008 wurde ein Zuwachs der Unterstützung für die Einheitswährung um 7 Prozentpunkte in Griechenland, um 8 Punkte in Österreich und um 10 Punkte in der Slowakei verzeichnet, wo der Beitritt zur Euro-Zone zum 1. Januar 2009 zum Zeitpunkt dieser Umfrage kurz bevorstand. Demgegenüber ist die Unterstützung in folgenden Mitgliedstaaten zurückgegangen: Um 5 Prozentpunkte in Polen, um 7 Punkte in Lettland und Bulgarien und um 9 Punkte in Litauen und auf Malta. Auf Malta war, nur zur Erinnerung, im Frühjahr 2008, wenige Monate vor der Übernahme des Euros, ein sehr hoher Anteil der Unterstützung verzeichnet worden.

Die soziodemographische Analyse zeigt die „traditionellen“ Unterschiede, die bei den meisten Indikatoren im Zusammenhang mit der Europäischen Union zu verzeichnen sind:

- ◆ Je höher das Bildungsniveau der Befragten, desto häufiger wird die Einheitswährung von ihnen befürwortet. So wird diese von 73% der Befragten mit Hochschulstudium unterstützt im Vergleich zu 50% derjenigen, die ihre schulische Ausbildung mit Ablauf des 16. Lebensjahrs abgeschlossen haben. Das ist ein Unterschied von 23 Prozentpunkten.
- ◆ Mehr als sieben von zehn Führungskräften (72%) erklären, dass sie die europäische Währungsunion unterstützen. Nahezu zwei Drittel der Freiberufler, der Angestellten und der Studenten (jeweils 67%) erklären ebenfalls ihre Unterstützung. Dieser Anteil fällt auf 52% bei den Arbeitslosen, auf 54% bei den Hausfrauen/Hausmännern und auf 55% bei den Rentner.

3.2. Die gemeinsame Außenpolitik

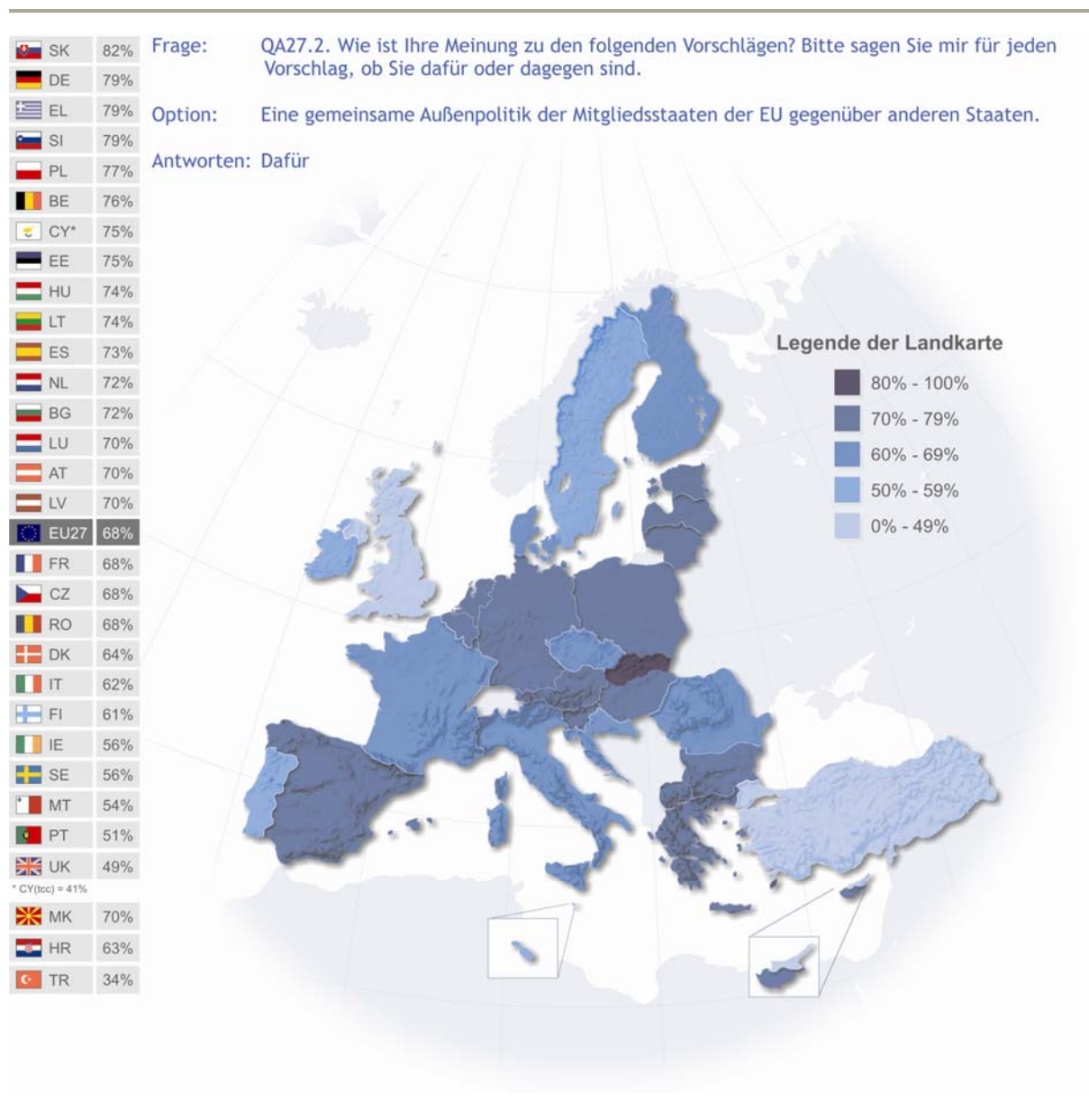
Eine gemeinsame Außenpolitik der Mitgliedstaaten der EU gegenüber anderen Staaten wird von nahezu sieben von zehn (68%) der europäischen Bürger unterstützt⁹³. Diese Unterstützung ist im Vergleich zum Frühjahrsbericht 2008 unverändert geblieben.



In allen Mitgliedstaaten lassen sich deutliche Mehrheiten für die positiven Ansichten feststellen. Insbesondere in der Slowakei (82%), in Deutschland, in Slowenien und in Griechenland (jeweils 79%) kann ein besonders hohes Maß an Unterstützung festgestellt werden.

Demgegenüber wird eine gemeinsame Außenpolitik von weniger als einem von zwei Befragten im Vereinigten Königreich (49%) befürwortet. Wenn auch nur wenig mehr als die Hälfte der Befragten in Portugal (51%) und auf Malta (54%) diese Politik unterstützen, so sollte für diese zwei Länder allerdings hinzugefügt werden, dass ein hoher Anteil der Befragten auf diese Frage nicht geantwortet hat (29% bzw. 27% im Vergleich zu einem europäischen Durchschnitt von 12%). In Schweden und in Irland, zwei neutralen Staaten, erklären nur 56% der Befragten, dass sie eine gemeinsame Außenpolitik befürworten; dieses Ergebnis liegt 12 Prozentpunkte unter dem europäischen Durchschnitt.

⁹³ QA27.2 Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind. Eine gemeinsame Außenpolitik der Mitgliedsstaaten der EU gegenüber anderen Staaten.

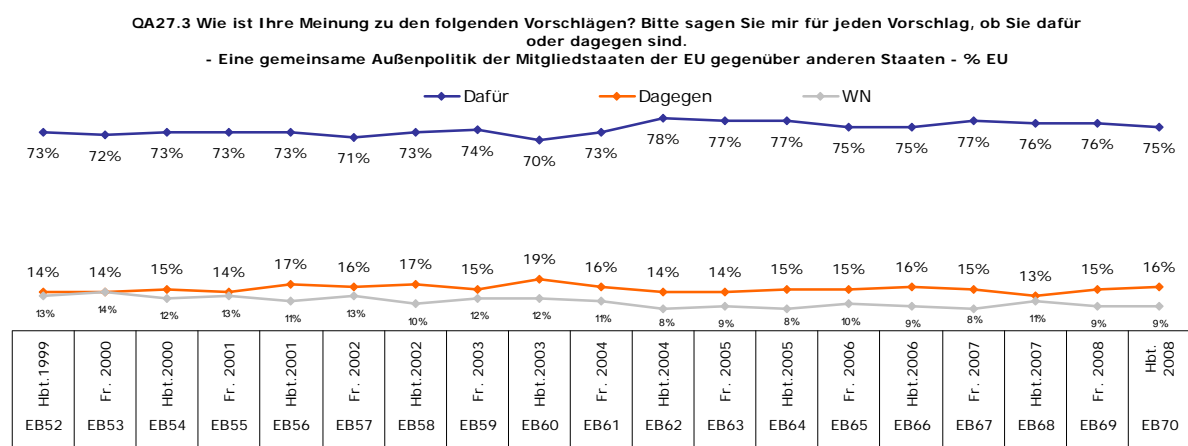


Die Analyse der Ergebnisse für die einzelnen soziodemographischen Kategorien zum Thema einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik zeigt dieselben Tendenzen wie beim Thema „Einheitswährung“:

- ◆ Am häufigsten befürwortet wird eine gemeinsame Außenpolitik von den Befragten mit dem höchsten Bildungsniveau (76%) im Vergleich zu 60% derjenigen ohne Hochschulstudium.
- ◆ Eine gemeinsame Außenpolitik wird von 77% der Führungskräfte unterstützt im Vergleich zu 60% der Hausfrauen und Hausmänner, 64% der Rentner und 65% der Arbeitslosen.

3.3. Die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist die Politik, die von den europäischen Bürgern am meisten befürwortet wird. Sie erfährt von drei Vierteln der Befragten Zustimmung (75%)⁹⁴. Wenngleich diese Politik zwar in jedem der 27 Mitgliedstaaten von einer Mehrheit der Befragten unterstützt wird, so ist ihre Unterstützung im Vergleich zum Frühjahr 2008 leicht rückläufig (-1 Prozentpunkt).

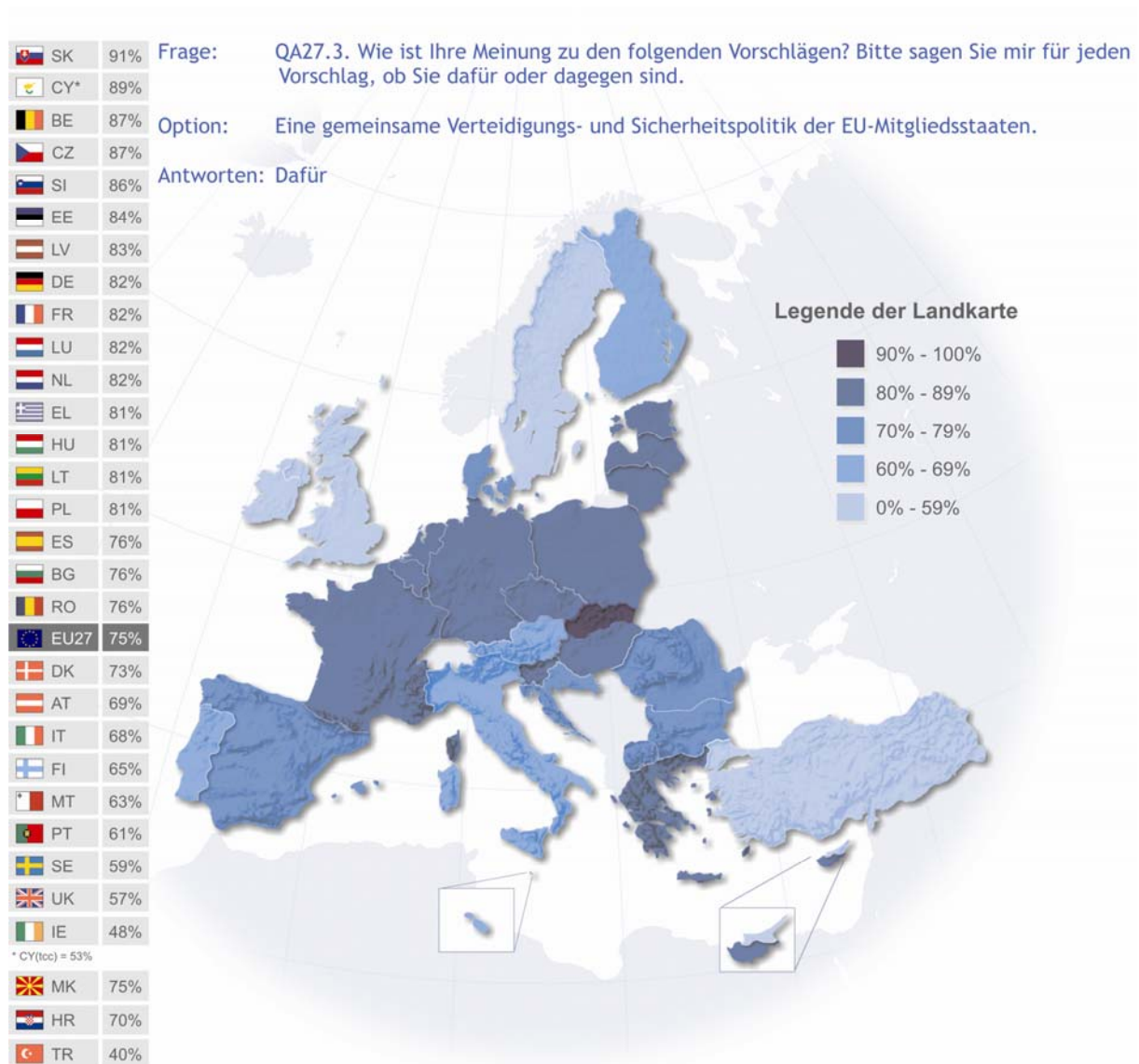


Die jeweiligen Länderergebnisse offenbaren ähnliche Unterschiede wie sie bei den Ergebnissen zur gemeinsamen Außenpolitik festgestellt werden können. Die Mitgliedstaaten, die zu diesem Punkt den größten Enthusiasmus erkennen lassen, sind die Slowakei (91%), Zypern (89%), Belgien und die Tschechische Republik (jeweils 87%) sowie Slowenien (86%).

Wenngleich eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Irland mehrheitlich Unterstützung findet, so wird ihre Unterstützung effektiv nur von 48% der Befragten erklärt. In den anderen neutralen Mitgliedstaaten – Schweden, Finnland und Österreich – wird eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik von nur jeweils 59% bzw. 65% und 69% befürwortet - ein Anteil, der immer noch unter dem europäischen Durchschnitt (75%) liegt. Nahezu sechs von zehn Befragten im Vereinigten Königreich (57%), 61% in Portugal und 63% auf Malta erklären, dass sie einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik positiv gegenüber stehen.

⁹⁴ QA27.3 Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind. Eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedsstaaten.

Ebenso wie bei der vorhergehenden Frage liegt auch bei dieser Frage der Anteil der Befragten, die sich hierzu nicht äußern, in diesen beiden Ländern recht hoch (26% bzw. 25% im Vergleich zu einem europäischen Durchschnitt von 9%).



Auch bei den soziodemographischen Ergebnissen sind wiederum dieselben Tendenzen festzustellen, d.h. die Befragten mit dem höchsten Bildungsniveau (82%), Führungskräfte und Freiberufler (jeweils 81%) sind diejenigen Kategorien, die am häufigsten erklären, dass sie einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik positiv gegenüber stehen.

4. BEWERTUNG DER ERWEITERUNG

- Wenngleich die europäischen Bürger der Meinung sind, dass die Erweiterung der EU von 15 auf 27 Mitgliedstaaten die Union gestärkt hat, so sind die 27 Mitgliedstaaten dennoch geteilter Ansicht, was eine zusätzliche künftige Erweiterung betrifft -

Nachdem wir die Meinungen der europäischen Bürger über die europäische Integration bereits näher beleuchtet haben, soll in diesem Abschnitt ein weiterer wesentlicher Aspekt des Aufbaus Europas untersucht werden, und zwar die Erweiterung der Europäischen Union. Seit 2004 ist die Europäische Union mit ihrer Erweiterung von 15 auf 27 Mitgliedstaaten beträchtlich gewachsen. Im folgenden soll eine Bilanz der Meinungen der europäischen Bürger gezogen werden und die Frage untersucht werden, ob sie diesen Prozess auch künftig weiter unterstützen würden.

4.1. Bilanz der Erweiterung

Eine kleine Mehrheit der europäischen Bürger ist der Meinung, dass die Erweiterung der Europäischen Union von 15 auf 27 Mitgliedstaaten die EU gestärkt hat (48%)⁹⁵. Mehr als ein Drittel der Befragten ist, im Gegenteil, der Meinung, dass die beiden jüngsten Erweiterungen zu einer Schwächung der Union geführt haben (36%).

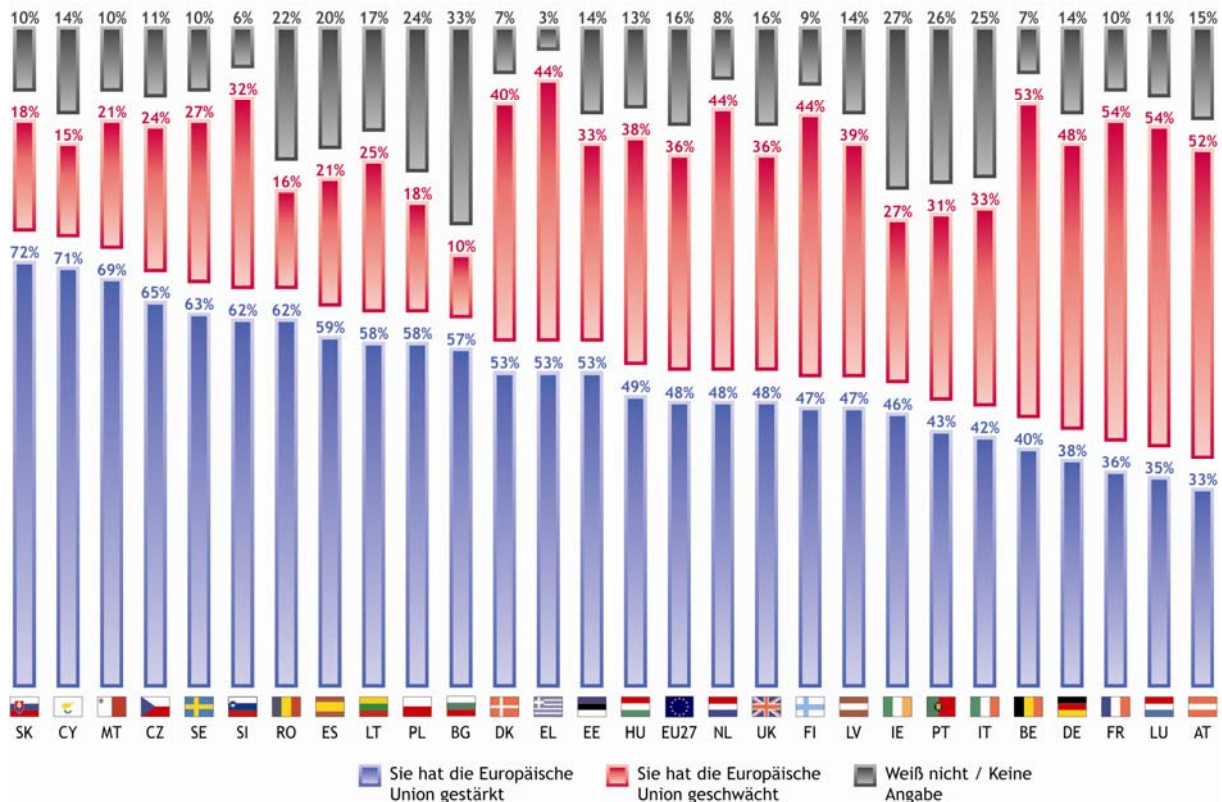
Die Bürger in zweiundzwanzig Mitgliedstaaten sind mehrheitlich der Meinung, dass die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten die Union gestärkt hat, darunter mehr als sieben von zehn Befragten in der Slowakei und auf Zypern (72% bzw. 71%), 69% auf Malta, 65% in der Tschechischen Republik, 63% in Schweden und 62% in Slowenien.

Die Befragten in fünf Mitgliedstaaten, darunter vier der Gründerstaaten der EU, erklären die entgegengesetzte Meinung: Dies gilt für Luxemburg und Frankreich (jeweils 54%) sowie Belgien (53%), Österreich (52%) und Deutschland (48%).

Nahezu sechs von zehn Befragten in den Mitgliedstaaten, die der Europäischen Union 2004 beigetreten sind, sind der Meinung, dass die Erweiterung von 15 auf 27 Mitgliedstaaten die Union gestärkt hat, im Vergleich zu nur 44% der Befragten aus den ältesten Mitgliedstaaten, obwohl diese für die Erweiterungen, die seit 2004 stattgefunden haben, dennoch mehrheitlich ihre Zustimmung erklären.

⁹⁵ QC2 seit 2004 hat sich die Europäische Union von 15 auf 27 Länder erweitert. Wie bewerten Sie diese Erweiterung der Europäischen Union generell?

Frage: QC2. Seit 2004 hat sich die Europäische Union von 15 auf 27 Länder erweitert. Wie bewerten Sie diese Erweiterung der Europäischen Union generell?



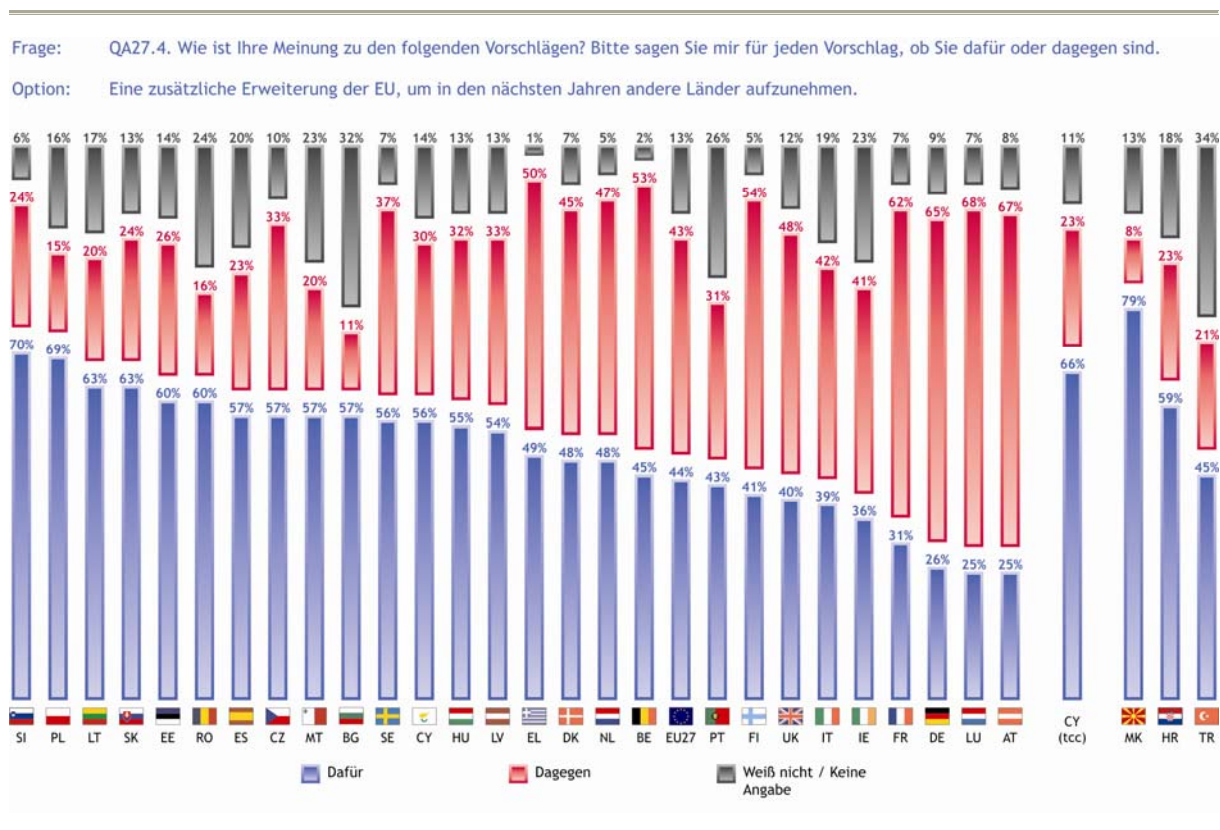
Bei einer soziodemographischen Analyse werden folgende Unterschiede festgestellt:

- ◆ Je jünger die Befragten, desto häufiger sind sie der Meinung, dass die Erweiterung der Europäischen Union auf 27 Mitgliedstaaten die Union gestärkt hat: 58% der Befragten in der Altersgruppe unter 25 Jahren vertreten diese Meinung im Vergleich zu 41% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber.
- ◆ Die Befragten mit einem Hochschulabschluss sind ebenfalls von den Vorteilen der Erweiterungen von 2004 und 2007 stärker überzeugt: 52% vertreten diese Meinung im Vergleich zu 39% derjenigen Befragten, die ihre schulische Ausbildung mit dem 16. Lebensjahr abgeschlossen haben.

4.2. Neue künftige Erweiterungen

Weniger als die Hälfte der europäischen Bürger stimmt einer Erweiterung der Europäischen Union zu, um in den nächsten Jahren weitere Länder aufzunehmen (44%), auch wenn ein fast gleicher Anteil erklärt, dass er dagegen ist (43%)⁹⁶. Die Zustimmung zu einer Erweiterung ist im Vergleich zum Frühjahrsbericht 2008 um 3 Prozentpunkte rückläufig, während der Anteil der Befragten, die dagegen sind, im Laufe der letzten sechs Monate um 4 Prozentpunkte gestiegen ist.

In 17 der 27 Mitgliedstaaten (drei weniger als im Frühjahr 2008) stimmt eine Mehrheit einer erneuten Erweiterung zu und erhält insbesondere bei Befragten aus den zwölf jüngsten Mitgliedstaaten Zuspruch. Das bedeutet, dass sieben von zehn Befragten in Slowenien (70%), 69% in Polen, 63% in der Slowakei und in Litauen, 60% in Estland und Rumänien und jeweils 57% der Befragten in Malta und in Bulgaren dafür sind.



⁹⁶ QA27.4 Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind. Eine zusätzliche Erweiterung der EU, um in den nächsten Jahren andere Länder aufzunehmen.

Im Gegensatz hierzu wird dieser Gedanke in den ältesten Mitgliedstaaten der Europäischen Union nur von einer Minderheit unterstützt und überzeugt gerade einmal 25% der Befragten in Luxemburg, 26% in Deutschland und 31% in Frankreich.

Von den Befragten der sechs Gründerstaaten der Union⁹⁷ stimmen nur diejenigen in den Niederlanden - mit einer knappen Mehrheit – einer neuerlichen Erweiterung zu (48% im Vergleich zu 47%, die dagegen sind).

Verständlicherweise erklärt eine große Mehrheit der Befragten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (79%), dass sie einer neuerlichen Erweiterung der Europäischen Union um weitere Länder zustimmen würden; dieses Ergebnis ist jedoch im Vergleich zu der Erhebung vom Frühjahr 2008 um 11 Prozentpunkte zurückgegangen. Sechs von zehn Befragten in Kroatien teilen diese Meinung (59%, +8 Prozentpunkte), während eine Mehrheit der Befragten in der Türkei bei ihrer Unterstützung für eine zusätzliche Erweiterung bleibt, auch wenn im Vergleich zum Frühjahr 2008 ein Rückgang um 7 Prozentpunkte zu verzeichnen ist.

QA27.4 Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.
Eine zusätzliche Erweiterung der EU, um in den nächsten Jahren andere Länder aufzunehmen.

	Dafür	Dagegen	WN
EU27	44%	43%	13%
Alter			
15-24	56%	31%	13%
25-39	50%	39%	11%
40-54	44%	44%	12%
55 +	34%	51%	15%
Vertrauen in die EU			
Eher vertrauen	58%	32%	10%
Eher nicht vertrauen	30%	59%	11%
Bild der EU			
Positiv	57%	34%	9%
Neutral	39%	44%	17%
Negativ	20%	69%	11%

In Bezug auf diese Frage sind zwischen den einzelnen soziodemographischen Kategorien recht erhebliche Unterschiede festzustellen: Eine Mehrheit der Befragten der Altersgruppe der 15-24-Jährigen stimmt einer zusätzlichen Erweiterung der Europäischen Union in den nächsten Jahren zu (56%) im Vergleich zu nur einem Drittel der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber (34%).

⁹⁷ Deutschland, Italien, Frankreich, Belgien, Niederlande und Luxemburg.

Ebenso erklären nahezu zwei Drittel der europäischen Bürger, die Vertrauen in die Europäische Union haben (58%), dass sie für eine erneute Erweiterung der Union sind, wohingegen dies nur für 30% der Befragten gilt, die kein Vertrauen in die EU27 haben. Nahezu sechs von zehn Befragten (57%), die ein positives Bild der Europäischen Union haben, teilen deren Meinung, während dies nur für ein Fünftel derjenigen gilt, die ein negatives Bild von ihr haben (20%).

5. DIE PRIORITÄTEN DER EUROPÄISCHEN UNION

- Die Energiefragen, der Kampf gegen die Kriminalität und die Einwanderungsfragen sollten nach Meinung der europäischen Bürger die Prioritäten der Europäischen Union darstellen -

Als es darum ging, aus einer Liste von zwölf Belangen diejenigen auszuwählen, die nach Meinung der europäischen Bürger im Interesse einer Stärkung der Union in den nächsten Jahren durch die europäischen Institutionen verstärkt beachtet werden sollten⁹⁸, nannten drei von zehn Befragten die Energiefragen (30%) – an erster Stelle in sieben Mitgliedstaaten – dann die Bekämpfung der Kriminalität (29%) – die in einem einzigen Mitgliedstaat, den Niederlanden (44%), an erster Stelle steht – und die Einwanderungsfragen (29%) – dieser Punkt steht in vier Mitgliedstaaten, insbesondere auf Malta (62%) und im Vereinigten Königreich (43%) an erster Stelle. Mehr als ein Viertel der Befragten nennen die „Sozialen Fragen“ und die Umweltfragen (jeweils 27%) und einer von fünf europäischen Bürgern nennt die Solidarität mit ärmeren Regionen (20%). 18% würden es sich wünschen, dass der Binnenmarkt verstärkt beachtet wird, 16% die Außenpolitik und 15% die wissenschaftliche Forschung.

Die übrigen abgefragten Bereiche machen weniger als 15% der Antworten aus: Europäische Verteidigungspolitik (14%) und europäische Bildungspolitik (13%). Und schließlich nannten nur 6% der Befragten die Kulturpolitik.

Bei sechs der abgefragten Bereiche ist im Vergleich zum Frühjahrsbericht 2008 ein Zuwachs zu verzeichnen: Dies gilt für die „Sozialen Fragen“ und den Binnenmarkt (jeweils +3 Prozentpunkte), die europäische Bildungspolitik (+2 Punkte) sowie die europäische Verteidigungspolitik und „Wissenschaftliche Forschung“ (jeweils +1 Punkt).

In drei Bereichen ist ein Rückgang zu verzeichnen; der größte bei den Umweltfragen (-6 Prozentpunkte). Die Ergebnisse bei der Bekämpfung der Kriminalität gehen weiter zurück, mit einem erneuten Rückgang um 4 Punkte (nach einem Rückgang um 3 Punkte zwischen Herbst 2007 und Frühjahr 2008). Bei den Einwanderungsfragen gibt es einen Rückgang um 3 Punkte.

⁹⁸ QA28 Die europäische Integration hat sich in den letzten Jahren auf verschiedene Bereiche konzentriert. Welche Belange sollten Ihrer Meinung nach durch die europäischen Institutionen in den nächsten Jahren verstärkt beachtet werden, um die Europäische Union in Zukunft zu stärken? 1. Der Binnenmarkt; 2. Kulturpolitik; 3. Europäische Außenpolitik; 4. Europäische Verteidigungspolitik; 5. Einwanderungsfragen; 6. Europäische Bildungspolitik; 7. Umweltfragen; 8. Energiefragen; 9. Solidarität mit ärmeren Regionen; 10. Wissenschaftliche Forschung; 11. Soziale Fragen; 12. Die Bekämpfung der Kriminalität.

Die übrigen vier abgefragten Bereiche bleiben unverändert.

**QA28 Welche Belange sollten Ihrer Meinung nach durch die europäischen Institutionen in den nächsten Jahren verstärkt beachtet werden, um die Europäische Union in Zukunft zu stärken?
(MAX. 3 NENNUNGEN)**



Die Analyse der Länderergebnisse zeigt recht erhebliche Unterschiede: Mehr als die Hälfte der Befragten in Ungarn (54%), 50% in Litauen, 49% auf Malta und 44% in Belgien nennen die **Energiefragen** als den wichtigsten Belang der Europäischen Union. Außer auf Malta, wo die Einwanderungsfragen (62%) nach wie vor der wichtigste Belang sind, steht dieser Belang in diesen Ländern an erster Stelle.

Die **Bekämpfung der Kriminalität** wird von 44% der Befragten in Dänemark und in den Niederlanden sowie von 41% der Befragten in Schweden als wichtigster Belang genannt.

In acht Mitgliedstaaten bilden die **„Sozialen Fragen“** den wichtigsten Belang. Mehr als vier von zehn Befragten nennen sie in Lettland (44%), in Portugal, in Bulgarien und Slowenien (jeweils 43%) sowie in Österreich und in der Tschechischen Republik (jeweils 41%). Dieser Belang wird ebenfalls häufig, nämlich von 40% der Befragten in Litauen und von jeweils 39% der Befragten in Estland und in der Slowakei genannt. Von diesen Ländern hat nur Litauen eine wichtigere Priorität als die „Sozialen Fragen“, nämlich die Energiefragen (50%).

Die Befragten der nordischen Länder zeigen eine besonders große Besorgnis angesichts der **Umweltfragen**, die sie sehr häufig als Belang nennen, den die europäischen Institutionen in den nächsten Jahren verstärkt beachten sollten (68% der Befragten in Schweden, 48% in Dänemark und 46% in Finnland). 38% der befragten Personen in den Niederlanden, 37% in Österreich und 36% in Frankreich teilen diese Meinung.

Die Solidarität mit ärmeren Regionen macht 36% der Antworten auf Zypern aus (im Vergleich zu einem europäischen Durchschnitt von 20%), während die **europäische Außenpolitik** von 29% der Befragten in Rumänien genannt wird (im Vergleich zu einem europäischen Durchschnitt von 16%) und die europäische Verteidigungspolitik von einem Drittel der Befragten in Estland (32% im Vergleich zu einem europäischen Durchschnitt von 14%).

Bei den folgenden Fragen sind Unterschiede von mehr als 5 Prozentpunkten zwischen den ältesten Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den Beitrittsstaaten von 2004 festzustellen:

- ◆ Von den jüngsten Mitgliedstaaten werden häufiger als von den alten Mitgliedstaaten die Solidarität mit ärmeren Regionen (25% im Vergleich zu 18%) und der Binnenmarkt (22% im Vergleich zu 16%) genannt.
- ◆ Im Gegensatz hierzu werden von den Mitgliedstaaten, die der Europäischen Union bereits vor 2004 angehörten, am häufigsten die Einwanderung (33% im Vergleich zu 15%), die Umweltfragen (29% im Vergleich zu 20%) und die Bekämpfung der Kriminalität (30% im Vergleich zu 24%) genannt.

QA28 Die europäische Integration hat sich in den letzten Jahren auf verschiedene Bereiche konzentriert. Welche Belange sollten Ihrer Meinung nach durch die europäischen Institutionen in den nächsten Jahren verstärkt beachtet werden, um die Europäische Uni





	Energiefragen	Die Bekämpfung der Kriminalität	Umweltfragen	Soziale Fragen	Einwanderungsfragen	Solidarität mit ärmeren Regionen	Der Binnenmarkt	Europäische Außenpolitik	Wissenschaftliche Forschung	Europäische Verteidigungspolitik	Europäische Bildungspolitik	Kulturpolitik
EU27	30%	29%	29%	27%	27%	20%	18%	16%	15%	14%	13%	6%
BE	44%	34%	33%	30%	29%	22%	17%	16%	18%	12%	9%	6%
BG	28%	31%	12%	43%	14%	25%	20%	23%	5%	15%	9%	4%
CZ	28%	38%	18%	41%	24%	16%	19%	14%	19%	16%	15%	3%
DK	26%	44%	37%	15%	48%	20%	15%	18%	20%	17%	12%	4%
DE	42%	32%	30%	30%	35%	13%	14%	20%	17%	15%	20%	3%
EE	28%	30%	14%	39%	19%	13%	12%	26%	10%	32%	14%	5%
EL	24%	24%	19%	34%	32%	34%	36%	20%	12%	12%	16%	7%
ES	8%	22%	38%	31%	17%	22%	14%	11%	13%	7%	13%	7%
FR	28%	28%	33%	30%	36%	26%	18%	16%	24%	15%	12%	4%
IE	37%	34%	34%	21%	24%	14%	24%	11%	7%	8%	16%	12%
IT	26%	28%	33%	19%	16%	10%	24%	15%	16%	11%	9%	12%
CY	24%	33%	24%	28%	27%	36%	25%	26%	10%	19%	18%	7%
LV	31%	29%	13%	44%	12%	21%	32%	15%	6%	15%	12%	4%
LT	50%	30%	16%	40%	8%	11%	25%	17%	9%	16%	11%	5%
LU	27%	25%	28%	21%	27%	20%	28%	27%	13%	15%	18%	3%
HU	54%	21%	15%	19%	24%	23%	31%	12%	12%	15%	11%	5%
MT	49%	13%	62%	12%	21%	12%	11%	8%	5%	10%	14%	4%
NL	24%	44%	24%	13%	38%	23%	18%	28%	18%	24%	15%	7%
AT	41%	39%	27%	41%	37%	14%	13%	18%	12%	10%	10%	5%
PL	31%	24%	10%	30%	16%	28%	20%	18%	10%	16%	9%	6%
PT	12%	37%	12%	43%	14%	29%	15%	7%	7%	11%	14%	8%
RO	24%	16%	22%	25%	25%	29%	22%	29%	9%	23%	18%	8%
SI	22%	27%	12%	43%	34%	24%	28%	11%	18%	9%	14%	5%
SK	34%	27%	15%	39%	26%	22%	26%	26%	14%	17%	18%	4%
FI	42%	38%	14%	23%	46%	27%	19%	20%	12%	18%	7%	3%
SE	33%	41%	28%	17%	68%	25%	17%	15%	17%	11%	9%	3%
UK	33%	30%	43%	17%	29%	13%	10%	8%	11%	13%	8%	5%
CY (tcc)	25%	16%	21%	14%	19%	26%	30%	23%	19%	20%	26%	22%
HR	18%	49%	8%	44%	14%	39%	26%	9%	5%	8%	6%	3%
TR	15%	15%	13%	11%	8%	23%	12%	14%	7%	7%	8%	14%
MK	25%	33%	17%	26%	12%	39%	26%	25%	7%	13%	8%	8%
Höchster Prozentsatz per Land								Höchster Prozentsatz per Nennung				
Niedrigster Prozentsatz per Land								Niedrigster Prozentsatz per Nennung				

Diejenigen Befragten, die den politischen Parteien der Linken am nächsten stehen, nennen am häufigsten die Umweltfragen (31% im Vergleich zu 26% der Sympathisanten der Rechten), die „Sozialen Fragen“ (29% im Vergleich zu 23%) und die Solidarität mit ärmeren Regionen (23% im Vergleich zu 17%), während die Sympathisanten der Rechten häufiger die Bekämpfung der Kriminalität (31% im Vergleich zu 26% der Sympathisanten der Linken) und die europäische Verteidigungspolitik (17% im Vergleich zu 13%) nennen.

Von den jüngsten Befragten nennen nahezu 3 von 10 die Umweltfragen (29% im Vergleich zu 24% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber) und - recht verständlicherweise - auch die europäische Bildungspolitik (19% im Vergleich zu 10%).

Und schließlich werden von mehr als einem Drittel der Befragten, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr und darüber hinaus fortgesetzt haben, die Umweltfragen (36% im Vergleich zu 20% derjenigen, die ihre schulische Ausbildung mit dem 16. Lebensjahr beendet haben) und die europäische Außenpolitik (23% im Vergleich zu 11%) genannt. Demgegenüber würden mehr als ein Drittel der Befragten, die die schulische Ausbildung mit dem 16. Lebensjahr beendet haben, sich wünschen, dass die Europäische Union einen größeren Schwerpunkt auf die Bekämpfung der Kriminalität legt (35% im Vergleich zu 24% derjenigen mit dem längsten Bildungsweg).

QA28 Die europäische Integration hat sich in den letzten Jahren auf verschiedene Bereiche konzentriert. Welche Belange sollten Ihrer Meinung nach durch die europäischen Institutionen in den nächsten Jahren verstärkt beachtet werden, um die Europäische Union in Zukunft zu stärken?

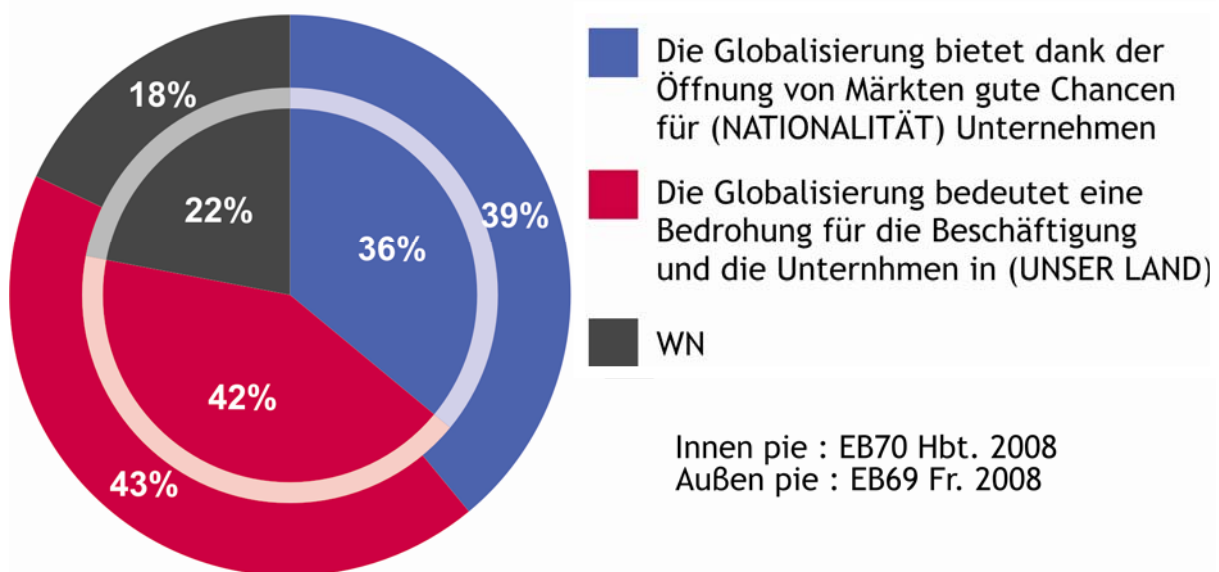
	Energiefragen	Umweltfragen	Die Bekämpfung der Kriminalität	Einwanderungsfragen	Soziale Fragen	Solidarität mit ärmeren Regionen	Der Binnenmarkt	Europäische Außenpolitik	Wissenschaftliche Forschung	Europäische Verteidigungspolitik	Europäische Bildungspolitik	Kulturpolitik
EU27	30%	29%	29%	27%	27%	20%	18%	16%	15%	14%	13%	6%
Alter												
 15-24	24%	28%	25%	29%	25%	22%	16%	15%	16%	11%	19%	9%
25-39	31%	28%	26%	30%	29%	20%	21%	17%	15%	13%	14%	7%
40-54	32%	29%	29%	28%	28%	19%	19%	18%	15%	15%	12%	5%
55 +	30%	30%	33%	24%	25%	18%	15%	15%	14%	15%	10%	5%
Ausbildung (Ende der)												
 15-	26%	31%	35%	20%	28%	18%	14%	11%	12%	12%	9%	6%
16-19	32%	29%	31%	27%	28%	19%	19%	15%	14%	15%	12%	5%
20+	34%	28%	24%	36%	26%	21%	20%	23%	17%	17%	14%	5%
Studiert noch	25%	26%	22%	32%	23%	23%	15%	17%	18%	11%	22%	9%
Berufliche Tätigkeit												
 Selbständig	31%	31%	27%	28%	23%	15%	23%	22%	15%	16%	14%	6%
Leitende(r) Angestellte(r)	37%	30%	21%	39%	26%	19%	19%	23%	17%	16%	14%	5%
Andere(r) Angestellte(r)	33%	29%	27%	29%	29%	19%	22%	17%	16%	14%	15%	5%
Sonstige Arbeiter	30%	28%	31%	27%	28%	21%	19%	15%	15%	14%	11%	5%
Hausfrauen / Hausmänner	24%	31%	31%	22%	29%	17%	15%	12%	12%	11%	11%	7%
Arbeitslos	25%	28%	27%	22%	34%	23%	18%	11%	11%	10%	10%	6%
Rentner / Pensionäre	30%	29%	35%	23%	26%	19%	14%	15%	13%	15%	9%	5%
Studenten	25%	26%	22%	32%	23%	23%	15%	17%	18%	11%	22%	9%
Links-Rechts Skala												
 (1-4) Links	30%	29%	26%	31%	29%	23%	16%	17%	16%	13%	14%	6%
(5-6) Mitte	31%	31%	32%	28%	28%	19%	18%	16%	15%	15%	13%	6%
(7-10) Rechts	32%	29%	31%	26%	23%	17%	20%	20%	16%	17%	12%	5%
Höchster Prozentsatz per demographisch							Höchster Prozentsatz per Nennung					
<i>Niedrigster Prozentsatz per demographisch</i>							Niedrigster Prozentsatz per Nennung					

6. DIE BÜRGER, DIE EUROPÄISCHE UNION UND DIE GLOBALISIERUNG

- Die europäischen Bürger sehen die Globalisierung zunächst einmal als eine Bedrohung für die Arbeitsplätze und die Unternehmen im eigenen Land; dennoch sieht eine starke Minderheit von ihnen darin eine Gelegenheit fürs Wirtschaftswachstum -

Eine Mehrheit der europäischen Bürger ist der Meinung, dass die Globalisierung eine Bedrohung für die Arbeitsplätze und die Unternehmen in ihrem eigenen Land darstellt (42%, d.h. ein Rückgang um 1 Prozentpunkt seit Frühjahr 2008), wohingegen etwas mehr als ein Drittel der Befragten der Meinung ist, dass die Globalisierung dank der Öffnung der Märkte eine gute Gelegenheit für die Unternehmen darstellt (36%, -3 Punkte)⁹⁹. Der Anteil der Befragten, die sich zu dieser Frage nicht äußern, ist allerdings um 4 Prozentpunkte, von 18% auf 22%, gestiegen.

Frage: QA33. Welche der beiden folgenden Aussagen kommt Ihrer Meinung zur Globalisierung am nächsten?



Die Sichtweise der Globalisierung als Gelegenheit wird in zwölf Mitgliedstaaten mehrheitlich vertreten. Dies gilt für eine überwiegende Mehrheit der Befragten in Skandinavien (73% in Dänemark und 64% in Schweden) sowie den Niederlanden (62%).

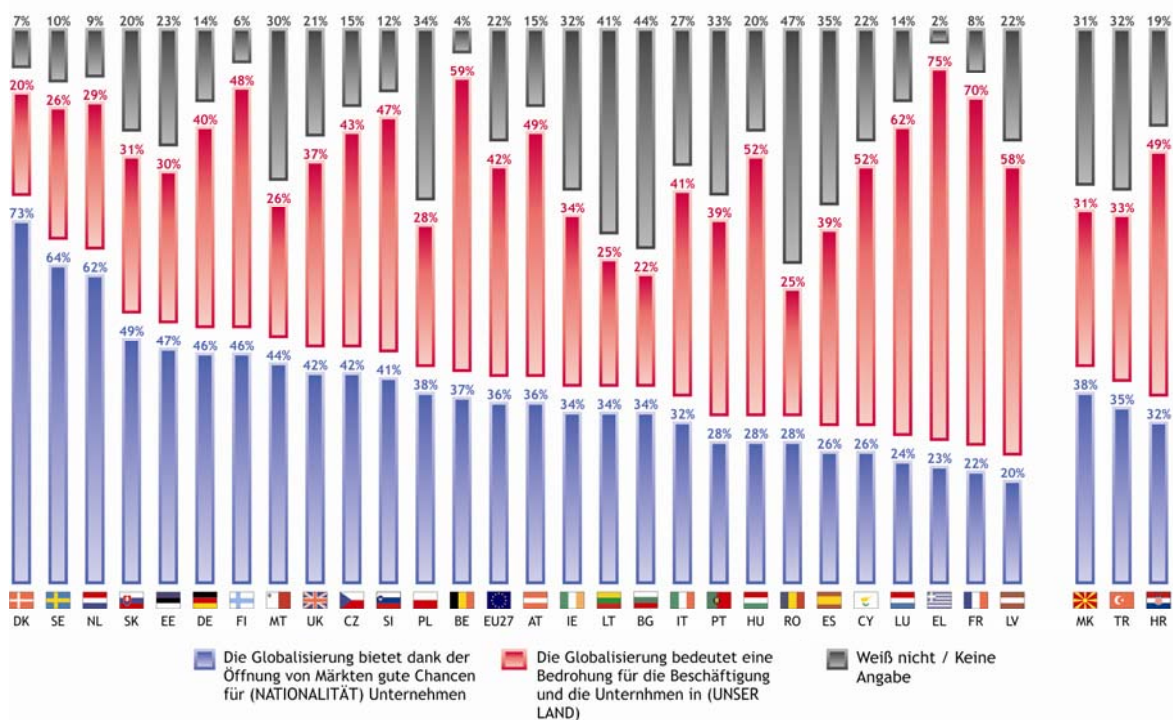
⁹⁹ QA33a Welche der beiden folgenden Aussagen kommt Ihrer Meinung zur Globalisierung am nächsten?

Im Gegensatz hierzu betonen die Befragten in fünfzehn Mitgliedstaaten den bedrohenden Aspekt der Globalisierung. Drei Viertel der befragten Personen in Griechenland (75%), sieben von zehn in Frankreich (70%) und 62% in Luxemburg bringen dieses Gefühl zum Ausdruck.

Die Befragten in Irland sind zu dieser Frage geteilter Meinung: 34% von ihnen sind der Meinung, dass die Globalisierung für sie eine Bedrohung darstellt; ein gleich hoher Anteil von Befragten sieht darin eine Gelegenheit. Gleichzeitig hat ein nahezu gleich hoher Anteil von Befragten (32%) sich zu dieser Frage nicht geäußert.

Von den bevölkerungsreichsten europäischen Ländern unterscheiden Frankreich und Spanien sich dadurch, dass sie den geringsten Anteil an Befragten (22% bzw. 26%) aufweisen, die der Meinung sind, dass die Globalisierung für die Unternehmen in ihrem eigenen Land von Vorteil sein kann. Ihre Meinung wird von 32% der Befragten in Italien und 38% in Polen geteilt.

Frage: QA33a. Welche der beiden folgenden Aussagen kommt Ihrer Meinung zur Globalisierung am nächsten?



Es ist festzustellen, dass ein hoher Anteil von Befragten in den folgenden Mitgliedstaaten sich zu dieser Frage nicht äußert: Rumänien (47% im Vergleich zu 22% im europäischen Durchschnitt), Bulgarien (44%), Litauen (41%), Spanien (35%), Polen (34%) und Portugal (33%). Diese hohen Anteile von Befragten, die diese Frage nicht beantworten, sind vermutlich ein Spiegelbild der Probleme, die manch ein europäischer Bürger hat, das Konzept der „Globalisierung“ überhaupt zu verstehen.

- Bedeutende Entwicklungen zu dieser Frage in den Mitgliedstaaten -

In den meisten (einundzwanzig) Mitgliedstaaten ist ein Rückgang der Zahl der Befragten festzustellen, die in der Globalisierung eine Gelegenheit für die nationalen Unternehmen sehen. So ist der Anteil der Befragten in Rumänien, die der Meinung sind, dass die Globalisierung eine Gelegenheit darstellt, um 13 Prozentpunkte zurückgegangen. Bedeutende Rückgänge sind auch in Bulgarien und auf Malta (jeweils –10 Punkte) sowie in Griechenland, Spanien, Polen und Litauen (jeweils –9 Punkte) festzustellen.

Im Gegensatz hierzu haben sich die Meinungen in einer Minderheit von Mitgliedstaaten (fünf) in entgegengesetzter Richtung entwickelt. So ist der Anteil der Befragten, die in der Globalisierung eine Gelegenheit sehen, in Deutschland um 5 Punkte gestiegen, während der Anteil der Befragten, die sie als Bedrohung sehen, um 10 Punkte gefallen ist. Auch in Österreich und im Vereinigten Königreich ist der Anteil der Befragten, die die Globalisierung als Gelegenheit sehen, um 5 Punkte gestiegen, während der Anteil der Befragten, die sie als Bedrohung sehen, in diesen beiden Ländern um 7 bzw. 5 Punkte zurückgegangen ist. Was Irland und Schweden betrifft, so bleiben die Meinungen zu dieser Frage in diesen beiden Ländern (mit 34% bzw. 64%) unverändert.

Die Globalisierung wird von einer knappen Mehrheit der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und in der Türkei (38% bzw. 35%) als Gelegenheit betrachtet. Der Anteil der Befragten, die sich zu dieser Frage nicht äußern, ist jedoch in diesen beiden Ländern besonders hoch (31% bzw. 32%). Es ist festzustellen, dass der Anteil der Befragten, die in der Globalisierung eine Gelegenheit sehen, in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien um 19 Punkte zurückgegangen ist, während der Anteil der Befragten, die sie als Bedrohung sehen, um 10 Punkte gestiegen ist.

Die Befragten in Kroatien sind zu etwa der Hälfte (49%) der Meinung, dass die Globalisierung eine Bedrohung für die Arbeitsplätze und die Unternehmen in ihrem Land darstellt.

Die Analyse der Ergebnisse nach dem soziodemographischen Profil der Befragten zeigt, dass sich die Befragten, je jünger sie sind und je näher sie der politischen Rechten stehen, umso mehr von den Vorteilen der Globalisierung überzeugt zeigen. Im übrigen sieht die Hälfte der Führungskräfte (53%) in der Globalisierung eine Gelegenheit fürs Wirtschaftswachstum; diese Meinung wird von 40% der Angestellten geteilt, im Vergleich zu nur 33% der Arbeiter und 28% der Arbeitslosen.

Um die einzelnen Aspekte der Globalisierung zu behandeln, wurde die gesamte Gruppe der Befragten in zwei gleich große Gruppen aufgeteilt, wobei jede der beiden Gruppen eine unterschiedliche Frage über die Fähigkeit der Europäischen Union gestellt wurde, in der Globalisierung eine Rolle zu spielen¹⁰⁰. Eine der Aussagen wurde negativ, die andere positiv formuliert.

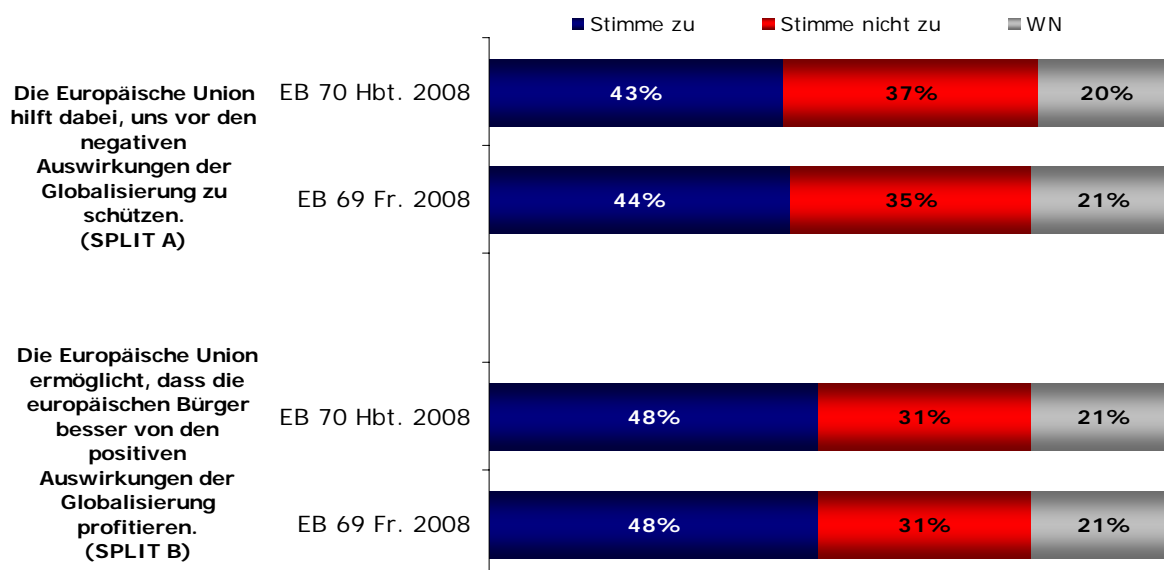
- Die tendenzielle Sichtweise, dass die Europäische Union es ermöglicht, dass die europäischen Bürger besser von den positiven Auswirkungen der Globalisierung profitieren, bleibt unverändert -

Wie im Frühjahr 2008 ist, unabhängig von der Formulierung dieser Frage, festzustellen, dass eine relative Mehrheit der europäischen Bürger die Rolle anerkennt, die die Europäische Union spielt, um es ihren Bürgern zu ermöglichen, von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren (48%, ein unverändertes Ergebnis im Vergleich zum Frühjahr 2008 und eine mehrheitliche Antwort in dreiundzwanzig Mitgliedstaaten) und um sie vor deren negativen Auswirkungen zu schützen (43%, d.h. ein Rückgang um 1 Punkt, aber mehrheitlich vertreten in 19 Mitgliedstaaten). Ein Fünftel der Befragten jedoch, in jeder der zwei Gruppen (21% bzw. 20%), geben zu dieser Frage keine Antwort.

¹⁰⁰ QA34a Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu oder nicht zu: Die Europäische Union hilft dabei, uns vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen. (WENN 'SPLIT A')

QA34b Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu oder nicht zu? Die Europäische Union ermöglicht, dass die europäischen Bürger besser von den positiven Auswirkungen der Globalisierung profitieren. (WENN 'SPLIT B')

QA34 Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu oder nicht zu:



Mehr als die Hälfte der Befragten in den Niederlanden, in Belgien und in der Slowakei (jeweils 56%, 55% und 51%) sind der Meinung, dass die Europäische Union ihnen hilft, **sich vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung** zu schützen. Die Befragten in sechs Mitgliedstaaten erklären mehrheitlich die entgegengesetzte Meinung: So in Griechenland (60%), Lettland (57%), Frankreich (56%), Slowenien (48%), Luxemburg (43%) und im Vereinigten Königreich (39%). Die Befragten in Ungarn sind zu dieser Frage sehr geteilter Meinung (40%).

Eine überwiegende Mehrheit der Befragten der nördlichen Länder der EU behauptet, dass die Europäische Union es ihnen ermöglicht, besser **von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren** (73% in Dänemark, 66% in Schweden und 62% in Finnland). Es ist festzustellen, dass 63% der Befragten in den Niederlanden dieser Behauptung zustimmen. Vier Mitgliedstaaten erklären mehrheitlich eine entgegengesetzte Meinung: Griechenland (57%), Frankreich (50%), Slowenien (44%) und Lettland (39%).





In vier Ländern ist eine Mehrheit der Befragten gegen beide Aussagen: in Frankreich, Griechenland, Lettland und Slowenien.

Eine Mehrheit der Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien ist der Meinung, dass die Europäische Union ihnen hilft, sich vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen (48%) und darüber hinaus, dass sie es ihnen sogar ermöglicht, besser von deren positiven Auswirkungen zu profitieren (55%). Die Befragten in Kroatien und in der Türkei sind sich zu dem letzten Punkt einig (41% bzw. 38%), wohingegen sie nicht einverstanden sind mit der Behauptung, dass die Europäische Union ihnen hilft, sich vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen (52% bzw. 34%). Mehr als ein Drittel der Befragten in der Türkei haben keine der beiden Fragen beantwortet.

Aus soziodemographischer Sicht sind Männer, die jüngsten Befragten und diejenigen mit dem längsten Bildungsweg mehrheitlich der Meinung, dass die Europäische Union ihnen hilft, besser von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren. Die Unterschiede je nach dem soziodemographischen Profil sind ausgeprägter, wenn die Frage positiv formuliert wird.

Was das berufliche Niveau betrifft, so stimmen Führungskräfte, Angestellte und Studenten am häufigsten der Aussage zu, dass die Europäische Union es ihnen ermöglicht, sich besser vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen. Was die positive Rolle der Union betrifft, um von der Globalisierung zu profitieren, so zeigen Freiberufler, Führungskräfte und Studenten sich am stärksten davon überzeugt.

QA34 Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu oder nicht zu:

Die Europäische Union hilft dabei, uns vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen.						Die Europäische Union ermöglicht, dass die europäischen Bürger besser von den positiven Auswirkungen der Globalisierung profitieren.				
	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	WN	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	WN
EU27	7%	36%	27%	10%	20%	8%	40%	24%	7%	21%
Geschlecht										
 Männlich	9%	38%	28%	10%	15%	10%	43%	23%	8%	16%
Weiblich	5%	35%	26%	9%	25%	6%	36%	25%	7%	26%
Alter										
 15-24	9%	38%	24%	9%	20%	8%	46%	17%	3%	26%
25-39	7%	38%	27%	10%	18%	8%	43%	24%	8%	17%
40-54	7%	36%	30%	11%	16%	10%	39%	25%	8%	18%
55 +	6%	34%	26%	9%	25%	7%	34%	26%	8%	25%
Ausbildung (Ende der)										
 15-	5%	31%	27%	9%	28%	6%	29%	26%	9%	30%
16-19	6%	37%	27%	10%	20%	8%	39%	25%	8%	20%
20+	9%	41%	28%	10%	12%	11%	46%	23%	6%	14%
Studiert noch	12%	37%	24%	8%	19%	9%	50%	17%	3%	21%
Links-Rechts Skala										
(1-4) Links	8%	38%	27%	10%	17%	9%	40%	27%	7%	17%
(5-6) Mitte	7%	36%	29%	10%	18%	8%	41%	26%	7%	18%
(7-10) Rechts	8%	41%	27%	8%	16%	11%	44%	22%	6%	17%
Berufliche Tätigkeit										
 Selbständig	6%	35%	34%	10%	15%	11%	46%	24%	6%	13%
Leitende(r) Angestellte(r)	9%	43%	28%	10%	10%	11%	50%	23%	5%	11%
Andere(r) Angestellte(r)	7%	40%	30%	8%	15%	10%	44%	24%	8%	14%
Sonstige Arbeiter	8%	36%	26%	11%	19%	8%	38%	26%	7%	21%
Hausfrauen / Hausmänner	4%	33%	20%	10%	33%	7%	28%	20%	6%	39%
Arbeitslos	7%	31%	26%	11%	25%	6%	32%	25%	10%	27%
Rentner / Pensionäre	5%	34%	27%	9%	25%	7%	34%	26%	9%	24%
Studenten	12%	37%	24%	8%	19%	9%	50%	17%	3%	21%

- Die Europäische Union und die nationalen Regierungen rivalisieren miteinander, um die Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen; die Union scheint jedoch besser in der Lage zu sein, es ihnen zu ermöglichen, effizienter von deren positiven Auswirkungen zu profitieren -

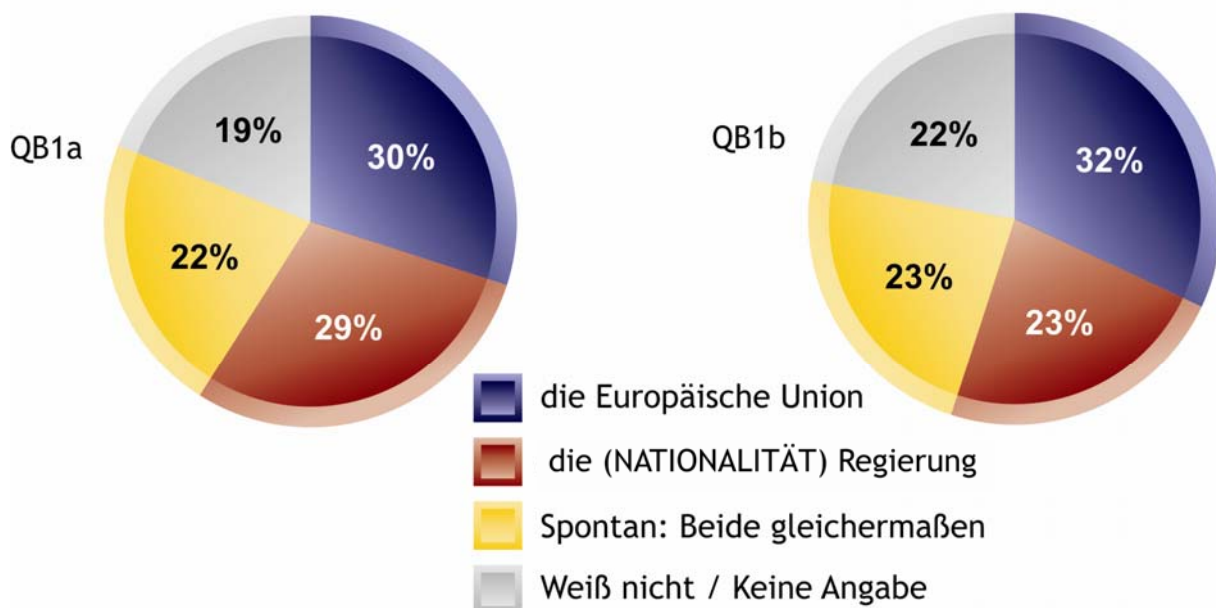
Auch hier wurde die Gruppe der Befragten wiederum in zwei gleich große Gruppen aufgeteilt, wobei jeder dieser beiden Gruppen eine unterschiedliche Frage über die Rolle der europäischen und der nationalen Institutionen angesichts der Globalisierung gestellt wurde¹⁰¹.

Eine knappe Mehrheit der europäischen Bürger ist der Meinung, dass die Europäische Union besser in der Lage ist, sie am effizientesten vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen (30% im Vergleich zu 29%, die ihre nationale Regierung nennen, und 22%, die spontan „beide gleichermaßen“ antworten). Die Mehrheit ist noch ausgeprägter, wenn die Frage positiv gestellt wird, wobei in der Tat ein Drittel der Befragten erklärt, dass die Union am besten in der Lage ist, es ihren Bürgern zu ermöglichen, von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren: 32% im Vergleich zu 23%, die der Meinung sind, ihre nationale Regierung sei dazu am besten in der Lage, und ein gleich hoher Anteil von Befragten erklärt spontan, dass ihrer Meinung nach sowohl die EU als auch die nationalen Regierungen in der Lage seien, es den Bürgern zu ermöglichen, effektiv von der Globalisierung zu profitieren.

¹⁰¹ QB1a Welche der beiden folgenden Institutionen kann Sie am wirksamsten vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung schützen? (WENN 'SPLIT A')

QB1b Welche der beiden folgenden Institutionen ermöglicht es Ihnen am besten, von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren? (WENN 'SPLIT B')

Frage: QB1a. Welche der beiden folgenden Institutionen kann Sie am wirksamsten vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung schützen? /QB1b. Welche der beiden folgenden Institutionen ermöglicht es Ihnen am besten, von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren?



In Dänemark, Finnland, Schweden und im Vereinigten Königreich liegt die Zahl der Befragten, die an erster Stelle ihre nationale Regierung nennen, nach wie vor am höchsten: 47% der Befragten in Dänemark, 46% in Finnland, 41% im Vereinigten Königreich und 40% in Schweden sind der Meinung, dass ihre jeweilige nationale Regierung am besten in der Lage ist, sie vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen; 45% der Befragten in Finnland, 43% in Dänemark, 36% im Vereinigten Königreich und 25% in Schweden sind auch der Meinung, dass ihre nationale Regierung besser in der Lage ist, es ihnen zu ermöglichen, von deren positiven Auswirkungen zu profitieren.

Im Gegensatz hierzu geben die Befragten in den Niederlanden, in Frankreich, Belgien und in der Tschechischen Republik der Europäischen Union den Vorrang: 46%, 43%, 43% bzw. 40% von ihnen sind der Meinung, dass die Europäische Union die Ebene ist, die am besten in der Lage ist, sie vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen; 48% der Befragten in den Niederlanden, 46% in Frankreich, 42% in Belgien und 41% in der Tschechischen Republik sind der Meinung, dass die EU die Institution ist, die am besten in der Lage ist, es ihnen zu ermöglichen, von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren.

Der Anteil der Befragten, die sich zu diesen beiden Fragen nicht äußern, liegt besonders hoch in acht Mitgliedstaaten: In Litauen, Bulgarien, auf Malta, in Spanien, Estland, Rumänien, Irland und Lettland; dieser Anteil der „weiß nicht“-Antworten liegt, unabhängig von der gestellten Frage (positiv oder negativ) über 25%.

Es ist zu betonen, dass eine knappe Mehrheit der befragten Männer der Meinung ist, dass die Union am besten in der Lage ist, ihre Bürger am besten vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen (34%, wohingegen 29% ihre jeweilige nationale Regierung an erster Stelle nennen); die Frauen, hingegen, setzen ein stärkeres Vertrauen in ihre nationale Regierung (26% von ihnen nennen die EU im Vergleich zu 29%, die die nationale Regierung nennen). Jedoch ist festzustellen, dass ein höherer Anteil Frauen als Männer diese Frage nicht beantwortet: 23% geben „weiß nicht“ an im Vergleich zu nur 15% Männern.

Im übrigen ist auch, in Übereinstimmung mit den Ergebnissen der gesamten Umfrage, festzustellen, dass die Tendenz der Befragten, mehr Vertrauen in die Europäische Union zu setzen, mit wachsendem Bildungsniveau steigt. Dies gilt auch hier, unabhängig von der Formulierung der Frage: 22% der Befragten, die ihre schulische Ausbildung mit 15. Jahren beendet haben, sind der Meinung, dass die Europäische Union am besten in der Lage ist, es ihnen zu ermöglichen, von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren, im Vergleich zu 42% derjenigen, die ihre Ausbildung nach dem 19. Lebensjahr beendet haben. Diese Anteile betragen jeweils 21% bzw. 38% für die Befragten, die der Meinung sind, dass die Europäische Union am besten in der Lage ist, sie vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen.

- Eine überwiegende Mehrheit der europäischen Bürger ist nicht mit dem Europäischen Fonds zur Anpassung an die Globalisierung vertraut -

Mehr als sieben von zehn europäischen Bürger haben noch nie etwas über den Europäischen Fonds zur Anpassung an die Globalisierung (71%) gehört. Einer von fünf Befragten hat darüber zwar bereits gehört, doch erklärt, nicht genau darüber Bescheid zu wissen (19%). Nur 3% der Befragten wissen über diesen Fonds genau Bescheid.

Frage: QB2. Haben Sie jemals schon etwas vom "Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung" gehört oder darüber gelesen? Dies ist ein Fonds um den Opfern der Globalisierung zu helfen.



In fünf Mitgliedstaaten haben mehr als drei von zehn Befragten Kenntnisse über den Europäischen Fonds zur Anpassung an die Globalisierung: In der Slowakei und in Portugal (jeweils 36%), in Italien (34%), in Österreich (33%) und auf Malta (31%).

Im Gegensatz hierzu sind nur einer von zehn Befragten in den Niederlanden, im Vereinigten Königreich oder in Dänemark (10% bzw. jeweils 11%), 13% auf Zypern, 14% in Estland und 15% in Frankreich über diesen Fonds informiert.

Es ist festzustellen, dass die Kenntnisse über den Europäischen Fonds zur Anpassung an die Globalisierung in den Befragtenkategorien mit dem höchsten Bildungsniveau und den Befragten mit dem höchsten Kenntnisstand über die EU am besten sind. So erklären 25% der Befragten, die ihre Ausbildung bis nach dem 19. Lebensjahr fortgesetzt haben, und 30% derjenigen, die behaupten, sie haben eine gute Kenntnis von der Funktionsweise der EU, dass sie bereits von diesem Europäischen Fonds gehört haben. Der höchste Bekanntheitsgrad ist bei den Befragten festzustellen, die vom höchsten Meinungsführer-Index profitieren, d.h. 33%.¹⁰²

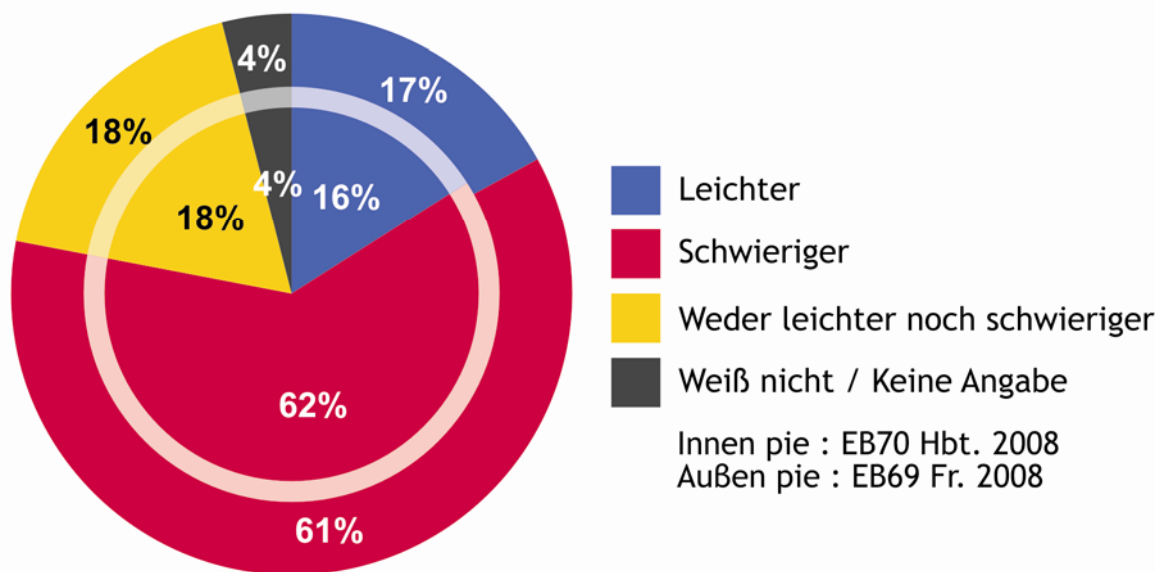
¹⁰²Der Meinungs-Leadership-Index wird durch eine Kombination von zwei Fragen ermittelt: QA1. Würden Sie sagen, dass Sie, wenn Sie mit Freunden zusammen sind, politische Dinge häufig, gelegentlich oder niemals diskutieren? Und QA2. Kommt es vor, dass Sie Ihre Freunde, Ihre Verwandten oder Ihre Arbeitskollegen von einer Meinung überzeugen, auf die Sie selbst großen Wert legen? Geschieht dies - Häufig – Von Zeit zu Zeit – Niemals. So wird ein Befragter, wenn er häufig oder von Zeit zu Zeit versucht, seinen Gesprächspartner von einer Meinung zu überzeugen, oder häufig über politische Themen diskutiert, als Meinungsführer betrachtet und der Kategorie 1 (++) zugeordnet. Wenn ein Befragter jedoch, im Gegenteil, nur selten oder niemals versucht, seinen Gesprächspartner von einer Meinung zu überzeugen und niemals über politische Dinge diskutiert, so wird er der Kategorie 4 (--) des Meinungs-Leadership-Indexes zugeordnet.

7. DIE ZUKUNFT DER EUROPÄER

- Sechs von zehn Europäern erklären, das Leben ihrer Kinder werde ihrer Einschätzung nach aller Wahrscheinlichkeit nach schwieriger sein als das ihrer eigenen Generation -

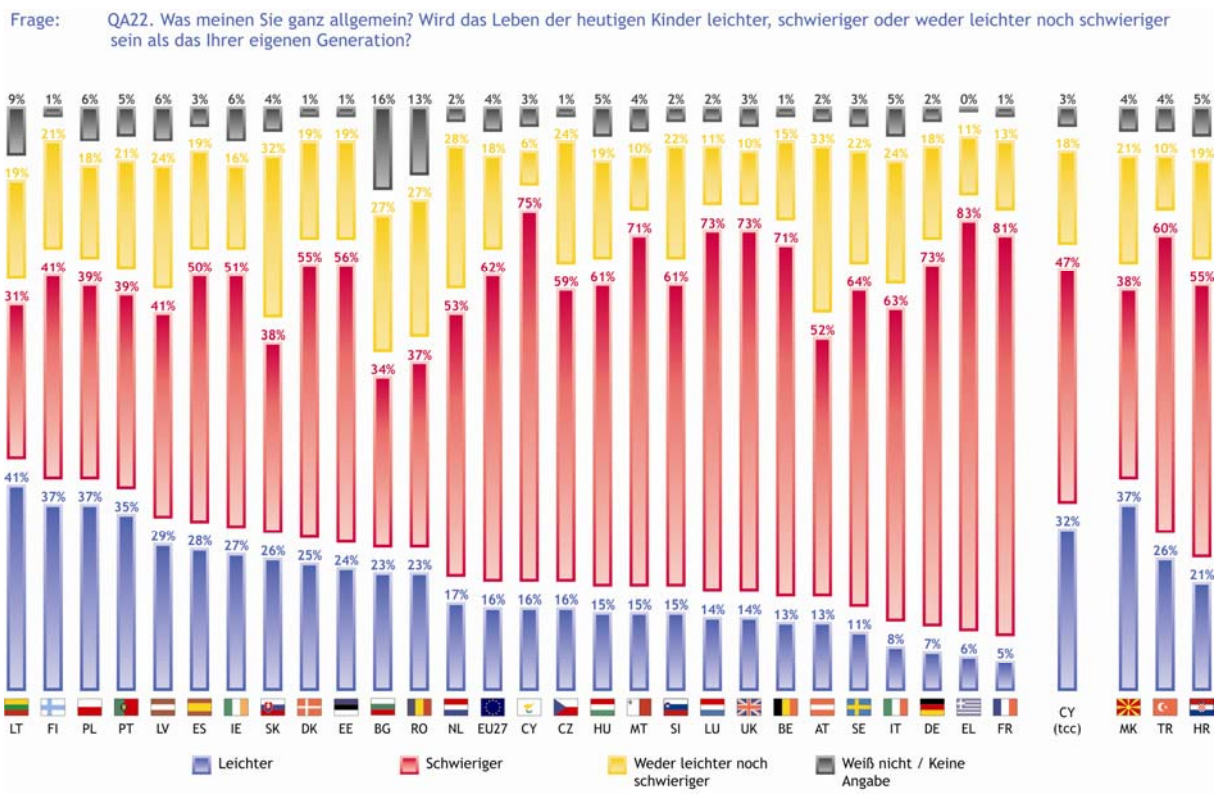
Mehr als sechs von zehn Europäern erklären, das Leben der heutigen Kinder werde ihrer Einschätzung nach aller Wahrscheinlichkeit nach schwieriger sein als das ihrer eigenen Generation (62% im Vergleich zu 16%, die entgegengesetzter Meinung sind, und 18%, deren Einschätzung nach das Leben künftiger Generationen weder leichter noch schwieriger sein wird). Der Anteil der Befragten, der davon ausgeht, dass das Leben ihrer Kinder schwieriger sein wird, ist im Vergleich zum Frühjahr 2008 leicht gestiegen (+1 Punkt), während der Anteil derjenigen, die entgegengesetzter Meinung sind, um einen Punkt zurückgegangen ist¹⁰³.

Frage: QA22. Was meinen Sie ganz allgemein? Wird das Leben der heutigen Kinder leichter, schwieriger oder weder leichter noch schwieriger sein als das Ihrer eigenen Generation?



Die ältesten Mitgliedstaaten der EU weisen eine hohe Anzahl von Befragten mit der pessimistischsten Einschätzung auf: So in Griechenland (83%), in Frankreich (81%), in Deutschland, in Luxemburg und im Vereinigten Königreich (jeweils 73%) sowie in Belgien (71%). Drei Viertel der Befragten auf Zypern teilen jedoch ihre Meinung (75%), ebenso wie sieben von zehn Befragten auf Malta (71%).

¹⁰³ QA22 Was meinen Sie ganz allgemein? Wird das Leben der heutigen Kinder leichter, schwieriger oder weder leichter noch schwieriger sein als das Ihrer eigenen Generation?



Im Gegensatz hierzu zeigen sich die Befragten in vielen der Mitgliedstaaten, die der Europäischen Union im Mai 2004 beigetreten sind, vertrauensvoller: So in Litauen, dem einzigen Mitgliedstaat, in dem diese Meinung bei einer überwiegenden Mehrheit vorherrscht (41% der Befragten erklären, dass das Leben ihrer Kinder ihrer Einschätzung nach leichter sein wird als ihres), in Polen (37%), Lettland (29%), in der Slowakei (26%), in Estland (24%) und Bulgarien (23%). Mehr als ein Drittel der Befragten in Finnland und in Portugal (37% bzw. 35%) teilen ihre Meinung, ebenso wie 28% der Befragten in Spanien, 27% in Irland und ein Viertel in Dänemark (25%).

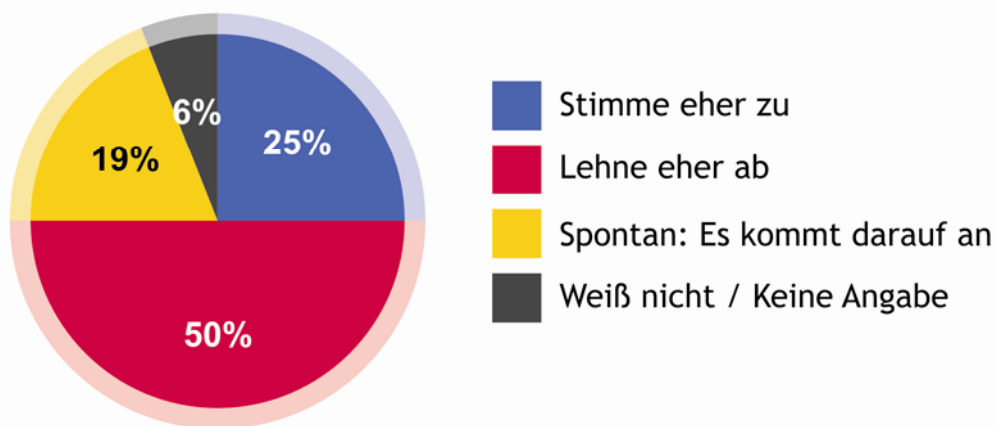
Die Befragten der Kandidatenländer zeigen sich leicht vertrauensvoller als der Durchschnitt der europäischen Bürger, möglicherweise, weil sie davon ausgehen, dass ihr Beitritt zur EU zu einer Verbesserung ihres täglichen Lebens beitragen wird. Nahezu vier von zehn Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (37%), mehr als ein Viertel der Befragten in der Türkei (26%) und 21% in Kroatien sind der Meinung, dass das Leben ihrer Kinder leichter sein wird als das ihrer eigenen Generation, im Vergleich zu 16% im europäischen Durchschnitt.

Aus soziodemographischer Sicht sind die Unterschiede in der Positionierung im politischen Spektrum recht ausgeprägt. 66% der Befragten, die sich politisch links ansiedeln, sind der Meinung, dass das Leben der heutigen Kinder schwieriger sein wird als das ihrer eigenen Generation, im Vergleich zu 59% derjenigen, die sich im politischen Spektrum rechts ansiedeln.

- Für die Hälfte der europäischen Bürger hätten die Kinder aus ihrem eigenen Land ihrer Meinung nach kein besseres Leben, wenn sie in ein anderes Land auswandern würden.

Die Hälfte der europäischen Bürger erklärt, dass sie nicht mit der Behauptung übereinstimmen, dass „die Kinder, die in (UNSEREM LAND) leben, ein besseres Leben hätten, wenn sie in ein anderes Land auswandern würden“ (50%). Ein Viertel der Befragten erklären ihre Zustimmung zu dieser Aussage (25%), während 19% angeben, das hänge von den Umständen ab.

Frage: QA23. Bitte sagen Sie mir ob Sie folgender Aussage eher zustimmen oder eher nicht zustimmen: Die in (UNSER LAND) lebenden Kinder hätten ein besseres Leben, wenn sie in ein anderes Land auswandern würden.






Nahezu neun von zehn Befragten in Dänemark oder Finnland (89% bzw. 88%), 84% in den Niederlanden, 79% in Schweden, 78% in Belgien und in Luxemburg erklären, dass sie dieser Aussage nicht zustimmen. Demgegenüber zeigen sich die Befragten in vier Mitgliedstaaten mehrheitlich von dieser Behauptung überzeugt: So im Vereinigten Königreich (49%), in Litauen (43%), in Polen (40%) und Bulgarien (38%). 37% der Befragten in Portugal und in Rumänien teilen ihre Meinung.

Drei von fünf Befragten aus der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sind der Meinung, dass ihre Kinder ein besseres Leben hätten, wenn sie in ein anderes Land auswandern würden (59%). Dieses Land ist das einzige, in dem diese Meinung mehrheitlich vorherrscht. Mehr als vier von zehn Befragten in Kroatien und in der Türkei (43% bzw. 41%) erklären eine entgegengesetzte Meinung.

Die soziodemographische Analyse ergibt nur geringe Unterschiede. Nur je nach dem Bildungsniveau ergeben sich recht bedeutende Unterschiede, d.h. 57% der Befragten, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr und darüber hinaus fortgesetzt haben, stimmen nicht mit der Behauptung überein, dass ihre Kinder ein besseres Leben hätten, wenn sie in ein anderes Land auswandern würden, im Vergleich zu 49% der Befragten, die ihre schulische Ausbildung mit dem 16. Lebensjahr beendet haben.

QA23 Bitte sagen Sie mir ob Sie folgender Aussage eher zustimmen oder eher nicht zustimmen: Die in (UNSER LAND) lebenden Kinder hätten ein besseres Leben, wenn sie in ein anderes Land auswandern würden.

	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Es kommt darauf an (SPONTAN)	WN
EU27	25%	50%	19%	6%
Geschlecht				
 Männlich	25%	51%	18%	6%
Weiblich	24%	49%	20%	7%
Ausbildung (Ende der)				
 15-	23%	49%	19%	9%
16-19	27%	47%	20%	6%
20+	22%	57%	17%	4%
Studiert noch	27%	50%	17%	6%
Links-Rechts Skala				
 (1-4) Links	23%	53%	18%	6%
(5-6) Mitte	25%	52%	18%	5%
(7-10) Rechts	25%	53%	17%	5%

SCHLUSSFOLGERUNG

Wenngleich eine knappe Mehrheit der Befragten der Meinung ist, dass die Europäische Union in zuvielen Bereichen Beschlüsse fassen kann, **so zeigen sich die europäischen Bürger dennoch überwiegend positiv gegenüber einer Europäisierung der Staatsgewalt; bei diesem Wunsch der Bürger wird seit dem Frühjahr 2008 sogar ein leichter Zuwachs verzeichnet.** Eine Mehrheit von ihnen ist der Meinung, dass die Beschlüsse in zwölf der zwanzig abgefragten Bereiche gemeinsam auf europäischer Ebene gefasst werden sollten, insbesondere in den Bereichen der Bekämpfung von Terrorismus, der wissenschaftlichen und technologischen Forschung und dem Umweltschutz.

Ebenfalls von den Befragten genannt werden die Energiefragen, die Bekämpfung der Kriminalität und die Einwanderungsfragen, welche ihrer Meinung nach einige der wichtigsten Belange sind, die von den europäischen Institutionen – im Interesse einer Stärkung der Union - in den nächsten Jahren verstärkt beachtet werden sollten.

Und schließlich ist die Unterstützung der europäischen Politik quasi unverändert geblieben, wobei die Befragten, die der Meinung sind, dass die Erweiterung der Europäischen Union von 15 auf 27 Mitgliedstaaten die Union gestärkt hat, jedoch angesichts der Perspektive einer erneuten Erweiterung geteilter Meinung sind.

Eine knappe Mehrheit der europäischen Bürger sieht die Globalisierung als eine Bedrohung für die Arbeitsplätze und die Unternehmen in ihrem eigenen Land, eine Befürchtung, die mit der zuvor erklärten Besorgnis angesichts der Wirtschafts- und Beschäftigungslage in ihrem eigenen Land korreliert. So sieht eine knappe Mehrheit der Befragten die EU als eine Institution, die in der Lage ist, sie vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen. In der Epoche der Globalisierung zeigen die europäischen Bürger, dass sie sich dessen bewusst sind, dass die Belange den nationalen Rahmen weitaus überschreiten und dass sie die Europäische Union als die Ebene betrachten, die es ihnen ermöglicht, am besten von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren.

Ein Drittel der Befragten hat noch nie vom Haushalt der EU gehört und überbewertet den Anteil der Verwaltungs- und Personalkosten, die ihrer Meinung nach den größten Teil der gegenwärtigen Ausgaben ausmachen. **Angesichts der Tatsache, dass sie insbesondere wegen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise besorgt sind, würden sie es sich wünschen, dass der EU-Haushalt vorrangig einer Steigerung des Wirtschaftswachstums, den „Sozialen Fragen“ und der Beschäftigung gewidmet wird.**

Diese Besorgnis kommt ebenfalls in einer recht pessimistischen Sichtweise angesichts der Zukunft zum Ausdruck, wobei **mehr als sechs von zehn Befragten erklären, dass das Leben der heutigen Kinder aller Wahrscheinlichkeit nach schwieriger sein werde als das ihrer eigenen Generation.** Dahingegen neigt die Mehrheit der europäischen Bürger – jetzt allerdings nicht mehr aus einer zeitlichen, sondern einer geographischen Sicht – zu der Überzeugung, dass die Kinder, die in ihrem eigenen Land leben, kein besseres Leben hätten, wenn sie in ein anderes Land auswandern würden.

IV. DIE NEUEN THEMEN

EINLEITUNG

Die zweite Jahreshälfte 2008 war stark von der turbulenten Finanzkrise mit ihren Auswirkungen auf die globale Wirtschaft geprägt – eine Krise, die die Gemüter weltweit erregt hat¹⁰⁴.

Das zweite markante Ereignis, von dem die zweite Jahreshälfte 2008 geprägt war, wurde in der Nacht vom 7. auf den 8. August ausgelöst, als der Kaukasus vom Krieg erschüttert wurde, d.h. genauer gesagt, als die fortwährenden Spannungen in einer Region Georgiens, in Südossetien, in einen offenen Konflikt zwischen den russischen und den georgischen Streitkräften gemündet sind.

Dieser Kontext ist der Hintergrund, vor dem die in diesem vierten Teil des Eurobarometers behandelten Themen – die Wahrnehmung und die Meinungen der europäischen Bürger über den Fall des Eisernen Vorhangs und dessen Konsequenzen, aber auch der Konflikt in Georgien – untersucht werden. So sollen in diesem Teil speziell die Meinungen der europäischen Bürger über den Fall des Eisernen Vorhangs sowie ihre Antworten auf die Fragen im Zusammenhang mit den politischen Akteuren näher beleuchtet werden, die dazu beigetragen haben, den Konflikt in Georgien, einschließlich dessen Auswirkungen auf die Energieversorgung in der Europäischen Union, beizulegen.

In diesem Abschnitt werden folgende Themen behandelt:

1) Der Fall des Eisernen Vorhangs: Die Auswirkungen des Zusammenbruchs des Eisernen Vorhangs auf die Europäische Union, sei es auf nationaler Ebene oder auf persönlicher Ebene, d.h. für den Befragten selbst.

2) Die Europäer und der Konflikt in Georgien: Identifizierung der internationalen Akteure, die nach der öffentlichen Meinung am stärksten dazu beigetragen haben, den Konflikt in Südossetien, einschließlich der wahrgenommenen Auswirkungen dieses Konfliktes auf die Sicherheit der Energieversorgung in der Europäischen Union, beizulegen.

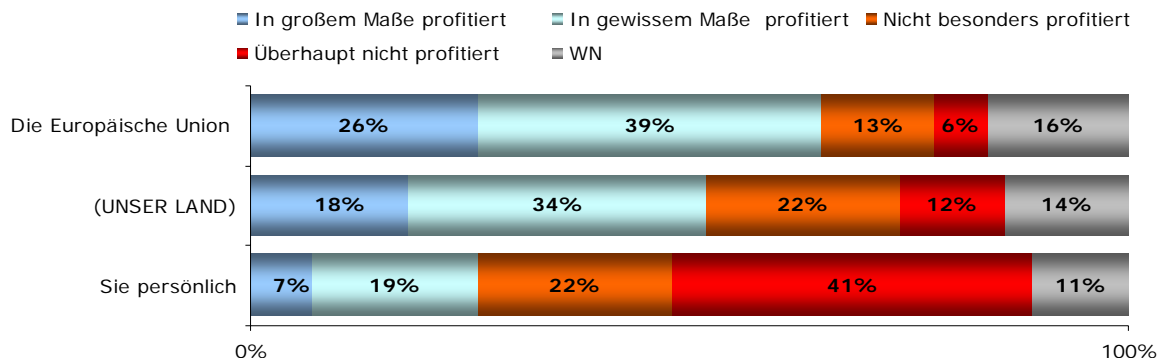
¹⁰⁴ Die Krise, die sich auf die Meinungen der europäischen Bürger über die meisten Themen dieser Eurobarometer-Umfrage ausgewirkt hat, wird insbesondere im Abschnitt I.1 „Die persönlichen Aspekte“ (Seite 7 von Teil I), und I.3 „Die wirtschaftlichen Aspekte“ (Seite 86 von Teil I) behandelt.

1. DER FALL DES EISERNEN VORHANGS

- Zwei Drittel der europäischen Bürger sind der Meinung, dass der Fall der Berliner Mauer sich auf die Europäische Union positiv ausgewirkt habe –

Der Eiserne Vorhang hatte Europa vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis 1989 in zwei Teile geteilt, bis dann der Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 den Weg zu einer neuen Erweiterung der Europäischen Union bereitet hat. **Ein hoher Anteil der europäischen Bürger (65% der Befragten) sind der Meinung, dass der Zusammenbruch des Eisernen Vorhangs sich auf die Europäische Union alles in allem positiv ausgewirkt habe.** Darüber hinaus behaupten im Durchschnitt 52% der Befragten, dass auch **ihr eigenes Land** ihrer Meinung nach **davon profitiert** habe, und knapp über ein Viertel der Befragten erklärt schließlich, dass sie **persönlich davon profitiert** haben (26%)¹⁰⁵.

QC1 Der Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 bedeutete das Ende des Eisernen Vorhangs der Ost- von Westeuropa trennte. Bitte sagen Sie mir, in welchem Maße jeder der Folgenden vom Fall des Eisernen Vorhangs profitiert hat oder nicht.
- %EU



¹⁰⁵ QC1.1 Der Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 bedeutete das Ende des Eisernen Vorhangs der Ost- von Westeuropa trennte. Bitte sagen Sie mir, in welchem Maße jeder der Folgenden vom Fall des Eisernen Vorhangs profitiert hat oder nicht? Die Europäische Union; (UNSER LAND); Sie persönlich.

Die Meinungen über den Fall des Eisernen Vorhangs sind von einem deutlichen geographischen Unterschied geprägt. Der markanteste symbolische Unterschied betrifft die in Bezug auf *nationaler* Ebene wahrgenommenen Vorteile: In den 12 jüngsten Mitgliedstaaten der EU sind 63% der Befragten der Meinung, dass ihr eigenes Land vom Fall des Eisernen Vorhangs profitiert habe, im Vergleich zu knapp unter der Hälfte der Befragten in den 15 „alten“ Mitgliedstaaten (49%). Der Unterschied zwischen den beiden Ländergruppen ist quasi ebenso markant in Bezug auf die empfundenen *persönlichen* Vorteile (Differenz von 13 Prozentpunkten zwischen dem Anteil derjenigen Befragten in den 12 neuen Mitgliedstaaten und derjenigen in der EU15, die der Meinung sind, sie haben vom Fall des Eisernen Vorhangs profitiert). Und schließlich ist diese Differenz am wenigsten ausgeprägt in Bezug auf die wahrgenommenen Vorteile für die Europäische Union (Differenz von 8 Punkten).

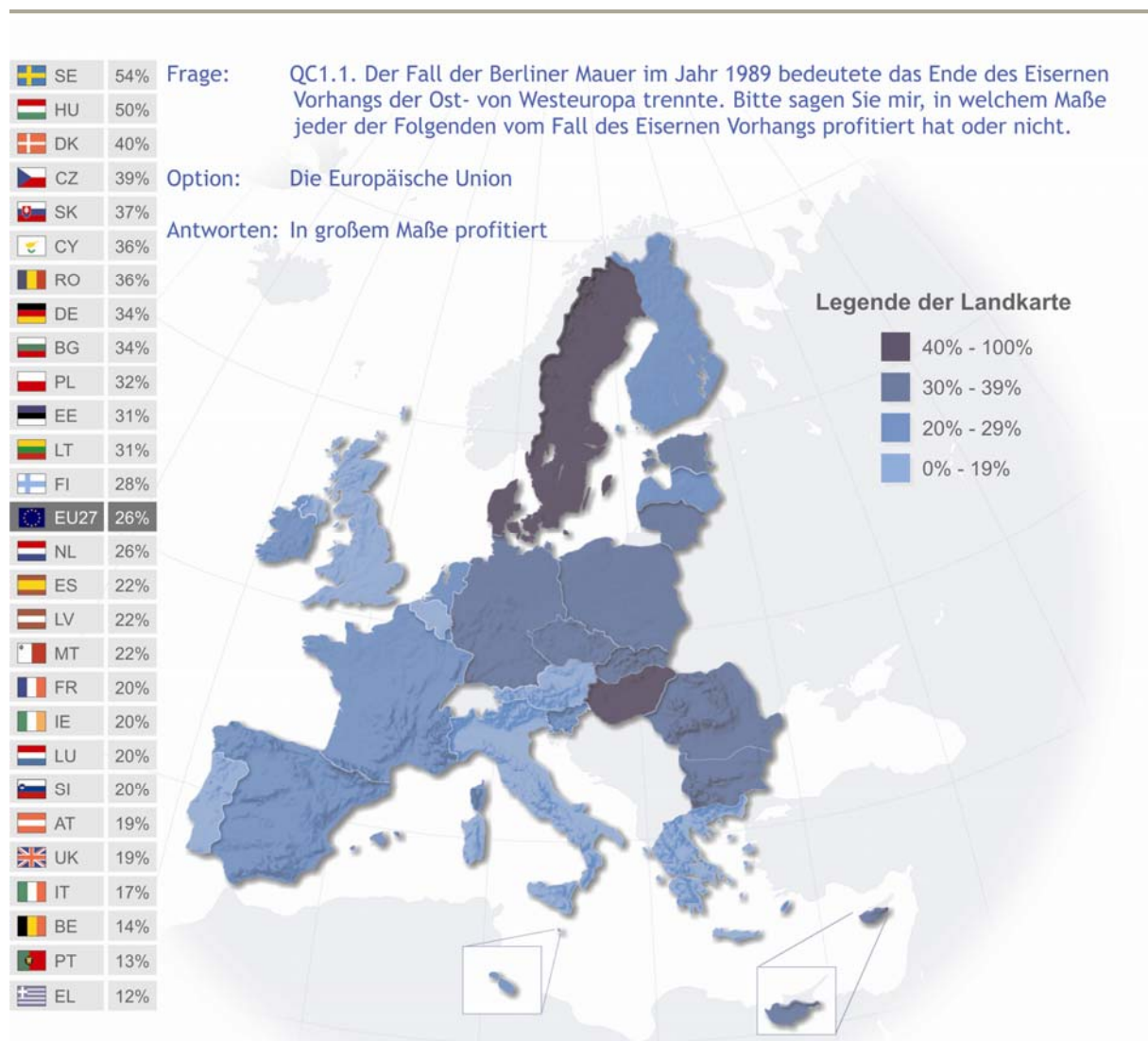
**QC1 Bitte sagen Sie mir, in welchem Maße jeder der
Folgenden vom Fall des Eisernen Vorhangs profitiert
hat oder nicht.
- EU% Profitiert**

	EU15	NMS12
Die Europäische Union	63%	71%
(UNSER LAND)	49%	63%
Sie persönlich	23%	36%

Insbesondere aufschlussreich ist die Analyse der Unterschiede zwischen den Ergebnissen der befragten Personen aus dem ehemaligen Ostdeutschland und Westdeutschland. In beiden Landesteilen erklären die Befragten, dass der Fall der Berliner Mauer, durch die ihr Land geteilt gewesen war, ihrer Meinung nach für die Europäische Union von Vorteil gewesen sei, obwohl die Ostdeutschen positiver dazu stehen (84% im Vergleich zu 72% der Westdeutschen). Die Meinungen divergieren stärker in Bezug auf die Vorteile für Deutschland selbst: 7 von 10 Befragten in Westdeutschland sind der Meinung, dass ihr Land vom Fall des Eisernen Vorhangs profitiert habe; dieser Anteil beträgt 88% für die Befragten aus dem ehemaligen Ostdeutschland. Und schließlich besteht ein drastischer Unterschied zwischen den Wahrnehmungen der persönlichen Vorteile durch den Fall des Eisernen Vorhangs in Ost und West: Während bei den Befragten aus Ostdeutschland kaum ein Zweifel daran besteht, dass sie von diesem historischen Ereignis persönlich profitiert haben (60%), so ist in Westdeutschland eine entgegengesetzte Tendenz zu verzeichnen (nur 31 % der Befragten sind der Meinung, dass sie vom Fall der Mauer profitiert haben; 68 % stimmen dieser Meinung nicht zu).

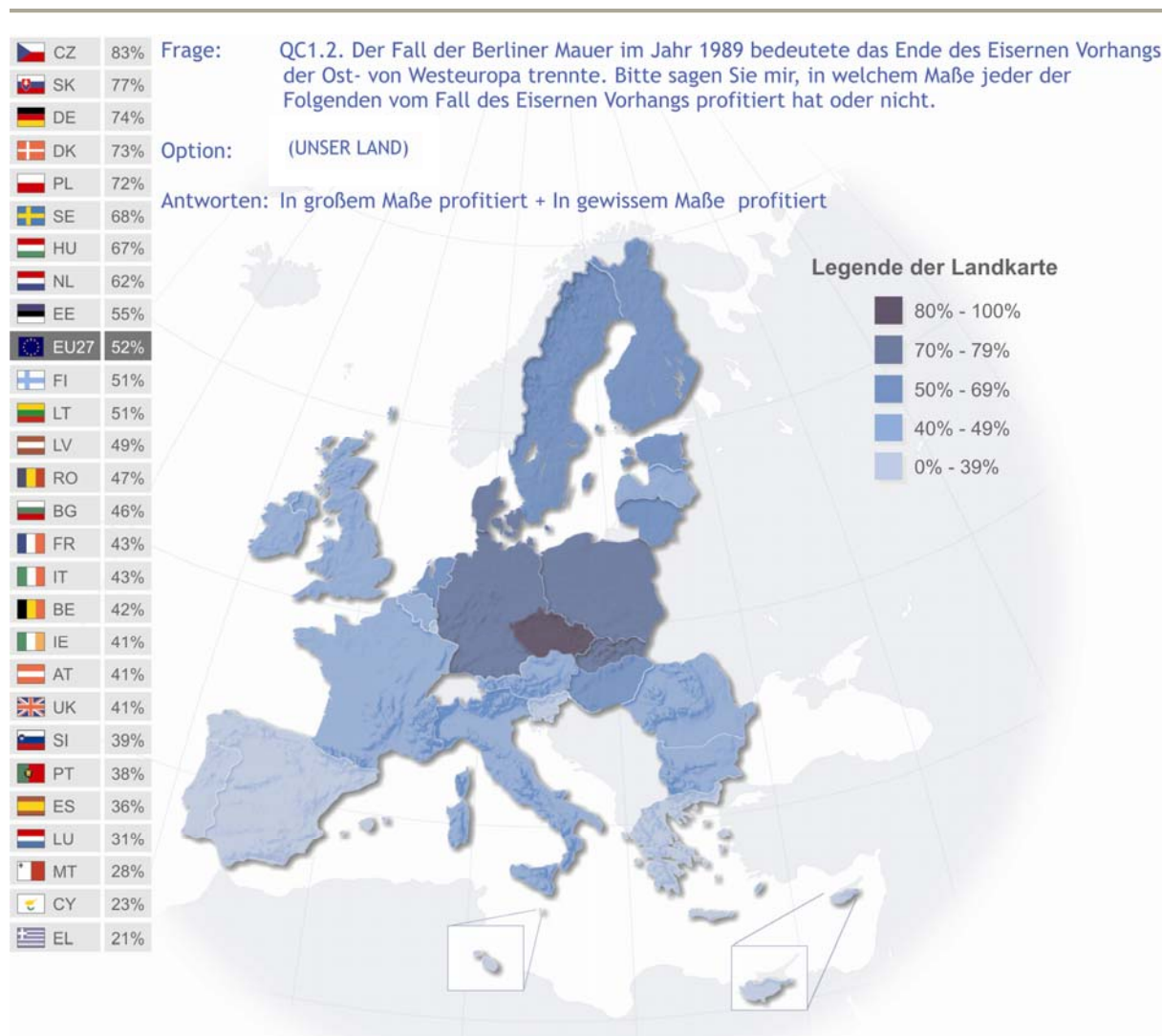
Die ausführliche Analyse der Länderergebnisse bietet weitere aufschlussreiche Informationen. So heben sich einige Länder bei der Bewertung der Auswirkungen des Falls der Berliner Mauer auf die Union im ganzen durch den Enthusiasmus der Antworten, d.h. den Anteil der Befragten, die der Meinung sind, die Europäische Union habe „in hohem Maße“ von diesem historischen Ereignis profitiert, von den übrigen Ländern ab. Dies trifft verständlicherweise für einige Länder wie die Tschechische Republik (39%) und vor allem Ungarn (50%) zu, die zu den jüngeren Mitgliedstaaten der Europäischen Union gehören und die bis zu dessen Fall jenseits des Eisernen Vorhangs lagen. Doch dieses Phänomen wird auch bei den Befragten in einigen der nordischen Mitgliedstaaten, insbesondere Schweden, festgestellt, wo knapp über die Hälfte der Befragten dieser Meinung am meisten zustimmt, gefolgt von Dänemark, wo vier von zehn Befragten diese Meinung teilen.

Im Gegensatz hierzu ist eine gewisse Indifferenz bzw. in jedem Fall eine Tendenz, nuancierter zu antworten, in Griechenland festzustellen, wo mehr als vier von zehn Befragten (44%) erklären, dass die Europäische Union im ganzen nicht von dieser historischen Umwälzung profitiert habe. Diese Meinung wird auch von einem nicht geringen Anteil der Befragten in Luxemburg (37%) und Belgien (32%) vertreten. Und schließlich sollte auf den hohen Anteil der Befragten in folgenden Ländern hingewiesen werden, der sich einer Antwort zu dieser Frage enthalten hat: Malta (34%), Spanien (33%) und Portugal (29%).

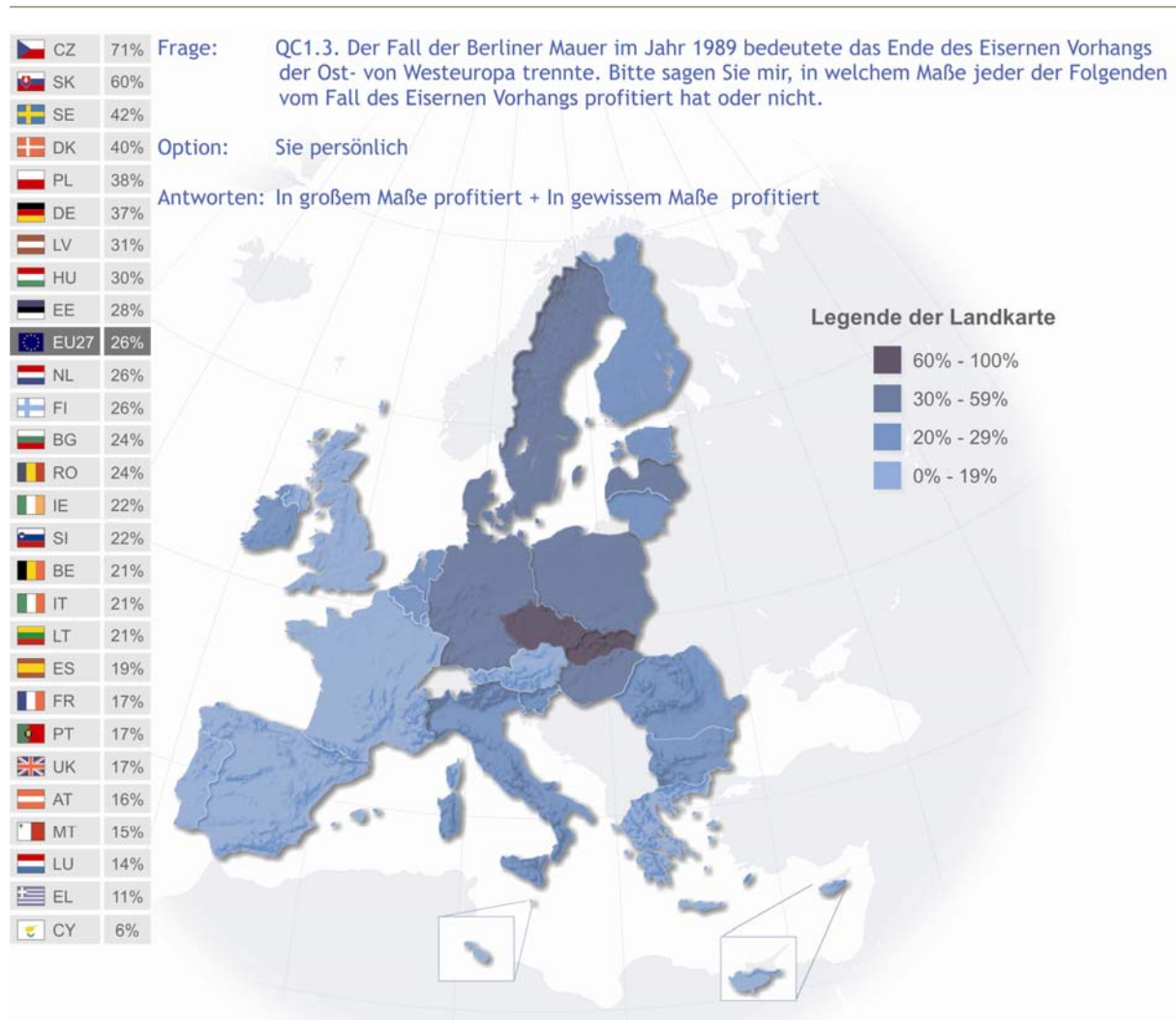


Bei der Frage über die Bewertung der Auswirkungen des Falls der Berliner Mauer auf ihr eigenes Land (abgesehen vom Fall Deutschland, der auf der vorherigen Seite analysiert wurde) ist in 17 Mitgliedstaaten eine mehrheitlich positive Bilanz zu verzeichnen. Dies gilt vor allem für die Tschechische Republik und für die Slowakei, wo 83% bzw. 77% der Befragten der Meinung sind, dass ihr Land alles in allem in hohem Maße bzw. größtenteils vom Fall der Mauer profitiert habe. In Deutschland, Dänemark und Polen teilen mehr als sieben von zehn Befragten diese Meinung, während mehr als 60% der Befragten in Schweden (68%), Ungarn (67%) und in den Niederlanden (62%) diese Meinung vertreten. Allerdings ist es nicht sehr verwunderlich, dass die Sichtweise gegenüber diesen Ereignissen, deren zwanzigsten Jahrestag wir gerade erst vor ein paar Monaten begangen haben, in den Ländern Südeuropas gewissermaßen distanzierter ist.

So sind auf Malta weniger als 30% der Befragten der Meinung, dass ihr Land vom Fall der Berliner Mauer profitiert habe; dieser Anteil fällt auf Zypern (23%) und in Griechenland (21%) noch ein paar Prozentpunkte geringer aus. Der Anteil derjenigen, die „weiß nicht“ angegeben haben, liegt wiederum hoch auf Malta (36%), in Spanien (32%) sowie in Irland und in Portugal (wo er jeweils 27% beträgt).



Aus persönlicher Sicht sind 71% der Befragten in der Tschechischen Republik sowie 60% der Befragten in der Slowakei der Meinung, dass sie persönlich vom Fall des Eisernen Vorhangs profitiert haben. Diese Bilanz, die von 42% der Befragten in Schweden und von 40% in Dänemark geteilt wird, steht wiederum im Gegensatz zu der mehrheitlich distanzierten Sichtweise der Befragten in den Mitgliedstaaten Südeuropas.



Und bei der soziodemographischen Analyse schließlich ist festzustellen, dass ein Europäer, aus dessen Sicht der Fall des Eisernen Vorhangs – sei es auf europäischer, nationaler oder persönlicher Ebene – Vorteile gebracht hat, mit einer größeren Wahrscheinlichkeit einen längeren Bildungsweg (mindestens bis zum 20. Lebensjahr) absolviert hat, anstatt seine schulische Ausbildung früher zu beenden. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Bedeutung des Faktors Bildung in dieser Hinsicht.

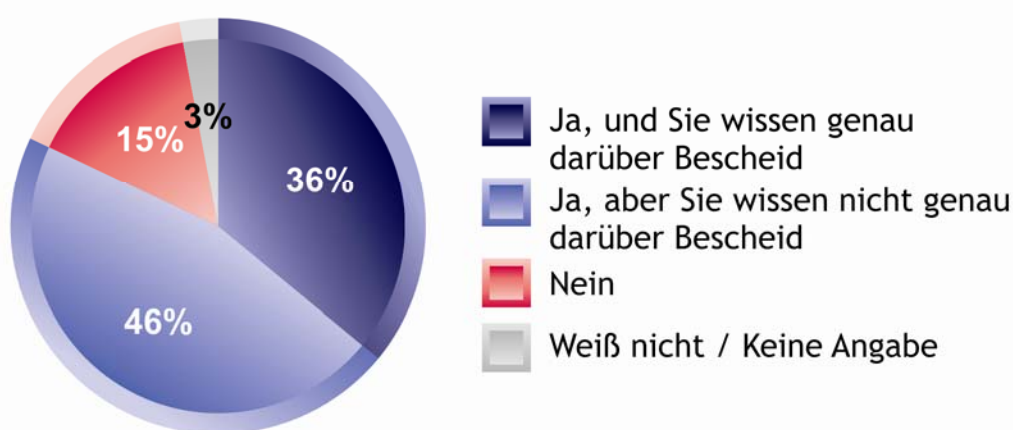
% "Profitiert" per Ende der Ausbildung						
			Ausbildung (Ende der)			
		EU	15-	16-19	20+	Studiert noch
QC1 Der Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 bedeutete das Ende des Eisernen Vorhangs der Ost- von Westeuropa trennte. Bitte sagen Sie mir, in welchem Maße jeder der Folgenden vom Fall des Eisernen Vorhangs profitiert hat oder nicht.	Die Europäische Union	65%	54%	65%	77%	69%
	(UNSER LAND)	52%	41%	51%	64%	58%
	Sie persönlich	26%	17%	25%	36%	30%

Abschließend sei noch festzustellen, dass etwa ein Fünftel der Befragten in der jüngsten Altersgruppe, im Alter zwischen 15 und 24 Jahren, etwas häufiger keine Meinung über diese bedeutenden Ereignisse der jüngsten Vergangenheit Europas äußern.

2. DIE EUROPÄISCHEN BÜRGER UND DER KONFLIKT IN GEORGIEN

Einer von drei europäischen Bürgern (36%) hat vom Konflikt in Georgien entweder gehört oder Nachrichten darüber gelesen und weiß genau darüber Bescheid¹⁰⁶. Für einen Durchschnitt von nahezu einem von zwei Befragten (46%) ist der Kenntnisstand darüber allerdings begrenzter (46%); auch wenn diese Befragtengruppe von dem Konflikt gehört oder Nachrichten darüber gelesen hat, so wissen sie nicht ganz genau darüber Bescheid. Somit sind es schließlich mehr als acht von zehn Befragten, die über die Konfrontation zwischen Georgien und Russland gelesen oder gehört haben, denn es gab eine recht bedeutende Medienberichterstattung, auch wenn eine relative Mehrheit der Befragten nicht mit den Einzelheiten des Konflikts vertraut war.

Frage: QE1. Im August diesen Jahres gab es eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Russland und Georgien. Haben Sie von diesem Konflikt gehört oder darüber gelesen?







Aus soziodemographischer Sicht weisen diejenigen europäischen Bürger, die am besten über das Ereignis informiert waren, ein deutlich ausgeprägteres Profil in Bezug auf ihr Bildungsniveau bzw. die Länge ihres Bildungsweges auf, d.h. mehr als die Hälfte derjenigen, die ihre Ausbildung mindestens bis zum 20. Lebensjahr oder darüber hinaus fortgesetzt haben (53%), erklären, dass sie mit den Einzelheiten des Konfliktes vertraut sind. Dieser Kenntnisstand unterscheidet sich bedeutend von dem derjenigen Befragten, die ihre schulische Ausbildung mit dem 16. Lebensjahr beendet haben (25%). Die Unterschiede sind ebenfalls bedeutend je nach dem Geschlecht der befragten Personen, wobei 46% Männer erklären, dass sie über einen ausführlichen Kenntnisstand über den Konflikt verfügen, im Vergleich zu 27% der Frauen.

¹⁰⁶ QE1 Im August diesen Jahres gab es eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Russland und Georgien. Haben Sie von diesem Konflikt gehört oder darüber gelesen?

Die Analyse nach Altersgruppen ergibt, dass die Gruppe der 40-54-Jährigen den besten Kenntnisstand aufweist (40% der 40-54-Jährigen und 39% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber), im Vergleich zu einem deutlich geringeren Kenntnisstand bei den Befragten der jüngsten Altersgruppe (26% der 15-24-Jährigen).

Auch die neuen Formen der Informationstechnologie scheinen dabei eine wesentliche Rolle zu spielen: 43% derjenigen, die über einen eigenen Internet-Anschluss in ihrem Haushalt verfügen, haben von dem Konflikt gehört und wissen genau darüber Bescheid, im Vergleich zu 27% derjenigen, die in einem Haushalt ohne Internet-Anschluss leben.

QE1 Im August dieses Jahres gab es eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Russland und Georgien. Haben Sie von diesem Konflikt gehört oder darüber gelesen?

		Ja, und Sie wissen genau darüber Bescheid	Ja, aber Sie wissen nicht genau darüber Bescheid	Nein	WN
	EU27	36%	46%	15%	3%
	Geschlecht				
	Männlich	46%	41%	11%	2%
	Weiblich	27%	50%	20%	3%
	Alter				
	15-24	26%	46%	24%	4%
	25-39	34%	48%	15%	3%
	40-54	40%	47%	11%	2%
	55 +	39%	44%	15%	2%
	Ausbildung (Ende der)				
	15-	25%	49%	23%	3%
	16-19	34%	49%	15%	2%
	20+	53%	39%	6%	2%
	Studiert noch	32%	45%	19%	4%
	Internetverbindung zuhause				
	Ja	43%	44%	11%	2%
	Nein	27%	48%	21%	4%
	Mitgliedschaft in der EU				
	Gute Sache	43%	45%	10%	2%
	Schlechte Sache	33%	45%	19%	3%
	Neutral	28%	49%	20%	3%
	Vorteil von EU Mitgliedschaft				
	Land hat profitiert	42%	45%	11%	2%
	Land hat nicht profitiert	33%	47%	18%	2%
	Bild der EU				
	Positiv	43%	44%	11%	2%
	Neutral	29%	49%	19%	3%
	Negativ	35%	46%	17%	2%
	EU-Wissen ¹⁰⁷				
	Schlecht	12%	45%	35%	8%
	Durchschnitt	33%	49%	16%	2%
	Gut	48%	43%	8%	1%
	Verstehe, wie die Europäische Union funktioniert				
	Stimme eher zu	52%	39%	8%	1%
	Stimme eher nicht zu	24%	51%	22%	3%

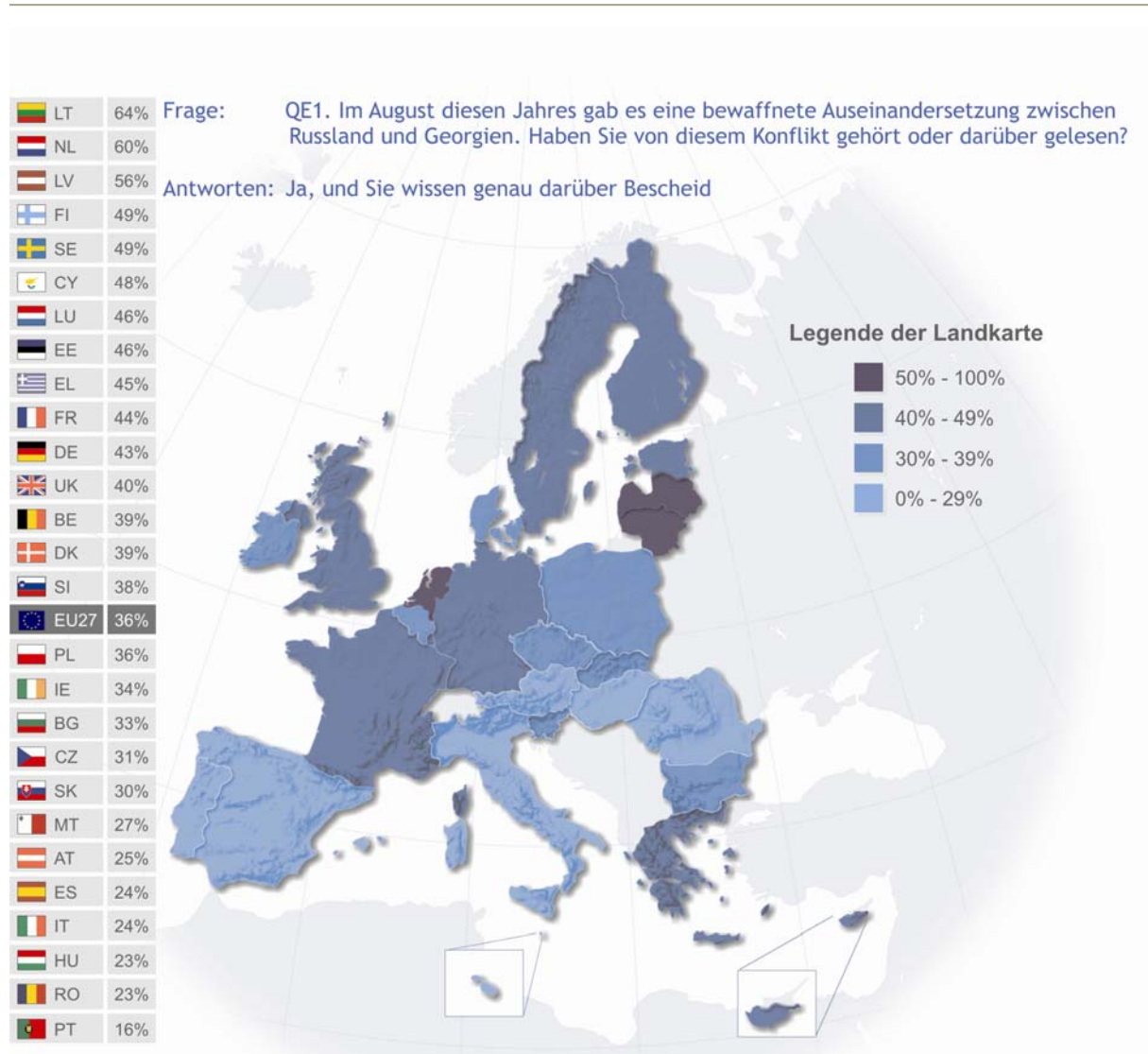
¹⁰⁷ Der Indikator der objektiven Kenntnis wird auf der Basis der Antworten der Befragten zu vier Fragen über die Europäische Union konstruiert: 1. Die EU besteht zur Zeit aus 15 Mitgliedsländern; 2. Alle sechs Monate übernimmt ein anderes Mitgliedsland die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union; 3. Die Eurozone besteht zur Zeit aus 12 Mitgliedsländern; 4. Die Schweiz ist ein Mitgliedsland der Europäischen Union. Die Befragten sollen sagen, ob eine jede dieser Aussagen richtig oder falsch ist. Siehe Teil II, 5.5.2, Objektive Kenntnis über die Europäische Union, Seite 62 von Teil II

Generell ist ein besserer Kenntnisstand bei denjenigen festzustellen, die positivere Meinungen und Haltungen gegenüber der Europäischen Union vertreten sowie bei denjenigen Bevölkerungskategorien, die über bessere objektive Kenntnisse über die Union sowie ein besseres Verständnis ihrer Funktionsweise verfügen. Und schließlich haben diejenigen, die sich für eine gemeinsame europäische Außenpolitik im Verhältnis zu den anderen Ländern aussprechen, eine bessere Kenntnis der Fakten, im Vergleich zu denjenigen, die dagegen sind (41% verfügen über eine genaue Kenntnis des Konflikts im Vergleich zu 32% derjenigen, die gegen eine gemeinsame europäische Außenpolitik sind). Auch hier wiederum sollte daran erinnert werden, dass diese einzelnen Kategorien ein Bildungsniveau aufweisen, das über dem europäischen Durchschnitt liegt.

Die Bekanntheit und die Kenntnis des Konflikts unterscheiden sich beträchtlich von einem europäischen Land zum anderen. So zeigen zwei der baltischen Staaten – Litauen und Lettland, parallel zu den Niederlanden – einen deutlich besseren Kenntnisstand mit ungefähr sechs von zehn Befragten, die erklären, dass sie mit den Einzelheiten des Konflikts vertraut sind (im Einzelnen gilt dies für 64% der Befragten in Litauen, 60% der Befragten in den Niederlanden und 56% der Befragten in Lettland). Dieser Kenntnisstand über den Konflikt ist ebenfalls recht hoch in Finnland (49%), Schweden (49%), auf Zypern (49%), in Estland (46%), in Luxemburg (46%) und Griechenland (45%) und liegt in sechs weiteren Ländern der EU über dem europäischen Durchschnitt: Frankreich (44%), Deutschland (43%), dem Vereinigten Königreich (40%), Belgien (39%), Dänemark (39%) und Slowenien (38%).

Am anderen Ende der Skala weist nur einer von vier Befragten auf Malta (27%), in Österreich (25%), Spanien (24%), Italien (24%), Ungarn und Rumänien (jeweils 23%) einen ausführlichen Kenntnisstand über die Krise im Kaukasus auf. Dieser Anteil fällt bis auf 16% der Befragten in Portugal, wo im übrigen mehr als ein Drittel der Befragten (34%) nicht in der Lage waren, diese Frage zu beantworten. Ein ähnlich hoher Anteil von „WN“-Antworten ist in Spanien (33%) zu verzeichnen.

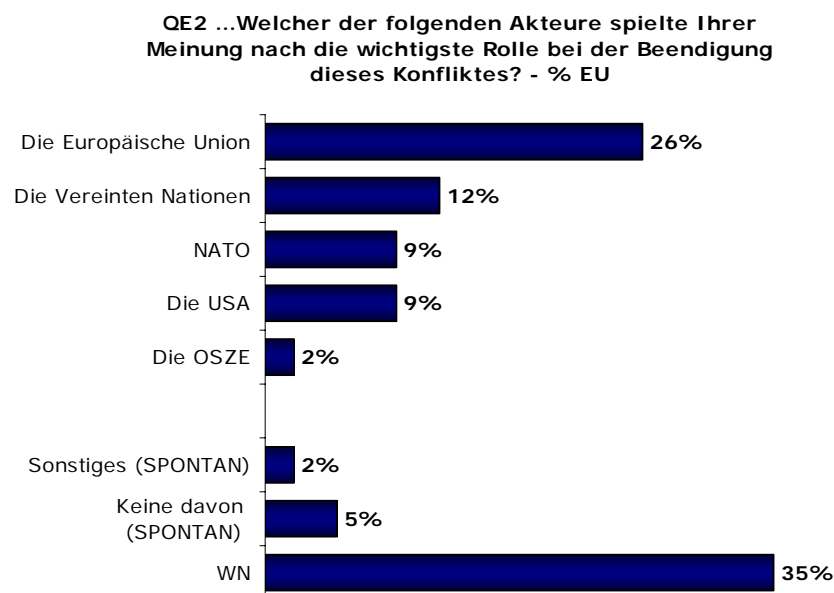
Was eine detaillierte Kenntnis über den Konflikt betrifft, so findet man keine wirkliche Logik je nach der geographischen Lage der Befragten. Die folgende Karte zeigt keine deutliche Tendenz zu einer besseren Kenntnis über dieses Thema bei denjenigen Befragten, die geographisch näher an der Konfliktzone liegen, wobei dennoch festzustellen ist, dass die Befragten in Lettland und in Litauen eine genaue Kenntnis über den Konflikt erklären.



Die Vermittlung durch die Europäische Union, die mit dem Ende der Amtszeit von Präsident Bush im Weißen Haus zusammenfiel, spielte nach Ansicht bestimmter Medien und Analysten eine entscheidende Rolle in der Beilegung des Konfliktes in Georgien. Diese Meinung scheint ein bedeutender Anteil der europäischen Bürger zu teilen.

- Die Europäische Union gilt als der Akteur, der die Hauptrolle in der Beilegung des Konfliktes gespielt hat, obwohl eine relative Mehrheit sich zu dieser Frage nicht äußern konnte -

Knapp über ein Viertel der Befragten sind der Meinung, dass die Europäische Union die wichtigste Rolle in der Beilegung des Konfliktes in Georgien gespielt hat (26%)¹⁰⁸. Weitaus weniger Befragte schreiben diese Rolle einem anderen internationalen Akteur zu: 12 % den Vereinten Nationen, ein fast gleich hoher Anteil von Befragten der NATO und nur 2% der OSZE¹⁰⁹. Die Mehrheit der Befragten weiß jedoch nicht darüber Bescheid, wer die entscheidende Rolle in der Entschärfung des Konfliktes gespielt hat (35%): Dies kann einerseits bedeuten, dass die mehrheitliche öffentliche Meinung über dieses Thema möglicherweise schlecht informiert ist, aber vielleicht auch, dass die Befragten nicht in der Lage sind, eindeutig zu bestimmen, welcher der verschiedenen Akteure hierbei die wichtigste Rolle gespielt hat.



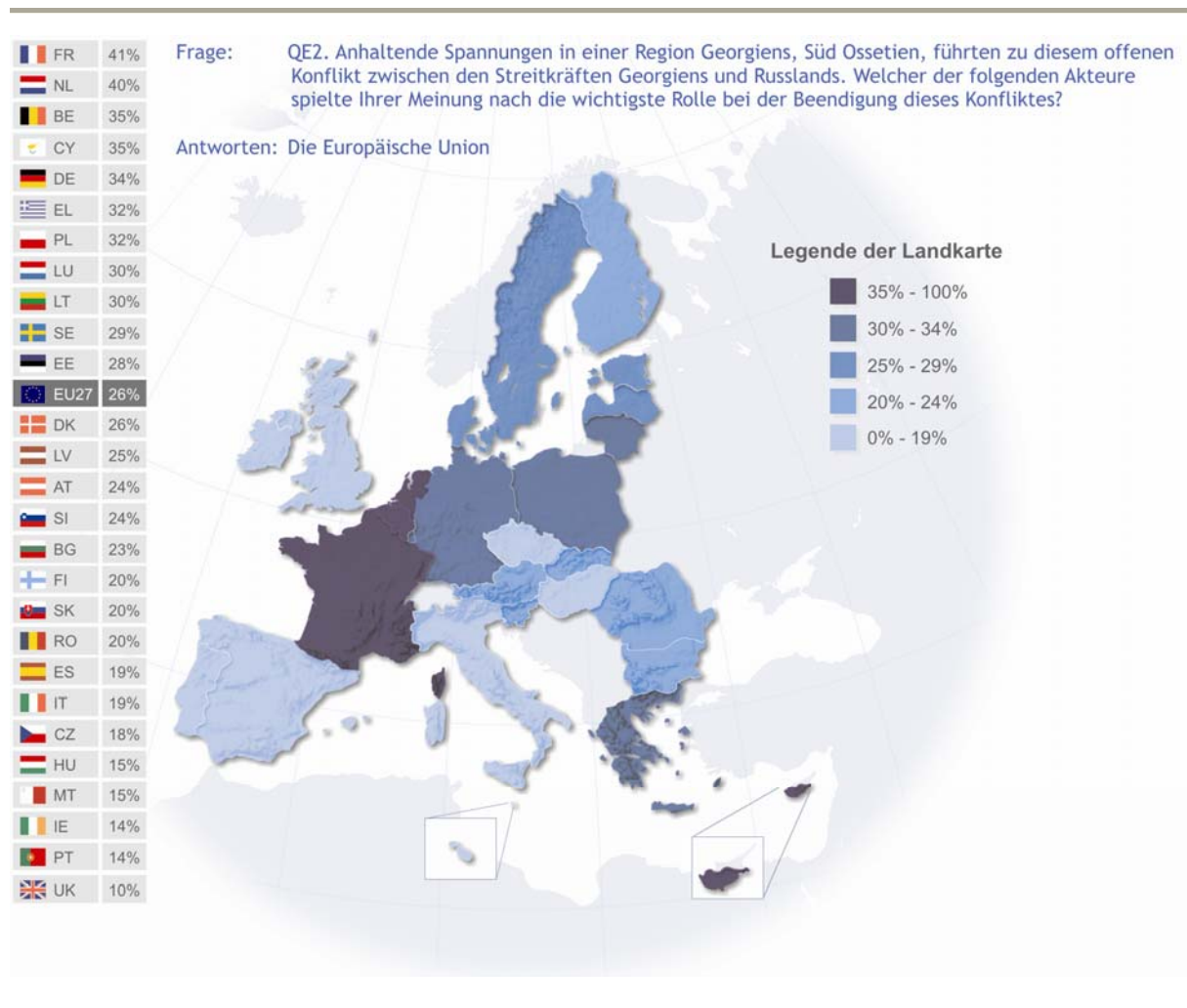
¹⁰⁸ QE2 Anhaltende Spannungen in einer Region Georgiens, Süd-Ossetien, führten zu diesem offenen Konflikt zwischen den Streitkräften Georgiens und Russlands. Welcher der folgenden Akteure spielte Ihrer Meinung nach die wichtigste Rolle bei der Beendigung dieses Konfliktes? (ROTATION)

¹⁰⁹ „OSZE“ ist die Abkürzung für die „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“. Siehe: www.osce.org.

Die Tendenz auf europäischer Ebene wird von den Länderergebnissen bestätigt. Von den fünf internationalen Akteuren, die in der Frage genannt werden, entscheidet sich eine Mehrheit der Befragten in fast allen Mitgliedstaaten für die Europäische Union. Die einzige reelle Ausnahme bilden das Vereinigte Königreich und Irland, wo die Vereinten Nationen häufiger genannt werden als die Europäische Union (18% bzw. 10% im Vereinigten Königreich; 17% bzw. 14% in Irland). Darüber hinaus bilden die Antworten „Europäische Union“ und „Vereinte Nationen“ einen jeweils gleich hohen Anteil in Portugal (14%) und sehr eng beisammen liegen sie in der Slowakei (20% bzw. 19%). In 16 der 27 Mitgliedstaaten erweist sich dennoch die Antwort „weiß nicht“ als die häufigste Antwort, wobei der höchste Anteil dieser Antwort in Spanien (57%), in Portugal und auf Malta (jeweils 53%) und in Bulgarien (51%) zu verzeichnen ist.

Diese hohen Anteile von „weiß nicht“-Antworten wirken sich zwangsläufig auf die Auslegung der Länderergebnisse aus. Die Unterschiede bei den Anteilen der Befragten, nach deren Ansicht die Europäische Union die entscheidende Rolle in der Beilegung des Konfliktes gespielt hat, erklären sich im wesentlichen durch den hohen Anteil der „weiß nicht“-Antworten. Angesichts der Rolle des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy, der zur Zeit der Krise die Präsidentschaft der Europäischen Union innehatte, ist es dennoch aufschlussreich, dass Frankreich den Rekordanteil von Befragten zu verzeichnen hat, die davon überzeugt sind, dass die Europäische Union die entscheidendste Rolle in der Beilegung des Konfliktes gespielt hat (41%). Die anderen Länder, in denen mehr als ein Drittel der Befragten diese Überzeugung teilt, sind die Niederlande (40%), Zypern und Belgien (jeweils 35%) sowie Deutschland (34%). Diese Tendenzen fallen stärker aus, wenn nur die Antworten von denjenigen Befragten mit dem besten Kenntnisstand über den Konflikt analysiert werden¹¹⁰. In dieser Unterkategorie der Befragten betragen die Anteile derjenigen, die die Europäische Union als wichtigsten Akteur nennen, 69% in Frankreich, 50% in den Niederlanden, jeweils 49% in Polen, Belgien und auf Zypern und 46% in Deutschland.

¹¹⁰d.h. die Befragten, die über den Konflikt etwas gehört bzw. gelesen haben und die bei QE1 genau darüber Bescheid wussten



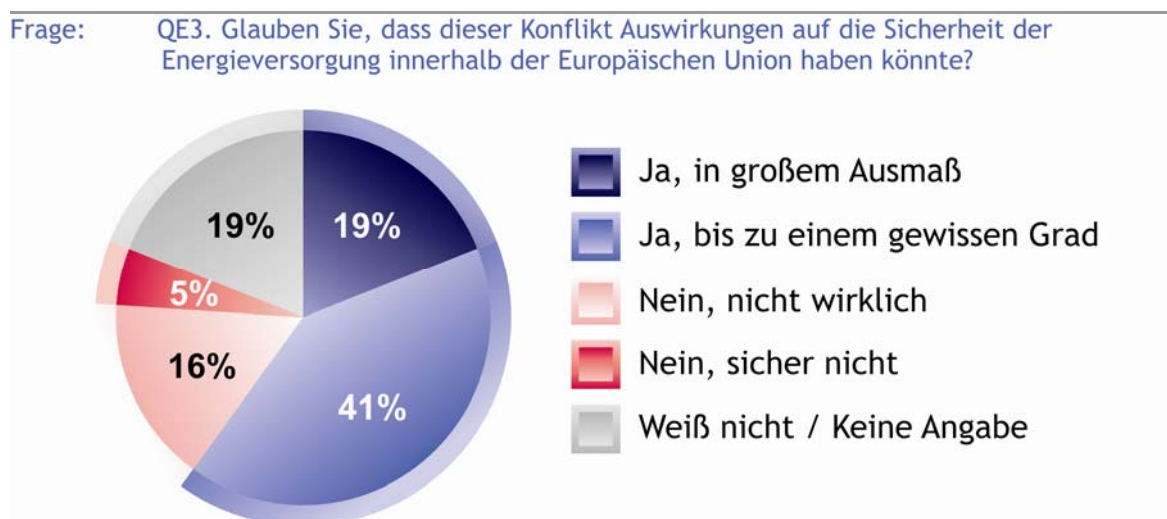
Es ist festzustellen, dass der Anteil der Befragten, nach deren Meinung die Europäische Union die wichtigste Rolle in der Beilegung des Konfliktes gespielt hat, höher ausfällt unter denjenigen Befragten mit dem längsten Bildungsweg (36% im Vergleich zu 19% derjenigen, die ihre schulische Ausbildung mit 15 Jahren oder früher abgeschlossen haben). Aus der Sichtweise der Haltungen bilden die Kategorien, die am häufigsten der Meinung sind, dass die Europäische Union der wichtigste Akteur in der Beendigung des Konfliktes war, die Befragten, die ein besseres Bild von der EU (33% im Vergleich zu einem Durchschnitt von 26%) und eine höhere Meinung über die Zugehörigkeit zur Europäischen Union haben (32%) sowie diejenigen, die eine positive Meinung über die Vorteile haben, die für ihr Land aus dessen Mitgliedschaft in der EU erwachsen (31%). Dies gilt auch für diejenigen Befragten, die der Europäischen Union das höchste Vertrauen entgegenbringen (31%).

Ebenso sind auch diejenigen Befragten, die eine gemeinsame europäische Außenpolitik befürworten würden, im Verhältnis zu den Befragten in anderen Ländern am häufigsten dazu geneigt, der Europäischen Union die Rolle als entscheidenden Akteur in der Beendigung des Konfliktes in Georgien zuzuschreiben (30% im Vergleich zu einem Durchschnitt von 26%).

Eine der geopolitischen Herausforderungen des Konfliktes war die Sicherheit der Energieversorgung von Europa. **Es ist darauf hinzuweisen, dass die Energieabhängigkeit der Europäischen Union 2006 bei 54% lag.** Im Laufe der letzten zehn Jahre, im Vergleich zu 1997, sollen die Nettoimporte der Europäischen Union um 29% und die Energieabhängigkeit um 9 Prozentpunkte gestiegen sein (1997 lag diese noch unter der 50%-Grenze, genauer gesagt bei 44%).¹¹¹

- Die Mehrheit der europäischen Bürger ist über die Auswirkungen des Konfliktes auf die Energieversorgung in Europa beunruhigt -

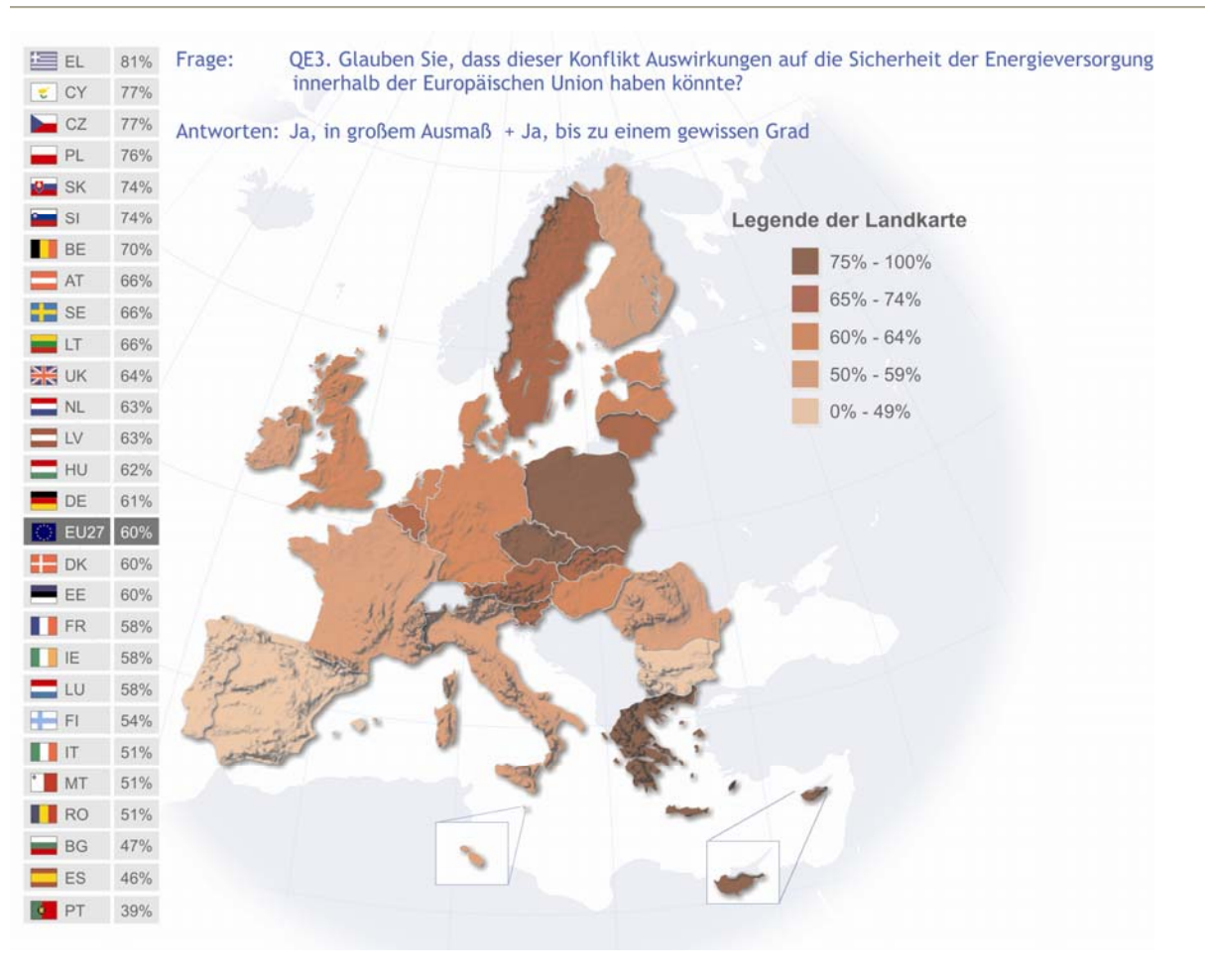
Zum Zeitpunkt der Umfrage (Oktober 2008) brachten die Befragten eine große Besorgnis angesichts der Auswirkungen des Konfliktes in Georgien auf Europa zum Ausdruck: **Drei von fünf Befragten (60%) sind der Meinung, dass sich dieser Konflikt auf die Sicherheit der Energieversorgung in der Europäischen Union auswirken könnte**¹¹². Andererseits stimmt einer von fünf Befragten dieser Meinung nicht so ganz bzw. überhaupt nicht zu (21 %) oder kann sich zu dieser Frage nicht äußern (19 %).



¹¹¹ http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-DK-08-001/EN/KS-DK-08-001-EN.PDF

¹¹² QE3 Glauben Sie, dass dieser Konflikt Auswirkungen auf die Sicherheit der Energieversorgung innerhalb der Europäischen Union haben könnte?

Die Besorgnis angesichts der Auswirkungen des Konfliktes in Georgien auf die Energieversorgung innerhalb der Europäischen Union ist am größten in Griechenland, wo 81% der Befragten dieser Meinung sind. Mehr als sieben von zehn Befragten bringen diese Befürchtung auch in der Tschechischen Republik und auf Zypern (77%), in Polen (76%) sowie in der Slowakei und in Slowenien (74%) zum Ausdruck.



Die geographische Nähe sowie die Energieabhängigkeit - und genauer gesagt die Abhängigkeit von russischen Energiequellen oder sonstigen externen Anbietern - scheint bei der Besorgnis der europäischen Bürger angesichts des Zusammenhangs zwischen dem Konflikt in Georgien und der Sicherheit der Energieversorgung eine Rolle zu spielen.

So ist beispielsweise Griechenland, das Land mit dem höchsten Anteil der Besorgnis, zu 72%¹¹³ von Energieimporten abhängig. Diese Besorgnis ist vergleichsweise geringer in Spanien und in Portugal: Auch wenn diese beiden Länder in Bezug auf ihre Energieversorgung eindeutig von externen Quellen abhängig sind (Spanien und Portugal importieren jeweils 81% bzw. 83% ihres Energieverbrauchs), so gehört Russland nicht zu ihren Hauptbezugsquellen¹¹⁴. Derselbe Faktor könnte auch in Frankreich eine Rolle spielen, dessen Grad der Energieabhängigkeit leicht unter dem europäischen Durchschnitt liegt (51%)¹¹⁵ und dessen Gasimporte aus Russland nur 16% des gesamten Gasverbrauchs ausmachen.

Angesichts der deutlichen Unterschiede bei den „weiß nicht“-Antworten erweist ein präziser Vergleich der Länderergebnisse sich auch hier wiederum als schwierig. Am höchsten ist der Anteil der „weiß nicht“-Antworten in Spanien (44%), auf Malta (39%), in Portugal (36%) und in Bulgarien (34%).

Aus soziodemographischer Sicht variiert der Grad der Besorgnis je nach Altersgruppe (65% der Befragten in der Altersgruppe der 40-54-Jährigen, 59% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber und 60% der 25-39-Jährigen im Vergleich zu 50% der 15-24-Jährigen) und vor allem je nach Bildungsniveau (68% der Befragten, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr oder darüber hinaus fortgesetzt haben, im Vergleich zu 52% derjenigen, die die Schule mit 15 Jahren oder früher beendet haben).

Und schließlich ist die Besorgnis über die Auswirkungen der Georgien-Krise auf die Energieversorgung deutlich größer bei den Befragten mit dem besten Kenntnisstand über den Konflikt: Drei Viertel von ihnen sind der Meinung, dass sich der Konflikt auf die Energieversorgung innerhalb der Europäischen Union auswirken wird, im Vergleich zu 62% derjenigen, die nur von dem Konflikt gehört haben, ohne genau darüber Bescheid zu wissen.

¹¹³ Zahl 2006: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-DK-08-001/EN/KS-DK-08-001-EN.PDF

¹¹⁴ Zahlen 2006: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-DK-08-001/EN/KS-DK-08-001-EN.PDF

¹¹⁵ Zahl 2006: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-DK-08-001/EN/KS-DK-08-001-EN.PDF

QE1 Im August diesen Jahres gab es eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Russland und Georgien. Haben Sie von diesem Konflikt gehört oder darüber gelesen?

		Gesamt	Ja, und Sie wissen genau darüber Bescheid	Ja, aber Sie wissen nicht genau darüber Bescheid	Nein	WN
QE3 Glauben Sie, dass dieser Konflikt Auswirkungen auf die Sicherheit der Energieversorgung innerhalb der Europäischen Union haben könnte?	Ja, in großem Ausmaß	19%	31%	15%	4%	4%
	Ja, bis zu einem gewissen Grad	41%	44%	47%	21%	13%
	Nein, nicht wirklich	16%	16%	17%	15%	8%
	Nein, sicher nicht	5%	5%	4%	6%	5%
	WN	19%	4%	17%	53%	71%
	Gesamt Ja	60%	75%	62%	25%	16%
	Gesamt Nein	21%	21%	21%	22%	13%

SCHLUSSFOLGERUNGEN

In der zweiten Jahreshälfte 2008 war die Europäische Union mit den Turbulenzen der Finanzkrise und dem Konflikt in der strategischen Region des Kaukasus konfrontiert. Dieses letzte Jahr war auch der zwanzigste Jahrestag eines bedeutenden Ereignisses in Europa, dem Fall des Eisernen Vorhangs, der das Gesicht des Kontinents für immer verändert hat und mit dem der erste Schritt hin zu einer Erweiterung der Europäischen Union auf 27 Mitgliedstaaten – so wie wir sie heute kennen – eingeleitet wurde.

Vor dem Hintergrund dieses Kontexts zeigen die Ergebnisse dieser Eurobarometer-Umfrage **eine öffentliche Meinung in Europa, die von den Vorteilen der Ereignisse von 1989 für die Europäische Union überzeugt ist und die sich - trotz eines mäßigen Kenntnisstandes über die Fakten - der entscheidenden Rolle, die die EU in der Beilegung des Konfliktes zwischen Georgien und Russland gespielt hat, bewusst ist:**

- ❖ Zwei Drittel der Befragten sind der Meinung, dass die Europäische Union vom Fall des Eisernen Vorhangs profitiert hat, doch diese Überzeugung trifft bei der Frage über die Bewertung von dessen Auswirkungen auf ihr eigenes Land nur auf einen von zwei Befragten und bei der Frage über die Einschätzung der persönlichen Vorteile nur auf einen von vier Befragten zu.
- ❖ Die Meinungen über dieses Thema sind deutlich von einem geographischen Gefälle geprägt, d.h. in den 12 neuen Mitgliedstaaten werden die Vorteile des Ereignisses sowohl für das eigene Land als auch aus persönlicher Sicht am deutlichsten empfunden.
- ❖ Aus soziodemographischer Sicht spielt das Bildungsniveau der Befragten bei der Frage über das Bewusstsein über die Bedeutung dieser Ereignisse eine entscheidende Rolle. Die Analyse zeigt auch gewisse Schwierigkeiten bei den jüngsten Befragten, sich zu diesem Thema zu äußern.
- ❖ Was ein Kapitel der europäischen Geschichte aus jüngerer Vergangenheit betrifft, so hat mehr als einer von drei Befragten von dem Konflikt in Georgien entweder gehört oder Nachrichten darüber gelesen und weiß genau darüber Bescheid. Das Bildungsniveau und das Vorhandensein der neuen Formen der Informationstechnologie im Haushalt spielen eine entscheidende Rolle in Bezug auf das Kenntnisniveau der Befragten.

- ❖ Mehr als einer von drei Befragten ist nicht in der Lage, eindeutig zu bestimmen, welcher der genannten Akteure die wichtigste Rolle in der Beilegung des Konfliktes gespielt hat. Nichtsdestoweniger erklärt knapp ein Viertel der Befragten, dass die Europäische Union ihrer Meinung nach die entscheidendste Rolle dabei gespielt hat. Dieser Anteil beträgt 40% bei den Befragten mit dem besten Kenntnisstand über den Konflikt, d.h. „die über den Konflikt etwas gelesen oder gehört haben und genau darüber Bescheid wissen“. In dieser Unterkategorie der Befragten beträgt der Anteil derjenigen, die die „Europäische Union“ nannten, 69% in Frankreich, 50% in den Niederlanden und jeweils 49% in Polen, Belgien und auf Zypern. Somit wirkt sich der Kenntnisstand der Befragten also direkt auf ihre Wahrnehmung der Rolle der verschiedenen Akteure aus.

“STANDARD”-EUROBAROMETER 70 TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN

TNS opinion & social, ein von Taylor Nelson Sofres und EOS Gallup Europe gebildetes Konsortium, führte zwischen dem 6. Oktober und 6. November 2008 im Auftrag der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation, Referat “Forschung und politische Analyse” die Umfrageswelle 70.1 des Eurobarometers durch.

Im Rahmen des Standard-Eurobarometers 70, das Teil der Befragungswelle 70.1 ist, wurden in allen EU-Mitgliedsländern Personen befragt, die mindestens 15 Jahre alt sind, ihren Wohnsitz in dem jeweiligen Land haben und die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates besitzen. Das Standard-Eurobarometer 70 wurde außerdem in den drei Bewerberländern (Kroatien, Türkei und ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien) sowie in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft durchgeführt. In diesen Ländern wurden die einheimische Bevölkerung und die Bürger aller EU-Mitgliedsländer befragt, die ihren Wohnsitz in diesen Ländern haben und eine der Landessprachen ausreichend beherrschen, um den Fragebogen beantworten zu können. In allen Mitgliedsländern wurde eine mehrstufige Zufallsstichprobe verwendet. In jedem EU-Land wurde eine bestimmte Anzahl von Sampling-Punkten nach dem Zufallsprinzip gezogen, die die Struktur der Grundgesamtheit in Bezug auf ihre regionale Verteilung (für eine vollständige Erfassung des Landes) repräsentativ abbildet.

Die Sampling-Punkte wurden systematisch auf der Grundlage der "regionalen Verwaltungseinheiten" geschichtet nach Gebietstyp und regionaler Einheit gezogen. Sie bilden also das gesamte Gebiet der an der Umfrage beteiligten Länder gemäß Eurostat NUTS II (oder einer äquivalenten Einteilung) repräsentativ ab und spiegeln die Verteilung der Wohnbevölkerung des jeweiligen Landes in Bezug auf groß-, mittel- bzw. kleinstädtische Gebiete wider. In jedem Sampling-Punkt wurde eine Startadresse zufällig gezogen. Weitere Adressen wurden als die jeweils x-te Adresse nach der Random-Route-Regel, ausgehend von der Startadresse, definiert. In jedem so ermittelten Haushalt wurde die Zielperson nach einem Zufallskriterium bestimmt (nach der Next-Birthday- oder Geburtstagsregel). Alle Interviews wurden persönlich im Haushalt des Befragten und in der jeweiligen Landessprache geführt. Hinsichtlich der Datensammlungstechnik wurde in allen Ländern, in denen dies möglich war, das System CAPI (*Computer Assisted Personal Interview*) verwendet.

KÜRZEL	LÄNDER	INSTITUTE	ANZAHL DER INTERVIEWS	FELDZEIT		BEVÖLKERUNG 15+
BE	Belgien	TNS Dimarso	1.002	10/10/2008	06/11/2008	8.786.805
BG	Bulgarien	TNS BBSS	1.006	09/10/2008	20/10/2008	6.647.375
CZ	Tschechische Republik	TNS Aisa	1.026	06/10/2008	22/10/2008	8.571.710
DK	Dänemark	TNS Gallup DK	1.029	06/10/2008	02/11/2008	4.432.931
DE	Deutschland	TNS Infratest	1.526	10/10/2008	02/11/2008	64.546.096
EE	Estland	Emor	1.000	10/10/2008	03/11/2008	887.094
EL	Griechenland	TNS ICAP	1.000	10/10/2008	02/11/2008	8.691.304
ES	Spanien	TNS Demoscopia	1.000	09/10/2008	06/11/2008	38.536.844
FR	Frankreich	TNS Sofres	1.027	06/10/2008	31/10/2008	46.425.653
IE	Irland	TNS MRBI	1.000	06/10/2008	31/10/2008	3.375.399
IT	Italien	TNS Abacus	1.061	08/10/2008	24/10/2008	48.892.559
CY	Zypern (Republik)	Synovate	503	08/10/2008	02/11/2008	638.900
CY(tcc)	Türkisch-zyprische Gemeinschaft	KADEM	500	07/10/2008	27/10/2008	143.226
LV	Lettland	TNS Lettland	1.002	10/10/2008	04/11/2008	1.444.884
LT	Litauen	TNS Gallup Litauen	1.011	09/10/2008	28/10/2008	2.846.756
LU	Luxemburg	TNS ILReS	500	06/10/2008	03/11/2008	388.914
HU	Ungarn	TNS Ungarn	1.002	10/10/2008	02/11/2008	8.320.614
MT	Malta	MISCO	500	09/10/2008	03/11/2008	335.476
NL	Niederlande	TNS NIPO	1.041	09/10/2008	05/11/2008	13.017.690
AT	Österreich	Österreichisches Gallup-Institut	1.003	06/10/2008	28/10/2008	7.004.205
PL	Polen	TNS OBOP	1.000	11/10/2008	31/10/2008	32.155.805
PT	Portugal	TNS EUROTESTE	1.000	11/10/2008	03/11/2008	8.080.915
RO	Rumänien	TNS CSOP	1.053	07/10/2008	03/11/2008	18.246.731
SI	Slowenien	RM PLUS	1.006	07/10/2008	04/11/2008	1.729.298
SK	Slowakei	TNS AISA SK	1.006	09/10/2008	26/11/2008	4.316.438
FI	Finnland	TNS Gallup Oy	1.004	15/10/2008	06/11/2008	4.353.495
SE	Schweden	TNS GALLUP	1.002	13/10/2008	03/11/2008	7.562.263
UK	Vereinigtes Königreich	TNS UK	1.308	07/10/2008	02/11/2008	50.519.877
HR	Kroatien	Puls	1.000	08/10/2008	29/10/2008	3.734.300
TR	Türkei	TNS PIAR	1.003	08/10/2008	05/11/2008	47.583.830
EM	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	TNS Brima				
			1.009	07/10/2008	16/10/2008	1.648.012
GESAMT			30.130	06/10/2008	06/11/2008	453.865.399

Für jedes Land wurde die Struktur der Nettostichprobe mit der Grundgesamtheit verglichen. Die Beschreibung der Grundgesamtheit basiert auf den Bevölkerungsdaten von Eurostat oder den einzelstaatlichen Statistiken. Ausgehend von der Beschreibung der Grundgesamtheit wurden die Daten jedes EU Mitgliedslandes auf nationaler Ebene in Bezug auf die Zellen- und Randverteilung iterativ gewichtet, wobei pro Land eine Wichtung nach Geschlecht, Alter, Region und Ortsgröße durchgeführt wurde. Für die internationale Wichtung (d.h. EU-Mittelwerte) legt TNS Opinion & Social die offiziellen Bevölkerungszahlen zugrunde, die Eurostat oder das nationale Büro für Statistik ausweist. Für diese Expost-Wichtung wurden die oben genannten Bevölkerungszahlen benutzt. Der Leser wird darauf hingewiesen, dass es sich bei den Erhebungsergebnissen um Schätzwerte handelt, deren Genauigkeit - bei sonst gleichen Voraussetzungen – vom Stichprobenumfang und dem Stichprobenanteil des erhobenen Merkmals abhängt. Bei Stichprobengrößen von etwa 1.000 Interviews liegen die wahren Werte innerhalb der folgenden Konfidenzintervalle:

Stichprobenanteil	10% oder 90%	20% oder 80%	30% oder 70%	40% oder 60%	50%
Konfidenzintervall	± 1.9 Punkte	± 2.5 Punkte	± 2.7 Punkte	± 3.0 Punkte	± 3.1 Punkte